

Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

Statistik in den Staaten Osteuropas im Übergang ▪
Bevölkerungsentwicklung ▪ Beheizung der Miet- und
Eigentümerwohnungen ▪ Außenhandel ▪ Unternehmen,
Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen
Straßenpersonenverkehrs ▪ Gesundheitszustand der
Bevölkerung ▪ Jugendhilfe ▪ Personal im Bundesdienst ▪
Einheitswerte der gewerblichen Betriebe ▪ Wasserwirtschaftliche
Bilanz für die Bundesrepublik Deutschland ▪

2

Februar

1991

Metzler - Poeschel Stuttgart

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
Shj	=	Sommerhalbjahr (1 4 — 30 9)
Whj	=	Winterhalbjahr (1 10. — 31 3.)
Wj	=	Wirtschaftsjahr (1 7. — 30. 6.)
Fwj	=	Forstwirtschaftsjahr (1. 10. — 30. 9)
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
a. T.	=	auf Tausend
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde
Pkm	=	Personenkilometer
tkm	=	Tonnenkilometer
dt	=	Dezitonne (100 kg)
BRT	=	Bruttoregistertonne
NRT	=	Nettoregistertonne
EG	=	Europäische Gemeinschaften
BG	=	Bundesgebiet
BW	=	Baden-Württemberg
BY	=	Bayern
BE	=	Berlin
BB	=	Brandenburg
HB	=	Bremen
HH	=	Hamburg
HE	=	Hessen
MV	=	Mecklenburg-Vorpommern
NI	=	Niedersachsen
NW	=	Nordrhein-Westfalen
RP	=	Rheinland-Pfalz
SL	=	Saarland
SN	=	Sachsen
ST	=	Sachsen-Anhalt
SH	=	Schleswig-Holstein
TH	=	Thüringen

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
—	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
..	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Auskunft und Beratung

Allgemeiner Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes ☎ (06 11) 75 24 05

Herausgeber: Statistisches Bundesamt

Schriftleitung: Dr. Gerhard Bürgin,
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes,
6200 Wiesbaden 1, Gustav-Stresemann-Ring 11,
Postfach 55 28

Einzelpreis: DM 15,90
Jahresbezugspreis: DM 172,—
zuzüglich Versandkosten
Bestellnummer: 1010200—91102
ISSN 0043—6143

Auslieferung: Hermann Leins GmbH & Co. Verlags-KG,
7408 Kusterdingen, Holzwiesenstraße 2, Postfach 11 52

Druck: Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.

Copyright: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1991
Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Statistischen Bundesamtes diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Kurznachrichten	71
-----------------------	----

Textteil

Statistik in den Staaten Osteuropas im Übergang .	75
Bevölkerungsentwicklung 1989	81
Beheizung der Miet- und Eigentümerwohnungen .	89
Außenhandel 1990	94
Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs 1989	103
Gesundheitszustand der Bevölkerung	108
Jugendhilfe 1989	116
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1990	124
Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1986 ...	128
Wasserwirtschaftliche Bilanz für die Bundesrepublik Deutschland 1987	135
Preise im Januar 1991	141
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	145

Tabellentell

Übersicht	45*
Statistische Monatszahlen	46*
Ausgewählte Tabellen	60*

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
Metzler-Poeschel, Stuttgart

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf den Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Contents	Page	Table des matières	Pages
News in brief	71	Informations sommaires	71
 Texts		 Textes	
Statistics in the transition states of Eastern Europe	75	Statistiques aux pays en transition de l'Europe de l'Est	75
Population development, 1989	81	Evolution de la population en 1989	81
Heating of rented and owner-occupied dwellings .	89	Chauffage dans les logements loués et les logements occupés par le propriétaire	89
Foreign trade, 1990	94	Commerce extérieur en 1990	94
Enterprises, traffic performance and receipts of public road passenger transport, 1989	103	Entreprises, prestations de transport et recettes du transport routier public de voyageurs en 1989	103
Health situation of the population	108	Etat de santé de la population	108
Youth welfare, 1989	116	Aide sociale à l'enfance et à la jeunesse en 1989 .	116
Personnel of the Federation on 30 June 1990	124	Personnel au service de la Fédération au 30 juin 1990	124
Standard values of working assets of commercial local units, 1986	128	Valeurs unitaires des établissements industriels et commerciaux en 1986	128
Water economy balance for the Federal Republic of Germany, 1987	135	Bilan de la gestion des eaux pour la République fédérale d'Allemagne en 1987	135
Prices in January 1991	141	Prix en janvier 1991	141
List of the contributions published in the current year	145	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	145
 Tables		 Tableaux	
Summary survey	45*	Résumé	45*
Monthly statistical figures	46*	Chiffres statistiques mensuels	46*
Selected tables	60*	Quelques tableaux sélectionnés	60*

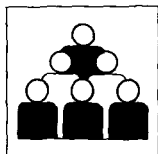
Unless otherwise stated, data relate to the territory of the Federal Republic of Germany prior to 3 October 1990; they include Berlin (West).

Sauf indication contraire, les données se rapportent au territoire de la République fédérale d'Allemagne avant le 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Kurznachrichten

Notizen

Mikrozensus 1991 — mit neuem Gesetz in alten und neuen Bundesländern



Der Mikrozensus, eine seit 1957 im bisherigen Bundesgebiet durchgeführte Stichprobenerhebung auf dem Gebiet der Bevölkerung und des Arbeitsmarktes, wird im Frühjahr 1991 erstmals auch in den neuen Bundesländern durchgeführt werden. Mit dem „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz — MZG) und des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz — BStatG)“ vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2837) wurde die Gültigkeit des Mikrozensusgesetzes um fünf Jahre bis 1995 verlängert. Damit ist die Rechtsgrundlage für die Erhebung 1991 gegeben, so daß Mitte 1992 erstmals vergleichbare Daten aus dem umfangreichen Frageprogramm des Mikrozensus für alle 16 Bundesländer zur Verfügung stehen werden.

Mit dem Änderungsgesetz wird das Erhebungsprogramm des Mikrozensus gekürzt, und zwar um die Themenbereiche „Urlaubs- und Erholungsreisen“ und „Wohnsituation der Haushalte“; zudem wird die freiwillige Auskunftserteilung ausgedehnt. Von der Auskunftsverpflichtung ausgenommen sind ab 1991 die Fragen zum privaten Krankenversicherungsschutz, zur betrieblichen Altersvorsorge, zur Aus- und Weiterbildung, zum Pendlerverhalten, zur Behinderteneigenschaft sowie zum Eheschließungsjahr, des weiteren die Fragen an Ausländer. Erfahrungsgemäß wird die Antwortquote zu diesen Tatbeständen deutlich niedriger liegen als bei Auskunftspflicht erreichbar wäre, so daß mit einer eingeschränkten Zuverlässigkeit der Ergebnisse für die betreffenden Merkmale zu rechnen ist.

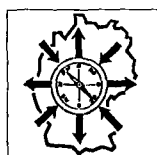
Die Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern wurde durch einen Organisations- und Ablauftest im November 1990 vorbereitet. Ziel dieser Testerhebung war es, die Qualität des Auswahlplans, die Verständlichkeit der Erhebungsvordrucke sowie die Akzeptanz bei den Befragten zu untersuchen.

Es zeigte sich, daß die Heranziehung des „Bevölkerungsregisters Statistik“ zur Abgrenzung der Auswahlseinheiten und Bildung einer 20%-Vorratsstichprobe eine praktikable Lösung ist und die Erhebungsvordrucke nur leicht modifiziert werden müssen, um den spezifischen Gegebenheiten im Gebiet der ehemaligen DDR (z. B. im Bildungsbereich) Rechnung zu tragen. Die Akzeptanz bei den Befragten war gut: In einer Feldphase von nur einer Woche konnten 52% der gut 500 Haushalte zur Beteiligung an der freiwilligen Testerhebung gewonnen werden. Die Durchführung einer der Interviewerphase folgenden schriftlichen Befragung wurde allerdings durch die hohen Postlaufzeiten erschwert.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VIII C, Telefon (06 11) 75-2674, erhältlich.

Vorbereitung der gesamtdeutschen Außenhandelsstatistik

Bisherige Aktivitäten



Im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurden die Methode, Erhebung, Aufbereitung und Darstellung der Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR an die entsprechenden Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand vor dem 3.10.1990), die dem EG-Recht entsprechen, angepaßt. Diese Anpassung vollzog sich in zwei Phasen. In der ersten Phase, die von Juli 1990 bis Dezember 1990 lief und inzwischen abgeschlossen ist, wurden methodische Angleichungen vollzogen, ohne daß jedoch eine vollständige Anpassung des Verfahrens und des Datenkranzes möglich gewesen wäre. Erfaßt wurden die kommerziellen Warenbewegungen (noch nicht die unentgeltlichen) des Außenhandels der ehemaligen DDR. Warensystematik blieb in dieser Zeit noch die ELN (Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur). Die Wertstellung (von fob/fob auf cif/fob) und der Ländernachweis (von „Einkaufs- bzw. Käuferland“ auf „Ursprungs- bzw. Bestimmungsland“) wurden vergleichbar gemacht. Die statistischen Werte wurden einheitlich in DM erfaßt, und der Nachweis des Lohnveredelungsverkehrs wurde durch Übernahme des Bruttowertprinzips angepaßt. Schließlich wurde der Gegenstand der Stati-

stik (Warenverkehr) durch Eliminierung des Leistungsverkehrs angeglichen.

Parallel zur Phase 1 wurden Außenhandelsergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR für die Jahre 1985 bis Juni 1990 durch Rückrechnung methodisch und wertmäßig vergleichbar gemacht.

Die zweite Phase der Anpassung, die bereits im Jahr 1990 vorbereitet wurde, läuft seit Januar 1991. Sie bringt beginnend mit dem Berichtsmonat Januar 1991 die im Staatsvertrag festgelegte vollständige Anpassung in methodischer, systematischer und erhebungstechnischer Hinsicht. Erhebungspapier ist seit Januar 1991 auch im Gebiet der ehemaligen DDR nur noch das Einheitspapier, Warennomenklatur das auf dem harmonisierten System und der kombinierten Nomenklatur aufbauende Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik. Datenkranz und Erhebungsumfang werden damit voll angeglichen. Die Ergebnisse des Außenhandels der ehemaligen DDR können ab diesem Zeitpunkt uneingeschränkt in den Darstellungsformen des Spezialhandels und des Lagerverkehrs nachgewiesen und mit denen des bisherigen Gebiets der Bundesrepublik Deutschland addiert werden.

Vorliegende vergleichbare Ergebnisse

Aufgrund der Rückrechnung bzw. der methodischen Anpassung der Außenhandelsergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR liegen folgende vergleichbare Ergebnisse vor:

- Für die Jahre 1985 bis 1990 liegen vergleichbare Jahresergebnisse in globaler Form (Einfuhr/Ausfuhr insgesamt bzw. Außenhandelssaldo), in der Gliederung nach Ländergruppen bzw. Ländern, in der Gliederung nach 2stelligen SITC-Positionen sowie in der Gliederung nach 2stelligen SITC-Positionen und Ländern bzw. umgekehrt vor.
- Für den Zeitraum August 1989 bis Dezember 1990 liegen vergleichbare Monatsergebnisse in allen o. a. Gliederungsformen vor.
- Ab Januar 1991 liegen vergleichbare Ergebnisse in allen von der bisherigen bundesdeutschen Außenhandelsstatistik bekannten Gliederungsformen vor.

Weitere Maßnahmen

Die Aufbereitung für Berichtsmonat Januar 1991 über den Außenhandel des Gebietes der ehemaligen DDR ist in der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz

angelaufen. Erhebung und Aufbereitung sind damit voll angeglichen. Die weiteren Maßnahmen im Jahr 1991 werden sich somit auf den Bereich Darstellung, Veröffentlichung und Auskunftsdienst erstrecken. Generell gilt, daß ab Berichtsmonat Januar 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse veröffentlicht werden. Darüber hinaus werden jedoch auch Ergebnisse des Spezialhandels getrennt dargestellt werden.

Die weiteren Aktivitäten im Jahr 1992 gelten dann dem neuen Basisjahr 1991. Nach der Umbasierung wird es möglich sein, erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse nach Volumen und Indizes auf Basis 1991 darzustellen.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VIC, Telefon (06 11) 75-2232, erhältlich.

Neue Statistik über die öffentlichen Schulden zum Jahresende 1990



Erhebungs-, Aufbereitungs- und Veröffentlichungsprogramm der Statistik über die Schulden der öffentlichen Haushalte sind

ab dem Berichtsjahr 1990 grundlegend neu gestaltet worden. Die fachliche Neugliederung trägt neuen Formen der Verschuldung Rechnung und bringt die Begriffsabgrenzung der Schuldenstatistik mit den aktuellen Rechtsvorschriften über die öffentlichen Schulden in Einklang. Eindeutig abgegrenzt und um die Position „Landesobligationen, -schatzanweisungen“ ergänzt sind künftig die Wertpapiersschulden. Kreditähnliche Rechtsgeschäfte werden nur noch nachrichtlich erfragt und nicht mehr als Kreditmarktschulden nachgewiesen.

Ab dem Berichtsjahr 1990 werden die kommunalen Schulden in den statistischen Ämtern der Länder erstmals nach einem einheitlichen Verbundprogramm aufbereitet. Einbezogen sind dabei auch die bisher nur nachrichtlich dargestellten Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ein gemeinsames Mindestveröffentlichungsprogramm stellt außerdem einen abgestimmten Nachweis der öffentlichen Schulden auf Bundes- und Landesebene sicher und ermöglicht auf diese Weise einen durchgängigen Vergleich von Land zu Land. Dieses Mindestveröffentlichungsprogramm enthält neben den Schulden der kommunalen Ebene auch die Schulden des jeweiligen Landshaushalts.

Das Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes bietet über den gemeinsam vereinbarten Rahmen hinaus die Daten zur Schuldenstatistik der öffentlichen Haushalte in voller Tiefengliederung dar. Die Tabellen der Veröffentlichung (Fachserie 14, Reihe 5) zeigen jeweils für alle Haushaltsebenen den Schuldenstand zum 31. Dezember und die Änderung des Schuldenstandes im Laufe des Jahres durch Schuldenaufnahme, Schuldentilgung sowie sonstige Zu- und Abgänge jeweils nach Art der Schuld. Bei der Schuldenaufnahme wird auch nach Laufzeiten (weniger als 4, 4 bis unter 10, 10 und mehr Jahre) differenziert. Für die am Jahresende vorhandenen Kreditmarktschulden ist außerdem das Jahr der Fälligkeit nachgewiesen. Die Daten sind jeweils nach Ländern untergliedert, die Schulden der Gemeinden auch nach Körperschaftsgruppen und Einwohnergrößklassen. Dem Tabletteil vorangestellt ist eine Übersicht über die Entwicklung des Schuldenstandes nach Arten ab 1950. Dargeboten werden die Daten in absoluten Beträgen und in DM je Einwohner.

Die Veröffentlichung enthält ferner die Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“, der zur Finanzierung des Aufbaus im Gebiet der ehemaligen DDR im Juli 1990 errichtet wurde. Ab dem Berichtsjahr 1991 sollen erstmals auch die Schulden der neuen Bundesländer (einschl. der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände) nachgewiesen werden.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VIIA, Telefon (06 11) 75-2552, erhältlich.

Forum-Band „Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung“ erschienen



Fragen zur Umwelt gewinnen in den letzten 10 bis 15 Jahren in der Öffentlichkeit zunehmend an Bedeutung. Dies hat das Statistische

Bundesamt veranlaßt, in Ergänzung seiner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Umweltökonomische Gesamtrechnung zu erstellen, die hauptsächlich den Zustand und die Entwicklung der Umwelt abbilden und damit insbesondere die Beziehungen zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und Umwelt aufzeigen soll.

Im soeben erschienenen Band der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ werden die Grundüberlegungen

des Statistischen Bundesamtes zur Zielsetzung einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung erörtert. Aufbauend auf den verschiedenen Nutzungen der Umwelt wird der Umweltbegriff aus der Sicht der Statistik definiert und ein modularer Aufbau eines Statistischen Umweltökonomischen Berichtssystems vorgeschlagen. Die dabei zugrundeliegenden Instrumente wie Klassifikationen und Bewertungsansätze werden dargestellt. Auch auf das weite Feld von Informationsquellen sowie Datenbasis und -verfügbarkeit wird kurz eingegangen.

Darüber hinaus wird ein Ausblick auf die Einsatzmöglichkeiten des raumbestimmten Informationssystems STABIS als Instrument für die Umweltökonomische Gesamtrechnung gegeben, einige Bemerkungen zur Ableitung von „Öko-Margen“ sowie ein ausführlicher Anhang beschließen den Band.

Statistisches Bundesamt auf Frühjahrmessen 1991 präsent



Ganz im Zeichen geöffneter Grenzen und der Erschließung neuer Märkte steht die Technische Messe Leipzig, die vom 16.

bis zum 22. März 1991 stattfindet. Mit ihrem umfassenden Querschnittsangebot industrieller Techniken und Zukunftstechnologien stellt die Leipziger Technik-Messe für Industrie und Handwerk, Handel, Dienstleistungsunternehmen und Behörden eine bedeutende Drehscheibe für Ost-West-Kontakte dar.

Unter dem Motto „Statistik — Konjunkturbarometer für die Wirtschaft“ wird das Statistische Bundesamt an einem eigenen Messestand (Halle 2100, Stand-Nr. 0016) schwerpunktmäßig über die Konjunktorentwicklung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe informieren. Zur fachlichen Beratung stehen allen Interessenten erfahrene Betreuer des Amtes zur Verfügung.

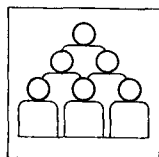
Knapp vier Wochen später (10. bis 17. April 1991) wird das Statistische Bundesamt wiederum an der HANNOVER-MESSE Industrie, die mit rund 6000 Ausstellern aus über 40 Ländern als der Welt größte Industriemesse gilt, teilnehmen. Der Thematik der Messe entsprechend wird insbesondere aktuelles Datenmaterial zur Binnen- und Außenwirtschaft für das bisherige Bundesgebiet und die neuen Bundesländer präsentiert.

In neuer Aufmachung erscheint auch der Länderbericht des Amtes über die Schweiz, die das „Partnerland“ auf der diesjährigen Industriemesse bildet. Der Band ist dabei nur einer der über 150 Länderberichte für nahezu alle Staaten sowie verschiedene Staaten-Gruppen der Erde. Diese Publikationen umfassen vielfältige Informationen über Gebiet und Bevölkerung, Gesundheits- und Bildungswesen, Erwerbstätigkeit, Löhne und Preise, Außenhandel, öffentliche Finanzen, Sozialprodukt und vieles mehr.

Näheres erfahren Sie an unserem Messestand E03 in Halle 018 des Messegeländes; wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Aus diesem Heft

Statistik in den Staaten Osteuropas im Übergang

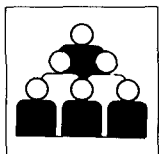


In den vergangenen zwei Jahren ist es in den Ländern Osteuropas zu grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen gekommen, die eine Anpassung der statistischen Systeme dieser Länder an die neue Situation unumgänglich machen.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die Aufgaben und Probleme, vor denen die amtliche Statistik in den osteuropäischen Ländern gegenwärtig steht, und berichtet über Lösungsansätze zur Anpassung der statistischen Systeme an die Erfordernisse der Marktwirtschaft.

Darüber hinaus wird von den eingeleiteten bi- und multilateralen Hilfsmaßnahmen der westlichen Industriestaaten und insbesondere des Statistischen Bundesamtes berichtet, mit denen die Statistischen Ämter der Staaten Osteuropas bei der Bewältigung ihrer Aufgaben unterstützt werden.

Bevölkerungsentwicklung 1989

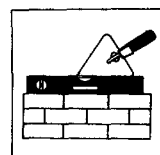


Nach einem Beitrag über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1989 in Heft 1/1991 dieser Zeitschrift wird im vorliegenden Beitrag hauptsächlich die Entwicklung der Wanderungen über die Bundesgrenzen, insbesondere von Deutschen, dargestellt. Sie haben 1989 stärker als jemals zuvor zur Veränderung der Bevölkerungszahl beigetragen.

Bei der deutschen Bevölkerung ergab sich 1989 in erster Linie wegen der Aufnahme von 721 000 Aus- und Übersiedlern bei gleichzeitig gestiegener Abwanderung ein gegenüber 1988 mehr als dreimal so hoher Zuwanderungsüberschuß. In diesem Zusammenhang wird ein Überblick über den Altersaufbau der Aus- und Übersiedler auch im Vergleich zur Gesamtbevölkerung gegeben. Auch bei der ausländischen Bevölkerung ergab sich ein gegenüber 1988 höherer Zuwanderungsüberschuß.

Als Folge der positiven Wanderungsbilanz stieg die Einwohnerzahl des Bundesgebiets 1989 von 61,715 Mill. am Jahresanfang um 964 000 Personen oder 1,6% auf 62,679 Mill. am Jahresende; das war der bisher stärkste Bevölkerungszuwachs in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990.

Beheizung der Miet- und Eigentümerwohnungen

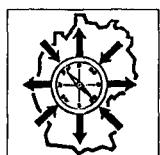


Die Gebäude- und Wohnungszählung, die als Teil der Volkszählung zum 25. Mai 1987 durchgeführt wurde, stellte

nach fast 20 Jahren wieder flächendeckend auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene Angaben zur Beheizung der Gebäude mit Wohnraum und der Wohneinheiten bereit. Erstmals wurden in einer Totalzählung auch Angaben zu den verwendeten Energieträgern erhoben.

Drei Viertel aller 1987 ermittelten Wohnungen hatten Sammelheizung. Bei fast 20% des bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 erhobenen Wohnungsbestandes wurden im Verlauf dieser fast 20 Jahre im Zuge von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen die Einzel- oder Mehrraumofenheizungen auf Sammelheizungen umgestellt. Im Endeffekt konnte im Vergleich zu 1968 ein Rückgang bei den mit Öfen beheizten Wohnungen um mehr als die Hälfte festgestellt werden.

Außenhandel 1990



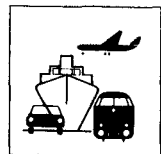
Für das Jahr 1990 wurden erstmals Ergebnisse über den Außenhandel Deutschlands nach dem neuen Gebietsstand ab dem

3. Oktober 1990 berechnet und mit den nach methodischer Anpassung entsprechend errechneten Ergebnissen

für das Vorjahr verglichen. Danach ergab sich für die Einfuhr ein Wert von 573,4 Mrd. DM und für die Ausfuhr von 680,7 Mrd. DM. Gegenüber 1989 haben damit die Importe um 4,7% zugenommen, während die Exporte nur eine geringfügige Veränderung um - 0,2% aufwiesen. Im Jahr 1990 ergab sich in der Außenhandelsbilanz für das neue Gebiet der Bundesrepublik ein Überschuß von 107,3 Mrd. DM gegenüber 134,5 Mrd. DM im Vorjahr. Betrachtet man die Außenhandelsergebnisse Deutschlands getrennt nach den beiden früheren Gebietsteilen, so wurden von den Außenhandelsfirmen des Gebietes der ehemaligen DDR Waren im Wert von 22,9 Mrd. DM eingeführt und für 38,1 Mrd. DM ausgeführt. Dies entsprach einem Rückgang gegenüber 1989 um 44% bei den Importen und um 7,4% bei den Exporten. Bedingt durch den tiefen Einbruch bei den Importen wurde aus dem geringfügigen Passivsaldo der Außenhandelsbilanz von 0,04 Mrd. DM 1989 ein Aktivsaldo von 15,2 Mrd. DM im Berichtsjahr.

Im Gegensatz hierzu bewegte sich der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 auch im Jahr 1990 auf einem hohen Niveau. Es wurden 1990 Waren im Wert von 550,6 Mrd. DM importiert und für 642,7 Mrd. DM exportiert. Dies entsprach im Vorjahresvergleich einer Zunahme der Einfuhr um 8,7%, während die Ausfuhr stagnierte (+ 0,3%). Der Überschuß im Außenhandel des bisherigen Bundesgebietes ist folglich von 134,6 Mrd. DM im Jahr 1989 um 32% auf 92,1 Mrd. DM im Berichtsjahr geschrumpft.

Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs 1989



Die Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr bezieht sich auf den öffentlichen Verkehr mit Kraftomnibussen,

Obussen und Straßenbahnen (einschl. Stadt-, Hoch- und U-Bahnen) und besteht aus den Erhebungsteilen Unternehmens- und Verkehrstatistik. Das Fahrgastaufkommen im statistisch erfaßten öffentlichen Straßenpersonenverkehr nahm 1989 geringfügig (+ 0,6%) auf 5,6 Mrd. beförderte Personen zu, die Verkehrsleistung dagegen - wenn auch nur ganz geringfügig (- 0,1%) - auf 61,4 Mrd. Personenki-

lometer ab. Der Rückgang der Verkehrsleistung betraf nur den Linienverkehr, während beim Gelegenheitsverkehr ein Anstieg der Verkehrsleistung um 4,0% auf 22,1 Mrd. Personenkilometer zu verzeichnen war.

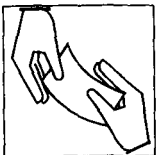
Gesundheitszustand der Bevölkerung



Im April 1989 wurden im Rahmen des Mikrozensus Fragen zum Gesundheitszustand an einer Auswahl von 0,5% der Bevölkerung gestellt. Danach litten 13,6% der Bevölkerung am Befragungstag oder in den davorliegenden vier Wochen an einer Krankheit oder Unfallverletzung, die sie daran hinderte, ihrer normalen Beschäftigung nachzugehen. Während Männer häufiger unfallverletzt waren, sind Frauen häufiger krank.

Von den Personen, die sich als krank oder unfallverletzt bezeichneten, waren 91,5% beim Arzt oder im Krankenhaus in Behandlung. Etwa jeder zehnte Befragte wurde in den letzten vier Wochen vor dem Befragungstag in Verbindung mit einer Krankheit oder Unfallverletzung von einem Arzt ambulant behandelt, von den Personen über 65 Jahre waren es im Berichtszeitraum sogar 22,5%.

Jugendhilfe 1989

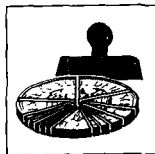


Unter dem Oberbegriff „Erzieherische Hilfen“ werden in der Jugendhilfestatistik eine Vielzahl sehr heterogener Leistungen und Maßnahmen der Jugendhilfe erfaßt. Eine wichtige Stellung im Leistungsangebot der Jugendämter, Landesjugendämter und freien Träger der Jugendhilfe nehmen dabei die Minderjährigen gewährten Maßnahmen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, die Hilfe für junge Volljährige sowie die Adoptionen ein.

Am Jahresende 1989 wurde insgesamt 87631 Minderjährigen eine der mit Fremdunterbringung verbundenen erzieherischen Hilfen gewährt. 87,0% der betroffenen Kinder und Jugendlichen erhielten Hilfe zur Erziehung, 12,3% Freiwillige Erziehungshilfe und 0,7% Fürsorgeerziehung.

Im Berichtszeitraum gaben die Länder und Kommunen 9,9 Mrd. DM für Leistungen und Maßnahmen der Jugendhilfe aus, 6,5% mehr als im Vorjahr. Den Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von 837 Mill. DM gegenüber.

Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1990

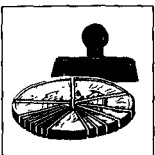


Die Personalstandstatistik erfaßt jährlich am Stichtag 30. Juni Angaben über die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und gibt damit Informationen über die Auswirkungen personalpolitischer Entscheidungen der öffentlichen Arbeitgeber. Für das Personal des Bundes liegen vorläufige Ergebnisse in der Gliederung nach Art, Umfang und Dauer des Dienstverhältnisses, Aufgabenbereich, Geschlecht und Laufbahngruppe vor.

Im Gesamtbereich des Bundesdienstes waren am 30. Juni 1990 1,28 Mill. Mitarbeiter (ohne Soldaten) beschäftigt; das waren 2600 oder 0,2% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der im Bundesdienst eingesetzten Frauen ist merklich stärker gestiegen. Mitte 1990 standen 395000 Frauen in den Lohn- und Gehaltslisten von Einrichtungen des Bundesdienstes; das waren 12600 oder 3,3% mehr als 1989. Damit sind Frauen verstärkt bei der Besetzung von neuen oder im Wege der Fluktuation freigewordenen Arbeitsplätzen zum Zuge gekommen.

Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1986

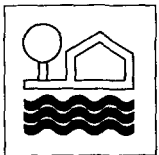
Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1986



Nach den Ergebnissen der Hauptfeststellung der Einheitswerte auf den 1. Januar 1986 sind im damaligen Bundesgebiet rund

634000 gewerbliche Betriebe mit einem Rohbetriebsvermögen von insgesamt 5322 Mrd. DM ermittelt worden. Nach Berücksichtigung der Schulden und sonstigen Abzüge verblieb ein Einheitswertvolumen in Höhe von 823 Mrd. DM. Damit ist die Zahl der erfaßten Betriebe seit dem vorangegangenen Hauptfeststellungszeitpunkt 1983 um 8,4% zurückgegangen, die Einheitswertsumme hat sich dennoch um 26,1% erhöht.

Wasserwirtschaftliche Bilanz für die Bundesrepublik Deutschland

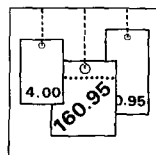


Unter Verwendung von Ergebnissen aus verschiedenen amtlichen und nichtamtlichen statistischen Quellen hat das Stati-

stische Bundesamt eine wasserwirtschaftliche Bilanz für das Jahr 1987 aufgestellt. Dabei werden Daten über

die Wassergewinnung für Trinkwasser, für Teile der landwirtschaftlichen Verwendung, für Industrietätigkeit und Elektrizitätserzeugung mit Angaben über den Ge- und Verbrauch von Wasser sowie die Behandlung und Ableitung von Abwasser miteinander verknüpft. Die Darstellung berücksichtigt auch Wirtschaftszweige, die nicht im Rahmen der mehrjährig durchgeführten amtlichen Erhebungen über Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung befragt werden. Abschließend werden Perspektiven der weiteren Arbeiten in diesem Bereich gezeigt.

Preise im Januar 1991



Auf allen Wirtschaftsstufen erhöhte sich im Januar 1991 das Preisniveau gegenüber dem Vormonat recht kräftig. Damit

setzte sich die ruhige Preisentwicklung des vergangenen Jahres nicht fort. Ursächlich hierfür war der sehr starke Preisanstieg der Mineralölprodukte, der bei allen Indizes zum Tragen kam.

Weniger auffällig entwickelten sich die Steigerungsraten binnen Jahresfrist, da von Dezember 1989 auf Januar 1990 ebenfalls relativ starke Indexsteigerungen festgestellt worden waren. Noch am stärksten nahm der Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte zu (+ 2,8%), gefolgt von dem Index der Einzelhandelspreise (+ 2,4%), dem Erzeugerpreisindex (+ 2,3%) und dem Index der Großhandelsverkaufspreise (+ 1,6%).

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte endgültige Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des produzierenden Gewerbes lag im Dezember 1990 mit einem Stand von 117,4 (1985 = 100) um 7,6% niedriger als im Vormonat und um 4,5% höher als im Dezember 1989.

Außenhandel

Im Dezember 1990 lag der Wert der Einfuhr mit 47,6 Mrd. DM um 11% höher und der Wert der Ausfuhr mit 48,6 Mrd. DM um 8,1% niedriger als im Dezember 1989. Im Zeitraum Januar/Dezember 1990 war die Einfuhr mit 550,6 Mrd. DM gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 8,7% und die Ausfuhr mit 642,7 Mrd. DM um 0,3% angestiegen.

Statistik in den Staaten Osteuropas im Übergang

Einleitung

In den vergangenen zwei Jahren ist es in den Ländern Osteuropas zu grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen gekommen. Obwohl zwischen den verschiedenen Übergangsländern in Osteuropa¹⁾ zum Teil erhebliche Unterschiede hinsichtlich Tempo und Intensität des Umgestaltungsprozesses bestehen, lassen sich dennoch für alle Länder drei allgemeine Zielsetzungen erkennen²⁾:

- Übergang von der zentralen Planwirtschaft zu marktwirtschaftlichen Strukturen,
- zunehmende Demokratisierung der politischen Entscheidungsprozesse,
- Öffnung nach außen und stärkere Integration in die Weltwirtschaft.

Mit den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen ist jedoch eine Reihe weitreichender Konsequenzen verbunden, die eine Anpassung der statistischen Systeme an die neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem in dreierlei Hinsicht notwendig machen:

- Die Rolle der amtlichen Statistik als Element des bisherigen Planungs- und Kontrollsystems ist mit der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen und angesichts des zunehmenden Selbstbewußtseins der Menschen in Osteuropa unhaltbar geworden. Es ist deshalb notwendig, die Position der amtlichen Statistik in Staat und Gesellschaft neu zu bestimmen.
- Der Bedarf an statistischen Informationen zur Planung und Steuerung der Transformationsprozesse, zur Beobachtung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der eingeleiteten Reformen sowie zur informatorischen Fundierung einer funktionierenden Marktwirtschaft kann mit den bestehenden, primär an planwirtschaftlichen Erfordernissen ausgerichteten Statistiken nicht gedeckt werden. Die Statistischen Ämter der osteuropäischen Staaten stehen deshalb vor der Aufgabe, ihre Statistikprogramme im Hinblick auf den veränderten Datenbedarf zu revidieren.
- Das Instrumentarium zur Erstellung von Statistiken muß den veränderten Aufgaben und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen angepaßt werden.

Im folgenden wird auf diese drei Aspekte näher eingegangen.

¹⁾ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Länder Bulgarien, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und die Sowjetunion.

²⁾ Siehe hierzu z. B. Maull, H. W./von Heynitz, A.: „Osteuropa: Durchbruch in die Postmoderne? Umriss einer Strategie des Westens“, S. 442 f., in Europa-Archiv 15/90, S. 441 ff., Bonn 1990.

1 Stellung der Statistik

Nach Auffassung von Experten ist das öffentliche Ansehen der Statistischen Ämter der Staaten Osteuropas aus historischen Gründen gering³⁾. Der Erfolg der statistischen Arbeit in den Übergangsländern wird daher entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Glaubwürdigkeit und die Akzeptanz der amtlichen Statistik in der Gesellschaft wiederzuerlangen. Die Glaubwürdigkeit der amtlichen Statistik und das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Objektivität der statistischen Ergebnisse sind die Voraussetzungen dafür, daß amtliche Statistiken in einer pluralistischen Gesellschaft mit vielfältigen und zum Teil divergierenden Interessen als allgemeine Diskussionsgrundlage von allen anerkannt werden. Die Akzeptanz statistischer Befragungen wiederum ist für die Auskunftsbereitschaft der Befragten und damit für die Qualität und Zuverlässigkeit der statistischen Ergebnisse von elementarer Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund sind in den osteuropäischen Ländern gesetzgeberische Maßnahmen eingeleitet worden, die darauf abzielen, die Stellung der Statistischen Ämter gegenüber den politischen Instanzen sowie die allgemeinen Leitlinien der statistischen Arbeit neu zu definieren und durch Statistikgesetze oder ähnliche rechtliche Vorkehrungen gesetzlich zu verankern⁴⁾. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang vor allem drei Themenkomplexe⁵⁾:

- Erstens stellt sich die Frage, nach welchen organisatorischen Prinzipien die Arbeit der statistischen Dienste ausgestaltet werden soll. Eine generelle Antwort ist hier nicht möglich, denn die Entscheidung über alternative Organisationsstrukturen dürfte nicht zuletzt auch vom zukünftigen Staatsaufbau in den verschiedenen osteuropäischen Ländern abhängen. So wird beispielsweise eine ausgeprägte regionale Dezentralisierung der amtlichen Statistik besonders in jenen Staaten erwogen, die in Zukunft föderative Elemente stärker betonen wollen.
- Zweitens müssen die Rechte und Pflichten der Statistischen Ämter vor allem gegenüber den nationalen Regierungen neu geregelt werden, denn das Verhältnis zu den politischen Instanzen ist sowohl für die Glaubwürdigkeit und Integrität der amtlichen Statistik als auch für die haushaltsmäßige Absicherung der statistischen Arbeit von entscheidender Bedeutung. Dabei zeigt sich deutlich, daß den Statistischen Ämtern in Zukunft mehr fachliche Unabhängigkeit und Autorität bei der statistischen Arbeit eingeräumt werden soll.

³⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 2, Genf 1990; Hagemeyer, K.: „Statistical Needs of a Trade Union: The Polish Experience“, S. 2 f., Diskussionspapier 26 der „Conference on Statistics of Central and Eastern European Countries“, Paris 1990.

⁴⁾ Siehe hierzu: Federal Statistical Office of Czechoslovakia: „Problems and Needs of Statistical Services in Czechoslovakia Relating to the Transition to a Market Economy“, CES-Dokument 648/Add. 2, S. 2, Genf 1990; Hungarian Central Statistical Office: „The Tasks Related to the Reorganization of the Statistical Service in Hungary“, CES-Dokument 648/Add. 4, S. 1 f., Genf 1990; USSR State Committee on Statistics: „Problems and Plans for the National Commission for Statistics“; Romania: „The Targets, Actions and Needs of the National Commission for Statistics of Romania in Reorganizing the Statistical Informational System“, S. 2 f.; Diskussionspapier 31 der „Conference on Statistics of Central and Eastern European Countries“, Paris 1990.

⁵⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Transition Needs“, S. 6, Arbeitspapier des „Workshop on Transition Problems in Statistical Offices“, Genf 1990.

- Drittens müssen Prinzipien und Verfahren der statistischen Geheimhaltung entwickelt und durch entsprechende Regelungen sichergestellt werden, nicht zuletzt, um die Auskunftsbereitschaft bei statistischen Befragungen zu fördern.

2 Prioritäre Sachgebiete⁶⁾

2.1 Unternehmensstatistik

In den meisten zentralen Planwirtschaften war es die primäre Aufgabe der Statistischen Ämter, den zentralen Planungsbehörden Daten bereitzustellen, die zur Ausarbeitung der nationalen Wirtschaftspläne, zur Festsetzung von Produktionszielen und zur Überwachung der Planerfüllung dienten. Es war deshalb notwendig, die wirtschaftlichen Aktivitäten jedes einzelnen Betriebes vollständig und in möglichst kurzen Zeitabständen zu erfassen. Dabei stand, dem Planungssystem entsprechend, die Erfassung der mengenmäßigen Aspekte des Produktionsprozesses eindeutig im Vordergrund; finanzielle und monetäre Gesichtspunkte waren demgegenüber kaum von Bedeutung⁷⁾.

Mit dem Übergang von einer zentral geplanten zu einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaft ist jedoch eine Reihe von Konsequenzen verbunden, die eine grundlegende Neugestaltung der Unternehmensstatistik unumgänglich machen.

Auf der einen Seite entsteht ein Bedarf an statistischen Informationen über eine Reihe von Phänomenen, die im planwirtschaftlichen System nicht existent oder irrelevant waren, die aber in einer Marktwirtschaft oder in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft eine bedeutende Rolle spielen. Im Zuge der Liberalisierung der Wirtschaftssysteme gewinnt beispielsweise die finanzielle Dimension der unternehmerischen Aktivitäten oder die Gründung neuer Unternehmen im Privatsektor zunehmend an Bedeutung, und die Träger geld- und finanzpolitischer Entscheidungen benötigen Informationen zum Beispiel über die finanzielle Situation der Unternehmen und ihren Einfluß auf die Umstrukturierung der Wirtschaft und die Unternehmensdemographie⁸⁾.

Auf der anderen Seite stehen die Statistischen Ämter der Staaten Osteuropas vor neuen Aufgaben bei der Organisation der Datenerhebung im Unternehmensbereich. Angesichts einer Unternehmensdemographie, die voraussichtlich durch die Gründung zahlreicher, meist kleiner und mittlerer Privatunternehmen, durch die Privatisierung von Staatsbetrieben, aber auch durch viele Unternehmensschließungen geprägt sein wird, müssen neue Datenquellen und Erhebungsmethoden gefunden werden, die auch eine Erfassung des bisher vernachlässigten privaten Unternehmenssektors ermöglichen. Die in der Ver-

gangenheit vorherrschende Praxis der Totalerfassung aller Einheiten wird angesichts der wachsenden Zahl von Unternehmen schon allein aus Kostengründen nicht aufrechtzuerhalten sein⁹⁾. Zudem dürfte es auch im Sinne einer Entlastung der Auskunftspflichtigen liegen, auf möglichst schonende Erhebungsverfahren, wie den Einsatz von Stichprobenmethoden, zurückzugreifen. Dabei wird der Verwendung von Unternehmensregistern — vor allem als Auswahlgrundlage für Stichprobenerhebungen — große Bedeutung für die zukünftige Qualität der statistischen Ergebnisse beigemessen¹⁰⁾.

2.2 Preisstatistik

Die Interpretation von Preis- und Mengenindizes hängt wesentlich davon ab, welche Rolle und Funktion den Preisen innerhalb des Wirtschaftssystems zukommt. Während in einer Marktwirtschaft die Preisbildung im allgemeinen durch Angebot und Nachfrage auf den verschiedenen Märkten erfolgt, werden in einer Zentralverwaltungswirtschaft die meisten Preise von Planungsbehörden zentral festgelegt. Dabei ist die zentrale Preisfestsetzung in der Regel von einer Reihe arbiträrer Elemente, vor allem der massiven Subventionierung bzw. Besteuerung bestimmter Gütergruppen, gekennzeichnet. Die Preise weichen deshalb mehr oder weniger stark vom Gleichgewichtsniveau ab, und es kommt, wie Warteschlangen, leere Regale und Schwarzmärkte zeigen, nicht zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Da die Preise in zentralen Planwirtschaften folglich die Knappheit und Wertschätzung der verschiedenen Güter und Leistungen in der Regel nicht zutreffend widerspiegeln, sind sie auch als Gewichtungsfaktoren für Mengenindizes oder als Deflatoren für makroökonomische Aggregate nur bedingt geeignet¹¹⁾.

Durch den Übergang zur Marktwirtschaft ergibt sich in den Staaten Osteuropas nun die Notwendigkeit, die Preise als ex-ante nicht bekannte Größen auf den verschiedenen Märkten zu beobachten, beispielsweise um die allgemeine Preisentwicklung festzustellen oder um die reale Entwicklung der volkswirtschaftlichen Leistungen zutreffend abzubilden, damit die politischen Entscheidungsträger geeignete wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen treffen können.

Grundsätzlich wäre es wünschenswert, für die verschiedenen Verwendungszwecke möglichst auch spezielle Preisindizes zu berechnen. Da es den Statistischen Ämtern der Staaten Osteuropas jedoch nicht möglich ist, in kurzer Frist ein umfassendes preisstatistisches Berichtssystem aufzubauen, müssen zwangsläufig Prioritäten gesetzt werden. Dabei ist man überwiegend der Ansicht, daß in den Übergangsländern der dringlichste Bedarf bei dem Preisindex für die Lebenshaltung besteht¹²⁾.

⁶⁾ Diese Prioritäten wurden auf dem „Workshop on Transition Problems in Statistical Offices“ vom 21. bis 23. Mai 1990 in Genf benannt.

⁷⁾ Siehe Zajchowski, J.: „Needs and Plans for Transition of Statistical Services from Centrally Planned to Market Economy Type of Management in Poland“, Diskussionspapier 34 der „Conference on Statistics of Central and Eastern European Countries“, Paris 1990.

⁸⁾ Siehe Zajchowski, J., a. a. O., S. 3.

⁹⁾ Siehe Hungarian Central Statistical Office: „The Tasks Related to the Reorganization of the Statistical Services in Hungary“, S. 4, CES-Dokument 648/Add. 4, Genf 1990.

¹⁰⁾ Siehe hierzu Abschnitt 3.2 dieses Aufsatzes auf S. 79.

¹¹⁾ Siehe Drechsler, L.: „National Accounts at Constant Prices in the Countries in Transition“, S. 3, Diskussionspapier 8 der „Conference on Statistics of Central and Eastern European Countries“, Paris 1990.

¹²⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 27 f., Genf 1990.

Zur Gewichtung des Verbraucherpreisindex wird in den westlichen Ländern meist auf die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte zurückgegriffen. Zwar gibt es auch in den osteuropäischen Ländern derartige Erhebungen bei den Haushalten; diese Befragungen, die in den meisten Ländern sogar in relativ kurzen Intervallen durchgeführt wurden, sind allerdings nicht für preisstatistische Zwecke konzipiert. Es ist deshalb vorgeschlagen worden, die Frequenz der Haushaltsbefragungen in Osteuropa zu verringern und dafür das Spektrum der erfragten Tatbestände zu erweitern. Dadurch ließen sich u. a. auch Informationen über statistisch bisher kaum erfaßte Phänomene — wie etwa Schwarzmarktkäufe oder Warenverknappungen — gewinnen, die für die Volkswirtschaften Osteuropas gerade in der Übergangsphase von großer Bedeutung sind¹³⁾.

Mit der Freigabe der bisher zentral festgelegten Preise werden die Statistischen Ämter der Staaten Osteuropas auch im Hinblick auf die Organisation und Durchführung der Preiserhebungen vor neue Aufgaben gestellt. Zum einen können Preisstatistiken nicht mehr — wie früher meist üblich — auf der Grundlage von Preislisten erstellt werden¹⁴⁾, die Preiserhebungen müssen in Zukunft direkt vor Ort durchgeführt werden. Zum zweiten ist mit einer zunehmenden Diversifikation der Produkte, mit einer stärkeren zeitlichen und regionalen Preisvariabilität sowie mit der Entladung der zurückgestauten Inflation zu rechnen. In diesem Zusammenhang muß eine Reihe von Problemen gelöst werden, etwa im Hinblick auf die Spezifikation der Preisrepräsentanten, die Auswahl von Verkaufsstellen, die Substitution und Qualitätsanpassung oder die Erhebung von Schwarzmarktpreisen¹⁵⁾.

2.3 Außenhandelsstatistik¹⁶⁾

Die Außenhandelsstatistiken in den osteuropäischen Ländern basieren im wesentlichen auf den methodischen und definitorischen Richtlinien des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Diese Richtlinien weichen mitunter erheblich von den einschlägigen Empfehlungen der Vereinten Nationen (UN) ab, an denen sich die westlichen Länder bei der Erstellung ihrer Außenhandelsstatistiken orientieren.

So werden in der Außenhandelsstatistik der Länder des RGW sowohl der Waren- als auch Teile des Dienstleistungsverkehrs erfaßt, allerdings nur dann, wenn es sich um entgeltliche Leistungen handelt. Gemäß den UN-Richtlinien wird hingegen nur der grenzüberschreitende Warenverkehr, nicht aber der Handel mit Dienstleistungen in die Außenhandelsstatistik einbezogen. Allerdings wird dabei

auch der unentgeltliche Warenverkehr berücksichtigt. Außerdem besteht noch eine Reihe weiterer Unterschiede zwischen den Empfehlungen des RGW und der UN. Sie betreffen u. a. die Bewertung der Im- und Exporte, den Zeitpunkt ihrer Erfassung und die Behandlung bestimmter wirtschaftlicher Transaktionen wie Re-Exporte, Reparaturen oder Leasing. Schließlich haben die RGW-Länder bislang eine Güterklassifikation verwendet, die sogenannte Standard Foreign Trade Classification (SFTC), die erheblich von der UN-Standardssystematik, der Standard International Trade Classification (SITC) bzw. dem Harmonized Commodity Description and Coding System (HS) des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens abweicht.

Diese Unterschiede haben zur Folge, daß die internationale Vergleichbarkeit der osteuropäischen Außenhandelsstatistiken erheblich beeinträchtigt wird, vor allem wenn detaillierte Analysen für einzelne Güter oder Gütergruppen durchgeführt werden sollen. In ihrem Bestreben um eine stärkere weltwirtschaftliche Integration haben die osteuropäischen Staaten deshalb beschlossen, ihre Außenhandelsstatistiken an die UN-Standards anzupassen.

In erhebungstechnischer Hinsicht stellt sich den Statistischen Ämtern der Staaten Osteuropas die Frage, wie die Berichtswege für die Außenhandelsstatistik in Zukunft gestaltet werden sollen. Bisher waren die Außenhandelsaktivitäten allein den Außenhandelsmonopolen vorbehalten gewesen; die entsprechenden Daten über den Außenhandel wurden direkt von diesen Einheiten geliefert. Mit der Beseitigung dieser Monopole wird jedoch die Zahl der am Außenhandel beteiligten Wirtschaftseinheiten stark ansteigen, so daß es nicht mehr zweckmäßig ist, diese unternehmensbezogene Erhebungsform beizubehalten. Die Statistischen Ämter der Staaten Osteuropas beabsichtigen deshalb, zu einer ereignisorientierten Erhebung der Außenhandelsstatistik überzugehen, die nicht an den beteiligten Unternehmen, sondern am Import- und Exportvorgang selbst anknüpft. Wie in den meisten marktwirtschaftlichen Ländern wird man sich bei der Gewinnung außenhandelsstatistischer Daten in Zukunft auf Zolldokumente stützen.

2.4 Arbeitskräftestatistik

Auch im Bereich der Arbeitskräftestatistik sehen sich die Statistischen Ämter der osteuropäischen Staaten mit neuen Anforderungen konfrontiert. Es liegen zwar für alle Länder monatliche oder vierteljährliche Daten über den Einsatz von Arbeitskräften in mehr oder weniger differenzierter Untergliederung vor, Angaben über das Ausmaß und die Struktur der Arbeitslosigkeit sind mit Ausnahme Polens und Ungarns bisher jedoch noch nicht verfügbar¹⁷⁾, denn in den Ländern Osteuropas war das Phänomen der Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit zumindest offiziell nicht existent. Für die Zukunft wird jedoch damit gerechnet, daß die Freisetzung von Arbeitskräften im Zuge der wirt-

¹³⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 28, Genf 1990.

¹⁴⁾ Siehe z. B. Zienkowski, L.: „Selected Problems of Price Statistics: The Experience of Poland“, S. 2 und S. 5, Diskussionspapier 5 der „Conference on Statistics of Central and Eastern European Countries“, Paris 1990.

¹⁵⁾ Siehe hierzu UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 29 f., Genf 1990.

¹⁶⁾ Zum folgenden siehe z. B. RGW-Sekretariat: „Some Lines of Further Development in the Statistical Methodology of the Foreign Trade Statistics of CMEA Member Countries“, CES-Dokument 654, Genf 1990; UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 36 ff., Genf 1990.

¹⁷⁾ Siehe hierzu auch OECD: „Short-Term Economic Statistics Available for CEECs“, S. 3 f., Diskussionspapier 3 der „Conference on Statistics of Central and Eastern European Countries“, Paris 1990. Die verfügbaren Angaben beschränken sich aber i. d. R. auf Staatsbetriebe.

schaftlichen Umstrukturierungsprozesse nicht zu umgehen sein wird und politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bzw. zur Milderung der sozialen Folgen erwogen werden müssen. Dazu sind detaillierte Informationen, insbesondere über Ausmaß und Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen sowie über das Alter, die berufliche Qualifikation und die Lebensumstände der Arbeitslosen, erforderlich¹⁸⁾.

Zur Gewinnung von Statistiken der Erwerbstätigkeit und insbesondere zur Erfassung der Arbeitslosigkeit wird von den meisten Statistikern dieses Fachbereichs generell der Einsatz von Haushaltsbefragungen empfohlen.

Unternehmensbefragungen und die Auswertung von Verwaltungsunterlagen sind nach ihrer Ansicht nicht ausreichend, um detaillierte und umfassende Arbeitskräftestatistiken zu erstellen¹⁹⁾.

2.5 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird als Informationsgrundlage der Wirtschaftspolitik, aber auch als Bezugsrahmen für die Koordination der Wirtschaftsstatistiken eine zentrale Bedeutung beigemessen. Dies gilt in besonderem Maße auch für die Übergangsländer in Osteuropa.

Während sich die westlichen Länder bei der Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen am „System of National Accounts“ (SNA) der Vereinten Nationen²⁰⁾ orientieren, wird in den Ländern Osteuropas bislang das „Material Product System“ (MPS)²¹⁾ angewandt. In Zukunft wollen jedoch auch diese Länder ihre Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemäß dem SNA erstellen. Aus Gründen der intertemporalen Vergleichbarkeit soll allerdings in einigen Ländern das MPS zumindest für eine gewisse Zeit parallel weitergeführt werden²²⁾.

Zwischen diesen beiden Systemen besteht eine Reihe von Unterschieden²³⁾, die teils auf unterschiedliche Wirtschaftstheorien, teils auf institutionelle Besonderheiten, zum Teil aber einfach nur auf eher zufällige Ursachen zurückzuführen sind²⁴⁾. Die größte Diskrepanz zwischen SNA und MPS besteht bei der Definition des Produktionsbegriffs. Im Gegensatz zum SNA trennt man im MPS zwischen den „materiellen“ Dienstleistungen (z. B. Warenhandel und Transport), die der gesamtwirtschaftlichen Produktion zugerechnet werden, und den „nichtmateriellen“ Dienstleistungen (z. B. Bildungs- und Gesundheitsleistungen), deren Bereitstellung und Verwendung als reiner

Verteilungsvorgang betrachtet wird. Darüber hinaus weicht das MPS noch in weiteren Punkten vom SNA ab, beispielsweise bei der Abgrenzung der Volkswirtschaft, bei der Zuordnung von Reiseausgaben in der übrigen Welt, bei der Behandlung sozialer Aufwendungen der Unternehmen für ihre Beschäftigten oder bei den Verlusten beim Vorrats- und Anlagevermögen. Im MPS gibt es außerdem keine ausgebaute Einkommensverteilungs- und Finanzierungsrechnung. So werden wichtige Größen des SNA, wie das verfügbare Einkommen und die Ersparnis der Sektoren, in den osteuropäischen Ländern bisher nicht nachgewiesen.²⁵⁾; die dafür notwendige Unterscheidung zwischen reinen Finanzierungsvorgängen sowie Transaktionen der Einkommensverteilung, -umverteilung und -verwendung fehlt bisher im MPS.

Da die meisten osteuropäischen Länder bereits über gewisse SNA-Kenntnisse verfügen und zum Teil schon seit längerer Zeit Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemäß dem SNA publizieren²⁶⁾, sollte die konzeptionelle Seite der Umstellung auf das SNA keine unüberwindlichen Probleme bereiten. Schwieriger dürfte es hingegen sein, die zur Berechnung von SNA-Aggregaten notwendigen Basisstatistiken aufzubauen. Besondere Bedeutung kommen dabei der zukünftigen Gestaltung der nationalen Buchführungssysteme und dem Aufbau von Unternehmensregistern zu²⁷⁾.

2.6 Soziale Indikatoren

Allgemein wird davon ausgegangen, daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa von tiefgreifenden Veränderungen der Lebensbedingungen bei weiten Teilen der Bevölkerung begleitet sein werden. Zur Analyse und Beurteilung der sozialen Konsequenzen des Übergangsprozesses und zur informatischen Fundierung wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen wird ein System sozialer Indikatoren benötigt, das über den Stand und die Entwicklung der Lebensbedingungen der Bevölkerung Aufschluß erteilt. Erforderlich sind beispielsweise statistische Informationen über die Erwerbstätigkeit, die Löhne und Einkommen oder die Lebenshaltungskosten verschiedener sozialer Gruppen. In den meisten Übergangsländern gibt es zwar statistische Erhebungen, mit denen viele Aspekte der Lebensbedingungen der Bevölkerung erfaßt werden. Um zu einem umfassenden Bild der sozialen Lage in den osteuropäischen Ländern zu gelangen, sind jedoch in einigen Statistikbereichen noch etliche Lücken zu schließen. Dazu ist es einmal notwendig, bei den bereits bestehenden Erhebungen bestimmte Veränderungen bzw. Erweiterungen vorzunehmen²⁸⁾. Darüber hinaus muß eine Reihe von Statistiken — wie etwa die Lohnstatistik oder die bereits

¹⁸⁾ Siehe Fußnote 17.

¹⁹⁾ Siehe OECD: „Economic Statistics Needed for OECD Country Reviews“, S. 3 f., Diskussionspapier 13 der „Conference on Statistics of Central and Eastern European Countries“, Paris 1990.

²⁰⁾ Vereinte Nationen: „A System of National Accounts“, New York 1968.

²¹⁾ Vereinte Nationen: „Basic Principles Governing the Compilation of the System of Statistical Balances of the National Economy“, Band I und II, New York 1989.

²²⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Conference of European Statisticians. Report of the Thirty-Eighth Plenary Session“, S. 4, ECE/CES-Dokument 36, Genf 1990.

²³⁾ Siehe hierzu z. B. Lützel, H.: „Bemerkungen zur vorliegenden Sozialproduktberechnung der DDR“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Zur Sozialproduktberechnung der Deutschen Demokratischen Republik“, S. 25 ff., Wiesbaden 1990.

²⁴⁾ Siehe Drechsler, L.: „The System of National Accounts in the Countries in Transition“, S. 4, Diskussionspapier 7 der „Conference on Statistics of Central and Eastern European Countries“, Paris 1990.

²⁵⁾ Siehe OECD: „National Accounting Statistics Available for the Central and Eastern European Countries“, S. 3, Diskussionspapier 15 der „Conference on Statistics of Central and Eastern European Countries“, Paris 1990.

²⁶⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 6 ff., Genf 1990.

²⁷⁾ Siehe Fußnote 26.

²⁸⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Conference of European Statisticians. Report of the Thirty-Eighth Plenary Session“, S. 4, ECE/CES-Dokument 36, Genf 1990.

erörterte Arbeitslosenstatistik — von Grund auf neu aufgebaut werden.

3 Instrumente

3.1 Stichproben

Wie bereits an verschiedener Stelle angedeutet, macht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltung in den osteuropäischen Staaten auch eine Revision des statistischen Instrumentariums unvermeidbar. In der Vergangenheit waren Totalerhebungen, vor allem im Bereich der Wirtschaftsstatistik, die dominierende Praxis. Angesichts der wachsenden Zahl der Berichtspflichtigen ist diese Verfahrensweise in Zukunft nicht aufrechtzuerhalten. Es ist deshalb unumgänglich, in größerem Stil von Stichprobenverfahren Gebrauch zu machen, und zwar nicht wie bisher nur im Bereich der Sozial- und Bevölkerungsstatistik, sondern vor allem auch im Bereich der Wirtschaftsstatistik²⁹⁾.

Bei der Einführung von Stichprobenverfahren in den Wirtschaftsstatistiken ergibt sich für die Statistischen Ämter der Staaten Osteuropas, die kaum über praktische Erfahrungen bei der Durchführung solcher Erhebungen verfügen, eine Reihe methodischer und organisatorischer Schwierigkeiten:

Zum einen führt die große Dynamik in der Unternehmensdemographie mit zahlreichen Gründungen, Schließungen und Aktivitätsverlagerungen dazu, daß die Kenntnisse über die Grundgesamtheit meist nur sehr lückenhaft sind. Es ist deshalb schwierig, geeignete Auswahlgrundlagen für die Durchführung von Stichproben zu finden und ohne genaue Kenntnis über die Unternehmensstruktur repräsentative Ergebnisse auf regionaler und sektoraler Ebene zu ermitteln³⁰⁾. Die Führung von Unternehmensregistern könnte einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten.

Zum anderen stellt die sinkende Auskunftsbereitschaft der Befragten die Statistischen Ämter in Osteuropa vor schwierige Aufgaben. Die Auskunftgebenden müssen durch Informationen über Zweck und Nutzen der Erhebungen zur Teilnahme an den Befragungen gewonnen werden, um über möglichst hohe Antwortquoten die Zuverlässigkeit und Repräsentativität der Stichprobenergebnisse zu erreichen. Zusätzlich wird es noch erforderlich sein, dem Problem hoher Antwortausfälle durch die Entwicklung geeigneter Schätzverfahren zu begegnen.

3.2 Register

Große Bedeutung für die Erstellung zuverlässiger Wirtschaftsstatistiken wird in den osteuropäischen Ländern dem Einsatz von Unternehmensregistern beigemessen. Neben der bereits erwähnten Nutzung als Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für Stichprobenerhebungen können Register noch als Postversandlisten für Unternehmensbefragungen, als Datenquelle für die periodische

Erstellung von Statistiken ohne Befragung der Unternehmen (Registererhebungen) oder zur Verknüpfung und Koordination der Ergebnisse verschiedener statistischer Erhebungen verwendet werden³¹⁾.

Das größte Problem bei der Führung statistischer Register besteht im allgemeinen darin, neuentstandene Einheiten zu ermitteln, Änderungen der nachgewiesenen Merkmale für bestehende Einheiten festzustellen und nicht mehr bestehende Einheiten auszusondern. In den osteuropäischen Ländern werden zwar schon seit längerer Zeit Unternehmensregister geführt, die dynamische Entwicklung des privaten Unternehmensbereichs mit zahlreichen Unternehmensgründungen und -schließungen stellt die Statistischen Ämter jedoch vor große Probleme.

Zur Aktualisierung und Vollständigkeitsprüfung der Register müssen geeignete Datenquellen gefunden werden, die auch eine Erfassung des rasch wachsenden Privatsektors ermöglichen. Als Informationsquellen kommen entsprechend den jeweiligen nationalen Gegebenheiten Unterlagen von verschiedenen Verwaltungseinrichtungen in Betracht, aber auch Unternehmensbefragungen, die eigens zur Aktualisierung der Register oder primär für andere statistische Zwecke durchgeführt werden³²⁾. Es wird erwartet, daß kleinere und mittlere Unternehmen anfangs nur unvollständig erfaßt werden können und daß es erst mit der weiteren Entwicklung der Steuer- und Sozialversicherungsbehörden zu Verbesserungen kommt³³⁾. Darüber hinaus steigen mit wachsender Zahl der zu erfassenden Einheiten auch die Kosten der Registerführung. Dennoch ist man allgemein der Auffassung, daß der Nutzen einer solchen Investition, die Verbesserung der Qualität der statistischen Ergebnisse und die Entlastung der Auskunftgebenden, trotz der erheblichen Kosten langfristig überwiegt³⁴⁾.

Abgesehen von Fragen der Bestandspflege stehen die Statistischen Ämter der Staaten Osteuropas beim Umbau ihrer Unternehmensregister noch vor einer Reihe weiterer Aufgaben, wie beispielsweise der zweckmäßigen Definition der Einheiten oder der Einführung von neuen, den internationalen Standards entsprechenden Wirtschaftszweigsystematiken³⁵⁾.

4 Ausblick

Wie aus den vorangegangenen Ausführungen ersichtlich wird, besteht in Osteuropa ein erheblicher Umstellungsbedarf auf allen Ebenen der statistischen Arbeit, angefangen von grundlegenden Fragen wie der organisatorischen Gestaltung der amtlichen Statistik über konzeptionelle Frage-

²⁹⁾ Siehe hierzu Glaab, H.: „Technische Aspekte des Aufbaus einer Kartei für Unternehmen und Betriebe im Produzierenden Gewerbe“ in WiSta 8/1976, S. 476 ff., insbesondere S. 476; UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 16, Genf 1990.

³⁰⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 18, Genf 1990.

³¹⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Conference of European Statisticians, Report of the Thirty-Eighth Plenary Session“, S. 4, ECE/CES-Dokument 36, Genf 1990.

³²⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 3, Genf 1990.

³³⁾ Siehe hierzu: UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, insbesondere S. 15 ff. und S. 24, Genf 1990.

²⁸⁾ Siehe UN Economic Commission for Europe: „Transition Needs“, S. 6.

³⁰⁾ Siehe ebenda, S. 6, und UN Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, S. 44, Genf 1990.

stellungen bis hin zu erhebungstechnischen Details wie der Gestaltung von Fragebogen.

In Anbetracht dieser gewaltigen Aufgaben wurden die westlichen Industriestaaten um Unterstützung bei der Umgestaltung der statistischen Systeme in Osteuropa er sucht. Dabei läßt sich das breite Spektrum der notwendigen Unterstützungsmaßnahmen in fünf Kategorien unterteilen:

- Schulungsaufenthalte von osteuropäischen Statistiker in Statistischen Ämtern der westlichen Industriestaaten
- Kurz- und Langzeitaufenthalte von Experten in den Übergangsländern,
- Kurse und Seminare,
- internationale Expertenkonferenzen,
- materielle Hilfe in Form von Dokumenten, technischen Geräten usw.

Seit Anfang 1990 ist eine Reihe von bi- und multilateralen Kooperationsprojekten in allen fünf Bereichen initiiert worden, und es ist absehbar, daß zur Neugestaltung der amtlichen Statistik in Osteuropa noch über Jahre hinaus Unterstützungsmaßnahmen erforderlich sein werden.

Welche Bedeutung der amtlichen Statistik und damit auch diesen Unterstützungsmaßnahmen für den gesamten Umgestaltungsprozeß in Osteuropa beizumessen ist, zeigt sich allein schon darin, daß die Statistik in einer Reihe wirtschaftlicher und politischer Kooperationsverträge mit osteuropäischen Ländern als prioritäres Aufgabengebiet genannt wird³⁶⁾.

Was speziell die Unterstützung von deutscher Seite anbelangt, so hat das Statistische Bundesamt im Jahr 1990 u. a. im Rahmen des Statistischen Programms der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) einen Workshop über die Umstellungsprobleme in wichtigen Statistikbereichen gemeinsam mit dem Statistischen Zentralamt Ungarns in Budapest organisiert, auf dem die Übergangspläne der osteuropäischen Länder vorgestellt, geprüft und zu konkreten Übergangprojekten verdichtet wurden³⁷⁾. Darüber hinaus weilten im vergangenen Jahr mehrere osteuropäische Statistiker zu ein- bis dreimonatigen Schulungsaufhalten im Statistischen Bundesamt, und es wurden deutsche Experten zu Kurzeitaufhalten in osteuropäische Länder entsandt. Das Statistische Bundesamt beteiligt sich auch an den Unterstützungsmaßnahmen, die im Rahmen eines großangelegten Hilfsprogramms der EG für osteuropäische Länder mit den Statistischen Ämtern dieser Länder vereinbart wurden.

Mittelfristig gesehen liegt in dieser Zusammenarbeit die große Chance, eine weitaus größere internationale Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse zu erzielen und die Rolle der amtlichen Statistik als unabhängige, objekti-

ve, dem Statistikgeheimnis und der Öffentlichkeit gleichzeitig verpflichtete Instanz zu festigen. Die Statistischen Ämter der Staaten Osteuropas haben mehrfach ihren Wunsch bekräftigt, diese bi- und multilaterale Zusammenarbeit in Zukunft noch zu intensivieren.

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Klitsch

³⁶⁾ Als eines der jüngsten Beispiele sei hier der „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion genannt. Siehe hier insbesondere Artikel 19 in Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 133, S. 1379 ff., Bonn 1990.

³⁷⁾ Economic Commission for Europe: „Report of the Workshop on Major Fields of Transition Problems“, Genf 1990; hierüber erscheint demnächst im Rahmen der Reihe „Forum der Bundesstatistik“ ein ausführlicher Berichtsband.

Bevölkerungs- entwicklung 1989

Vorbemerkung

Im Berichtsjahr beeinflussten die Wanderungen über die Bundesgrenzen die Entwicklung sowohl der Bevölkerung insgesamt als auch die der deutschen Bevölkerung erheblich stärker als in früheren Jahren. Sie stehen daher im Mittelpunkt des ersten Teils des vorliegenden Beitrags. Über den Einfluß der weiteren Komponenten der Bevölkerungsentwicklung — Geburten und Sterbefälle — auf die Veränderung der Einwohnerzahl im Jahr 1989 wurde in dieser Zeitschrift bereits berichtet¹⁾. Der Vollständigkeit halber wird zunächst jedoch noch einmal kurz auf sie eingegangen.

Alle im ersten Teil dieses Beitrags genannten Zahlen beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, schließen also die ehemalige DDR und Berlin (Ost) nicht ein. Die Bevölkerungsentwicklung 1989 in diesem Teil Deutschlands wird jedoch in Abschnitt 4 dargestellt. Der vorliegende Beitrag schließt mit einem Ausblick auf die sich bisher für das Jahr 1990 abzeichnende Entwicklung.

1 Natürliche Bevölkerungsbewegung

1.1 Lebendgeborene

1989 wurden im Bundesgebiet 681 500 Kinder geboren. Das waren 4 300 (+ 0,6%) mehr als 1988. In den Jahren zuvor waren deutlichere Zuwachsraten zu verzeichnen gewesen. Sie betragen zwischen 2,6% (1987) und 6,8% (1986). Von den 1989 Lebendgeborenen hatten 601 700 die deutsche Staatsangehörigkeit; das waren 0,3% weniger als 1988, als noch 603 700 deutsche Kinder zur Welt gekommen waren. Demgegenüber stieg die Zahl der Lebendgeborenen mit anderer Staatsangehörigkeit von 73 500 im Jahr 1988 auf 79 900 (+ 8,6%) an, so daß 1989 11,7% der hier geborenen Kinder Ausländer waren.

¹⁾ Siehe Sommer, B.: „Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1989“ in WiSta 1/1991, S. 28 ff.

Über die Hälfte der Kinder mit fremder Staatsangehörigkeit waren Kinder türkischer Ehepaare. Die fünf größten Gruppen ehelich Lebendgeborener, deren Eltern die gleiche (ausländische) Staatsangehörigkeit hatten, machten zusammen 70,8% der Lebendgeborenen ausländischer Staatsangehörigkeit aus. Hierzu zählten neben türkischen Eltern auch Italiener, Jugoslawen, Griechen und Polen.

Lebendgeborene mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit		
	1988	1989
Insgesamt	73 518	79 868
dar.: ehelich	67 635	73 316
nach Staatsangehörigkeit der Eltern		
darunter:		
Türkei	37 537	40 903
Italien	6 416	6 220
Jugoslawien	4 074	4 628
Griechenland	2 470	2 709
Polen	1 386	2 089
Zusammen ...	51 883	56 549

1.2 Sterbefälle

Die Zahl der Gestorbenen lag 1989 mit 697 700 deutlich über der des Vorjahres (+ 1,5%). Bei den Frauen fiel dieser Anstieg stärker aus (+ 2,0%) als bei den Männern (+ 1,0%). Diese Unterschiede sind auf den Altersaufbau der Bevölkerung zurückzuführen.

Die weitaus meisten der Gestorbenen waren Deutsche (1989: 98,8%). Die in der Bundesrepublik lebende ausländische Bevölkerung ist wesentlich jünger als die deutsche, so daß unter ihr wesentlich weniger Sterbefälle zu verzeichnen sind.

Insgesamt gesehen starben 1989 16 200 Personen mehr als Kinder geboren wurden. Der Sterbefallüberschuß der deutschen Bevölkerung betrug sogar 87 400. Die ausländische Bevölkerung wies demgegenüber einen Geburtenüberschuß von 71 200 auf. Im Vorjahr waren sowohl der Geburtenüberschuß der Ausländer als auch das Geburtendefizit der Deutschen geringer ausgefallen; insgesamt hatte es aber auch im Vorjahr einen Sterbefallüberschuß gegeben (10 300).

2 Räumliche Bevölkerungsbewegung

2.1 Wanderungen insgesamt

Im Berichtsjahr wechselten rund 4,950 Mill. Personen ihren Wohnsitz innerhalb des Bundesgebietes oder zogen über

Tabelle 1: Lebendgeborene und Gestorbene

Personenkreis	1989		Überschuß der Geborenen (+) bzw. Ge- storbenen (-)	1988		Überschuß der Geborenen (+) bzw. Ge- storbenen (-)	1989 gegenüber 1988	
	Lebend- geborene	Gestorbene		Lebend- geborene	Gestorbene		Lebend- geborene	Gestorbene
							%	
Insgesamt	681 537	697 730	- 16 193	677 259	687 516	- 10 257	+ 0,6	+ 1,5
männlich	349 179	326 008	+ 23 171	348 138	322 939	+ 25 199	+ 0,3	+ 1,0
weiblich	332 358	371 722	- 39 364	329 121	364 577	- 35 456	+ 1,0	+ 2,0
Deutsche	601 669	689 035	- 87 366	603 741	678 918	- 75 177	- 0,3	+ 1,5
männlich	308 228	320 197	- 11 969	310 296	317 204	- 6 908	- 0,7	+ 0,9
weiblich	293 441	368 838	- 75 397	293 445	361 714	- 68 269	- 0,0	+ 2,0
Ausländer	79 868	8 695	+ 71 173	73 518	8 598	+ 64 920	+ 8,6	+ 1,1
männlich	40 951	5 811	+ 35 140	37 842	5 735	+ 32 107	+ 8,2	+ 1,3
weiblich	38 917	2 884	+ 36 033	35 676	2 863	+ 32 813	+ 9,1	+ 0,7

Tabelle 2: Wanderungen von Deutschen nach ausgewählten Herkunfts- bzw. Zielländern

Herkunfts- bzw. Zielländer ¹⁾	Zuzüge						Fortzüge						Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	
	1988		1989		1989 gegenüber 1988		1988		1989		1989 gegenüber 1988		1988	1989
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	
Insgesamt ²⁾	255,3	100	751,4	100	+ 496,1	+ 194,3	62,9	100	106,7	100	+ 43,8	+ 69,7	+ 192,5	+ 644,7
darunter:														
Europäisches Ausland	186,3	73,0	332,5	44,3	+ 146,3	+ 78,5	34,4	54,8	38,9	36,4	+ 4,4	+ 12,9	+ 151,8	+ 293,7
EG-Staaten	20,4	8,0	21,2	2,8	+ 0,7	+ 3,7	22,2	35,3	24,2	22,7	+ 2,0	+ 9,0	- 1,8	- 3,0
Polen	106,0	41,5	194,8	25,9	+ 88,8	+ 83,8	2,1	3,3	3,4	3,2	+ 1,3	+ 63,3	+ 103,9	+ 191,4
Rumänien	9,0	3,5	15,3	2,0	+ 6,2	+ 69,0	0,1	0,1	0,1	0,1	+ 0	+ 19,5	+ 9,0	+ 15,2
Schweiz	2,9	1,2	3,2	0,4	+ 0,2	+ 7,5	4,4	6,9	4,7	4,4	+ 0,3	+ 7,1	- 1,4	- 1,5
Sowjetunion	41,5	16,2	88,8	11,8	+ 47,3	+ 114,1	0,3	0,5	0,5	0,5	+ 0,2	+ 62,6	+ 41,1	+ 88,3
Tschechoslowakei	0,6	0,2	1,4	0,2	+ 0,8	+ 123,6	0,1	0,1	0,1	0,1	+ 0	+ 18,5	+ 0,5	+ 1,3
Übriges Europa	5,8	2,3	7,9	1,1	+ 2,2	+ 37,4	5,3	8,4	5,9	5,5	+ 0,6	+ 10,7	+ 0,5	+ 2,1
Außereuropäisches Ausland	25,6	10,0	28,3	3,8	+ 2,7	+ 10,7	25,7	40,9	26,5	24,9	+ 0,8	+ 3,3	- 0,1	+ 1,8
Ausland zusammen	211,9	83,0	360,9	48,0	+ 149,0	+ 70,3	60,1	95,6	85,4	61,3	+ 5,3	+ 8,8	+ 151,7	+ 295,5
Ehemalige DDR und Berlin (Ost)	42,3	16,6	384,6	51,2	+ 342,3	+ 809,2	2,4	3,8	4,9	4,6	+ 2,6	+ 109,3	+ 39,9	+ 379,6

¹⁾ Ohne Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. — ²⁾ Einschl. unbekanntes Ausland.

die Grenzen des Bundesgebietes zu oder fort²⁾. Das Wanderungsvolumen war somit um mehr als 1 Mill. höher als 1988 (3,878 Mill.). Dieser Anstieg beruhte zum weitaus größten Teil auf der Entwicklung der Außenwanderung. Die Wanderungen über die Bundesgrenzen (Zu- und Fortzüge insgesamt) lagen mit 2,067 Mill. um 741 000 über der für 1988 festgestellten Zahl (1,326 Mill.). Die Zahl der Binnenwanderungsfälle erhöhte sich von 2,552 Mill. um 331 000 auf 2,883 Mill.

Der schon seit 1984 zu beobachtende Anstieg der Zuwanderung über die Bundesgrenzen verstärkte sich im Berichtsjahr ganz erheblich. 1989 wurden 1,522 Mill. Zuzüge registriert und damit etwa 618 000 oder 68 % mehr als 1988 (904 000). Auch die Abwanderung erhöhte sich, wenn auch nicht so deutlich wie die Zuwanderung. 1989 zogen rund 545 000 Personen über die Bundesgrenzen fort; das waren 123 000 oder 29 % mehr als 1988 (422 000). Die Einwohnerzahl des Bundesgebietes erhöhte sich somit durch Wanderungen 1989 um 977 000 Personen.

Eine Bevölkerungszunahme durch Wanderungen hatten 1989 alle Bundesländer zu verzeichnen. In Niedersachsen resultierte der Anstieg nur aus einem Zuwanderungsüberschuß aus der Außenwanderung, in den übrigen Ländern hingegen sowohl aus einem Zuwanderungsüberschuß aus der Außenwanderung als auch aus einer positiven Binnenwanderungsbilanz³⁾.

2.2 Außenwanderung

2.2.1 Zuzüge von Deutschen

Im Berichtsjahr wurden rund 751 000 Zuzüge von Deutschen über die Bundesgrenzen registriert und damit 496 000 oder 194,3 % mehr als 1988 (255 000) (siehe Tabelle 2)⁴⁾. Dieser enorme Anstieg beruhte auf dem überaus

starken Zustrom von Aus- und Übersiedlern. Die Zahl der Aussiedler erreichte 1989 mit 377 000 nach fast 203 000 im Jahr 1988 einen neuen Höchststand. Auch 1989 kamen die meisten Aussiedler — 250 300 oder 66 % — aus dem polnischen Bereich. Weitere 26 % stammten aus dem sowjetischen Bereich und 6 % aus Rumänien.

Von den 751 000 im Jahr 1989 über die Bundesgrenzen zugezogenen Deutschen kamen die meisten — 385 000 oder 51,2 % — aus der ehemaligen DDR oder aus Berlin (Ost). Knapp 344 000 von ihnen fanden als Übersiedler im Bundesgebiet Aufnahme; das war die höchste Zahl seit Gründung der Bundesrepublik. 1988 hatte die Zahl der Übersiedler hingegen nur etwa 40 000 betragen. Weitere 39,6 % der 1989 über die Bundesgrenzen zugezogenen Deutschen stammten — entsprechend den Hauptherkunftsgebieten der Aussiedler — aus Polen, der Sowjetunion und Rumänien.

Tabelle 3: Aussiedler und Übersiedler 1989 nach dem Monat des Zuzugs in das Bundesgebiet

Monat	Aus- und Übersiedler insgesamt		Aussiedler		Übersiedler	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1989	720 909	100	377 055	100	343 854	100
Januar	28 150	6,2	23 523	6,2	4 627	1,3
Februar	27 518	6,0	22 510	6,0	5 008	1,5
März	31 052	6,7	25 381	6,7	5 671	1,6
April	31 341	6,8	25 454	6,8	5 887	1,7
Mai	35 393	6,6	24 751	6,6	10 642	3,1
Juni	42 002	7,8	29 574	7,8	12 428	3,6
Juli	45 139	8,9	33 432	8,9	11 707	3,4
August	62 124	10,9	41 169	10,9	20 955	6,1
September	69 177	9,5	35 922	9,5	33 255	9,7
Oktober	92 721	12,9	35 697	9,5	57 024	16,6
November	175 040	24,3	41 611	11,0	133 429	38,8
Dezember	81 252	11,3	38 031	10,1	43 221	12,6

Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

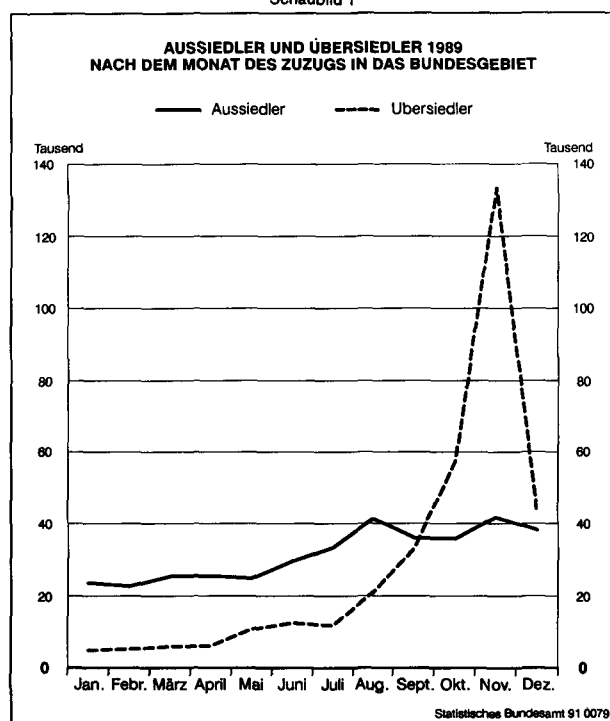
Die Einreise von Aus- und Übersiedlern entwickelte sich im Laufe des Jahres 1989 sehr unterschiedlich. Wie Tabelle 3 und Schaubild 1 zeigen, bewegte sich die Aussiedlerzahl im ersten Halbjahr 1989 zwischen 22 500 (Februar) und 29 600 (Juni). Im zweiten Halbjahr lag sie Monat für Monat deutlich höher. Am höchsten war die Aussiedlerzahl im August und November mit jeweils mehr als 41 000 Personen.

²⁾ Siehe Tabelle auf S. 60*. — In diesen Zahlen sind Umzüge innerhalb einer Gemeinde nicht enthalten, da Ortsumzüge in der amtlichen Statistik nicht erfaßt werden.

³⁾ Siehe Tabelle auf S. 60*.

⁴⁾ Von der Wanderungsstatistik wird die Zahl der Zuzüge von Deutschen etwas zu niedrig und die Zahl der Zuzüge von Ausländern entsprechend etwas überhöht wiedergegeben. Dies hängt damit zusammen, daß Aussiedler beim ersten Zuzug in das Bundesgebiet häufig eine ausländische Staatsangehörigkeit angeben, die im nachhinein von der zuständigen Behörde in die deutsche Staatsangehörigkeit bzw. in die Rechtsstellung „Deutscher(r) ohne deutsche Staatsangehörigkeit“ geändert wird. Die amtliche Statistik erhält hiervon bisher jedoch nur teilweise Kenntnis.

Schaubild 1



Die Zahl der eingereisten Übersiedler war im Januar 1989 mit rund 4600 Personen zunächst noch recht niedrig. Bis April stieg sie dann leicht und in den darauffolgenden Monaten — ausgenommen im Juli — immer stärker an. Im September erreichte die Übersiedlerzahl mit 33300 einen ersten Höchststand. Dieser Anstieg hing hauptsächlich damit zusammen, daß Ungarn am 11. September seine Grenze zu Österreich geöffnet und allen Deutschen aus der ehemaligen DDR, die direkt oder über die Tschechoslowakei nach Ungarn eingereist und dort in Lagern untergebracht waren, gestattet hatte, das Land zu verlassen. Im Oktober erhöhte sich die Übersiedlerzahl auf 57000. Unter diesen übergesiedelten Deutschen befanden sich viele Personen, die in den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Prag und Warschau Zuflucht gesucht hatten und jetzt ausreisen durften. Am 3. November 1989 gestatteten die Behörden der ehemaligen DDR ihren Bürgern, über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik auszureisen, und am 9. November öffnete sich die deutsch-deutsche Grenze. Diese Entwicklung führte im gleichen Monat zu einem sprunghaften Anstieg der Übersiedlerzahl auf 133400. Auch im Dezember war sie mit 43200 noch hoch. Unter den im November und Dezember

übergesiedelten Deutschen befanden sich vermutlich viele Personen, die bereits vor längerer Zeit einen Ausreiseantrag gestellt hatten und nach den Grenzöffnungen nun nicht mehr dessen Genehmigung abzuwarten brauchten.

Hinsichtlich der altersmäßigen Zusammensetzung der Aus- und Übersiedler ist seit längerem bekannt, daß beide Personenkreise eine gegenüber der hiesigen Bevölkerung vergleichsweise günstigere Altersstruktur aufweisen⁵⁾. Dies trifft insbesondere für Aussiedler, weniger jedoch für Übersiedler zu.

Die von den Fernsehanstalten übermittelten Bilder aus den Deutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau sowie aus den Aufnahmelagern im Bundesgebiet hatten seinerzeit den Eindruck vermittelt, daß es sich zumindest bei den in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 übergesiedelten Deutschen in weitaus stärkerem Maß als in vorangegangenen Jahren um jüngere Menschen handelte.

Angaben über die Altersstruktur der Übersiedler im Jahr 1989 lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Für den in Tabelle 4 und Schaubild 2 angestellten Vergleich des Altersaufbaues von Aus- und Übersiedlern mußte deshalb hinsichtlich der Übersiedler hilfswise von den nach dem Alter gegliederten Ergebnissen der Wanderungsstatistik über die 1989 im Bundesgebiet registrierten Zuzüge aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) ausgegangen werden.

Betrachtet man zunächst den Altersaufbau der Aussiedler, zeigt sich folgendes Bild:

Von den 1989 im Bundesgebiet aufgenommenen Aussiedlern waren 31,5% unter 18 Jahre alt. Weitere 49,4% befanden sich im Alter von 18 bis unter 45 Jahren, und 11,6% gehörten zur Gruppe der 45- bis unter 60jährigen. Bei der Gesamtbevölkerung betrug die entsprechende prozentuale Relation 1989 hingegen 18:41:20. Im Alter von 60 oder mehr Jahren befanden sich lediglich 7,5% der Aussiedler gegenüber 20,8% der Bevölkerung insgesamt. Im Vergleich zu den im Zeitraum 1982/88 aufgenommenen Aussiedlern (durchschnittlich 66800 je Jahr) waren die 1989 ausgesiedelten Deutschen jünger. Der Anteil der Kinder und Erwachsenen bis unter 45 Jahren war größer, während die Rate der 45jährigen und älteren Personen entsprechend geringer ausfiel.

⁵⁾ Siehe hierzu Fleischer, H./Proebsting, H.: „Aussiedler und Übersiedler — Zahlenmäßige Entwicklung und Struktur“ in WiSta 9/1989, S. 582 ff.

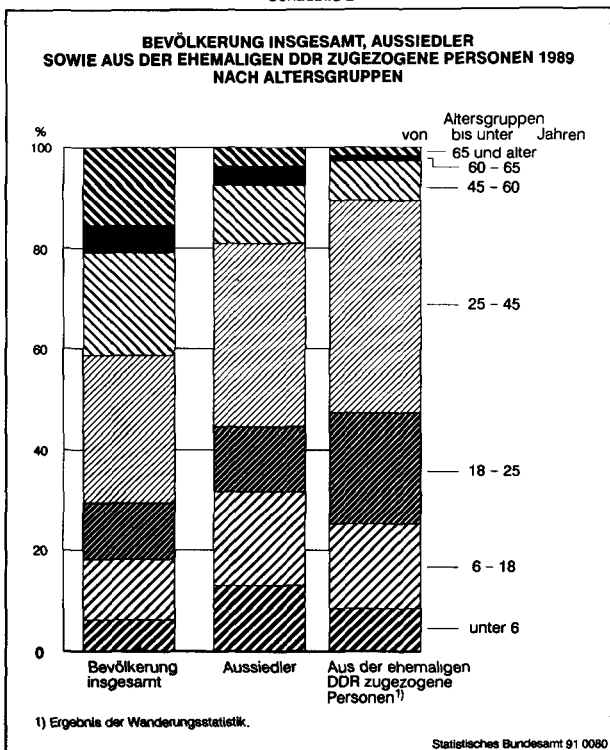
Tabelle 4: Aussiedler und Übersiedler sowie aus der ehemaligen DDR zugezogene Personen nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung 1989 insgesamt		Aussiedler ¹⁾				Übersiedler		Aus der ehemaligen DDR zugezogene Personen ²⁾	
			Durchschnitt 1982/88		1989		Durchschnitt 1982/88		1989	
	1 000	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 6	3 923	6,3	6 411	9,6	45 397	13,1	1 572	6,2	33 527	8,6
6 — 18	7 488	11,9	12 352	18,5	63 718	18,4	4 000	15,8	64 280	16,6
18 — 25	6 955	11,1	7 424	11,1	45 876	13,2	3 232	12,8	85 891	22,1
25 — 45	18 450	29,4	23 793	35,6	125 687	36,2	9 884	39,0	163 933	42,2
45 — 60	12 789	20,4	10 130	15,2	40 381	11,6	2 726	10,8	30 213	7,8
60 — 65	3 461	5,5	2 686	4,0	12 762	3,7	1 306	5,2	4 192	1,1
65 und älter	9 614	15,3	4 039	6,0	13 025	3,8	2 565	10,2	6 560	1,7
Insgesamt	62 679	100	66 835	100	346 846	100	25 265	100	388 396	100

¹⁾ Ab Berichtsjahr 1985 nur Angaben über die von den Bundesländern aufgenommenen Personen. Diese Zahl ist jeweils niedriger als die der Antragsteller (1989: 377 055). —

²⁾ Ergebnis der Wanderungsstatistik.

Schaubild 2



Von den 1989 aus der ehemaligen DDR oder Berlin (Ost) zugezogenen Personen waren 25,2% unter 18 Jahre und 64,3% 18 bis unter 45 Jahre alt. Im Alter von 45 bis unter 60 Jahren befanden sich 7,8%, und 60 Jahre oder älter waren lediglich 2,8%. Bei einem Vergleich mit der altersmäßigen Zusammensetzung der im Zeitraum 1982/88 durchschnittlich 25 300 je Jahr im Bundesgebiet aufgenommenen Übersiedler fällt zweierlei auf: die Zunahme des Anteils 18- bis unter 25jährigen um etwa 9 Prozentpunkte und die Verringerung des Anteils 60jähriger und älterer Personen um fast 13 Prozentpunkte.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Altersstruktur der Aus- und Übersiedler 1989 noch günstiger war als in den vorangegangenen Jahren. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung gab es 1989 anteilmäßig jeweils erheblich mehr unter 18jährige bei den Aussiedlern, 18- bis unter 45jährige bei den Übersiedlern und wesentlich weniger 60jährige und ältere Personen unter beiden Personenkreisen.

Vielfach war vermutet worden, der Entschluß, die ehemalige DDR zu verlassen und in das Bundesgebiet überzusiedeln, beruhe vorrangig auf wirtschaftlicher Not. Aufschlüsse hierüber vermitteln die Ergebnisse einer Befragung, die von Infratest Kommunikationsforschung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zwischen dem 29. August und dem 11. September 1989 im zentralen Notaufnahmelaager Gießen sowie im Notaufnahmelaager des Landes Baden-Württemberg in Rastatt durchgeführt wurde. Als wesentliche Ausreisegründe und -motive (hierbei waren Mehrfachnennungen möglich) gaben danach jeweils 74% der Befragten an erster Stelle die in der ehemaligen DDR fehlende Meinungsfreiheit und die beschränkten Reisemöglichkeiten an. Bei 72% stand der Wunsch, das Leben nach eigenen

Vorstellungen zu gestalten, im Vordergrund, und für 69% waren fehlende oder ungünstige Zukunftsaussichten für das Verlassen ihrer Heimat ausschlaggebend. Die schlechte Versorgungslage wurde erst an vierter Stelle (56%) als hauptsächlicher Ausreisegrund genannt; sie spielte aber bei lediglich 8% der Befragten überhaupt keine Rolle⁶⁾.

Seit der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 handelt es sich bei den Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet und der ehemaligen DDR einschließlich Berlin (Ost) um solche innerhalb des Bundesgebiets. Auf die Einwohnerzahl der Bundesrepublik nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990 wirken sich diese Wanderungsfälle daher nicht aus. Der Vollständigkeit halber soll an dieser Stelle aber kurz auf die Entwicklung der Übersiedlerzahl nach 1989 eingegangen werden.

Auch 1990 setzte sich der Zustrom von Übersiedlern zunächst fort. Nach der Volkskammerwahl vom 18. März ging sie dann deutlich zurück, und zwar von 46 200 im März auf 10 700 im Juni. Insgesamt fanden zwischen dem 1. Januar und 30. Juni 1990 knapp 238 400 Deutsche aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) als Übersiedler im bisherigen Bundesgebiet Aufnahme.

Am 1. Juli 1990 trat das Gesetz zur Aufhebung des Aufnahmegesetzes in Kraft⁷⁾. Das Aufnahmeverfahren für Übersiedler wurde damit beendet und die spezielle Übersiedlerstatistik eingestellt. Seit dem 1. Juli 1990 werden Zuzüge aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) ausschließlich im Rahmen der Wanderungsstatistik erfaßt und nachgewiesen. Entsprechende Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor.

2.2.2 Fortzüge von Deutschen

Im Berichtsjahr 1989 zogen knapp 107 000 Deutsche über die Bundesgrenzen fort; das waren etwa 44 000 oder 69,7% mehr als 1988 (63 000). Dieser Anstieg beruhte fast ausschließlich auf einer Zunahme der Abwanderung in das Ausland.

Nach Öffnung der deutsch-deutschen Grenze war vielfach vermutet worden, daß Übersiedler nunmehr in verstärktem Maße in ihre alte Heimat zurückkehren. Diese Vermutung wird jedoch von der Wanderungsstatistik nicht bestätigt. Im Rahmen der Wanderungsstatistik wurden im November und Dezember 1989 nur rund 2 300 Fortzüge von Deutschen in die ehemalige DDR und nach Berlin (Ost) registriert (gegenüber knapp 300 in den gleichen Monaten des Vorjahres). Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß Personen das Bundesgebiet wieder verlassen haben, ohne sich zuvor abzumelden. Dieser Personenkreis ist in der Statistik der Fortzüge nicht enthalten, und es ist daher möglich, daß die Zahl der Rückwanderer im November und Dezember 1989 tatsächlich etwas höher war.

Im gesamten Jahr 1989 wurden knapp 5 000 Fortzüge von Deutschen nach der ehemaligen DDR und Berlin (Ost)

⁶⁾ Siehe hierzu Hilmer, R./Köhler, A.: „Der DDR läuft die Zukunft davon. Die Übersiedler-/Flüchtlingswelle im Sommer 1989“ in Deutschland-Archiv 12/1989, S. 1383 ff.
⁷⁾ BGBl. I S. 1142.

registriert. Das waren zwar etwas mehr als doppelt so viele wie 1988 (2 400); gemessen an der Zahl der 1989 festgestellten Zuzüge aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) handelte es sich bei den Fortzügen des gleichen Jahres nach diesen Gebieten aber um eine verschwindend kleine Zahl.

Insgesamt gesehen ergab sich 1989 aus 751 000 Zuzügen und 107 000 Fortzügen von Deutschen über die Bundesgrenzen ein Zuwanderungsüberschuß von 645 000 Personen. 1988 hatte die Nettozuwanderung 193 000 Personen betragen.

2.2.3 Zu- und Fortzüge von Ausländern

Im Jahr 1989 zogen rund 771 000 Ausländer über die Bundesgrenzen zu und damit 122 000 oder 18,8% mehr als 1988 (649 000) (siehe Tabelle 5)⁸⁾. Diese Zunahme beruhte nur zu einem sehr kleinen Teil auf dem Anstieg der Zahl der Asylbewerber. 1989 stellten rund 121 300 Ausländer im Bundesgebiet einen Asylantrag; das waren 18 200 oder 18% mehr als 1988 (103 100). Von den 1989 zugezogenen Ausländern kamen mit 82,8% die weitaus meisten aus europäischen Ländern. Innerhalb der Gruppe europäischer Herkunftsländer dominierten die Zuzüge aus Polen (260 000), den EG-Staaten (122 000) und der Türkei (86 000).

Im gleichen Jahr zogen 438 000 Ausländer über die Bundesgrenzen fort und damit 79 000 oder 22,1% mehr als 1988 (359 000). Diese Zunahme war zum weitaus größten Teil auf einen Anstieg der Abwanderung nach Polen zurückzuführen.

Insgesamt gesehen ergab sich 1989 aus 771 000 Zuzügen und 438 000 Fortzügen von Ausländern ein Zuwanderungsüberschuß von 333 000 Personen. 1988 hatte die Nettozuwanderung 290 000 Personen betragen. Die posi-

tive Wanderungsbilanz beruhte im wesentlichen auf einem Zuwanderungsüberschuß bei Polen (+ 118 000), Türken (+ 48 000), Personen aus asiatischen Ländern (+ 40 000) sowie aus den EG-Staaten (+ 31 000).

3 Bevölkerungsstand

Die in den vorstehenden Abschnitten dargestellte Entwicklung der Geburten, Sterbefälle und Wanderungen ist bilanziert in der Bevölkerungsfortschreibung zusammengefaßt (siehe Tabelle 6 auf S. 86). Nach den Ergebnissen der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis der Volkszählung 1987 hatte das Bundesgebiet Ende 1989 62,679 Mill. Einwohner und damit 964 000 oder 1,6% mehr als am Jahresanfang (61,715 Mill.). Die Bevölkerungszunahme beruhte auf dem Zuwanderungsüberschuß, durch den der — gegenüber 1988 etwas geringere — Überschuß der Sterbefälle über die Geburten weit mehr als kompensiert werden konnte.

Von den rund 62,679 Mill. Einwohnern waren 30,2 Mill. (48%) männlichen und 32,4 Mill. (52%) weiblichen Geschlechts. Auf 1 000 männliche Personen kamen somit 1 073 weibliche. Bei einer Fläche von rund 248 626 km² betrug die Bevölkerungsdichte 252 Einwohner je km².

Die Zahl der deutschen Einwohner erhöhte sich 1989 von 57,086 Mill. am Jahresanfang um 582 000 oder 1,0% auf 57,668 Mill. am Jahresende. Dieser Anstieg war zum weitaus größten Teil eine Folge des im Vergleich zu 1988 erheblich höheren Zuwanderungsüberschusses.

Im Berichtsjahr hatten alle Bundesländer eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. In Baden-Württemberg und Bayern beruhte dieser Anstieg sowohl auf einer positiven Wanderungsbilanz als auch auf einem Geburtenüberschuß, in den übrigen Ländern hingegen nur auf einem Zuwanderungsüberschuß. Am stärksten war die Bevölkerungszunahme in Berlin (West) (+ 3,0%), Baden-Württemberg (+ 2,0%) und Bremen (+ 1,8%).

Tabelle 5: Wanderungen von Ausländern nach ausgewählten Herkunfts- bzw. Zielländern

Herkunfts- bzw. Zielländer ¹⁾	Zuzüge						Fortzüge						Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	
	1988		1989		1989 gegenüber 1988		1988		1989		1989 gegenüber 1988		1988	1989
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	1 000
Insgesamt ²⁾	648,6	100	770,8	100	+ 122,2	+ 18,8	359,1	100	438,3	100	+ 79,2	+ 22,1	+ 289,5	+ 332,5
darunter:														
Europäische Länder	538,0	83,0	637,9	82,8	+ 99,9	+ 18,6	290,9	81,0	359,2	82,0	+ 68,3	+ 23,5	+ 247,1	+ 278,7
EG-Staaten	121,7	18,8	122,4	15,9	+ 0,7	+ 0,6	83,8	23,3	91,1	20,8	+ 7,3	+ 8,6	+ 37,9	+ 31,4
darunter:														
Griechenland	33,0	5,1	29,5	3,8	- 3,5	- 10,7	12,8	3,6	14,6	3,3	+ 1,8	+ 14,4	+ 20,3	+ 14,9
Italien	41,8	6,5	40,2	5,2	- 1,8	- 4,0	37,2	10,3	38,5	8,8	+ 1,3	+ 3,5	+ 4,7	+ 1,7
Portugal	3,6	0,6	5,3	0,7	+ 1,7	+ 48,7	1,9	0,5	2,8	0,6	+ 0,9	+ 44,0	+ 1,6	+ 2,5
Spanien	3,9	0,6	4,4	0,6	+ 0,5	+ 12,9	6,0	1,7	6,4	1,5	+ 0,4	+ 6,6	- 2,1	- 2,0
Türkei	78,4	12,1	85,7	11,1	+ 7,3	+ 9,3	39,9	11,1	37,7	8,6	- 2,2	- 5,5	+ 38,5	+ 48,0
Jugoslawien	55,8	8,6	61,5	8,0	+ 5,7	+ 10,4	26,1	7,3	36,0	8,2	+ 9,9	+ 38,2	+ 29,7	+ 25,5
Polen	207,8	32,0	280,3	33,8	+ 52,5	+ 25,3	99,3	27,6	142,5	32,5	+ 43,2	+ 43,5	+ 108,5	+ 117,8
Übriges Europa	74,3	11,5	108,0	14,0	+ 33,7	+ 45,3	41,8	11,7	52,0	11,9	+ 10,3	+ 24,2	+ 32,5	+ 56,0
Außereuropäische Länder	108,7	16,8	130,6	16,9	+ 21,9	+ 20,2	66,4	18,5	70,1	16,0	+ 3,7	+ 5,6	+ 42,3	+ 80,5
dar.: Asien	60,1	9,3	71,5	9,3	+ 11,4	+ 18,9	29,5	8,2	31,3	7,1	+ 1,8	+ 6,2	+ 30,6	+ 40,2

¹⁾ Ohne Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. — ²⁾ Einschl. unbekanntes Ausland.

Tabelle 6: Bevölkerungsstand und -entwicklung

Jahr Land	Bevölkerung am Jahres- anfang	Überschuß der					Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-) insgesamt ²⁾	Bevölkerung am Jahresende			
		Gebore- nen (+) bzw Gestorbe- nen (-)	Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)			ins- gesamt ¹⁾		ins- gesamt	männlich	weiblich	weibliche Personen je 1000 männliche
			aus den Wanderungen		über die Grenzen des Bundesgebietes						
			zwischen den Ländern								
1000						je 1000 Einwohner	1000		Anzahl		
Deutsche Bevölkerung											
1982	56 992	- 159	+ 39	+ 3 ³⁾	+ 36	- 120	- 2	56 874	26 839	30 036	1 119
1983	56 874	- 178	+ 33	+ 2 ³⁾	+ 32	- 142	- 2	56 733	26 792	29 941	1 118
1984	56 733	- 159	+ 67	+ 5 ³⁾	+ 62	- 89	- 2	56 644	26 774	29 870	1 116
1985	56 644	- 164	+ 57	+ 6 ³⁾	+ 51	- 105	- 2	56 539	26 747	29 792	1 114
1986	56 539	- 127	+ 64	+ 7 ³⁾	+ 57	- 60	- 1	56 479	26 748	29 731	1 112
1987	56 479	- 105	+ 81	+ 4 ³⁾	+ 77	+ 472 ⁴⁾	+ 8	56 951	27 053	29 898	1 105
1988	56 951	- 75	+ 196	+ 0	+ 192	+ 136	+ 2	57 086	27 153	29 933	1 102
1989	57 086	- 87	+ 647	- 1 ³⁾	+ 655	+ 582	+ 10	57 668	27 494	30 175	1 098
Bevölkerung insgesamt											
1982	61 713	- 95	- 72	+ 3 ³⁾	- 75	- 167	- 3	61 546	29 428	32 118	1 091
1983	61 546	- 124	- 115	+ 2 ³⁾	- 117	- 239	- 4	61 307	29 306	32 001	1 092
1984	61 307	- 112	- 146	+ 5 ³⁾	- 151	- 257	- 4	61 049	29 180	31 870	1 092
1985	61 049	- 118	+ 89	+ 6 ³⁾	+ 83	- 29	- 0	61 020	29 190	31 830	1 090
1986	61 020	- 76	+ 196	+ 8 ³⁾	+ 188	+ 120	+ 2	61 140	29 285	31 855	1 088
1987	61 140	- 45	+ 220	+ 4	+ 216	+ 98 ⁵⁾	+ 2	61 238	29 419	31 819	1 082
1988	61 238	- 10	+ 486	+ 0	+ 482	+ 477	+ 8	61 715	29 693	32 022	1 078
1989	61 715	- 16	+ 980	- 1 ³⁾	+ 977	+ 964	+ 16	62 679	30 236	32 443	1 073
1989 nach Ländern											
Schleswig-Holstein	2 565	- 3	+ 33	+ 9	+ 24	+ 30	+ 12	2 595	1 255	1 340	1 067
Hamburg	1 603	- 6	+ 29	+ 3	+ 26	+ 23	+ 14	1 626	767	859	1 120
Niedersachsen	7 185	- 7	+ 106	- 10 ⁶⁾	+ 214	+ 99	+ 14	7 284	3 527	3 757	1 065
Bremen	662	- 2	+ 14	+ 2	+ 12	+ 12	+ 18	674	321	353	1 101
Nordrhein-Westfalen	16 874	- 3	+ 233	+ 2	+ 231	+ 230	+ 14	17 104	8 227	8 876	1 079
Hessen	5 569	- 4	+ 96	+ 15	+ 81	+ 92	+ 16	5 661	2 741	2 919	1 065
Rheinland-Pfalz	3 653	- 3	+ 51	+ 11	+ 40	+ 49	+ 13	3 702	1 789	1 913	1 069
Baden-Württemberg	9 433	+ 17	+ 169	+ 31	+ 138	+ 186	+ 20	9 619	4 670	4 949	1 060
Bayern	11 049	+ 6	+ 166	+ 29	+ 137	+ 171	+ 16	11 221	5 421	5 800	1 070
Saarland	1 054	- 2	+ 13	+ 1	+ 12	+ 11	+ 10	1 065	513	552	1 076
Berlin (West)	2 068	- 9	+ 71	+ 6	+ 65	+ 62	+ 30	2 131	1 006	1 124	1 118

¹⁾ Einschl. Personen mit unbekanntem Herkunfts- und Zielgebiet und ohne festen Wohnsitz. — ²⁾ Einschl. Differenz zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen der Statistik der Geburten und Sterbefälle und einschl. Berichtigung von Gemeindeergebnissen. — ³⁾ Der Saldo der Wanderungen zwischen den Bundesländern ist nicht ausgeglichen, da sich mit dem Inkrafttreten neuer Landesmeldegesetze in den Bundesländern die definitorische Grundlage für die Wanderungsbewegung geändert hat. — ⁴⁾ Die durch die Volkszählung am 25. Mai 1987 ermittelte Zahl lag um rd. 489 000 Personen über der zum gleichen Stichtag auf der Basis der Volkszählung 1970 fortgeschriebenen Zahl. Dadurch ergab sich für das Jahr 1987 trotz einer negativen Bevölkerungsbilanz rechnerisch eine Zunahme. — ⁵⁾ Die durch die Volkszählung am 25. Mai 1987 ermittelte Zahl lag um rd. 77 000 Personen unter der zum gleichen Stichtag auf der Basis der Volkszählung 1970 fortgeschriebenen Zahl. Dadurch ergab sich für das Jahr 1987 rechnerisch eine geringere Bevölkerungszunahme als aus der Bevölkerungsbilanz.

4 Bevölkerungsentwicklung in der ehemaligen DDR und Berlin (Ost)

1989 wurden in der ehemaligen DDR einschließlich Berlin (Ost) 198 900 Kinder lebend geboren. Im Jahr zuvor waren es noch 215 700 gewesen. Somit war von 1988 auf 1989 ein Rückgang um knapp 8% eingetreten. Zu dieser starken Abnahme trugen vermutlich auch Übersiedlungen in das Bundesgebiet, vor allem aber eine sinkende Geburtenhäufigkeit bei.

Die Zahl der Gestorbenen war 1989 mit 205 700 ebenfalls geringer als im Jahr zuvor (- 3,5%). Damit setzte sich die Entwicklung der vorangegangenen Jahre fort.

In der ehemaligen DDR betrug demnach das Geburtendefizit 1989 6 800 Personen (siehe Tabelle 7). Im Jahr zuvor hatte die Zahl der Geburten die der Sterbefälle um 2 600 überschritten.

In erheblich stärkerem Maße als Geburten und Sterbefälle beeinflussten die Wanderungen im Berichtsjahr die Bevölkerungsentwicklung in der ehemaligen DDR. Nach den seinerzeit noch vom Statistischen Amt dieses Gebiets festgestellten Daten zeigte die Außenwanderung 1989 folgenden Verlauf (in gerundeten Zahlen):

Herkunfts- bzw. Zielgebiet	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Bundesgebiet	1 100	255 800 ¹⁾	- 254 700
Ausland	51 800	41 200	+ 10 600
Insgesamt	52 900	297 000	- 244 100

¹⁾ Aufgrund nachträglich bearbeiteter „Rückmeldungen“ der im Bundesgebiet gelegenen Zuzugsgemeinden hat sich die Zahl der vom Zentralen Einwohnerregister der ehemaligen DDR für das Jahr 1989 gemeldeten Fortzüge auf 278 000 erhöht.

Auffallend ist die große Diskrepanz zwischen der Zahl der in der ehemaligen DDR ermittelten Fortzüge in das Bundesgebiet einerseits und der Zahl der in der Bundesrepublik registrierten Zuzüge aus der ehemaligen DDR andererseits. Mit 255 800 Personen lag die Fortzugszahl um fast 130 000 unter der im Bundesgebiet festgestellten Zuzugszahl (385 000) und noch um etwa 90 000 unter der Übersiedlerzahl (344 000). Diese Abweichungen beruhten auf unterlassenen Abmeldungen in der ehemaligen DDR.

Insgesamt gesehen ergab sich für 1989 aus 52 900 Zuzügen und 297 000 Fortzügen über die Grenzen der ehemaligen DDR ein Abwanderungsüberschuß von 244 100 Personen. Aus dem genannten Grund war die Zahl der Fortzüge und damit auch die Nettoabwanderung aber wesentlich höher. Der Abwanderungsüberschuß beruhte ausschließlich auf der negativen Wanderungsbilanz gegenüber dem Bundesgebiet; durch den aus dem Wanderungsaus-

Tabelle 7: Bevölkerungsstand und -entwicklung in der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) 1989

Gebiet bzw. neues Bundesland	Bevölkerung am Jahresanfang	Überschuß der		Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Jahresende
		Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-) ¹⁾			
		1 000		je 1 000 Einwohner		
Berlin (Ost)	1 284,5	+ 3,5	- 8,9	- 5,3	- 4	1 279,2
Brandenburg	2 669,1	+ 1,5	- 29,4	- 28,0	- 10	2 641,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 978,8	+ 5,2	- 20,1	- 14,9	- 8	1 963,9
Sachsen	5 014,4	- 12,1	- 101,7	- 113,8	- 23	4 900,7
Sachsen-Anhalt	3 004,5	- 3,0	- 36,5	- 39,5	- 13	2 965,0
Thüringen	2 723,3	- 1,9	- 37,5	- 39,4	- 14	2 683,9
Insgesamt ..	16 674,6	- 6,8	- 244,1	- 240,8	- 14	16 433,8

¹⁾ Für Berlin (Ost) und die fünf neuen Bundesländer mußte der Wanderungssaldo jeweils durch Differenzbildung ermittelt werden. Die Addition dieser Salden ergibt deshalb nicht den für die ehemalige DDR einschließlich Berlin (Ost) insgesamt nachgewiesenen Wanderungssaldo

tausch mit dem Ausland erzielten Gewinn verringerte er sich nur geringfügig.

Ende 1989 hatte die ehemalige DDR einschließlich Berlin (Ost) 16,434 Mill. Einwohner und damit etwa 241 000 oder 1,4% weniger als am Jahresanfang (16,675 Mill.) (siehe Tabelle 7). Bei Berücksichtigung der mehr als 100 000 Personen, die die ehemalige DDR ohne vorherige Abmeldung verlassen hatten, war die Bevölkerungsabnahme aber entsprechend höher.

Die Fläche der ehemaligen DDR einschließlich Berlin (Ost) betrug Ende 1989 rund 108 332 km². Mit 152 Einwohnern je km² war die Bevölkerungsdichte wesentlich geringer als im Bundesgebiet.

Eine Bevölkerungsabnahme hatten 1989 sowohl Berlin (Ost) als auch das Gebiet der seit dem 3. Oktober 1990 bestehenden neuen Bundesländer; sie bewegte sich zwischen 2,3% (Sachsen) und 0,4% Berlin (Ost). Der Rückgang der Einwohnerzahl beruhte in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowohl auf einer Nettoabwanderung als auch auf einem Sterbefallüberschuß, in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin (Ost) hingegen nur auf einem Abwanderungsüberschuß.

5 Ausblick

Am 3. Oktober 1990 wurde der von der Volkskammer der ehemaligen DDR am 23. August 1990 beschlossene Beitritt dieses Gebiets zur Bundesrepublik Deutschland nach Art. 23 GG wirksam. Hinsichtlich der laufenden Bevölkerungsstatistiken in der ehemaligen DDR hat dies zur Folge, daß dort die Erhebung und Aufbereitung der Daten der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung und die darauf aufbauende Fortschreibung der Einwohnerzahlen ab dem vierten Vierteljahr 1990 nach bundeseinheitlichem Verfahren durchzuführen sind. Wegen der teilweise unterschiedlichen Entwicklung der Lebensverhältnisse im bisherigen Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR ist darüber hinaus für das Berichtsjahr 1990 und mindestens zwei bis drei Jahre danach ein dreifacher Nachweis bevölkerungsstatistischer Daten erforderlich, und zwar für

- das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 (im folgenden als „bisheriges Bundesgebiet“ bezeichnet),
- das Gebiet der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) (im folgenden „Gebiet der ehemaligen DDR“ genannt),

- für das vereinigte Deutschland und damit für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990.

Mit einem Nachweis in dieser Form wird auch den Wünschen supra- und internationaler Organisationen Rechnung getragen.

Nachfolgend wird versucht, die Bevölkerungsentwicklung für 1990 im bisherigen Bundesgebiet und im Gebiet der ehemaligen DDR abzuschätzen und die Auswirkungen auf die Einwohnerzahlen der beiden Gebiete zum Jahresende 1990 aufzuzeigen.

Für eine Abschätzung der Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1990 im bisherigen Bundesgebiet liegen aus der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung vorläufige Zahlen über die in den Monaten Januar bis Oktober registrierten Lebendgeborenen und Gestorbenen vor. Die Daten aus der Statistik der räumlichen Bevölkerungsbewegung reichen hingegen derzeit nicht über das erste Vierteljahr 1990 hinaus und können somit nicht herangezogen werden. Um zumindest das Ausmaß der zu erwartenden Zuwanderung über die Grenzen des bisherigen Bundesgebietes abschätzen zu können, muß deshalb auf Angaben des Bundesausgleichsamtes über Aus- und Übersiedler sowie auf Angaben des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge über Asylbewerber zurückgegriffen werden.

Zwischen Januar und Oktober 1990 wurden im bisherigen Bundesgebiet 609 100 Kinder lebend geboren und damit 41 800 oder 7% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Sterbefälle betrug 590 700. Gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres (572 100) stieg sie zwar ebenfalls; mit + 3% war die Zunahme aber wesentlich geringer als bei den Geburten. Für das gesamte Jahr 1990 dürfte daher erstmals (seit 1971!) wieder mit einem Geburtenüberschuß zu rechnen sein.

Im Gebiet der ehemaligen DDR ist demgegenüber für 1990 eine starke Abnahme der Zahl der Geburten und ein leichter Rückgang bzw. eine Stagnation der Zahl der Sterbefälle zu erwarten. Hier dürfte deshalb ein Sterbefallüberschuß eintreten.

Im bisherigen Bundesgebiet wurden 1990 insgesamt 397 100 Aussiedler und damit 20 000 mehr als 1989 (377 000) aufgenommen. Darüber hinaus fanden bis zum 30. Juni 1990 — wie gesagt — etwa 238 400 Deutsche aus dem Gebiet der ehemaligen DDR im bisherigen Bundes-

gebiet als Übersiedler Aufnahme; im gesamten Jahr 1990 dürfte die Zahl der Zuzüge etwa 300 000 betragen haben. Somit ist bereits aufgrund des Zustroms von Aus- und Übersiedlern bzw. der Abwanderung aus dem Gebiet der ehemaligen DDR für 1990 mit etwa 700 000 Zuzügen von Deutschen über die Grenzen des bisherigen Bundesgebiets zu rechnen. Geht man davon aus, daß sich die Abwanderung von Deutschen aus dem bisherigen Bundesgebiet in der gleichen Größenordnung wie 1989 bewegt (107 000), so dürfte die deutsche Bevölkerung des bisherigen Bundesgebiets 1990 allein durch Wanderungen Deutscher um rund 600 000 Personen zunehmen.

Im Jahr 1990 stellten im bisherigen Bundesgebiet rund 193 000 Ausländer einen Asylantrag; damit erreichte die Zahl der Asylbewerber einen neuen Höchststand. Gegenüber 1989 (121 000) betrug die Zunahme etwa 72 000 Personen. Weitere Daten zur Entwicklung der ausländischen Bevölkerung im bisherigen Bundesgebiet liegen nur für das erste Vierteljahr 1990 vor. In dieser Zeit hat es nach der Wanderungsstatistik für Ausländer bereits einen Zuwanderungsüberschuß von rund 81 000 Personen gegeben. Diese Ergebnisse lassen vermuten, daß es 1990 auch eine deutliche Nettozuwanderung für Ausländer geben wird.

Für das Gebiet der ehemaligen DDR dürfte aus dem Wanderungsaustausch mit dem bisherigen Bundesgebiet ein Abwanderungsüberschuß von mehr als 300 000 Personen zu erwarten sein. Anders als 1989 wird auch die Bilanz zur übrigen Welt negativ sein. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, daß 1990 viele Ausländer nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge bzw. der von der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in die Heimat zurückgekehrt sind.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß bereits aufgrund der sich bei der deutschen Bevölkerung des bisherigen Bundesgebiets abzeichnenden Entwicklung auch für 1990 mit einem erheblichen — wenn auch gegenüber 1989 etwas geringeren — Bevölkerungszuwachs zu rechnen ist. Die Einwohnerzahl des bisherigen Bundesgebiets wird Ende 1990 deutlich über 63 Mill. liegen und damit zugleich einen neuen Höchststand erreichen.

Demgegenüber ist für das Gebiet der ehemaligen DDR als Folge eines Sterbefallüberschusses und einer starken Nettoabwanderung mit einem erneuten Bevölkerungsrückgang zu rechnen. Die Einwohnerzahl wird daher Ende 1990 nur noch knapp über 16 Mill. liegen.

Für das gesamte Bundesgebiet zeichnet sich trotz des Bevölkerungsrückgangs im Gebiet der ehemaligen DDR ein deutliches Bevölkerungswachstum ab. Dieses geht hauptsächlich auf den Zustrom von Aussiedlern, aber auch auf eine vermutlich positive Bilanz bei den Wanderungen von Ausländern zurück.

Dipl.-Volkswirtin Bettina Sommer/Dr. Henning Fleischer

Beheizung der Miet- und Eigentümerwohnungen

Vorbemerkung

Die Gebäude- und Wohnungszählung 1987 stellte nach fast 20 Jahren wieder flächendeckend auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene Angaben zur Beheizung der Gebäude mit Wohnraum und der Wohneinheiten bereit. Erstmals aber wurden in einer Totalzählung auch Angaben zu den verwendeten Energiearten erhoben, weil energie-wirtschaftliche Aspekte, zum Beispiel der sparsame Um-gang mit Heizenergie, und der Umweltschutz — Emissionen durch Hausbrandstoffe tragen zu einem nicht unerheblichen Teil zur Gesamtbelastung der Umwelt bei — die bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 noch allein vorherrschende Hinwendung zum Wohnungskomfort an Bedeutung und Interesse heute weit übersteigen. Dabei zeigt sich, daß Bestrebungen zu einer komfortableren Be-heizungstechnik und zu einem sparsameren Energiemit-teleinsatz einander bedingen.

Es fehlt nicht an Bemühungen, die Heizungssysteme und das Energieangebot umwelt- und klimaverträglicher zu gestalten. Neuerungen dieser Art werden für die Behei-zung des Altbäudebestandes nur mit einer zeitlichen Verzögerung wirksam. Der im Vergleich zu 1968 eingetre-tene Rückgang bei den Ofenheizungen um mehr als die Hälfte zeigt aber deutlich, welche Veränderungen im Laufe der Zeit möglich sind. Für auf weitere Verbesserungen zielende Untersuchungen und Eingriffsmöglichkeiten bie-ten die in tiefer regionaler Gliederung vorliegenden Ergeb-nisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 eine wertvolle Bezugsgrundlage.

Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung werden für stati-stische Auswertungen zum Heizkomfort unter dem Begriff „Sammelheizung“ zusammengefaßt. Vergleiche mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 sind, weil 1968 Zentral- und Etagenheizung gemeinsam und die Blockheizung nicht gesondert erfragt wurden, nur unter diesem Sammelbegriff möglich. Eine Fernheizung versorgt größere Wohnbezirke über ein entferntes, zentra-les Heizwerk, eine Blockheizung dagegen nur die Gebäu-de eines räumlich zusammengehörenden Häuserblocks, wobei die Heizquelle an einem der Gebäude angebaut ist oder sich in unmittelbarer Nähe dieser Gebäude befindet. Bei einer Zentralheizung versorgt eine zentrale Heizquelle über ein Röhrensystem die Wohnungen nur eines Gebäu-des. Eine Etagenheizung beheizt lediglich die Räume einer Wohnung. Einzelöfen beheizen jeweils nur den Raum, in dem sie stehen, während Mehrraumöfen, zum Beispiel durch Luftkanäle, gleichzeitig mehrere Räume einer Woh-nung versorgen.

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit dem Heiz-komfort und der Energieverwendung der rund 25,4 Mill. (bewohnten) Miet- und Eigentümerwohnungen; das waren 96,8% aller Wohnungen bzw. 95,6% aller verfügbaren

Wohneinheiten. Sie werden ergänzt um eine Darstellung der Beheizungs-vorrichtungen in Wohngebäuden in der Untergliederung nach der Größe dieser Gebäude.

Ergebnisse

Drei Viertel aller Wohnungen haben Sammelheizung

Im Zeitraum zwischen den Gebäude- und Wohnungszäh-lungen 1968 und 1987 erhöhte sich der Bestand an Miet- und Eigentümerwohnungen um fast ein Drittel (31,8%) von 19,3 auf 25,4 Mill. (siehe Tabelle 1). Die Zahl der mit Sam-melheizung ausgestatteten Wohnungen stieg in dieser Zeit um 12,9 Mill. auf rund 19,2 Mill., das bedeutet eine Zunahme gegenüber 1968 um mehr als den zweifachen Wert (207%). Gleichzeitig reduzierte sich die Zahl der mit Einzel- und Mehrraumöfen beheizten Wohnungen um 52 %

Tabelle 1: Miet- und Eigentümerwohnungen nach Art der Beheizung

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählungen 1968 und 1987

Land	Jahr	Miet- und Eigen-tümerwoh-nungen insgesamt	Davon mit ...			
			Sammelheizung		Einzel- oder Mehrraum-ofenheizung	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein	1968	820 479	338 306	41,2	482 173	58,8
	1987	1 076 284	951 691	88,4	124 593	11,6
Hamburg	1968	663 450	333 622	50,3	329 828	49,7
	1987	771 628	612 295	79,4	159 333	20,6
Niedersachsen	1968	2 173 777	753 480	34,7	1 420 297	65,3
	1987	2 879 156	2 405 153	83,5	474 003	16,5
Bremen	1968	267 506	133 469	49,9	134 037	50,1
	1987	317 499	281 156	88,6	36 343	11,4
Nordrhein-Westfalen . . .	1968	5 332 250	1 818 885	34,1	3 513 365	65,9
	1987	7 032 025	5 463 612	77,7	1 568 413	22,3
Hessen	1968	1 712 577	604 319	35,3	1 108 258	64,7
	1987	2 295 889	1 779 353	77,5	516 536	22,5
Rheinland-Pfalz	1968	1 126 897	296 850	26,3	830 047	73,7
	1987	1 458 423	1 013 577	69,5	444 846	30,5
Baden-Württemberg . . .	1968	2 669 241	715 069	26,8	1 954 172	73,2
	1987	3 740 786	2 620 376	70,0	1 120 410	30,0
Bayern	1968	3 220 490	780 924	24,2	2 439 566	75,8
	1987	4 395 995	2 943 020	66,9	1 452 975	33,1
Saarland	1968	360 372	92 970	25,8	267 402	74,2
	1987	429 250	291 432	67,9	137 818	32,1
Berlin (West)	1968	949 985	373 794	39,3	576 191	60,7
	1987	1 037 497	805 055	77,6	232 442	22,4
Bundesgebiet	1968	19 297 024	6 241 688	32,3	13 055 336	67,7
	1987	25 434 432	19 166 720	75,4	6 267 712	24,6

auf 6,3 Mill. Der überwiegende Teil (7,2 Mill. Wohnungen bzw. 55,7%) der seit 1968 zusätzlich mit Komfort beheizten Wohnungen ist auf die Neubautätigkeit seit 1969 zurückzu-führen (siehe Tabelle 2); in ca. 5,7 Mill. Wohnungen, die bereits 1968 und früher errichtet wurden, ist im Zuge von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen die Einzel- und Mehrraumofenheizung auf Sammelheizung umge-stellt worden. Mit anderen Worten: In fast 30% des 1968 ermittelten Wohnungsbestandes wurde im Verlauf von et-wa 20 Jahren das Heizungssystem entscheidend moder-nisiert.

Drei Viertel (75,4%) der 1987, aber nur knapp ein Drittel (32,3%) der 1968 gezählten Miet- und Eigentümerwohnun-gen hatten eine Sammelheizung, ein Viertel (24,6%) bzw. gut zwei Drittel (67,7%) wurden mit Öfen beheizt (siehe Tabelle 1). Die Veränderungen im Durchschnitt der elf Län-der betragen somit im Zeitraum 1968/87 jeweils rund

43 Prozentpunkte. Erheblich unter dieser durchschnittlichen Veränderungsrate liegen die Stadtstaaten Hamburg (rd. 29 Prozentpunkte), Berlin (West) (rd. 38 Prozentpunkte) und Bremen (rd. 39 Prozentpunkte), wesentlich über dem Durchschnitt, also mit höheren Zunahmen bzw. Abnahmen, die mehr ländlich geprägten Länder Niedersachsen (rd. 49 Prozentpunkte) und Schleswig-Holstein (rd. 47 Prozentpunkte). Bei der Beurteilung dieser unterschiedlichen Entwicklung ist das von Land zu Land recht unterschiedliche Ausgangsniveau bei den beiden Beheizungsarten zu berücksichtigen.

Während im Bundesdurchschnitt 1987 noch rund jede vierte Wohnung mit Einzel- und Mehrraumöfen versehen war, war es in Bremen und Schleswig-Holstein nur noch gut jede zehnte (11,4 bzw. 11,6%), in Bayern und im Saarland aber noch etwa jede dritte Wohnung (33,1 bzw. 32,1%). Die süddeutschen Länder haben gegenüber den übrigen Ländern möglicherweise ein Heizungskomfortdefizit, wenngleich im Einzelfall der Heizkomfort von Einzel- und Mehrraumöfen durchaus dem einer Sammelheizung, insbesondere einer Etagenheizung, ebenbürtig sein kann.

Bezieht man das Baualter in diese Betrachtungen mit ein, so ist zunächst in der Baualtersgruppe der bis 1918 errichteten Wohnungen ein Rückgang der Wohnungszahl

Tabelle 2: Miet- und Eigentümerwohnungen nach dem Baualter der Gebäude und Art der Beheizung

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählungen 1968 und 1987

Baualter der Gebäude	Jahr	Wohnungen insgesamt	Davon mit ...			
			Sammelheizung		Einzel- oder Mehrraumofenheizung	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Miet- und Eigentümerwohnungen						
bis 1918	1968	6 116 858	883 607	14,4	5 233 251	85,5
	1987	4 593 101	2 479 686	54,0	2 113 415	46,0
1919 bis 1948	1968	3 294 032	854 064	25,9	2 439 968	74,1
	1987	3 110 348	2 013 779	64,7	1 096 569	35,3
1949 bis 1968	1968	9 886 134	4 504 017	45,6	5 382 117	54,4
	1987	9 920 879	7 470 261	75,3	2 450 618	24,7
1969 und später ..	1987	7 810 104	7 202 994	92,2	607 110	7,8
Insgesamt ...	1968	19 297 024	6 241 688	32,3	13 055 336	67,7
	1987	25 434 432	19 166 720	75,4	6 267 712	24,6
Mietwohnungen						
bis 1918	1968	3 759 454	450 029	12,0	3 309 425	88,0
	1987	2 804 723	1 497 818	53,4	1 306 905	46,6
1919 bis 1948	1968	1 998 998	450 535	22,5	1 548 463	77,5
	1987	1 888 208	1 176 108	62,3	712 100	37,7
1949 bis 1968	1968	6 509 439	2 722 760	41,8	3 786 679	58,2
	1987	6 525 750	4 771 707	73,1	1 754 043	26,9
1969 und später ..	1987	4 266 898	3 923 416	92,0	343 482	8,0
Zusammen ...	1968	12 267 891	3 623 324	29,5	8 644 567	70,5
	1987	15 485 579	11 369 049	73,4	4 116 530	26,6
Eigentümerwohnungen						
bis 1918	1968	2 357 404	433 578	18,4	1 923 826	81,6
	1987	1 788 378	981 868	54,9	806 510	45,1
1919 bis 1948	1968	1 295 034	403 529	31,2	891 505	68,8
	1987	1 222 140	837 671	68,5	384 469	31,5
1949 bis 1968	1968	3 376 695	1 781 257	52,8	1 595 438	47,2
	1987	3 395 129	2 698 554	79,5	696 575	20,5
1969 und später ..	1987	3 543 206	3 279 578	92,6	263 628	7,4
Zusammen ...	1968	7 029 133	2 618 364	37,3	4 410 769	62,7
	1987	9 948 853	7 797 671	78,4	2 151 182	21,6

(durch Abriß, Umwidmung etc.) von 1,5 Mill. zu verzeichnen, das ist ein Viertel (24,9%) des 1968 ermittelten Bestandes (siehe Tabelle 2). Der Rückgang der in dieser

Altersgruppe mit Ofenheizung beheizten Wohnungen beträgt dagegen 3,1 Mill., das heißt, rund 1,6 Mill. der zunächst mit Einzel- und Mehrraumofenheizung ausgerüsteten Wohnungen wurden zwischen 1968 und 1987 modernisiert. Bezogen auf den 1968 ermittelten Bestand von 6,1 Mill. ist somit — mindestens — ein Viertel (26,1%) der Wohnungen entscheidend modernisiert worden. Bei den Mietwohnungen in dieser Baualtersgruppe wurden 27,9%, bei den Eigentümerwohnungen aber lediglich 23,3% modernisiert.

Dieser „Modernisierungsgrad“ beträgt für alle Wohnungen in der Baualtersgruppe 1919 bis 1948 mit einem nur minimalen Abgang von rund 180 000 Wohnungen 35%, in der Baualtersgruppe 1949 bis 1968 etwa 30%. (Bei der hier festgestellten Veränderung von + 34 745 kann wegen der zwischen dem 25. Oktober und 31. Dezember 1968 erfolgten und bei der Zählung 1968 nicht mehr erfaßten Bautätigkeit kein Wohnungsabgang ermittelt werden.)

Die Art der Beheizung steht in einem ursprünglichen Zusammenhang mit dem Baualter der Wohnungen. Infolge der umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen im Altwohnungsbestand verliert diese Tatsache im Zeitablauf immer mehr an Bedeutung. Für die Zählung des Jahres 1968 kann noch in etwa von einer originären Wiedergabe des Ursprungszustands ausgegangen werden, wenn beispielsweise für fast 86 von 100 bis 1918 errichtete Wohnungen Ofenheizung nachgewiesen werden konnte. Bei der Zählung 1987 waren es in dieser Baualtersgruppe bereits weniger als die Hälfte der Wohnungen (46,0%), die noch eine Ofenheizung hatten. Dieser Trend dürfte sich für die erhaltenswerten Wohnungsbestände fortsetzen. In den fünfziger Jahren gebaute Wohnungen hatten, weil es nach dem 2. Weltkrieg zunächst um die Behebung der drängendsten Wohnungsnot ging, häufig eine geringe Ausstattungsqualität. Daher überrascht es nicht, wenn auch in diesem — zur Zählung 1987 weniger als 40 Jahre alten — Wohnungsbestand bereits in einem erheblichen Umfang Heizungssysteme modernisiert worden sind, so daß im Mai 1987 nur noch jede vierte (24,7%) gegenüber gut jeder zweiten (54,4%) Wohnung 1968 über eine Ofenheizung verfügte.

Der Heizkomfort der Mietwohnungen unterscheidet sich kaum von dem der vom jeweiligen Eigentümer eigengenutzten Wohnung. Vermieter haben ihre Wohnungsbestände in etwa in gleichem Maße erneuert wie Eigentümer, mit dem Ergebnis, daß zur Zählung 1987 nur noch rund 27% der Mietwohnungen und rund 22% der Eigentümerwohnungen mit Ofenheizung ausgestattet waren, gegenüber noch gut 70% bzw. rund 63% 1968.

Zentralheizung dominiert bei der Sammelheizung

Mit einer Sammelheizung ausgestattete Wohnungen stellen nach heutigem technischen Standard und unter Berücksichtigung energiesparender und umweltverträglicher Beheizung den Normalfall dar. In nach 1969 errichteten Gebäuden wurde daher auch nur noch jede dreizehnte Wohnung offenbeheizt. Vergleichbare Anteile konnten auch für Neubauwohnungen der letzten Jahre festgestellt werden.

Unter Sammelheizung sind — wie bereits einleitend erwähnt — die Systeme Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung zusammengefaßt worden. Der Wahl zwischen einem dieser Systeme sind relativ enge Grenzen gesetzt. Fernheizung setzt das Vorhandensein einer Einrichtung zur Fernwärmlieferung, aber auch die Bereitschaft des jeweiligen Bauherrn voraus, sich in eine gewisse Abhängigkeit von dieser Institution zu begeben. Die Verwendung einer Blockheizung hängt wiederum von anderen Kriterien ab, u. a. der Art der Bebauung. Für den Einbau einer Zentralheizung spricht die relative Unabhängigkeit des Gebäudeeigentümers von Dritten und die Möglichkeit, auf Veränderungen im Energiemittelangebot variabel reagieren zu können. Der Einbau einer Etagenheizung wird sich in der Vergangenheit häufig auf das Komfortbedürfnis eines einzelnen Wohnungsinhabers zurückführen lassen. Gegenwärtig, beispielsweise in Gebäuden mit Eigentumswohnungen, dürften eher andere Überlegungen, wie eine fehlende übergeordnete Verantwortung in kleinen Gebäudeeinheiten und Modalitäten bei der Abrechnung der Heizkosten, ausschlaggebend sein. Als Ersatz für Ofenheizungen im Altbauwohnungsbestand kommt aus baulichen und finanziellen Gründen des öfteren auch nur noch der Einbau von Etagenheizungen in Betracht.

77 von 100 Miet- und Eigentümerwohnungen mit Sammelheizung wurden 1987 zentral beheizt, gut zehn hatten eine Etagenheizung, knapp acht waren einer Fernheizung und fast fünf einer Blockheizung angeschlossen (siehe Tabelle 3). Die Zentralheizung dominiert zwar in allen Ländern, in den Stadtstaaten macht ihr Anteil jedoch weniger als 60% aus. Hier ergänzen Fernheizungen [Hamburg und Berlin (West)] oder Blockheizung (Bremen) zu jeweils rund 20% den gehobenen Heizkomfort. In Rheinland-Pfalz und Hessen waren externe Heizsysteme am wenigsten verbreitet,

Tabelle 3: Miet- und Eigentümerwohnungen mit Sammelheizung nach Art der Beheizung
Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Land	Miet- und Eigentümerwohnungen mit Sammelheizung insgesamt	Davon hatten ...			
		Fernheizung	Blockheizung	Zentralheizung	Etagenheizung
	Anzahl	%			
Schleswig-Holstein	951 691	12,5	7,4	76,4	3,7
Hamburg	612 295	21,1	13,1	59,5	6,3
Niedersachsen	2 405 153	5,7	4,6	78,7	11,0
Bremen	281 156	8,2	20,7	57,4	13,7
Nordrhein-Westfalen	5 463 612	6,7	5,0	73,7	14,6
Hessen	1 779 353	4,2	3,0	83,1	9,7
Rheinland-Pfalz	1 013 577	1,8	2,9	85,1	10,2
Baden-Württemberg	2 620 376	6,4	3,5	80,6	9,5
Bayern	2 943 020	7,1	3,8	83,5	5,6
Saarland	291 432	7,1	1,4	83,2	8,3
Berlin (West)	805 055	21,7	5,1	59,7	13,5
Bundesgebiet	19 166 720	7,5	4,8	77,3	10,4

in Schleswig-Holstein wiederum hatte die Etagenheizung eine sehr geringe Bedeutung. Das nördlichste Bundesland partizipierte wahrscheinlich an der Versorgung Hamburgs mit Fernwärme und erreichte bei diesem Heizsystem bemerkenswerte 12,5%.

An der Beheizung der Neubauten der letzten 20 Jahre hat die Etagenheizung nur noch einen geringen Anteil. In den Altbauten dagegen stellt sie eine beachtliche Größe dar

Tabelle 4. Miet- und Eigentümerwohnungen mit Sammelheizung nach dem Baualter der Gebäude und Art der Beheizung

Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Baualter der Gebäude	Miet- und Eigentümerwohnungen mit Sammelheizung insgesamt	Davon hatten ...		
		Fern-, Blockheizung	Zentralheizung	Etagenheizung
	Anzahl	%		
bis 1900	1 301 551	3,7	79,3	17,0
1901 bis 1918	1 178 135	7,1	69,3	23,6
1919 bis 1948	2 013 779	8,1	74,6	17,3
1949 bis 1957	2 540 455	12,0	68,7	19,3
1958 bis 1968	4 929 806	14,6	76,5	8,9
1969 bis 1978	4 653 968	16,1	81,2	2,7
1979 und später	2 549 026	11,4	84,9	3,7
Insgesamt	19 166 720	12,3	77,3	10,4

(siehe Tabelle 4). In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts war sie ein technisch modernes, aber nicht allzu häufig verwendetes Heizsystem, denn bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1950 wurden — ohne das Saarland — lediglich 122 575 Wohnungen mit Etagenheizung gezählt. Bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 wurde dagegen im bis 1948 errichteten Wohnungsbestand eine um das Siebenfache höhere Anzahl ermittelt. Dennoch haben die umfangreichen Modernisierungen in erster Linie zum Einbau von Zentralheizungen geführt, mit dem Ergebnis, daß nunmehr vier von fünf bis 1900 gebaute Miet- und Eigentümerwohnungen mit Sammelheizung zentral beheizt werden.

Der Anteil der mit Fern- und Blockheizung beheizten Wohnungen nimmt mit abnehmendem Baualter kontinuierlich zu und erreicht in der Baualtersgruppe 1969 bis 1978 einen Wert von gut 16%, um danach, in den nach 1978 gebauten Wohnungen, um fast fünf Prozentpunkte zurückzugehen. Dies dürfte seine Ursachen darin haben, daß in diesen Jahren im Vergleich zu früheren Bauperioden der Geschoßwohnungsbau rückläufig war.

Block- und Etagenheizung werden am umweltfreundlichsten beheizt

Die Verbrennung fossiler Energien wie Kohle, Öl und Gas hat klimabeeinflussende Auswirkungen. Von den in der Bundesrepublik Deutschland hauptsächlich eingesetzten Brennstoffen trägt Gas am wenigsten zum „Treibhauseffekt“ bei. Gas wurde 1987 zu gut 81% in mit Etagenheizung versehenen Wohnungen und zu knapp 59% bei Blockheizungen eingesetzt (siehe Tabelle 5 auf S. 92). Daß Gas auch beim Betrieb einer Zentralheizung durchaus eine Alternative zum Hauptenergieträger Heizöl sein kann, belegen die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987. In nahezu jeder dritten zentral beheizten Wohnung wurde Gas verwendet. Aber auch in jeder fünften mit Öfen beheizten Wohnung standen nur Gasöfen. In Mietwohnungen wurde häufiger als in Eigentümerwohnungen das umweltfreundlichere Gas eingesetzt. Diese Feststellung gilt für jedes Heizsystem, im besonderen trifft sie jedoch auf Wohnungen mit Etagen- sowie Ofenheizung zu.

Heizöl aber ist die dominierende Energie unserer Zeit. Etwa 11 Mill. Wohnungen wurden mit Heizöl beheizt, darunter waren 9,5 Mill. zentral beheizte Wohnungen (64%

aller Wohnungen mit Zentralheizung). Auch in mehr als 900 000 Wohnungen mit Ofenheizung (18,6%) wurde ausschließlich Heizöl eingesetzt. Für den Betrieb von Blockheizungen wurde zu 37% Heizöl verwendet.

Strom sowie Kohle und Holz waren zu je rund 31% die wichtigsten Energieträger in mit Einzel- und Mehrraumöfen beheizten Wohnungen. Nachtspeicheröfen sind die bekanntesten und effizientesten Elektroöfen. Sie kommen qualitativ einer elektrisch betriebenen Etagenheizung nahe. Für den Endverbraucher stellt Strom den idealen Ener-

Tabelle 5: Miet- und Eigentümerwohnungen nach Art der Beheizung und Energie

Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Art der Beheizung	Wohnungen insgesamt	Davon beheizt mit ...			
		Gas	Heizöl	Strom	Kohle, Holz usw.
	Anzahl	%			
Miet- und Eigentümerwohnungen					
Blockheizung	924 816	58,6	37,1	2,8	1,5
Zentralheizung	14 805 742	32,2	64,2	1,1	2,5
Etagenheizung	1 994 185	81,1	10,1	4,0	4,8
Einzel- oder Mehrraumofenheizung ¹⁾	4 870 730	19,5	18,6	31,0	30,9
Insgesamt	22 595 473	34,8	48,5	7,9	8,8
Mietwohnungen					
Blockheizung	683 680	59,8	36,7	1,9	1,6
Zentralheizung	7 888 361	34,6	63,0	0,9	1,5
Etagenheizung	1 560 956	86,3	6,5	3,5	3,7
Einzel- oder Mehrraumofenheizung ¹⁾	3 419 998	24,2	18,0	29,0	28,8
Zusammen	13 552 975	39,2	43,8	8,4	8,6
Eigentümerwohnungen					
Blockheizung	241 156	55,2	38,0	5,4	1,4
Zentralheizung	6 917 381	29,4	65,5	1,4	3,7
Etagenheizung	433 229	62,7	22,8	5,6	8,9
Einzel- oder Mehrraumofenheizung ¹⁾	1 450 732	8,3	20,0	35,9	35,8
Zusammen	9 042 498	28,3	55,5	7,2	9,0

¹⁾ Mit nur einer Energieart.

angewiesen. Strom, Kohle und Holz waren für den Betrieb einer Zentralheizung nur von geringer Bedeutung, lediglich im Saarland, einem der Kohleförderländer, wurde noch in gut jeder zehnten Wohnung mit Zentralheizung Kohle verfeuert.

Tabelle 6: Miet- und Eigentümerwohnungen mit Zentralheizung nach dem Baualter der Gebäude und Art der Energie
Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Land Baualter der Gebäude	Miet- und Eigentümerwohnungen mit Zentralheizung insgesamt	Davon beheizt mit ...			
		Gas	Heizöl	Strom	Kohle, Holz usw.
	Anzahl	%			
Schleswig-Holstein	727 371	34,9	61,8	0,8	2,5
Hamburg	364 407	42,6	54,4	2,2	0,8
Niedersachsen	1 893 383	45,1	52,5	0,7	1,7
Bremen	161 412	40,1	59,0	0,4	0,5
Nordrhein-Westfalen	4 024 406	43,8	51,7	1,4	3,1
Hessen	1 478 088	29,0	69,0	1,0	1,0
Rheinland-Pfalz	862 374	29,5	67,4	1,1	2,0
Baden-Württemberg	2 113 174	18,4	77,5	1,7	2,4
Bayern	2 457 946	19,8	76,4	0,7	3,1
Saarland	242 463	30,1	57,7	0,8	11,4
Berlin (West)	480 718	8,6	89,4	0,6	1,4
Bundesgebiet	14 805 742	32,2	64,2	1,1	2,5
davon:					
bis 1900	1 031 713	33,1	58,3	1,4	7,2
1901 bis 1918	815 993	38,9	55,8	1,0	4,3
1919 bis 1948	1 501 669	39,4	56,1	0,9	3,6
1949 bis 1957	1 746 306	39,1	56,8	0,9	3,2
1958 bis 1968	3 770 034	23,6	73,7	0,6	2,1
1969 bis 1978	3 777 113	22,7	75,5	0,9	0,9
1979 und später	2 162 914	50,1	45,5	2,6	1,8

Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmen zunächst Angebot und Preis eines Gutes seine Verwendung. In den sechziger und siebziger Jahren, als Erdöl — von einer kurzfristigen Störung abgesehen — in scheinbar unbegrenzten Mengen und zu enorm günstigen Preisen zur Verfügung stand, wurde auch bei der Beheizung damaliger Neubauten in einem extrem hohen Ausmaß, zu nahezu 75%, auf diesen Energieträger zurückgegriffen. In der Bautätigkeit der achtziger Jahre fand dann, begünstigt durch real- und geopolitische Vorgänge, durch ein vermehrtes Angebot an Erdgas, aber auch infolge der Hinwendung in der öffentlichen Meinung zum umweltfreundlichen Energieträger Gas, eine Verlagerung auf dieses Energiemittel statt. In jeder zweiten zentral beheizten Wohnung in nach 1978 errichteten Gebäuden wurde Gas verwendet, erstmals ist nicht mehr das Heizöl der Hauptenergieträger.

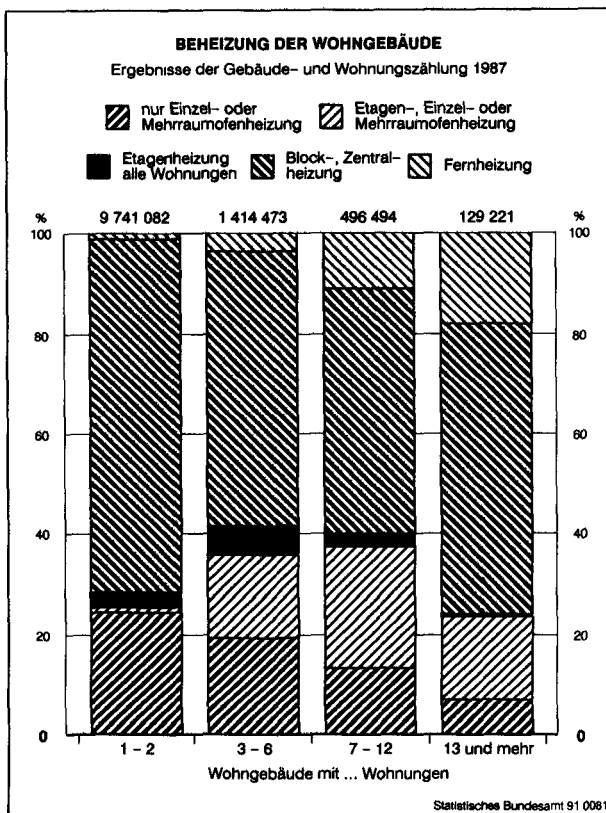
In den älteren Baujahresgruppen hatte Heizöl einen Anteil zwischen rund 56% und rund 58% an den mit Zentralheizung ausgestatteten Wohnungen, Gas dagegen zwischen 33 und gut 39%. Diese Relationen sind ein Spiegelbild der im Verlauf der letzten 20 Jahre stattgefundenen durchschnittlichen Entwicklung auf dem Markt der Energieversorgung. Die starke Hinwendung zum Energieträger Gas in den letzten Jahren verdeutlicht aber zugleich, daß auch der Sektor Wohnungsbeheizung relativ flexibel auf geänderte Energieangebote zu reagieren vermag. Der Trend zu dieser Energieart wird voraussichtlich anhalten, und alles spricht dafür, daß dieser für das Ausmaß der Umweltbelastung wichtige Sektor sich dem Einsatz künftiger umweltverträglicherer Energiearten weiter öffnen wird.

Beheizung der Wohngebäude

Für den Heizungskomfort ist die Gebäudegröße, gemessen an der Zahl der Wohnungen des Gebäudes, kein wesentliches Auswahlkriterium. Selbst heute ist die Beheizung von größeren Mehrfamilienhäusern durch Einzel- und Mehrraumöfen, dann allerdings zumeist durch Nachtspeicheröfen, keine Rarität. Der durch die Gebäude- und Wohnungszählung 1987 ermittelte gewachsene Gebäudebestand läßt für einen größeren Teil der Wohngebäude noch Modernisierungsmöglichkeiten erkennen.

also einzelne Wohnungsinhaber die Beheizung ihrer Wohnung auf Etagenheizung umgestellt haben. Hierunter fiel fast jedes vierte Wohngebäude mit 7 bis 12 Wohnungen, aber auch jedes sechste Wohngebäude mit 3 bis 6 bzw. 13 oder mehr Wohnungen.

Dipl.-Kaufmann Werner Knop



Im Ein- und Zweifamilienhausbestand war neben der Block- und Zentralheizung, die mit gut 70% in diesem Gebäudetyp und weitaus häufiger als in größeren Gebäuden dominierte, die nur auf Einzel- und Mehrraumöfen abgestellte Beheizung mit fast 25% das zweite wichtige Heizsystem. Die Versorgung mit Fernwärme war dagegen von relativ untergeordneter Bedeutung (siehe Schaubild). In den übrigen Gebäuden ist der Anteil der Block- und Zentralheizung sowie der nur Einzel- und Mehrraumofenbeheizung geringer, andere Heizsysteme nehmen an Bedeutung zu. Die Fernheizung erreichte an den Wohngebäuden mit 7 bis 12 Wohnungen einen Anteil von fast 11% und an solchen mit 13 oder mehr Wohnungen sogar von rund 18%. Gering war die Zahl der Gebäude, in denen alle Wohnungen mit einer Etagenheizung ausgestattet waren; am relativ häufigsten traf dies noch auf mittlere Gebäude mit 3 bis 6 Wohnungen zu. Bei Gebäuden, in denen alle Wohnungen eine Etagenheizung hatten, handelte es sich zu rund 80% um Gebäude mit Eigentumswohnungen. Relativ oft wurden dagegen Gebäude ermittelt, in denen es sowohl Etagen- als auch Ofenbeheizung gab, in denen

Außenhandel 1990

Vorläufiges Gesamtergebnis

Die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990) und der ehemaligen DDR zum 1. Juli 1990 und die danach rasch erfolgte Vereinigung zum 3. Oktober 1990 waren die herausragenden Ereignisse des abgelaufenen Jahres 1990, die zu einer Anpassung der Darstellung der Ergebnisse der Außenhandelsstatistik an die neuen politischen Gegebenheiten geführt haben. Mit der deutschen Einheit erweiterte sich das Erhebungsgebiet dieser Statistik um die fünf neuen Bundesländer und das frühere Berlin (Ost). Bereits im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war aber auch eine Anpassung der Methode der Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR an die der Bundesrepublik Deutschland notwendig, um außenwirtschaftliche Ergebnisse (insbesondere

auch für Zwecke der Zahlungsbilanzstatistik) in dieser neuen Gebietsabgrenzung erstellen zu können. Die deutsche Einheit ab dem 3. Oktober 1990 führte dann ausdrücklich zur Übernahme der außenhandelsstatistischen Rechtsvorschriften, die auch der EG-Norm voll entsprechen.

Die Angleichung der Erhebung des Außenhandels im Gebiet der ehemaligen DDR konnte jedoch aus erhebungs- und aufbereitungstechnischen Gründen während des Jahres 1990 noch nicht vollständig vorgenommen werden. Sie vollzieht sich in zwei Etappen. Für die Berichtsmonate bis einschließlich Dezember 1990 (als erste Etappe) wurden wichtige Teilanpassungen durchgeführt:

- Der innerdeutsche Warenverkehr ist nicht mehr Gegenstand der Erhebung.
- Die Werte werden in DM ausgewiesen.
- Die Werte der Einfuhr werden auf cif-Basis berechnet, die der Ausfuhr auf fob-Basis.
- Der Ländernachweis wird vom früheren Prinzip „Einkaufs- bzw. Käuferland“ auf das in der EG übliche Prinzip „Ursprungs- bzw. Bestimmungsland“ umgestellt.

Tabelle 1: Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach dem Internationalen Warenverzeichnis¹⁾

SITC-Teil	Bundesrepublik Deutschland ²⁾					Gebiet A ³⁾					Gebiet B ⁴⁾				
	1989		1990 ⁵⁾		Veränderung 1990 gegenüber 1989	1989		1990 ⁵⁾		Veränderung 1990 gegenüber 1989	1989		1990 ⁵⁾		Veränderung 1990 gegenüber 1989
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%		Mrd. DM	%	Mrd. DM	%		Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	
	Einfuhr														
Insgesamt	547,6	100	573,4	100	+ 4,7	506,5	100	550,6	100	+ 8,7	41,1	100	22,9	100	- 44,5
0 Nahrungsmittel und lebende Tiere	46,7	8,5	47,7	8,3	+ 2,2	43,8	8,6	46,4	8,4	+ 6,0	2,9	7,1	1,3	5,7	- 54,9
1 Getränke und Tabak	5,5	1,0	5,7	1,0	+ 4,2	4,7	0,9	5,4	1,0	+ 15,5	0,8	2,0	0,3	1,4	- 60,5
2 Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	35,8	6,5	31,0	5,4	- 13,5	33,4	6,6	29,5	5,4	- 11,6	2,4	5,8	1,4	6,2	- 40,3
3 Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw.	46,6	8,5	51,1	8,9	+ 9,8	38,3	7,6	45,6	8,3	+ 18,8	8,2	20,0	5,6	24,3	- 32,4
4 Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	1,8	0,3	1,6	0,3	- 12,6	1,7	0,3	1,5	0,3	- 11,9	0,0	0,1	0,0	0,1	- 38,6
5 Andere chemische Erzeugnisse	50,2	9,2	51,0	8,9	+ 1,6	47,7	9,4	49,7	9,0	+ 4,1	2,5	6,1	1,4	5,9	- 46,0
6 Bearbeitete Waren vorwiegend nach Beschaffenheit	101,3	18,5	102,1	17,8	+ 0,8	94,6	18,7	98,2	17,8	+ 3,8	6,7	16,2	3,9	17,1	- 41,5
7 Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	168,3	30,7	184,7	32,2	+ 9,8	154,4	30,5	178,1	32,3	+ 15,4	14,0	33,9	6,6	29,1	- 52,4
8 Verschiedene Fertigwaren	75,6	13,8	84,6	14,7	+ 11,8	73,3	14,5	83,1	15,1	+ 13,3	2,3	5,6	1,5	6,5	- 35,2
9 Waren und -Verkehrsvorgänge nicht erfaßt	15,8	2,9	13,9	2,4	- 12,2	14,5	2,9	13,1	2,4	- 9,8	1,3	3,2	0,8	3,6	- 38,5
	Ausfuhr														
Insgesamt	682,1	100	680,7	100	- 0,2	641,0	100	642,7	100	+ 0,3	41,1	100	38,1	100	- 7,4
0 Nahrungsmittel und lebende Tiere	27,1	4,0	26,4	3,9	- 2,8	26,0	4,1	25,1	3,9	- 3,4	1,1	2,8	1,3	3,4	+ 12,0
1 Getränke und Tabak	4,1	0,6	3,8	0,6	- 8,3	3,6	0,6	3,7	0,6	+ 3,2	0,5	1,3	0,1	0,1	- 89,2
2 Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	13,0	1,9	12,3	1,8	- 5,3	12,4	1,9	11,7	1,8	- 5,5	0,6	1,5	0,6	1,6	- 1,2
3 Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw.	10,0	1,5	9,0	1,3	- 9,5	7,9	1,2	8,2	1,3	+ 3,8	2,1	5,1	0,8	2,2	- 60,1
4 Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	1,8	0,3	1,6	0,2	- 14,8	1,8	0,3	1,5	0,2	- 15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+ 15,2
5 Andere chemische Erzeugnisse	87,7	12,9	85,7	12,6	- 2,4	83,1	13,0	81,7	12,7	- 1,7	4,7	11,3	4,0	10,4	- 14,9
6 Bearbeitete Waren vorwiegend nach Beschaffenheit	123,9	18,2	118,4	17,4	- 4,5	117,2	18,3	113,4	17,6	- 3,2	6,8	16,5	5,0	13,2	- 26,0
7 Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	331,6	48,6	337,4	49,6	+ 1,8	311,7	48,6	317,2	49,4	+ 1,8	19,9	48,4	20,2	53,2	+ 1,8
8 Verschiedene Fertigwaren	74,8	11,0	77,3	11,4	+ 3,4	69,7	10,9	71,7	11,2	+ 2,9	5,1	12,3	5,6	14,6	+ 10,0
9 Waren und -Verkehrsvorgänge nicht erfaßt	8,1	1,2	8,9	1,3	+ 10,2	7,7	1,2	8,4	1,3	+ 8,9	0,4	0,9	0,5	1,3	+ 36,4

¹⁾ SITC-Rev. 3. — ²⁾ 1989 und 1990: Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990. — ³⁾ Unter Gebiet A ist der Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) vor dem 3. Oktober 1990 zu verstehen. — ⁴⁾ Unter Gebiet B sind die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie das frühere Berlin (Ost) zu verstehen. — ⁵⁾ Vorläufiges Ergebnis.

- Für den zeitlichen Nachweis gilt prinzipiell der Grenzübertritt der Ware und nicht mehr die Bestätigung der zahlungsauslösenden Dokumente.
- Bei Lohnveredelungsverkehren wird der volle Warenwert einschließlich des Veredelungslohnes nach dem Bruttoprinzip erfaßt und nicht mehr nur der Wertzuwachs.
- Leistungsverkehre werden nicht mehr erfaßt, sondern nur die grenzüberschreitenden Warenverkehre.

Unterschiede blieben für die Monate bis Dezember 1990 hinsichtlich des Umfanges der Erhebung (für das Gebiet der ehemaligen DDR fehlten noch gewisse Anschreibungen nichtkommerzieller Warenverkehre) und in bezug auf die kleinsten Bausteine der warenmäßigen Nachweisung, der noch die Erzeugnis- und Leistungsnummern der ehemaligen DDR zugrunde lag. Auf ihrer Basis konnten aber vergleichbare Ergebnisse nach Teilen und Abschnitten des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC-Rev. 3) gebildet werden. Angaben über den Außenhandel des Gebietes der ehemaligen DDR in dieser fast angepaßten Form konnten nicht nur für 1990, sondern auch für die Jahre 1985 bis 1989 berechnet werden. Sie werden auch für die Berechnung längerer Reihen für den deutschen Außenhandel von 1985 bis 1990 nach dem neuen Gebietsstand verwendet.

Die zweite Etappe der Anpassung beginnt ab Berichtsmonat Januar 1991. Sie bringt die vollständige Angleichung der Außenhandelserhebung in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost). Von diesem Zeitpunkt an wird der gesamte außenhandelsstatistische Datenkranz des EG-Einheitspapiers¹⁾ im neuen Erhebungsgebiet der Außenhandelsstatistik angewandt. Der Erhebungsumfang wird sich dann einheitlich auf den gesamten grenzüberschreitenden Warenverkehr in Einfuhr und Ausfuhr beziehen, die Anschreibung der Warenströme wird einheitlich auf dem „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“ (in der Einfuhr auf dem „Deutschen Gebrauchs-Zolltarif“) beruhen und die Erfassung der Mengen- und Wertangaben wird in regionaler Gliederung für die kleinsten Bausteine, aber auch in den in der deutschen Außenhandelsstatistik üblichen Warengliederungen²⁾ möglich sein. Gleichzeitig wird auch die Erhebung der Durchfuhr (einschl. Seeumschlag) über deutsche Seehäfen³⁾ um die wichtigsten Seehäfen des Gebietes der ehemaligen DDR erweitert.

Die Veröffentlichungen der Außenhandelsstatistik (Einfuhr und Ausfuhr) werden ab 1991 grundsätzlich die Ergebnisse nach dem neuen Gebietsstand beinhalten und weiterhin in den international üblichen Darstellungsformen des Spezialhandels und Generalhandels nachgewiesen werden. Die bis 1990 für das Gebiet der ehemaligen DDR nicht dargestellten Erhebungsmerkmale (wie die verkehrsrelevanten Angaben der Außenhandelsstatistik, die Art des Geschäfts, das Verfahren, die Lieferbedingung und die

inländischen Regionalangaben) werden ebenfalls ab 1991 für das gesamte neue Gebiet verfügbar sein. Mit Hilfe der Regionaldaten wird es möglich sein, für die neuen Bundesländer Angaben für die Ausfuhr nach dem Ursprungsbundesland und die Einfuhr nach dem Zielbundesland zusammenzustellen.

Der Forderung der Nutzer der Außenhandelsstatistik, auch nach der deutschen Vereinigung für eine gewisse Übergangszeit neben den gesamtdeutschen Ergebnissen auch noch für wichtige Gliederungen des Außenhandels Ergebnisse für die beiden früheren Gebietsstände zu erhalten, wird im Rahmen der Veröffentlichungen und im Rahmen des Auskunftsdienstes durch eine Darstellung der Einfuhr und Ausfuhr nach dem Sitz des Einführers bzw. Ausführers in den beiden früheren Gebieten Rechnung getragen werden.

Die Zusammenfassung der methodisch weitgehend angepaßten Ergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR mit denen für die Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990) für Berichtszeiträume vor dem 1. Juli 1990 ist mit den Vorbehalten zu versehen, die sich aus dem Zusammenfügen von Daten ergeben, die aus der Zeit stammen, in denen die beiden deutschen Staaten noch unterschiedlichen Wirtschaftssystemen angehörten.

Die so berechneten Außenhandelsergebnisse für das neue Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ergaben für das gesamte Jahr 1990 bei der Einfuhr einen Wert von 573,4 Mrd. DM und bei der Ausfuhr 680,7 Mrd. DM. Gegenüber dem ebenfalls auf das neue Gebiet bezogenen Jahr 1989 haben damit die Importe um 4,7 % zugenommen, während die Exporte nur eine geringfügige Veränderung (— 0,2 %) aufwiesen. Im Jahr 1990 ergab sich in der Außenhandelsbilanz für das neue Gebiet ein Überschuß von 107,3 Mrd. DM, gegenüber 134,5 Mrd. DM im Jahr zuvor. Dieser Rückgang wirkte sich entsprechend im Überschuß der Leistungsbilanz der Zahlungsbilanz aus. Allerdings liegen vergleichbare Daten der Leistungsbilanz für das neue Gebiet erst mit Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (ab 1. 7. 1990) vor⁴⁾.

Stellt man die Außenhandelsergebnisse der Bundesrepublik Deutschland getrennt nach den beiden früheren Gebietsteilen dar, so wurden von den Außenhandelsfirmen des Gebietes der ehemaligen DDR Waren im Wert von 22,9 Mrd. DM eingeführt und für 38,1 Mrd. DM ausgeführt. Dies entsprach einem Rückgang gegenüber 1989 um 44 % bei den Importen und um 7,4 % bei den Exporten. Bedingt durch den tiefen Einbruch bei den Importen wurde aus dem geringfügigen Passivsaldo der Außenhandelsbilanz von 0,04 Mrd. DM im Jahr 1989 ein Aktivsaldo von 15,2 Mrd. DM 1990. Die Außenhandelsergebnisse 1990 für das Gebiet der ehemaligen DDR, die stark durch die Daten für das zweite Halbjahr bestimmt sind, spiegeln die Umstellungs- und Umstrukturierungsprobleme der ostdeutschen Wirtschaft bei stark gesunkener Produktion, zu geringer Konkurrenzfähigkeit der hergestellten Waren und Absatzschwierigkeiten auf den traditionellen Märkten der osteu-

¹⁾ Siehe „Merkblatt zum Einheitspapier“ 1. 1. 1990, VSF-Vorschriftensammlung der Bundes-Finanzverwaltung und Bundesanzeiger Nr. 2 vom 4. Januar 1991, S. 35.

²⁾ Siehe „Systematiken in der Außenhandelsstatistik“ in Reihe S. 6 der Fachserie 7 „Außenhandel“.

³⁾ Siehe „Durchfuhr im Seeverkehr und Seeumschlag“ in Reihe 6 der Fachserie 7 „Außenhandel“.

⁴⁾ Siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

ropäischen Länder wider. Die Struktur des Außenhandels des Gebietes der ehemaligen DDR weist deutliche Unterschiede zu der des westdeutschen Außenhandels auf (siehe Tabellen 1 und 2).

Im Gegensatz zur Entwicklung des Außenhandels des Gebietes der ehemaligen DDR bewegte sich der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 auch im Jahr 1990 auf einem hohen Niveau. Die westdeutsche Wirtschaft befand sich 1990 im achten Jahr eines ungebrochenen wirtschaftlichen Aufschwungs, obwohl sich die weltwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung abschwächte⁵⁾. Während in den Jahren 1988 und 1989 die Ausfuhr noch zu den Hauptantriebskräften des gesamtwirtschaftlichen Wach-

tums gehörte, ist 1990 die Binnennachfrage zum wichtigsten Motor der Konjunktur geworden. Dies betraf sowohl die Investitionen als auch den privaten Verbrauch. Im Außenhandel zeigte sich dies in einer ausgeprägten Zunahme der Einfuhr, die auch stark von dem Bedarf an Auslandsgütern in den neuen Bundesländern bestimmt worden ist. Die westdeutschen Ausfuhren haben dagegen als Folge einer nachlassenden Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern der westdeutschen Wirtschaft nicht mehr weiter zugenommen. Sie wurde zudem erschwert, weil der gewogene Außenwert der DM gegenüber den Währungen der westlichen Industrieländer im Jahresdurchschnitt 1990 um 6 % gestiegen ist. Schaltet man die unterschiedlichen Preissteigerungsraten, gemessen an den Verbraucherpreisen, aus, so hat sich der reale Außenwert der DM gegenüber diesen Ländern noch um 3 % erhöht⁶⁾.

5) Siehe Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“, Jahresgutachten 1990/91, S. 2.

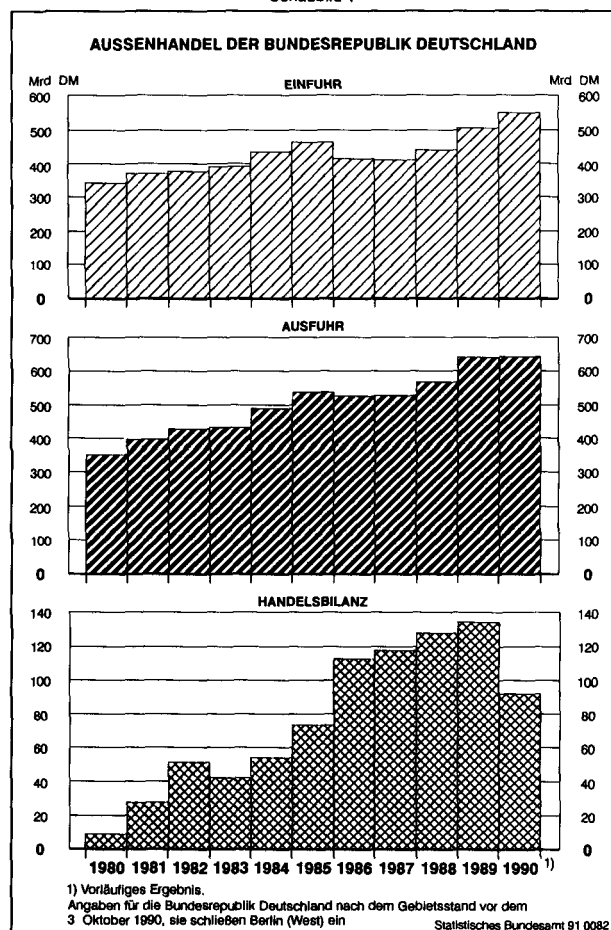
6) Berechnungen der Deutschen Bundesbank.

Tabelle 2: Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen

Ländergruppe (Ursprungs- bzw. Bestimmungsland)	Bundesrepublik Deutschland ¹⁾					Gebiet A ²⁾					Gebiet B ³⁾				
	1989		1990 ⁴⁾		Veränderung 1990 gegenüber 1989	1989		1990 ⁴⁾		Veränderung 1990 gegenüber 1989	1989		1990 ⁴⁾		Veränderung 1990 gegenüber 1989
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%		Mrd. DM	%	Mrd. DM	%		Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	
Einfuhr															
Insgesamt ⁵⁾	547,6	100	573,4	100	+ 4,7	506,5	100	550,6	100	+ 8,7	41,1	100	22,9	100	- 44,5
Industrialisierte westliche Länder	428,0	78,2	460,1	80,2	+ 7,5	418,7	82,7	454,5	82,5	+ 8,5	9,3	22,5	5,7	24,8	- 38,8
EG-Länder	262,9	48,0	289,3	50,4	+ 10,0	258,7	51,1	286,6	52,1	+ 10,8	4,3	10,4	2,7	11,7	- 37,3
Andere industrialisierte westliche Länder	165,0	30,1	170,9	29,8	+ 3,5	160,1	31,6	167,9	30,5	+ 4,9	5,0	12,1	3,0	13,0	- 40,2
Andere europäische Länder dar.: EFTA-Länder	83,8	15,3	90,4	15,8	+ 7,8	79,4	15,7	87,8	16,0	+ 10,7	4,5	10,9	2,5	11,1	- 43,5
dar.: EFTA-Länder	71,4	13,0	78,4	13,3	+ 7,0	67,8	13,4	74,3	13,5	+ 9,6	3,6	8,9	2,1	9,3	- 41,6
Vereinigte Staaten	38,4	7,0	37,2	6,5	- 3,0	38,3	7,6	37,0	6,7	- 3,4	0,1	0,2	0,2	1,0	+ 120,3
Kanada	4,5	0,8	4,6	0,8	+ 1,8	4,4	0,9	4,5	0,8	+ 3,2	0,1	0,3	0,1	0,2	- 52,3
Übrige Länder	38,4	7,0	38,8	6,8	+ 1,0	38,1	7,5	38,6	7,0	+ 1,3	0,3	0,7	0,2	0,8	- 40,5
Entwicklungsländer	64,3	11,7	67,5	11,8	+ 4,9	62,3	12,3	66,2	12,0	+ 6,3	2,0	4,9	1,3	5,6	- 36,9
Afrika	12,5	2,3	13,7	2,4	+ 9,3	12,2	2,4	13,5	2,5	+ 10,7	0,3	0,7	0,2	0,7	- 45,2
Amerika	16,6	3,0	15,7	2,7	- 5,6	15,5	3,1	15,1	2,7	- 2,7	1,1	2,8	0,6	2,8	- 44,4
Asien	34,3	6,3	37,7	6,6	+ 9,9	33,7	6,7	37,2	6,8	+ 10,3	0,6	1,4	0,5	2,1	- 16,3
Ozeanien	0,9	0,2	0,4	0,1	- 53,2	0,9	0,2	0,4	0,1	- 52,7	0,0	0,0	0,0	0,0	- 94,9
OPEC-Länder	12,6	2,3	14,2	2,5	+ 12,3	12,4	2,4	14,1	2,6	+ 14,2	0,3	0,7	0,1	0,4	- 70,3
Andere Entwicklungsländer Staatshandelsländer ⁶⁾	51,7	9,4	53,3	9,3	+ 3,1	49,9	9,9	52,1	9,5	+ 4,3	1,7	4,2	1,2	5,2	- 31,4
Staatshandelsländer ⁶⁾	52,8	9,6	45,0	7,9	- 14,8	25,1	5,0	29,6	5,4	+ 17,8	27,7	67,3	15,4	67,4	- 44,3
Europa ⁶⁾	46,1	8,4	36,6	6,4	- 20,5	19,2	3,8	21,8	4,0	+ 13,3	26,9	65,3	14,9	65,0	- 44,7
Asien	6,7	1,2	8,4	1,5	+ 24,8	5,9	1,2	7,8	1,4	+ 32,4	0,8	1,9	0,6	2,4	- 31,3
Ausfuhr															
Insgesamt ⁵⁾	682,1	100	680,7	100	- 0,2	641,0	100	642,7	100	+ 0,3	41,1	100	38,1	100	- 7,4
Industrialisierte westliche Länder	555,9	81,5	554,1	81,4	- 0,3	549,0	85,6	549,0	85,4	+ 0,0	6,9	16,8	5,1	13,4	- 26,2
EG-Länder	356,2	52,2	353,2	51,9	- 0,8	352,7	55,0	350,3	54,5	- 0,7	3,5	8,5	2,9	7,7	- 16,5
Andere industrialisierte westliche Länder	199,7	29,3	200,9	29,5	+ 0,6	196,3	30,6	198,8	30,9	+ 1,3	3,4	8,3	2,2	5,7	- 36,2
Andere europäische Länder dar.: EFTA-Länder	120,8	17,7	122,5	18,0	+ 1,4	117,9	18,4	120,6	18,8	+ 2,3	2,9	7,1	1,9	5,0	- 35,0
dar.: EFTA-Länder	107,2	15,7	106,4	15,6	- 0,8	105,0	16,4	104,9	16,3	- 0,1	2,3	5,5	1,5	4,0	- 32,1
Vereinigte Staaten	46,8	6,9	47,0	6,9	+ 0,3	46,6	7,3	46,9	7,3	+ 0,5	0,2	0,5	0,1	0,4	- 37,6
Kanada	5,2	0,8	4,7	0,7	- 8,2	5,1	0,8	4,7	0,7	- 8,0	0,0	0,1	0,0	0,1	- 27,2
Übrige Länder	26,9	3,9	26,7	3,9	- 0,8	26,7	4,2	26,6	4,1	- 0,1	0,2	0,5	0,1	0,3	- 51,8
Entwicklungsländer	64,1	9,4	67,2	9,9	+ 5,0	61,8	9,6	65,1	10,1	+ 5,5	2,3	5,6	2,1	5,6	- 7,8
Afrika	11,3	1,7	11,7	1,7	+ 3,6	10,9	1,7	11,3	1,8	+ 4,0	0,4	1,0	0,4	1,0	- 7,0
Amerika	12,7	1,9	13,1	1,9	+ 3,2	11,6	1,8	12,2	1,9	+ 5,1	1,1	2,7	0,9	2,4	- 17,2
Asien	39,9	5,9	42,3	6,2	+ 5,9	39,1	6,1	41,4	6,4	+ 5,9	0,8	2,0	0,8	2,2	+ 4,6
Ozeanien	0,1	0,0	0,1	0,0	+ 19,1	0,1	0,0	0,1	0,0	+ 19,7	—	—	0,0	0,0	+ 100,0
OPEC-Länder	16,8	2,5	18,5	2,7	+ 10,1	16,4	2,6	18,1	2,8	+ 10,4	0,4	0,9	0,4	1,0	- 0,5
Andere Entwicklungsländer Staatshandelsländer ⁶⁾	47,3	6,9	48,8	7,2	+ 3,1	45,4	7,1	47,0	7,3	+ 3,7	1,9	4,7	1,7	4,6	- 9,2
Staatshandelsländer ⁶⁾	59,1	8,7	58,0	8,5	- 2,0	29,3	4,6	27,5	4,3	- 6,3	29,8	72,6	30,5	80,1	+ 2,2
Europa ⁶⁾	53,5	7,8	53,3	7,8	- 0,4	24,5	3,8	23,5	3,6	- 4,3	29,0	70,5	29,8	78,3	+ 2,9
Asien	5,7	0,8	4,7	0,7	- 17,0	4,8	0,8	4,0	0,6	- 16,1	0,9	2,1	0,7	1,8	- 21,5

1) 1989 und 1990: Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990. — 2) Unter Gebiet A ist der Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) vor dem 3. Oktober 1990 zu verstehen. — 3) Unter Gebiet B sind die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie das frühere Berlin (Ost) zu verstehen. — 4) Vorläufiges Ergebnis. — 5) Einschl. Polargebiete, Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf und nicht ermittelte Länder und Gebiete. — 6) Einschl. der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas.

Schaubild 1



Als Folge dieser Entwicklung schrumpfte der 1989 noch zu einem absoluten Rekord aufgelaufene Überschuß im westdeutschen Außenhandel nominal um 32 % und real um 84 %. Maßgebend hierfür war der Außenhandel mit den Partnerländern der EG und den Staatshandelsländern (einschl. der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas), auf die der Rückgang des Aktivsaldo in der Hauptsache entfiel.

Von der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 wurden nach vorläufigen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik⁷⁾ im Jahr 1990 Waren im Wert von 550,6 Mrd. DM eingeführt und für 642,7 Mrd. DM ausgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich damit nominal eine Zunahme der Einfuhr um 8,7 %, während die Ausfuhr nahezu stagnierte (+ 0,3 %). Im Jahr 1989 konnten vergleichsweise hierzu noch in beiden Handelsrichtungen zweistellige Zuwachsraten von 15 bzw. 13 % erreicht werden.

In realer Rechnung (unter Zugrundelegung der Mengen bewertet mit Durchschnittswerten von 1980) haben die Importe 1990 stärker zugenommen (+ 12 %) als die tatsächlichen Werte, weil die Durchschnittswerte um 2,5 % niedriger waren als im Vorjahr. Die Durchschnittswerte der Ausfuhr lagen nur geringfügig unter dem Vorjahresniveau (- 1,3 %), so daß das Volumen um 1,5 % gestiegen ist.

⁷⁾ In der methodischen Abgrenzung des Spezialhandels.

Das Wachstum des Volumens (Einfuhr + Ausfuhr) war 1990 mit + 6,2 % etwa so hoch wie das des Welthandels, der nach den bis jetzt vorliegenden Daten real um etwa 6 % gestiegen ist. Die Bundesrepublik Deutschland blieb daher auch 1990 in der Rangliste aller Partnerländer des Welthandels nach den Vereinigten Staaten das zweitwichtigste Land, gefolgt von Japan, Großbritannien und Nordirland sowie Frankreich. Berücksichtigt man nur die Ausfuhrergebnisse, so kann man aufgrund der bisher verfügbaren Zahlen erwarten, daß die Bundesrepublik Deutschland 1990 wie bereits in den Jahren 1986 bis 1988 Weltexporteur Nr. 1 wird.

Da die tatsächlichen Werte der Einfuhr deutlich stärker gestiegen sind (+ 8,7 %) als die der Ausfuhr (+ 0,3 %), ist der Überschuß im Außenhandel der Bundesrepublik

Tabelle 3: Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 einschl. Berlin (West)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
				Index			
				der tatsächlichen Werte		des Volumens ¹⁾	
		Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr		
	Mrd. DM			%			
1966	72,7	80,6	8,0	+ 3,2	+ 12,5	+ 3,4	+ 9,9
1967	70,2	87,0	16,9	- 3,4	+ 8,0	- 0,8	+ 7,1
1968	81,2	99,6	18,4	+ 15,7	+ 14,4	+ 16,0	+ 15,3
1969	98,0	113,6	15,6	+ 20,7	+ 14,1	+ 16,4	+ 10,7
1970	109,6	125,3	15,7	+ 11,9	+ 10,3	+ 18,5	+ 14,5
1971	120,1	136,0	15,9	+ 9,6	+ 8,6	+ 8,2	+ 4,2
1972	128,7	149,0	20,3	+ 7,2	+ 9,6	+ 6,4	+ 6,3
1973	145,4	178,4	33,0	+ 13,0	+ 19,7	+ 5,6	+ 14,0
1974	179,7	230,6	50,8	+ 23,6	+ 29,3	- 4,0	+ 11,0
1975	184,3	221,6	37,3	+ 2,5	- 3,9	- 0,3	- 11,2
1976	222,2	256,6	34,5	+ 20,5	+ 15,8	+ 17,7	+ 18,6
1977	235,2	273,6	38,4	+ 5,9	+ 6,6	+ 2,4	+ 4,0
1978	243,7	284,9	41,2	+ 3,6	+ 4,1	+ 6,8	+ 3,2
1979	292,0	314,5	22,4	+ 19,8	+ 10,4	+ 7,5	+ 4,8
1980	341,4	350,3	8,9	+ 16,9	+ 11,4	± 0,0	+ 1,7
1981	369,2	396,9	27,7	+ 8,1	+ 13,3	- 5,0	+ 6,6
1982	376,5	427,7	51,3	+ 2,0	+ 7,8	+ 1,4	+ 3,3
1983	390,2	432,3	42,1	+ 3,6	+ 1,1	+ 3,9	- 0,3
1984	434,3	488,2	54,0	+ 11,3	+ 12,9	+ 5,2	+ 9,1
1985	463,8	537,2	73,4	+ 6,8	+ 10,0	+ 4,2	+ 5,9
1986	413,7	526,4	112,6	- 10,8	- 2,0	+ 6,1	+ 1,3
1987	408,6	527,4	117,7	- 1,0	+ 0,2	+ 5,4	+ 2,9
1988	439,6	567,7	128,0	+ 7,3	+ 7,6	+ 6,4	+ 6,7
1989	506,5	641,0	134,6	+ 15,2	+ 12,9	+ 7,3	+ 8,1
1990 ²⁾	550,6	642,7	92,1	+ 8,7	+ 0,3	+ 11,6	+ 1,5

¹⁾ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1980. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Deutschland (immer nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990) geschrumpft, und zwar von 134,6 Mrd. DM im Jahr 1989 um 32 % auf 92,1 Mrd. DM im Berichtsjahr. Er fiel damit erstmals seit 1985 wieder unter die 100-Milliarden-DM-Marke zurück. Das Deckungsverhältnis (Ausfuhr in % der Einfuhr) verminderte sich von 127 im Jahr 1989 auf 117 im abgelaufenen Jahr. Dem Volumen nach, das heißt unter Zugrundelegung der Durchschnittswertverhältnisse von 1980, ergab sich im Vergleich zur nominalen Entwicklung ein wesentlich ausgeprägter Rückgang des Überschusses um 84 % auf 9,1 Mrd. DM, weil die Durchschnittswerte der Einfuhr (- 2,5 %) stärker abgenommen haben als die der Ausfuhr (- 1,3 %).

Die auf Basis der Durchschnittswertindizes ermittelten Terms of Trade, die anzeigen, in welchem Maße der gewo-

gene durchschnittliche Erlös je Mengeneinheit in der Ausfuhr sich günstiger oder ungünstiger entwickelt hat als der gewogene durchschnittliche Aufwand je Mengeneinheit in der Einfuhr, haben sich demzufolge um 1,3 % auf einen Stand von 115 (1980 = 100) verbessert.

In der vierteljährlichen Betrachtung der nominalen Werte des Außenhandels 1990 wird die dynamische Entwicklung der Importe im Vorjahresvergleich deutlich. Dies zeigte sich im ersten (+ 9,9 %), dritten (+ 11 %) und noch verstärkt im letzten Quartal (+ 15 %) des Berichtsjahres. Im Gegensatz hierzu gab es bei der Ausfuhr nur noch im ersten Vierteljahr einen Zuwachs (von 8,3 %) ge-

Tabelle 4: Monatliche und vierteljährliche Entwicklung des Außenhandels 1990¹⁾2)

Monat Vierteljahr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr(-) bzw. Aus- fuhr- über- schuß (+)	Veränderung gegenüber dem			
				Vormonat bzw. Vorviertel- jahr		Vorjahres- monat bzw. -vierteljahr	
				Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr
	Mrd. DM			%			
Januar	43,1	55,9	+ 12,8	+ 0,6	+ 5,7	+ 11,6	+ 10,9
Februar	41,4	52,0	+ 10,6	- 3,9	- 7,0	+ 5,4	+ 3,3
März	47,5	60,9	+ 13,4	+ 14,9	+ 17,2	+ 12,4	+ 10,5
1. Vj	132,0	168,9	+ 36,9	- 2,4	+ 2,0	+ 9,9	+ 8,3
April	44,8	52,4	+ 7,6	- 5,7	- 14,0	+ 2,8	- 1,9
Mai	43,7	55,8	+ 12,0	- 2,4	+ 6,4	+ 8,2	+ 9,3
Juni	42,3	50,5	+ 8,2	- 3,3	- 9,5	- 9,8	- 16,9
2. Vj	130,9	158,7	+ 27,9	- 0,9	- 6,0	- 0,0	- 3,9
Juli	45,9	54,0	+ 8,2	+ 8,4	+ 6,9	+ 11,7	+ 4,6
August	43,7	49,4	+ 5,7	- 4,7	- 8,5	+ 13,4	- 0,6
September	43,2	48,5	+ 5,3	- 1,2	- 2,0	+ 6,6	- 8,5
3. Vj	132,8	151,9	+ 19,1	+ 1,4	- 4,3	+ 10,5	- 1,6
Oktober	53,3	59,7	+ 6,4	+ 23,3	+ 23,2	+ 10,9	+ 3,6
November	54,1	54,8	+ 0,8	+ 1,5	- 8,1	+ 21,7	- 0,4
Dezember	47,6	48,6	+ 1,0	- 12,0	- 11,3	+ 11,1	- 8,1
4. Vj	154,9	163,1	+ 8,2	+ 16,7	+ 7,4	+ 14,5	- 1,4

¹⁾ Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein. — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

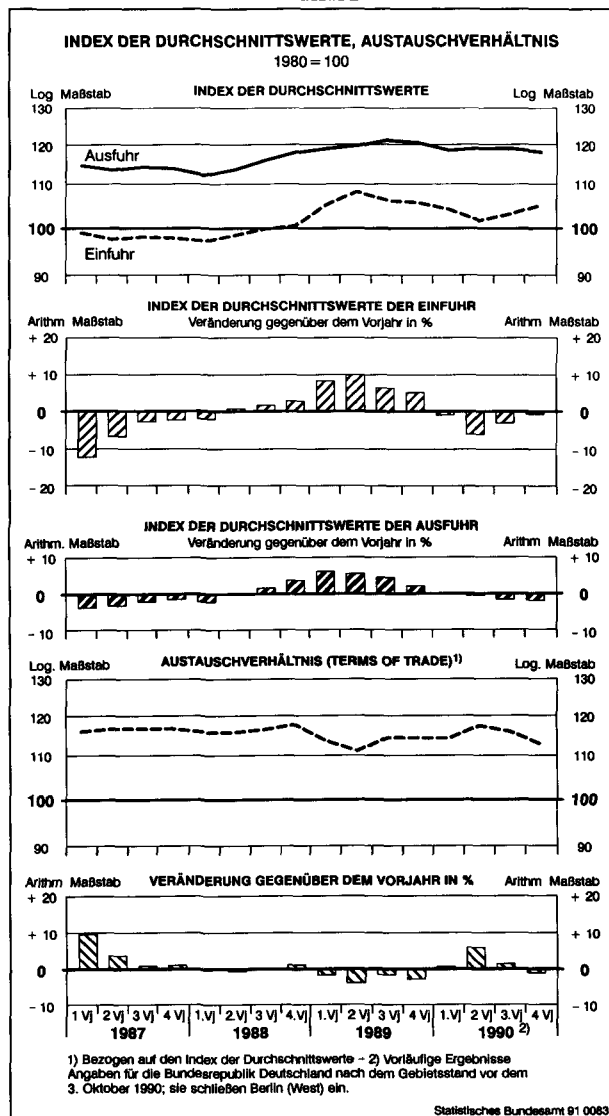
genüber dem Vorjahr, während in den drei folgenden Quartalen das jeweilige Vorjahresergebnis nicht mehr erreicht worden ist (Rückgänge zwischen 3,9 und 1,4 %). Der Saldo des Außenhandels lag im ersten Vierteljahr 1990 mit + 36,9 Mrd. DM noch um 1,1 Mrd. DM über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Der nachlassende Schwung bei den Exporten führte jedoch im weiteren Verlauf des Jahres zu einem Abschmelzen der Überschüsse auf 27,9 Mrd. DM im zweiten und 19,1 Mrd. DM im dritten Quartal, um schließlich im vierten Vierteljahr auf 8,2 Mrd. DM zurückzufallen³⁾.

Warengruppen

Im Jahr 1990 wurden von der Bundesrepublik nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 Waren im Wert von 550,6 Mrd. DM eingeführt. Dies entsprach einer nominalen Zunahme um 8,7 %. Hauptsächlich beteiligt waren die Auslandsbezüge von gewerblichen Fertigwaren (+ 12 %) und von Gütern der Ernährungswirtschaft

³⁾ Siehe auch „Statistische Monatszahlen“ auf S. 46* ff. und Fachserie 7 „Außenhandel“.

Schaubild 2



(+ 5,5 %), während die Importe von gewerblichen Rohstoffen (+ 4,5 %) und Halbwaren (- 1,6 %) geringere Veränderungen aufwiesen. In der Warenstruktur der Einfuhr ergaben sich von 1989 auf 1990 geringe Verschiebungen. So bekamen die Importe von gewerblichen Fertigwaren mit 71 % eine größere Bedeutung als 1989 (69 %). Dies ging zu Lasten der übrigen Hauptwarengruppen, deren Anteil an der Gesamteinfuhr leicht zurückging, und zwar bei den gewerblichen Rohstoffen von 6,3 auf 6,1 %, bei den gewerblichen Halbwaren von 13 auf 11 % und bei den Ernährungsgütern von 11 auf 10,8 %.

Die deutliche Steigerung der Importe (nominal + 8,7 % und real + 12 %) war das Ergebnis einer weiterhin günstigen Binnennachfrage und der Lieferungen in das Gebiet der ehemaligen DDR. Das weiterhin gute Investitionsklima in den „alten“ Bundesländern führte zu einem erneuten Anstieg der Bezüge von Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (um 15 %). Mit einem Wert von 208,7 Mrd. DM entfielen 1990 auf diese Erzeugnisse allein 38 % der Gesamteinfuhr. Den größten Teil des Zuwachses erbrachten die Importe von Straßenfahrzeugen (+ 26 %), Maschinenbauerzeugnissen (+ 19 %), elektro-

technischen Erzeugnissen (+ 12 %), Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 14 %) sowie von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (+ 5,5 %).

Die Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes waren der zweite Bereich der Einfuhr, der im Zuge der binnenwirtschaftlichen Nachfrage beachtlich gewachsen ist (+ 13 %). Bei einem Wert von 94,2 Mrd. DM vereinigten sie 17 % aller westdeutschen Einfuhren auf sich. Dominierend waren hier die Zunahmen bei den Importen von Bekleidung (+ 17 %), Textilien (+ 11 %), Kunststoffherzeugnissen (+ 15 %), Holzwaren (+ 17 %), Schuhen (+ 11 %), Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten usw. (+ 8,9 %), Glas und Glaswaren (+ 13 %) sowie Papier- und Pappwaren (+ 14 %).

Tabelle 5: Außenhandel¹⁾ nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft

Warengruppe	1990 ²⁾		1989		Veränderung 1990 gegenüber 1989	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Einfuhr						
Insgesamt ³⁾	550 576	100	506 465	100	+ 44 111	+ 8,7
Ernährungswirtschaft	59 250	10,8	56 140	11,1	+ 3 111	+ 5,5
Gewerbliche						
Wirtschaft	483 663	87,8	442 009	87,3	+ 41 634	+ 9,4
Rohstoffe	33 551	6,1	32 110	6,3	+ 1 441	+ 4,5
Halbwaren	62 094	11,3	63 125	12,5	- 1 031	- 1,6
Fertigwaren	388 019	70,5	346 774	68,5	+ 41 244	+ 11,9
Vorerzeugnisse ..	80 291	14,6	75 963	15,0	+ 4 328	+ 5,7
Enderzeugnisse ..	307 728	55,9	270 811	53,5	+ 36 917	+ 13,6
Ausfuhr						
Insgesamt ³⁾	642 654	100	641 041	100	+ 1 613	+ 0,3
Ernährungswirtschaft	31 142	4,8	32 040	5,0	- 898	- 2,8
Gewerbliche						
Wirtschaft	609 334	94,8	606 990	94,7	+ 2 344	+ 0,4
Rohstoffe	7 201	1,1	7 476	1,2	- 275	- 3,7
Halbwaren	33 777	5,3	36 284	5,7	- 2 507	- 6,9
Fertigwaren	568 356	88,4	563 230	87,9	+ 5 126	+ 0,9
Vorerzeugnisse ..	104 384	16,2	108 314	16,9	- 3 930	- 3,6
Enderzeugnisse ..	463 973	72,2	454 916	71,0	+ 9 057	+ 2,0

¹⁾ Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ³⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Die Importe von Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes sind im Gegensatz hierzu nur um 0,6 % auf 139,7 Mrd. DM gestiegen. Sie erbrachten damit 25 % der Gesamteinfuhr des Jahres 1990. Zunehmende Auslandsbezüge von chemischen Erzeugnissen (+ 3,9 %) und Mineralölherzeugnissen (+ 14 %) standen hier insbesondere rückläufigen Importen von NE-Metallen und -Metallhalbzeug (- 13 %) sowie von Eisen und Stahl (- 5,3 %) gegenüber. Der Wert der Einfuhr von bergbaulichen Erzeugnissen hat schließlich um 15 % auf 32,0 Mrd. DM zugenommen. Maßgebend waren darunter die Bezüge von Erdöl und Erdgas, die bei weiter gestiegenen Durchschnittswerten mit 27,4 Mrd. DM um 20 % über dem Vorjahreswert lagen. Zu den sechs wichtigsten Ursprungsländern der Erdöleinfuhr zählten 1990 in der Reihenfolge ihrer Bedeutung Großbritannien und Nordirland, Libyen, Norwegen, Nigeria, Saudi-Arabien und die Sowjetunion.

Die Ausfuhr erreichte im Jahr 1990 (ebenfalls nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990) einen Wert von 642,7 Mrd. DM, der das Vorjahresergebnis aber nur noch geringfügig übertraf (nominal: + 0,3 %; real: + 1,5 %). Die nachlassende Konjunktur — insbesondere bei den Investitionen — in wichtigen Bestimmungsländern deutscher

Produkte führte zu dieser verhaltenen Exportentwicklung, die darüber hinaus durch die Aufwertung der DM (vor allem gegenüber dem Dollar und dem Yen) erschwert worden ist.

Die Warenstruktur der Ausfuhr ist im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert geblieben. Nach wie vor stellten die für den deutschen Export typischen gewerblichen Fertigwaren, unter denen die Investitionsgüter eine wichtige Rolle spielten, gut 88 % der Gesamtausfuhr. Mit weiteren 1,1 bzw. 5,3 % trugen die gewerblichen Rohstoffe bzw. Halbwaren zum Gesamtexport bei, während die Güter der Ernährungswirtschaft mit 4,8 % partizipierten. Die geringe nominale Zunahme der Gesamtausfuhr wurde fast ausschließlich von den gewerblichen Fertigwaren getragen (+ 0,9 %). Deutlicher werden die Schwerpunkte der Ausfuhr bei einer Darstellung der Ergebnisse nach den Gütergruppen bzw. -zweigen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken. Fast 57 % der Gesamtausfuhr entfielen 1990 auf Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, deren Wert von 364,9 Mrd. DM die Vergleichszahl des Vorjahres um 1,9 % übertraf. Träger dieser Zunahme waren in erster Linie die Lieferungen von Maschinenbauerzeugnissen (+ 4,5 %), elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 2,3 %), Wasserfahrzeugen (+ 61 %), Straßenfahrzeugen (+ 0,3 %) und von Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 2,9 %), bei Rückgängen der Ausfuhr der Luft- und Raumfahrtindustrie (- 5,8 %). Mit weiteren 23 % waren die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes am Gesamtexport beteiligt. Ihr Wert von 149,8 Mrd. DM verfehlte das Vorjahresergebnis um 4,7 %. Einbußen zeigten sich vor allem bei den Exporten von Eisen und Stahl (- 14 %) sowie von NE-Metallen und -Metallhalbzeug (- 13 %).

Im Bereich der Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes waren dagegen noch in fast allen Warengruppen mehr oder weniger große Zunahmen zu verbuchen. Ihr Wert von 80,9 Mrd. DM lag um 3,6 % höher als im Vorjahr. Im Rahmen der Gesamtausfuhr erreichten diese Erzeugnisse einen Anteil von 13 %. Hervorzuheben sind die Absatzerfolge bei den Exporten von Textilien (+ 3,7 %), Kunststoffherzeugnissen (+ 4,1 %), Bekleidung (+ 5,4 %), Papier- und Pappwaren (+ 7,1 %) sowie von Holzwaren (+ 5,6 %).

Im Außenhandel des Gebietes der ehemaligen DDR war bei der Einfuhr von 1989 auf 1990 ein starker Einbruch um 44 % auf 22,9 Mrd. DM festzustellen, von dem als Folge der Umstrukturierungen im Handel und in der Produktion praktisch alle Warengruppen betroffen waren. Besonders zu erwähnen sind darunter die gesunkenen Importe von Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen (- 52 %), mineralischen Brennstoffen (- 32 %), bearbeiteten Waren (- 42 %) und von Nahrungsmitteln (- 55 %). Auf der Ausfuhrseite war der Rückgang (- 7,4 % auf 38,1 Mrd. DM) weniger ausgeprägt. Er erstreckte sich vor allem auf die Lieferungen von mineralischen Brennstoffen (- 60 %), bearbeiteten Waren (- 26 %) und chemischen Produkten (- 15 %). Verursacht wurden die Exportverluste insbesondere im zweiten Halbjahr 1990 durch die systembedingten Umstellungen im Handelsverkehr mit den Osthan-

delsländern und die Wettbewerbsprobleme vieler am Export beteiligten Betriebe im Gebiet der ehemaligen DDR.

Ländergruppen

Die regionale Struktur des Außenhandels (nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) war wie in den Vorjahren geprägt durch die enge wirtschaftliche Verflechtung mit den industrialisierten westlichen Ländern, aus denen 83 % aller Einfuhren stammten und für die 85 % aller Ausfuhren bestimmt waren. Die wichtigste Rolle spielten darunter die westeuropäischen Handelspartner. So vereinigten die EG-Länder allein 52 bzw. 55 % auf sich, während die anderen europäischen westlichen Länder mit 16 bzw.

Tabelle 6: Außenhandel¹⁾ nach Ländergruppen

Ländergruppe (Ursprungs- bzw. Bestimmungsländer)	1990 ²⁾		1989		Veränderung 1990 gegen- über 1989	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Einfuhr						
Insgesamt³⁾	550 576	100	506 465	100	+ 44 111	+ 8,7
Industrialisierte						
westliche Länder ...	454 481	82,5	418 711	82,7	+ 35 770	+ 8,5
EG-Länder	286 585	52,1	258 660	51,1	+ 27 924	+ 10,8
Andere europäische Länder	87 846	16,0	79 357	15,7	+ 8 489	+ 10,7
dar.: EFTA-Länder Vereinigte Staaten und Kanada	41 472	7,5	42 621	8,4	- 1 149	- 2,7
Übrige Länder	38 579	7,0	38 073	7,5	+ 506	+ 1,3
Entwicklungsländer ...	66 201	12,0	62 285	12,3	+ 3 916	+ 6,3
OPEC-Länder	14 110	2,6	12 360	2,4	+ 1 750	+ 14,2
Andere Entwick- lungsländer	52 091	9,5	49 925	9,9	+ 2 166	+ 4,3
Staatshandelsländer ⁴⁾	29 609	5,4	25 143	5,0	+ 4 465	+ 17,8
Ausfuhr						
Insgesamt³⁾	642 654	100	641 041	100	+ 1 613	+ 0,3
Industrialisierte						
westliche Länder ...	549 014	85,4	548 961	85,6	+ 50	+ 0,0
EG-Länder	350 260	54,5	352 668	55,0	- 2 407	- 0,7
Andere europäische Länder	120 558	18,8	117 872	18,4	+ 2 686	+ 2,3
dar.: EFTA-Länder Vereinigte Staaten und Kanada	51 554	8,0	51 740	8,1	- 186	- 0,4
Übrige Länder	26 642	4,1	26 681	4,2	- 39	- 0,1
Entwicklungsländer ...	65 127	10,1	61 761	9,6	+ 3 366	+ 5,5
OPEC-Länder	18 103	2,8	16 402	2,6	+ 1 701	+ 10,4
Andere Entwick- lungsländer	47 025	7,3	45 359	7,1	+ 1 665	+ 3,7
Staatshandelsländer ⁴⁾	27 471	4,3	29 306	4,6	- 1 836	- 6,3

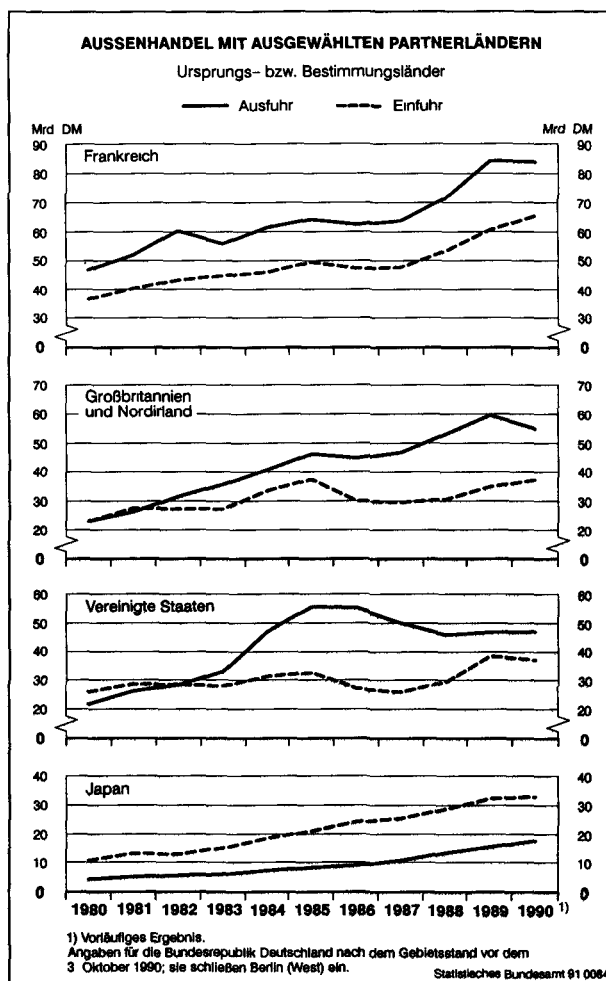
¹⁾ Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ³⁾ Einschl. Polargebiete, Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf und nicht ermittelte Länder und Gebiete. — ⁴⁾ Einschl. der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas.

19 % am gesamten Außenhandel teilnahmen. Die Vereinigten Staaten und Kanada waren mit 7,5 bzw. 8,0 % und die übrigen (außereuropäischen) Industrieländer⁹⁾ mit 7,9 bzw. 4,1 % an der Gesamtein- bzw. -ausfuhr beteiligt. Die OPEC-Länder erreichten im Jahr 1990 Anteile von 2,6 bzw. 2,8 % und die anderen Entwicklungsländer 9,5 bzw. 7,3 % der gesamten Einfuhr bzw. Ausfuhr. Von relativ geringer Bedeutung waren mit 5,4 bzw. 4,3 % nach wie vor die Staatshandelsländer einschließlich der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas.

An der Zunahme der Einfuhr von 1989 auf 1990 partizipierten die Bezüge aus den industrialisierten westlichen Ländern am stärksten (+ 8,5 % auf 454,5 Mrd. DM). Dabei

⁹⁾ Südafrika, Japan, Australien und Neuseeland.

Schaubild 3



erbrachten die EG-Länder (+ 11 % auf 286,6 Mrd. DM) mehr als drei Viertel der Gesamtzunahme aus den industrialisierten westlichen Ländern. Absolut am meisten haben dazu die Importe italienischen (+ 15 %), französischen (+ 7,8 %), belgisch-luxemburgischen (+ 14 %) und niederländischen (+ 7,8 %) Ursprungs beigetragen. Relativ bedeutend waren 1990 auch die Zuwachsraten bei den Importen aus Spanien (+ 23 %) und Portugal (+ 19 %). Unter den anderen europäischen Ländern (+ 11 % auf 87,8 Mrd. DM) dominierten die Einfuhren aus Österreich (+ 14 %) und der Schweiz (+ 9,7 %). Die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten, die im Vorjahr noch um 32 % gewachsen waren, verringerten sich 1990 trotz Dollarverfalls um 3,4 % auf 37,0 Mrd. DM. Zugelegt haben demgegenüber die Importe aus Kanada (+ 20 % 1989 und + 3,2 % im Berichtsjahr).

Die Einfuhren aus den übrigen außereuropäischen Industrieländern erhöhten sich von 1989 auf 1990 um 1,3 % auf 38,6 Mrd. DM. Ausschlaggebend war hier die Einfuhr aus Japan, die mit einer Zuwachsrate von 2,3 % ihren Aufwärtstrend fortgesetzt hat (Vorjahr: + 13 %).

Die Importe aus den Entwicklungsländern sind ebenfalls — nach einem Zuwachs um 14 % im Jahr 1989 — weiter gewachsen (+ 6,3 % auf 66,2 Mrd. DM). Dabei weiteten sich die Bezüge aus den OPEC-Ländern bei gestiegenen Durchschnittswerten für Erdöl stärker aus (+ 14 %) als die Importe aus den anderen Entwicklungsländern (+ 4,3 %).

Im Warenverkehr mit den Staatshandelsländern (einschl. der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas) stiegen die Importe 1990 um 18 % auf 29,6 Mrd. DM, also etwas schwächer als im Vorjahr (+ 23 %). Zunehmende Einfuhren aus China¹⁰⁾ (+ 32 %), Polen (+ 44 %), Ungarn (+ 21 %) und der Sowjetunion (+ 6,6 %) standen hier einem Rückgang der Bezüge rumänischen Ursprungs (- 28 %) gegenüber.

Bei der Ausfuhr stagnierten die Lieferungen in die industrialisierten westlichen Länder von 1989 auf 1990 (+ 0,0 % auf 549,0 Mrd. DM), nachdem sie im Vorjahr noch um 13 % gestiegen waren. Die nachlassende konjunkturelle Entwicklung in Großbritannien und Nordirland und die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in anderen wichtigen Partnerländern der EG führten zu einem

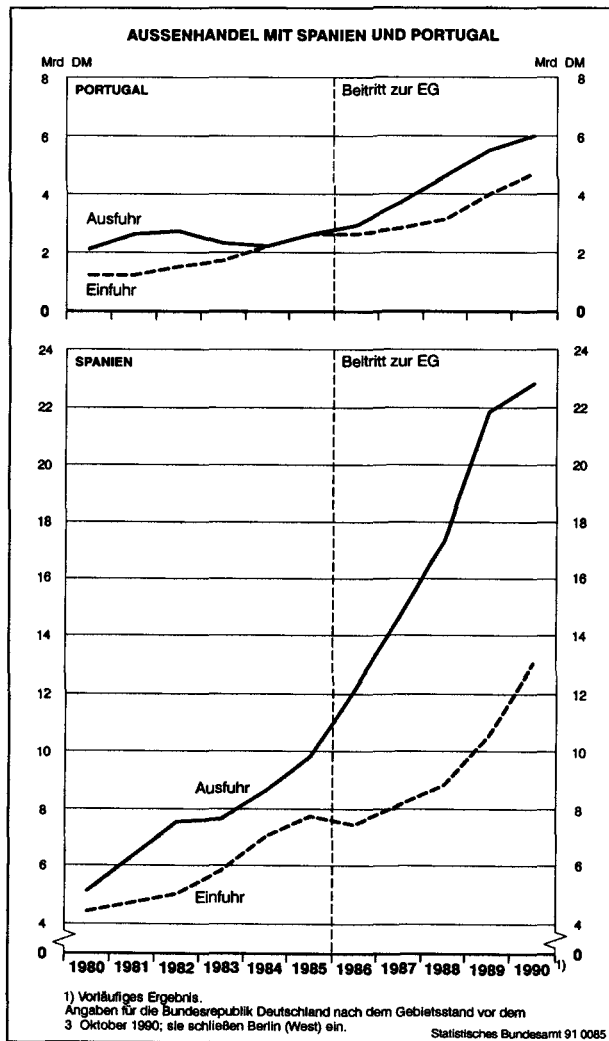
Die Exporte in die anderen europäischen Länder, zu denen die EFTA-Länder zählen, sind insgesamt noch gewachsen (+ 2,3 % auf 120,6 Mrd. DM) bei einer unterschiedlichen Veränderung im einzelnen. Absatzerfolge wurden insbesondere im Warenverkehr mit Österreich (+ 4,4 %) erzielt, während im Zuge einer gedämpften Wirtschaftsentwicklung in Schweden und Finnland dort weniger deutsche Produkte aufgenommen wurden (- 9,3 bzw. - 7,3 %).

Im Außenhandel mit den Vereinigten Staaten verschlechterte sich die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Exportfirmen durch die Höherbewertung der DM, so daß die Ausfuhren dorthin nur noch um 0,5 % auf 46,9 Mrd. DM zugenommen haben. Die Lieferungen nach Kanada verringerten sich sogar um 8,0 % auf 4,7 Mrd. DM.

Stagniert haben von 1989 auf 1990 die Lieferungen nach den übrigen außereuropäischen Industrieländern (- 0,1 % auf 26,6 Mrd. DM), obwohl innerhalb dieser Ländergruppe der Export nach Japan trotz Aufwertung der DM gegenüber dem Yen deutlich gewachsen ist (+ 14 %).

Die Ausfuhr in die Entwicklungsländer, die 1989 um 15 % expandiert hatte, entwickelte sich auch im Berichtsjahr noch positiv (+ 5,5 % auf 65,1 Mrd. DM). Dabei stiegen die Exporte in die OPEC-Länder stärker (+ 10 %) als die Lieferungen in die anderen Entwicklungsländer (+ 3,7 %). Im Warenaustausch mit den Staatshandelsländern (einschl. der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas) gingen die westdeutschen Ausfuhren nicht zuletzt aufgrund der bestehenden Zahlungsschwierigkeiten um 6,3 % auf 27,5 Mrd. DM zurück. So fielen

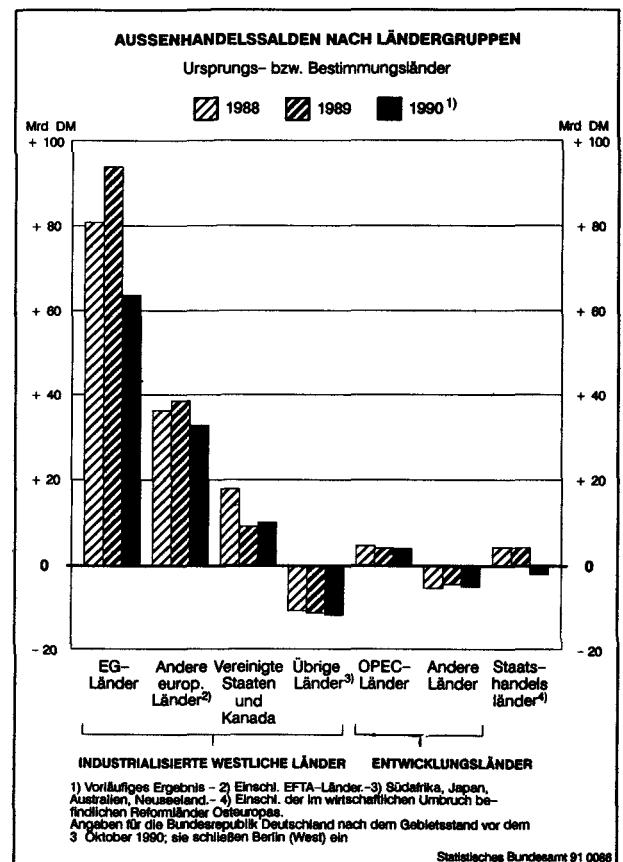
Schaubild 4



leichten Rückgang der westdeutschen Exporte in die Gemeinschaft (- 0,7 % auf 350,3 Mrd. DM). Rückläufig waren die Lieferungen nach Großbritannien und Nordirland (- 7,8 %) sowie nach Irland (- 8,2 %), während bei den Exporten nach den anderen EG-Ländern keine nennenswerten Zuwächse mehr registriert wurden. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Ausfuhren nach Spanien (+ 4,7 %) und Portugal (+ 7,4 %).

¹⁰⁾ Ohne Taiwan.

Schaubild 5



insbesondere die Exporte nach China¹¹⁾ (— 16 %), Bulgarien (— 46 %), der Sowjetunion (— 10 %) und Ungarn (— 7,9 %) unter den Vorjahresstand, während die Lieferungen nach Rumänien (+ 91 %) und der Tschechoslowakei (+ 13 %) bemerkenswert zunahmen.

Der Rückgang des Ausfuhrüberschusses um 42,5 Mrd. DM oder 32 % auf 92,1 Mrd. DM war hauptsächlich dem Warenverkehr mit den industrialisierten westlichen Ländern zuzuweisen, dessen Überschuß um 35,7 auf 94,5 Mrd. DM schrumpfte. Innerhalb dieser Ländergruppe stand dem Abbau der Aktivsaldo gegenüber den EG-Partnern (um 30,3 auf 63,7 Mrd. DM) und den anderen europäischen Ländern (um 5,8 auf 32,7 Mrd. DM) ein leichter Anstieg des Überschusses gegenüber den Vereinigten Staaten und Kanada (um 1,0 auf 10,1 Mrd. DM) gegenüber. Das traditionelle Defizit im Außenhandel mit den übrigen außereuropäischen Industrieländern ist von 1989 auf 1990 um 0,5 auf 11,9 Mrd. DM gewachsen.

Etwas zugenommen hat das Defizit gegenüber den Entwicklungsländern (um 0,5 auf 1,1 Mrd. DM). Dies beruhte auf einer Minderung des Aktivsaldo gegenüber den OPEC-Ländern (um 0,1 auf 4,0 Mrd. DM), bei einer leichten Zunahme des Passivsaldo im Warenverkehr mit den anderen Entwicklungsländern (um 0,5 auf 5,1 Mrd. DM). Im Außenhandel mit den Staatshandelsländern (einschl. der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas) verwandelte sich aufgrund der gegenläufigen Veränderungen von Einfuhr und Ausfuhr das Aktivum des Jahres 1989 von 4,2 Mrd. DM in ein Defizit von 2,1 Mrd. DM. Die Passivierung entfiel sowohl auf den deutsch-chinesischen Warenverkehr als auch auf den Warenaustausch mit Osteuropa.

Im Außenhandel des Gebietes der ehemaligen DDR war die regionale Struktur nach Ursprungs- bzw. Bestimmungsländern durch die große Bedeutung des Handels mit den Staatshandelsländern (einschl. der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas) bestimmt, auf die 1990 allein 67 % aller Einfuhren und 80 % der Ausfuhren entfielen. Die industrialisierten westlichen Länder waren dagegen nur mit Anteilen von 25 bzw. 13 % und die Entwicklungsländer mit jeweils 5,6 % beteiligt. Der erhebliche Rückgang der Einfuhren von 1989 auf 1990 um 44 % auf 22,9 Mrd. DM erstreckte sich dementsprechend vorwiegend auf die Bezüge aus den Staatshandelsländern (— 44 % auf 15,4 Mrd. DM). Die Importe aus den industrialisierten westlichen Ländern gingen um 39 % auf 5,7 Mrd. DM und die Einfuhren aus den Entwicklungsländern um 37 % auf 1,3 Mrd. DM zurück.

Auf der Ausfuhrseite ergab sich von 1989 auf 1990 eine Minderung um 7,4 % auf 38,1 Mrd. DM. Während die Lieferungen in die industrialisierten westlichen Länder (— 26 % auf 5,1 Mrd. DM) und in die Entwicklungsländer (— 7,8 % auf 2,1 Mrd. DM) abgenommen haben, konnte in die Staatshandelsländer ein, wenn auch geringer, Exportzuwachs verbucht werden (+ 2,2 % auf 30,5 Mrd. DM). Die Umwandlung des leichten Passivsaldo von 0,04 Mrd. DM im Jahr 1989 in einen Aktivsaldo von 15,2 Mrd. DM im

Berichtsjahr war insbesondere das Ergebnis der stark gesunkenen Importe aus den osteuropäischen Ländern, aber auch der Bezüge aus Westeuropa und der übrigen Welt.

Wolfgang Bergmann

¹¹⁾ Ohne Taiwan.

Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonen- verkehrs 1989

Vorbemerkung

Die Rechtsgrundlage der Statistik des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs ist das Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr (PersBefStatG)¹⁾. Die Statistik besteht aus zwei Erhebungsteilen, der Unternehmensstatistik nach § 2 PersBefStatG, die eine jährliche Stichtagserhebung mit zum Teil auf das Vorjahr bezogenen Summendaten ist, und der Verkehrsstatistik nach § 3 PersBefStatG, einer Verkaufsstattistik mit einer vierteljährlichen Meldeperiodizität.

Zur Unternehmensstatistik sind alle Unternehmen mit Betriebsitz im Inland meldepflichtig, die nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) genehmigungspflichtigen Straßenbahnverkehr (einschl. Stadtbahn-, U-Bahn- und Hochbahnverkehr), Obusverkehr oder Kraftomnibusverkehr betreiben. Zur Verkehrsstatistik müssen dagegen nur diejenigen Unternehmen Angaben über beförderte Personen, geleistete Personen-Kilometer und Wagen-Kilometer sowie aus dem Straßenpersonenverkehr erzielte Einnahmen machen, die über sechs oder mehr Busse verfügen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr betreiben. Sie werden im nachfolgenden Text als „größere Unternehmen“ bezeichnet.

In diesem Beitrag werden die Entwicklung der Unternehmenszahl, der Beschäftigtenzahl und der Kapazität sowohl aller Unternehmen als auch der größeren Unternehmen behandelt sowie die Verkehrsleistungen und Einnahmen der größeren Unternehmen.

Über die Betriebs- und Verkehrsleistungen der „Kleinunternehmen“, die zur Verkehrsstatistik nach § 3 der Rechtsgrundlage nicht meldepflichtig sind, können im Rahmen dieser Statistik keine Angaben gemacht werden.

Bei den in den Tabellen und im Text enthaltenen Zahlen handelt es sich — auch hinsichtlich der Strukturdaten des Berichtsjahres 1988 — um vorläufige Ergebnisse. Endgültige

Ergebnisse für das Berichtsjahr 1987 wurden in der Fachserie 8, Reihe 3, veröffentlicht.

Zur Abrundung der Information über den öffentlichen Straßenpersonenverkehr wurden diesem Aufsatz einige Informationen über den statistisch erfaßten Teil des „Gesamten öffentlichen Nahverkehrs“, worunter die Zusammenfassung des Linienverkehrs der größeren Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs mit dem Eisenbahn-Nahverkehr zu verstehen ist, beigefügt.

Unternehmen, Beschäftigtenzahl und Kapazität

Unternehmen

Am 29. September 1989 gab es insgesamt 5 726 zur Unternehmensstatistik auskunftspflichtige Unternehmen, darunter 2 125 — nur 37 % der Gesamtzahl — auch zur Verkehrsstatistik meldepflichtige größere Unternehmen. Im Vergleich zum Erhebungsstichtag des Vorjahres war die

Tabelle 1: Unternehmen, Beschäftigte und Fahrzeuge des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs

Gegenstand der Nachweisung	Unternehmen insgesamt			Dar.: größere Unternehmen ¹⁾		
	1989	1988	1989 gegenüber 1988	1989	1988	1989 gegenüber 1988
	Anzahl		%	Anzahl		%
Unternehmen	5 726	5 717	+ 0,2	2 125	2 110	+ 0,7
mit ausschließlich Straßenpersonenverkehr	3 282	3 268	+ 0,4	1 117	1 105	+ 1,1
mit Straßenpersonenverkehr als Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit	1 497	1 489	+ 0,5	786	780	+ 0,8
mit Straßenpersonenverkehr, aber mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Straßenpersonenverkehrs ..	947	960	- 1,4	222	225	- 1,3
Beschäftigte	148 624	146 585	+ 1,4	136 070	133 837	+ 1,7
Fahrer und Schaffner ..	90 623	88 275	+ 2,7	80 869	78 391	+ 3,2
Sonstiges Personal im Fahrdienst und Verkehr ..	12 734	12 700	+ 0,3	12 469	12 458	+ 0,1
Technisches Personal ..	28 674	28 980	- 1,1	28 216	28 515	- 1,0
Verwaltungspersonal ..	16 593	16 630	- 0,2	14 516	14 473	+ 0,3
Fahrzeuge						
Kraftomnibusse	65 867	66 258	- 0,6	56 462	56 822	- 0,6
Sitz- und Stehplätze ..	5 247 823	5 298 023	- 0,9	4 759 063	4 804 158	- 0,9
Obusse	78	83	- 6,0	78	83	- 6,0
Sitz- und Stehplätze ..	9 478	10 272	- 7,7	9 478	10 272	- 7,7
Straßenbahnen ²⁾	6 283	6 381	- 1,5	6 283	6 381	- 1,5
Stadtbahnen	3 330	3 311	+ 0,6	3 330	3 311	+ 0,6
Straßenbahnen herkömmlicher Bauart	2 953	3 070	- 3,8	2 953	3 070	- 3,8
Sitz- und Stehplätze ..	1 172 665	1 167 173	+ 0,5	1 172 665	1 167 173	+ 0,5
Stadtbahnen	642 816	620 745	+ 3,6	642 816	620 745	+ 3,6
Straßenbahnen herkömmlicher Bauart	529 849	546 428	- 3,0	529 849	546 428	- 3,0
Sitz- und Stehplätze der o. a. Verkehrsmittel zusammen	6 429 966	6 475 468	- 0,7	5 941 206	5 981 603	- 0,7

¹⁾ In den Jahren 1988 und 1989 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1980 (BGBl. I S. 865), zuletzt geändert durch das zweite Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (2. StatBerG) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462).

²⁾ Berichtskreis der Unternehmen mit sechs oder mehr Bussen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr. Nur diese Unternehmen mußten im Jahr 1989 Angaben über beförderte Personen, Personen-Kilometer und Wagen-Kilometer machen. — ²⁾ Darunter 617 (Vorjahr 667) Beiwagen von Straßenbahnen herkömmlicher Bauart.

Gesamtzahl der Unternehmen um neun oder 0,2%, die Zahl der größeren Unternehmen sogar um 15 oder 0,7% größer.

Von der Gesamtzahl der Unternehmen betrieben 3282 ausschließlich Straßenpersonenverkehr, 1497 schwerpunktmäßig Straßenpersonenverkehr kombiniert mit einem oder mehreren Nebengewerben (z. B. der Reisevermittlung) und 947 den Straßenpersonenverkehr als Nebengewerbe neben einer anderen wirtschaftlichen Tätigkeit, zum Beispiel der Reiseveranstaltung und -vermittlung (177 Unternehmen), dem Kredit-, Versicherungs- und Dienstleistungsgewerbe (114), der Energie- und Wasserversorgung (77 Unternehmen) oder dem Handel (74 Unternehmen).

Die Zahl der Unternehmen, die ausschließlich Straßenpersonenverkehr betrieben, und die Zahl der Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt zwar im Straßenpersonenverkehr hatten, diesen aber nicht als einzige wirtschaftliche Tätigkeit ausübten, lagen etwas über dem Vergleichswert des Vorjahres (+ 14 oder + 0,4% bzw. + 8 oder + 0,5%). Dagegen blieb die Zahl der Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Straßenpersonenverkehrs um 13 oder 1,4% dahinter zurück (siehe Tabelle 1). Die Entwicklung der Unternehmenszahlen wurde — insbesondere bei den Unternehmen, die ausschließlich Straßenpersonenverkehr betrieben — davon beeinflusst, daß in der Zeit vom 1. Oktober 1988 bis Ende August 1989 zehn der ursprünglich 18 Bahnbusbereiche der Deutschen Bundesbahn in privatrechtliche Omnibusverkehrsgesellschaften im Eigentum der öffentlichen Hand umgewandelt wurden.

Regional betrachtet ergaben sich Zunahmen der Gesamtzahl der auskunftspflichtigen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen (+ 16), Bayern (+ 5), Berlin (West) (+ 4), Schleswig-Holstein (+ 3), Hamburg (+ 2), Rheinland-Pfalz (+ 1) und dem Saarland (+ 1); Abnahmen wurden vornehmlich in Niedersachsen (— 18) und geringfügig in Hessen (— 3), Baden-Württemberg (— 2) und Bremen (— 2) ermittelt.

Beschäftigte

Von auskunftspflichtigen Unternehmen wurden im fachlichen Unternehmensteil „Straßenpersonenverkehr“ am Stichtag des Berichtsjahres einschließlich der tätigen Inhaber und Mitinhaber sowie der mithelfenden Familienangehörigen insgesamt 148 624 Personen beschäftigt. Von der Gesamtzahl der Beschäftigten entfielen 90 623 auf Fahrer und Schaffner, 12 734 auf „Sonstiges Personal im Fahrdienst und Verkehr“ (z. B. Kontrolleure, Fahrdienstleiter), 28 674 auf das „Technische Personal“ (z. B. zur Fahrzeugwartung und Instandhaltung sowie — bei schienen- und fahrdrahtgebundenen Verkehrsmitteln — zur Fahrwegwartung) sowie 16 593 auf das Verwaltungspersonal (einschl. Beschäftigter im Fahrkartenverkauf).

Im Vergleich zum 30. September des Vorjahres ergaben sich ein beträchtlicher Anstieg bei den Fahrern und Schaffnern (+ 2,7%), eine geringfügige Zunahme beim „Sonstigen Personal“ im Fahrdienst und Verkehr (0,3%), dagegen ein leichter Rückgang beim „Technischen Personal“

(— 1,1%) und beim Verwaltungspersonal (— 0,2%). Die Gesamtzahl der im Straßenpersonenverkehr Beschäftigten war Ende September 1989 etwas höher als Ende September 1988 (+ 1,4%). Auf die größeren Unternehmen, die auch zur Verkehrsstatistik meldepflichtig sind, entfielen am 29. September 1989 von der Gesamtzahl der Beschäftigten 92%, und zwar von der Zahl der Fahrer und Schaffner, vom sonstigen Personal im Fahrdienst und Verkehr und vom technischen Personal jeweils 98% oder mehr sowie vom Verwaltungspersonal 87%.

Beförderungskapazität

Die zur Unternehmensstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen verfügten am 29. September 1989 über knapp 66 000 Kraftomnibusse mit 5,25 Mill. Sitz- und Stehplätzen, 78 Obusse mit knapp 9 500 Sitz- und Stehplätzen, gut 3 300 Stadtbahnwagen mit rund 643 000 Sitz- und Stehplätzen und nahezu 3 000 Fahrzeuge von Straßenbahnen herkömmlicher Bauart mit knapp 530 000 Sitz- und Stehplätzen. Unternehmen, die Stadtbahnen und/oder Straßenbahnen herkömmlicher Bauart und/oder Obusse einsetzen, gehören nach der Rechtsgrundlage der Statistik zu den auch zur Verkehrsstatistik meldepflichtigen Unternehmen. Demgemäß sind die Kleinunternehmen, die nicht zur Verkehrsstatistik meldepflichtig sind, nur an der Erfassung der Fahrzeugzahl und Platzkapazität der Kraftomnibusse beteiligt. Sie hatten am 29. September 1989 an der Zahl der Kraftomnibusse mit rund 9 400 Fahrzeugen einen Anteil von gut 14% und an deren Platzkapazität mit fast 490 000 Sitz- und Stehplätzen einen Anteil von über 9%.

Im Vergleich zum Stichtag des Vorjahres nahmen bei allen Verkehrsmitteln mit Ausnahme der Stadtbahnen Fahrzeugzahl und Platzkapazität ab.

Bei den Kraftomnibussen war die Abnahme von Fahrzeugzahl (— 0,6%) und Platzkapazität (— 0,9%) geringfügig. Bei den Obussen gingen Fahrzeugzahl (— 6,0%) und Platzkapazität (— 7,7%) prozentual am stärksten zurück. Auch bei den Straßenbahnen herkömmlicher Bauart war der Rückgang der Fahrzeugzahl (— 3,8%) und der Platzkapazität (— 3,0%) erheblich. Bei den Stadtbahnen nahmen die Fahrzeugzahl geringfügig (+ 0,6%) und die Platzkapazität erheblich (+ 3,6%) zu.

Verkehrsleistungen und Einnahmen der größeren Unternehmen

Überblick

Von den größeren Unternehmen, das heißt denjenigen Unternehmen, die Straßenbahn- und/oder Obusverkehr betreiben und/oder über sechs oder mehr Busse verfügen, wurden im öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit Straßenbahnen (einschl. Hoch-, U- und Schwebbahnen), Obussen und Kraftomnibussen im Jahr 1989 insgesamt 5,60 Mrd. Personen befördert, 61,4 Mrd. Personen-Kilometer und 2,95 Mrd. Wagen-Kilometer geleistet und Einnahmen in Höhe von 7,44 Mrd. DM erzielt. Das Fahrgastaufkommen der größeren Unternehmen war damit etwas größer als im Vorjahr (+ 0,6%), wogegen ihre in Personen-

Tabelle 2: Einnahmen, beförderte Personen, Verkehrsleistung und Betriebsleistung im Straßenpersonenverkehr der größeren Unternehmen¹⁾ nach Verkehrsarten

Verkehrsart Verkehrsform	Einnahmen ²⁾			Beförderte Personen			Personen-Kilometer			Wagen-Kilometer		
	1989	1988	1989 gegenüber 1988	1989	1988	1989 gegenüber 1988	1989	1988	1989 gegenüber 1988	1989	1988	1989 gegenüber 1988
	Mill. DM		%	Mill.		%	Mill.		%	Mill.		%
Allgemeiner Linienverkehr (§ 42 PBefG)	5 472	5 563	- 1,6	5 199	5 150	+ 1,0	33 826	34 283	- 1,3	1 900	1 916	- 0,8
Einzel- und Mehrfahrtenausweise	2 718	2 798	- 2,9	1 487	1 516	- 1,9						
Zeithausweise für Schüler, Studenten und andere Auszubildende	1 298	1 318	- 1,5	1 521	1 583	- 3,9						
Andere Zeithausweise	1 456	1 448	+ 0,6	1 642	1 530	+ 7,3						
Schwerbehindertenausweise				456	433	+ 5,3						
Freifahausweise				92	87	+ 5,9						
Sonderformen des Linien- verkehrs (§ 43 PBefG)	322	340	- 5,2	122	127	- 4,0	2 454	2 664	- 7,9	142	153	- 7,3
Berufsverkehr	267	280	- 4,5	89	90	- 1,0	2 046	2 196	- 6,8	120	127	- 5,7
Schülerfahrten	49	56	- 12,1	28	33	- 15,4	373	436	- 14,4	20	24	- 16,2
Markt- und Theaterfahrten	6	4	+ 44,6	5	4	+ 24,4	34	31	+ 9,1	1	1	+ 7,1
Freigestellter Schülerverkehr				206	220	- 6,0	3 022	3 262	- 7,4	190	194	- 2,3
Gelegenheitsverkehr	1 650	1 567	+ 5,3	76	75	+ 1,7	22 093	21 255	+ 4,0	714	692	+ 3,2
Ausflugsfahrten	424	407	+ 4,1	15	15	- 4,1	5 366	5 348	+ 0,3	177	174	+ 1,4
Ferienziel-Reisen	212	201	+ 5,3	2	2	- 5,8	2 064	1 858	+ 11,0	67	62	+ 6,9
Verkehr mit Mietomnibussen	1 015	959	+ 5,8	59	57	+ 3,5	14 664	14 048	+ 4,4	471	456	+ 3,4
Insgesamt	7 444	7 470	- 0,3	5 604	5 571	+ 0,6	61 395	61 463	- 0,1	2 946	2 955	- 0,3
dar.: Schülerbeförderungen ³⁾				1 755	1 836	- 4,4						

¹⁾ Unternehmen mit sechs oder mehr Bussen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr. — ²⁾ Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer ohne Vergütungen für Auftragsfahrten, Abgeltungszahlungen und Einnahmen aus dem Freigestellten Schülerverkehr. — ³⁾ Beförderungen auf Zeithausweise für Schüler, Studenten und andere Auszubildende im Rahmen des Allgemeinen Linienverkehrs, Schülerfahrten nach § 43 PBefG und Freigestellter Schülerverkehr.

Kilometern gemessene Verkehrsleistung, ihre in Wagen-Kilometern gemessene Betriebsleistung und ihre Einnahmen geringfügig — um jeweils weniger als 0,4% — unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis lagen (siehe Tabelle 2).

Bei der Aufteilung der Beförderungsleistungen und Einnahmen der größeren Unternehmen auf die Verkehrsarten und -formen, die im großen und ganzen im Berichtsjahr derjenigen des Vorjahres entsprach, ergaben sich dennoch einige bemerkenswerte, wenn auch nicht sehr umfangreiche Änderungen vom Vorjahr zum Berichtsjahr: Der Anteil der Schülerbeförderungen am Fahrgastaufkommen verminderte sich insgesamt von 33,0 auf 31,3%; bei den Beförderungen auf Zeithausweisen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende im Rahmen des Allgemeinen Linienverkehrs verringerte sich der Anteil von 28,4 auf 27,1% und beim Freigestellten Schülerverkehr von 3,9 auf 3,7%. Der Anteil des Allgemeinen Linienverkehrs²⁾ insgesamt am Gesamtfahrgastaufkommen nahm von 92,4 auf 92,8% zu, der an den Verkehrsleistungen dagegen von 55,8 auf 55,1% ab. Der Anteil des Gelegenheitsverkehrs erhöhte sich beim Fahrgastaufkommen geringfügig von 1,3 auf 1,4% und bei der Verkehrsleistung von 34,6 auf 36,0% (siehe Tabelle 3).

Die mittlere Reiseweite, der Quotient aus personen-kilometrischer Verkehrsleistung und Zahl der beförderten Personen, verringerte sich gegenüber dem Vorjahr beim Allgemeinen Linienverkehr um 3,0% auf 6,5 km, beim Berufsverkehr nach § 43 PBefG um 5,7% auf 23,0 km, bei den Sonderformen des Linienverkehrs zusammen um 4,3% auf 20,1 km und beim Freigestellten Schülerverkehr um 1,3%

auf 14,7 km. Eine Zunahme der mittleren Reiseweite ergab sich beim Gelegenheitsverkehr in allen seinen drei Ver-

Tabelle 3: Anteile der Verkehrsarten an den Verkehrs- und Betriebsleistungen der größeren Unternehmen¹⁾
Prozent

Verkehrsart Verkehrsform	Beförderte Personen		Personen-Kilometer		Wagen-Kilometer	
	1989	1989 gegenüber 1988	1989	1989 gegenüber 1988	1989	1989 gegenüber 1988
Allgemeiner Linienverkehr ²⁾	92,8	+ 0,4	55,1	- 1,3	64,5	- 0,5
Einzel- und Mehr- fahrtenausweise	26,5	- 2,6				
Zeithausweise für Schüler, Studenten u. a. Auszubildende	27,1	- 4,6				
Andere Zeithaus- ausweise	29,3	+ 6,5				
Schwerbehindertenaus- weise	8,1	+ 3,8				
Freifahausweise	1,6	± 0				
Sonderformen des Linienverkehrs						
(§ 43 PBefG)	2,2	- 4,3	4,0	- 7,0	4,8	- 7,7
Berufsverkehr	1,6	± 0	3,3	- 8,3	4,3	- 4,7
Schülerfahrten	0,5	- 16,7	0,6	- 14,3	0,7	- 12,5
Markt- und Theaterfahrten	0,1	± 0	0,1	± 0	0,0	± 0
Freigestellter Schülerverkehr	3,7	- 5,1	4,9	- 7,5	6,4	- 3,0
Gelegenheitsverkehr	1,4	+ 7,7	36,0	+ 4,0	24,2	+ 3,4
Ausflugsfahrten	0,3	± 0	8,7	± 0	6,0	+ 1,7
Ferienziel-Reisen	0,0	± 0	3,4	+ 13,3	2,3	+ 9,5
Verkehr mit Mietomnibussen	1,1	+ 10,0	23,9	+ 4,4	16,0	+ 3,9
Insgesamt	100	± 0	100	± 0	100	± 0
dar.: Schüler- beförderungen ³⁾	31,3	- 5,2				

¹⁾ Unternehmen mit sechs oder mehr Bussen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr. Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Kraftomnibusverkehr nach § 42 PBefG und Straßenbahn- sowie Obusverkehr. — ³⁾ Beförderungen auf Zeithausweisen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende im Rahmen des Allgemeinen Linienverkehrs, Schülerfahrten nach § 43 PBefG und Freigestellter Schülerverkehr zusammen.

²⁾ Öffentlicher Straßenpersonenverkehr mit Straßenbahnen (einschl. Stadt-, Hoch-, U- und Schwebbahnen), Obusverkehr und Kraftfahrzeuglinienverkehr nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) ohne dessen Sonderformen nach § 43 PBefG.

kehrformen, und zwar stieg sie beim Mietomnibusverkehr von knapp 245 km auf knapp 247 km, bei den Ausflugsfahrten von 353 km auf fast 370 km und bei den Ferienziel-Reisen von 855 auf 1007 km. Wegen des zuvor erwähnten geringen Anteils des Gelegenheitsverkehrs am Fahrgastaufkommen wirkten sich diese Steigerungen auf die mittlere Reiseweite im gesamten Straßenpersonenverkehr der größeren Unternehmen kaum aus; diese betrug wie im Vorjahr 11,0 km (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Durchschnittliche Reiseweiten und durchschnittliche Einnahmen nach Verkehrsarten der größeren Unternehmen¹⁾

Verkehrsart Verkehrsform	Durchschnittliche Reiseweite		Einnahmen			
	1989 gegenüber 1988		je Beförderungsfall		je Personenkilometer	
	1989	1989 gegenüber 1988	1989	1989 gegenüber 1988	1989	1989 gegenüber 1988
	km	%	DM	%	Pf	%
Allgemeiner Linienverkehr ²⁾	6,5	- 3,0	1,05	- 2,8	16,0	- 1,2
Einzel- und Mehrfahrausweise ..			1,83	- 0,5		
Zeitfahrausweise für Schüler, Studenten und andere Auszubildende			0,85	+ 2,4		
Andere Zeitfahrausweise ..			0,87	- 8,4		
Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG)	20,1	- 4,3	2,64	- 1,1	13,0	+ 1,6
Berufsverkehr	23,0	- 5,7	3,00	- 3,5	13,0	+ 2,4
Schülerfahrten	13,2	+ 1,5	1,74	+ 3,6	13,0	+ 0,8
Markt- und Theaterfahrten	7,2	- 13,3	1,17	+ 15,8	16,0	+ 31,1
Freigestellter Schülerverkehr	14,7	- 1,3				
Gelegenheitsverkehr ..	290,7	+ 2,2	21,71	+ 3,5	7,0	- 5,4
Ausflugsfahrten	369,5	+ 4,7	29,18	+ 8,6	8,0	+ 5,3
Ferienziel-Reisen	1006,9	+ 17,8	103,30	+ 11,7	10,0	- 7,4
Verkehr mit Mietomnibussen ...	246,7	+ 0,8	17,07	+ 2,2	7,0	+ 2,9
Insgesamt ³⁾ ..	11,0	± 0	1,38	+ 3,0	13,0	+ 6,6

1) Unternehmen mit sechs oder mehr Bussen und/oder Straßenbahn- und/oder Obusverkehr. — 2) Kraftomnibusverkehr nach § 42 PBefG und Straßenbahn- sowie Obusverkehr. — 3) Beförderungsfälle bzw. Personen-Kilometer im Freigestellten Schülerverkehr sind bei der Berechnung der durchschnittlichen Einnahmen nicht einbezogen.

Sowohl die Einnahmen je Beförderungsfall als auch die Einnahmen je Personen-Kilometer nahmen im Allgemeinen Linienverkehr ab (— 2,8 bzw. — 1,2%), die Einnahmen je Beförderungsfall am stärksten bei den „Anderen Zeitfahrausweisen“ (— 8,4%). Im Berufsverkehr nach § 43 PBefG nahmen die Einnahmen je Beförderungsfall um 3,5% ab, die Einnahmen je Personen-Kilometer dagegen zu (+ 2,4%). Bei den Beförderungen auf Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs im Allgemeinen Linienverkehr und bei den Schülerfahrten nach § 43 PBefG nahmen die Einnahmen je Beförderungsfall aufgrund von Tarifanhebungen zu (+ 2,4 bzw. + 3,6%). Bei den Ferienziel-Reisen und beim Gelegenheitsverkehr insgesamt stiegen die Einnahmen je Beförderungsfall erheblich (+ 12 bzw. + 3,5%), aber je Personen-Kilometer gingen sie zurück (— 7,4 bzw. — 5,4%). Beim Verkehr mit Mietomnibussen und bei den Ausflugsfahrten stiegen sowohl die Einnahmen je Beförderungsfall als auch die Einnahmen je Personen-Kilometer.

Allgemeiner Linienverkehr³⁾ der größeren Unternehmen⁴⁾

Im Allgemeinen Linienverkehr der größeren Unternehmen betrug 1989 das Fahrgastaufkommen 5,20 Mrd. beförderte Personen, die Verkehrsleistung 33,8 Mrd. Personen-Kilometer, die Betriebsleistung 1,90 Mrd. Wagen-Kilometer und die Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf 5,47 Mrd. DM.

Die Verkehrsleistung (— 1,3%), die Betriebsleistung (— 0,8%) und die Einnahmen (— 1,6%) lagen etwas unter dem Vorjahresergebnis, während das Fahrgastaufkommen (+ 1,0%) etwas darüber lag (siehe Tabelle 2).

Der Anstieg des Fahrgastaufkommens betraf vornehmlich die Zahl der Beförderungen auf „Anderen Zeitfahrausweisen“ (das sind Zeitfahrausweise ohne die des Ausbildungsverkehrs), und zwar mit einem Anstieg um 112 Mill. oder 7,3%. Bemerkenswert groß war auch der Zuwachs der Zahl der unentgeltlich auf Schwerbehindertenausweisen beförderten Personen (+ 23 Mill. oder + 5,3%) und der auf Freifahrausweisen beförderten Personen (+ 5 Mill. oder + 5,9%). Demgegenüber nahmen die Zahl der auf Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs beförderten Personen um rund 62 Mill. oder 3,9% und die Zahl der auf Einzel- und Mehrfahrausweisen beförderten Personen um 29 Mill. oder 1,9% ab (siehe Tabelle 2).

Berufsverkehr der größeren Unternehmen

Im Berufsverkehr, einer Sonderform des Linienverkehrs nach § 43 PBefG, gingen gegenüber dem Vorjahr das Fahrgastaufkommen von 90 Mill. auf 89 Mill. Personen (— 1,0%) und die Verkehrsleistung von 2,20 Mrd. Personen-Kilometern auf 2,05 Mrd. Personen-Kilometer (— 6,8%) weiter zurück. Da — wie bereits erwähnt — gleichzeitig die Zahl der auf „Anderen Zeitfahrausweisen“ beförderten Personen um über 110 Mill. zugenommen hat, könnte ein Teil des Berufsverkehrs nach § 43 PBefG im Berichtsjahr durch Fahrten im Allgemeinen Linienverkehr substituiert worden sein (siehe Tabelle 2). Die Integration von Sonderformen des Linienverkehrs in den Allgemeinen Linienverkehr ist politisch gewollt, damit das Verkehrsangebot im ländlichen Raum für diejenigen Fahrgäste verbessert wird, die keiner der Personengruppen angehören, für die die Sonderformen reserviert sind.

Schülerbeförderungen der größeren Unternehmen

Im Jahr 1989 waren die Beförderungen zu Tarifen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende im Allgemeinen Linienverkehr mit 1,52 Mrd. beförderten Personen um 3,9%, beim Freigestellten Schülerverkehr mit 206 Mill. beförderten Personen um 6,0% und bei den Schülerfahrten nach § 43 PBefG mit 28 Mill. beförderten Personen sogar um 15% geringer als im Vorjahr, so daß sich für die Schülerbeförderungen in den drei Verkehrsformen zusammen bei rund 1,76 Mrd. beförderten Personen ein Rückgang

³⁾ Siehe Fußnote 1.

⁴⁾ Siehe Vorbemerkung, Absatz 2, letzter Satz.

Tabelle 5: Gesamter öffentlicher Personennahverkehr

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt			Linienverkehr der Straßenverkehrsmittel ¹⁾			Eisenbahnnahverkehr ²⁾		
	1989	1988	1989 gegenüber 1988	1989	1988	1989 gegenüber 1988	1989	1988	1989 gegenüber 1988
	Mill.		%	Mill.		%	Mill.		%
Beförderte Personen	6 540	6 474	+ 1,0	5 528	5 497	+ 0,6	1 012	977	+ 3,6
Personen-Kilometer	56 344	56 533	- 0,3	39 302	40 208	- 2,3	17 042	16 325	+ 4,4

¹⁾ Soweit er statistisch erfaßt wird — ²⁾ Verkehr der Nichtbundeseigenen Eisenbahnen und vom Verkehr der Deutschen Bundesbahn der Schülerverkehr, der Berufsverkehr, der Verkehr in Verkehrsverbänden sowie der übrige Verkehr bis zu einer Reiseweite bis 50 km.

des Fahrgastaufkommens um 4,4% ergab. Die bei Beförderungen zu Ausbildungstarifen im Allgemeinen Linienverkehr geleisteten Personen-Kilometer werden nicht gesondert erfaßt. Beim Freigestellten Schülerverkehr ging die Verkehrsleistung um 7,4% auf 3,02 Mrd. Personen-Kilometer und bei den Schülerfahrten nach § 43 PBefG um gut 14% auf 373 Mill. Personen-Kilometer zurück. Die Abnahme der Schülerbeförderungen ist vermutlich demographisch bedingt, das heißt eine Folge der Verringerung des Personenkreises, der für solche Beförderungen überhaupt in Frage kommt (siehe Tabelle 2).

beförderungen über eine Tarifentfernung von nicht mehr als 50 km. Nach den bislang vorliegenden vorläufigen Ergebnissen hatte der so abgegrenzte gesamte öffentliche Personennahverkehr im Jahr 1989 einen Umfang von rund 6,5 Mrd. beförderten Personen und rund 56 Mrd. geleisteten Personen-Kilometern. Damit war das Fahrgastaufkommen um 1,0% größer, die Verkehrsleistung aber um 0,3% geringer als im Jahr 1988.

Dipl.-Volkswirt Konrad Weber

Kraftomnibusgelegenheitsverkehr der größeren Unternehmen

Insgesamt ergab sich beim Kraftomnibusgelegenheitsverkehr der größeren Unternehmen ein Anstieg des Fahrgastaufkommens um 1,7% auf 76 Mill. beförderte Personen, der Verkehrsleistung um 4,0% auf 22,1 Mrd. Personen-Kilometer und der Betriebsleistung um 3,2% auf 714 Mill. Wagen-Kilometer. Die Einnahmen aus der Personenbeförderung und dem Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen erhöhten sich um 5,3% auf 1,65 Mrd. DM.

Die Zunahme des Fahrgastaufkommens betraf nur den Verkehr mit Mietomnibussen. Bei den anderen beiden Verkehrsformen des Gelegenheitsverkehrs ging das Fahrgastaufkommen wohl prozentual zurück, und zwar bei den Ausflugsfahrten um 4,1% und bei Ferienziel-Reisen um 5,8%, nominal kommt dies jedoch nicht zum Ausdruck.

Wegen der oben erwähnten Vergrößerung der mittleren Reiseweite stieg die Verkehrsleistung, ausgedrückt in Personen-Kilometern, bei allen drei Verkehrsformen des Gelegenheitsverkehrs, und zwar bei den Ferienziel-Reisen um 11%, beim Mietomnibusverkehr um 4,4% und bei den Ausflugsfahrten nur um 0,3%. Die Einnahmen erhöhten sich ebenfalls bei allen drei Verkehrsformen, und zwar nahmen sie beim Mietomnibusverkehr um 5,8%, bei den Ferienziel-Reisen um 5,3% und bei den Ausflugsfahrten um 4,1% zu (siehe Tabelle 2).

Gesamter öffentlicher Personennahverkehr

Zum statistisch erfaßten Teil des gesamten öffentlichen Personennahverkehrs zählen der Linienverkehr der größeren Unternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs, der Schienenverkehr der nicht bundeseigenen Eisenbahnen und vom Schienenverkehr der Deutschen Bundesbahn der Berufsverkehr, der Schülerverkehr, der Verkehr in Verkehrsverbänden sowie sonstige Personen-

Gesundheitszustand der Bevölkerung

Ergebnis des Mikrozensus 1989

Im Rahmen des Mikrozensus werden in mehrjährigen Abständen auch Angaben zum Gesundheitszustand der Bevölkerung erhoben. Nach einer 1986 durchgeführten größeren methodischen Umstellung liegen für 1989 zum zweitenmal Ergebnisse vor, die auf dem überarbeiteten Frageprogramm beruhen. Sie können damit unmittelbar mit den Daten des Jahres 1986 verglichen werden. Das Erhebungsprogramm für 1986 und 1989 umfaßte folgende Angaben:

- Dauer einer Krankheit oder Unfallverletzung,
- Art des Unfalls,
- Art und Dauer der Behandlung sowie
- Dauer einer Arbeitsunfähigkeit.

Zusätzlich wurden in beiden Jahren wechselnde Fragen zu den Themenbereichen

- Vorsorge gegen Krankheiten und
- Krankheitsrisiken

gestellt.

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse für 1989 aus dem regelmäßig wiederkehrenden Teil der Befragung sowie aus dem Bereich der Vorsorge gegen Krankheiten (Jodsalzverwendung) dargestellt. Die Angaben zu den Rauchgewohnheiten (Krankheitsrisiken) bedürfen einer tiefergehenden Analyse; sie werden in einem späteren Beitrag gesondert dargestellt.

Der Mikrozensus als Mehrzweckerhebung mit seinem breiten, nahezu alle soziodemographischen und sozioökonomischen Themen abdeckenden Frageprogramm eignet sich besonders dazu, die Häufigkeit von Erkrankungen bzw. die zur Vorsorge gegen Krankheiten ergriffenen Maßnahmen im sozioökonomischen Umfeld zu analysieren. Seit 1986 wird nicht mehr nach der Art der Erkrankung bzw. Unfallverletzung gefragt, was die Auswertungsmöglichkeiten in diesem Bereich einengt.

Die Fragen zur Gesundheit wurden im April 1989 an 0,5% der Bevölkerung gestellt; der Berichtszeitraum umfaßt den Befragungstag im April 1989 sowie die vier davorliegenden Wochen. Bei den Fragen zur Gesundheit handelt es sich um einen Erhebungsteil des Mikrozensus ohne Auskunftspflicht. Die Antwortquote lag bei 89%; der Anteil der Antwortverweigerer (Non-response-Rate) liegt deutlich unter der anderer freiwilliger Erhebungen, so daß im vorliegenden Fall eine ausreichende Repräsentativität gegeben ist und größere systematische Verzerrungen auszuschließen sind. Bezugsgröße für alle Auswertungen sind die Personen, die Angaben zum Gesundheitszustand bzw. zum Vorsorgeverhalten gemacht haben. Bei der Hochrechnung der Mikrozensusergebnisse auf den Bevölke-

rungsstand zum Zeitpunkt der Erhebung werden Personen, die keine Auskunft über ihren Gesundheitszustand erteilt haben, gesondert dargestellt.

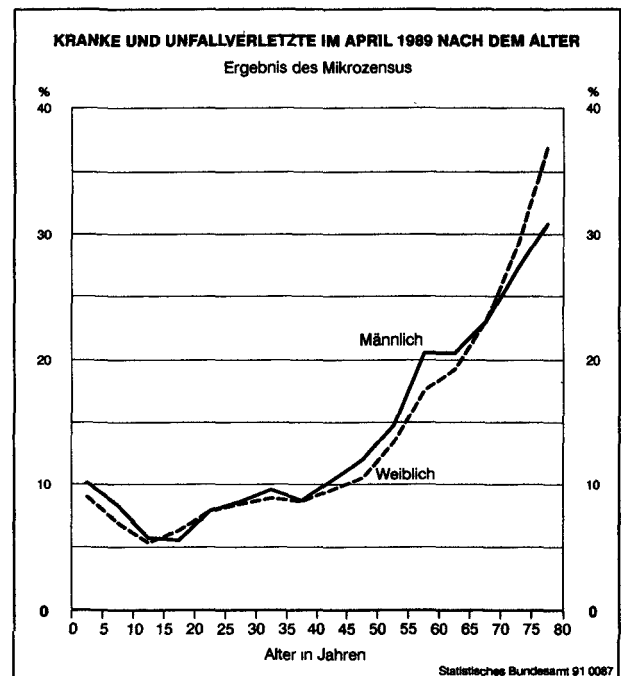
Aufgrund des Zufallsfehlers sind Aussagen bei kleinen Fallzahlen nicht mehr mit einer ausreichenden Sicherheit möglich. Im Rahmen dieses Aufsatzes werden Angaben ignoriert, denen die Auskunft von hochgerechnet weniger als 7000 Personen zugrundeliegen; der einfache relative Standardfehler liegt in diesen Fällen über 20%.

Jeder siebte krank oder unfallverletzt

Im Berichtszeitraum litten 13,6% der Bevölkerung an einer Krankheit oder Unfallverletzung, die sie daran hinderte, ihrer normalen Beschäftigung nachzugehen. Bezogen auf die Bevölkerung mit Angaben zum Gesundheitszustand waren dies knapp 7,5 Mill. Kranke und Unfallverletzte. Unterstellt man bei den Antwortverweigerern einen gleich hohen Anteil von gesundheitlich beeinträchtigten Personen, so erhöht sich die Zahl der Betroffenen um nahezu eine Million.

Mit zunehmendem Alter ist ein immer größer werdender Anteil der Bevölkerung von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen. Während der Anteil der Kranken und Unfallverletzten bei den unter 40jährigen bei 8% lag, stieg er bei den 40- bis unter 65jährigen auf 15% und bei den 65jährigen und älteren sogar auf 30%. Eine Ausnahme bilden die unter 10 Jahre alten Kinder; hier lag der Anteil der Kranken und Unfallverletzten wohl aufgrund der Kinderkrankheiten etwas höher als bei den Jugendlichen.

Schaubild 1



Frauen waren insgesamt öfter von Krankheiten oder Unfallverletzungen betroffen (14,3%) als Männer (12,8%). Dies ist jedoch zum Großteil auf ihre höhere Lebenserwartung in Verbindung mit der im Alter stark ansteigenden Erkrankungshäufigkeit zurückzuführen. So zeigt sich bei einer altersspezifischen Betrachtung, daß nur bei den 15- bis

unter 25jährigen und bei den über 65jährigen Frauen die Krankheits- bzw. Verletzungshäufigkeit höher war als die der Männer, während in den anderen Altersgruppen (0 bis unter 15 und 25 bis unter 65) das Gegenteil zutraf. Da in den oberen Altersgruppen der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung überwiegt, wird die insgesamt größere Betroffenheit der Frauen letztlich durch die unterschiedliche Altersstruktur hervorgerufen. Eliminiert man diesen Effekt, indem man der Analyse die Bevölkerungsstruktur der Gesamtbevölkerung für beide Geschlechter zugrunde legt, so sind Männer ebenso häufig krank oder unfallverletzt wie Frauen. Der altersstandardisierte Anteil der kranken und verletzten Männer beträgt dann 13,6%, der der Frauen 13,4%.

Frauen häufiger krank, Männer häufiger unfallverletzt

Die Ergebnisse bedürfen der Unterscheidung zwischen Kranken und Unfallverletzten, wobei Unfälle als plötzliche Ereignisse definiert sind, die die Verletzung oder eine andere Beeinträchtigung der Gesundheit verursacht haben. Beim Zusammentreffen von Krankheit und Unfallverletzung war von den Befragten die schwerwiegendere Beeinträchtigung anzugeben.

Frauen sind häufiger von Krankheiten betroffen (13,3%) als Männer (11,0%). Der größte Teil dieser geschlechtsspezifischen Unterschiede läßt sich — wie erwähnt — durch die unterschiedliche Altersstruktur von Männern und Frauen erklären; nach der Altersstandardisierung betrug die Erkrankungsziffer bei Frauen 12,3% und bei den Männern 11,8%.

Männer sind jedoch häufiger von Unfallverletzungen betroffen (1,8%) als Frauen (1,1%). Nach der Altersstandardisierung bleiben diese Anteile weitgehend konstant.

Die Unfallgefährdung bei den Männern ist besonders hoch in den Altersgruppen von 20 bis unter 35 Jahren, hier

waren zwischen 2,3 und 2,7% der Männer verletzt. Bei den Frauen lag der Schwerpunkt der Unfallgefährdung in der Altersgruppe über 65 Jahre.

Anteil der Kranken und Unfallverletzten gegenüber 1986 unverändert

Die Antwortbereitschaft bei den Fragen zur Gesundheit hat sich 1989 gegenüber 1986 geringfügig um 0,7% erhöht. Diese gestiegene Auskunftsbereitschaft ist ausschließlich auf eine geringere Zahl von Verweigerern bei den Männern zurückzuführen; hier gaben 10,3% keine Auskunft gegenüber 11,8% drei Jahre zuvor. Bei den Frauen liegt die Non-response-Rate unverändert bei 11,8%. Wie im April 1986 lag der Anteil der kranken und unfallverletzten Personen 1989 bei 13,6%. Zwischen den Altersgruppen ergaben sich jedoch Verschiebungen. Bei den Personen unter 40 Jahren erhöhte sich die Krankheits- und Unfallhäufigkeit um 0,6 Prozentpunkte. Dagegen sank sie bei der über 40 Jahre alten Bevölkerung, bei den 40- bis unter 65jährigen von 14,8 auf 14,6% und bei den 65 Jahre und älteren von 31,9 auf 29,5%.

Länderergebnisse

Den höchsten Anteil an kranken und unfallverletzten Personen wies Hamburg mit 15,9% vor Berlin (West) (14,7%) auf. Von den Flächenstaaten hatte Niedersachsen mit 14,1% den höchsten Anteil an Kranken und Unfallverletzten vor Bayern mit 14,0%. Den niedrigsten Krankenstand besaß das Saarland mit 11,0% vor Hessen (11,8%) und Bremen (12,9%).

Einen Beitrag zur Klärung der Frage, ob und wieweit diese regionalen Differenzen auf unterschiedliche Altersstrukturen zurückzuführen sind, leistet eine Standardisierung, bei der die altersspezifischen Erkrankungsziffern jedes Landes auf den Bevölkerungsaufbau der gesamten Bundesrepublik bezogen werden. Nach Durchführung dieser

Tabelle 1: Kranke und Unfallverletzte nach Altersgruppen und Geschlecht

Ergebnisse des Mikrozensus
Stand: April 1986 und April 1989

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung				Dar. Kranke und Unfallverletzte			
	insgesamt		mit Angaben über die Gesundheit					
	1986	1989	1986	1989	1986	1989	1986	1989
	1 000				%			
	Insgesamt							
unter 15	8 982	9 156	7 903	8 030	551	608	7,0	7,6
15—40	22 757	22 742	19 688	19 944	1 462	1 599	7,4	8,0
40—65	19 975	20 128	17 867	18 197	2 649	2 654	14,8	14,6
65 und älter	9 308	9 860	8 375	8 866	2 671	2 612	31,9	29,5
Insgesamt ...	61 021	61 885	53 833	55 037	7 334	7 473	13,6	13,6
	Männlich							
unter 15	4 588	4 722	4 043	4 140	297	333	7,3	8,1
15—40	11 588	11 606	9 999	10 252	757	826	7,6	8,1
40—65	9 735	10 002	8 738	9 153	1 331	1 397	15,2	15,3
65 und älter	3 295	3 450	2 990	3 169	883	858	29,5	27,1
Zusammen ...	29 206	29 780	25 770	26 714	3 267	3 414	12,7	12,8
	Weiblich							
unter 15	4 394	4 434	3 860	3 890	255	275	6,6	7,1
15—40	11 169	11 136	9 689	9 692	705	773	7,3	8,0
40—65	10 239	10 126	9 129	9 044	1 318	1 257	14,4	13,9
65 und älter	6 013	6 409	5 385	5 696	1 788	1 754	33,2	30,8
Zusammen ...	31 815	32 105	28 083	28 322	4 067	4 059	14,5	14,3

Tabelle 2: Kranke und Unfallverletzte nach Bundesländern

Ergebnis des Mikrozensus
Stand: April 1989

Land	Bevölkerung mit Angaben über die Gesundheit	Dar. Kranke und Unfallverletzte					
		zusammen	darunter		zusammen	darunter	
			Kranke	Unfallverletzte		Kranke	Unfallverletzte
1 000		%					
Schleswig-Holstein	2 197	286	252	34	13,0	11,5	1,5
Hamburg	1 299	206	181	25	15,9	14,0	1,9
Niedersachsen	6 504	916	839	77	14,1	12,9	1,2
Bremen	605	78	67	11	12,9	11,1	1,8
Nordrhein-Westfalen	13 754	1 906	1 717	189	13,9	12,5	1,4
Hessen	5 002	589	517	72	11,8	10,3	1,4
Rheinland-Pfalz	3 409	457	409	49	13,4	12,0	1,4
Baden-Württemberg	8 895	1 182	1 057	125	13,3	11,9	1,4
Bayern	10 576	1 478	1 319	159	14,0	12,5	1,5
Saarland	986	109	97	12	11,0	9,8	1,2
Berlin (West)	1 810	265	232	33	14,7	12,8	1,9
Bundesgebiet	55 037	7 473	6 687	786	13,6	12,2	1,4

Standardisierung ändern sich die Ergebnisse geringfügig, in Hamburg sinkt dadurch der Anteil der Erkrankten und Verletzten von 15,9 auf 14,7% und in Bremen von 12,9 auf 11,9%. Dies ist auf die im Vergleich zu den Flächenstaaten größere Überalterung der Bevölkerung dieser Stadtstaaten zurückzuführen. Dagegen bleibt die Erkrankungs- und Unfallziffer im dritten Stadtstaat Berlin (West) nahezu konstant, da in Berlin (West) der hohe Altenanteil inzwischen durch viele junge Bewohner ausgeglichen wird. Insbesondere in Baden-Württemberg (+ 0,4%) und im Saarland (+ 0,3%) steigt der Anteil durch die Standardisierung, da sie eine überdurchschnittlich junge Bevölkerung haben. Ein Teil der regionalen Unterschiede kann allerdings durch die Standardisierung nicht erklärt werden. Untersucht man als weiteren Einflußfaktor die Gemeindegröße, so zeigt sich, daß tendenziell in den größeren Städten mehr Personen krank oder unfallverletzt sind. In Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern sind unterdurchschnittlich viele Bewohner krank oder unfallverletzt (zwischen 12,0 und 13,2%) gewesen, in Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern überdurchschnittlich viele (zwischen 14,7 und 15,0%).

Personen in kleinen Haushalten häufiger krank und verletzt

Personen in kleinen Haushalten waren weitaus häufiger krank oder unfallverletzt als Personen in größeren Haushalten. Bei 1-Personen-Haushalten war nahezu jeder vier-

Tabelle 3: Kranke und Unfallverletzte nach Größe der Haushalte
Ergebnis des Mikrozensus
Stand: April 1989

Haushalt mit ... Personen Gemeinschaftsunterkunft	Bevölkerung mit Angaben über die Gesundheit	Dar. Kranke und Unfallverletzte	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
			unter 15	15-40	40-65	65 und älter	
			% der Bevölkerung gleichen Alters				
1 Person	8 213	1 960	23,9	x	12,1	20,9	34,1
2 Personen	14 580	2 563	17,6	9,9	9,6	17,0	26,1
3 Personen	12 312	1 250	10,1	7,9	7,4	12,7	22,8
4 Personen	12 403	1 019	8,2	8,0	6,9	9,9	21,2
5 und mehr Personen	7 114	527	7,4	6,4	5,5	10,8	19,8
Gemeinschaftsunterkunft	413	154	37,2	1	18,1	18,0	56,1
Insgesamt	55 037	7 473	13,6	7,6	8,0	14,6	29,5

te krank oder unfallverletzt (23,9%), auch in 2-Personen-Haushalten waren mit 17,6% noch überdurchschnittlich viele Personen gesundheitlich beeinträchtigt. Danach sinkt der Anteil weiter bis auf 7,4% in 5-Personen-Haushalten.

Teilweise sind diese hohen Anteile an Kranken und Unfallverletzten in den kleinen Haushalten dadurch erklärbar, daß viele ältere Menschen allein leben. Die Aussage, daß Personen in kleinen Haushalten weitaus häufiger krank oder unfallverletzt waren als Personen in großen Haushalten, bleibt jedoch auch gültig, wenn man nur bestimmte Altersgruppen betrachtet. So waren zum Beispiel die 40- bis unter 65jährigen in 1-Personen-Haushalten während des Berichtszeitraums zu 20,9% betroffen, in 2-Personen-Haushalten zu 17,0%, in 3-Personen-Haushalten 12,7% und in 4-Personen-Haushalten nur noch zu 9,9%.

Über 90% der Kranken und Unfallverletzten in Behandlung

Von den Personen, die sich als krank oder unfallverletzt bezeichneten, waren 91,5% beim Arzt oder im Krankenhaus in Behandlung. Hierbei gab es nur geringe Unterschiede nach dem Geschlecht und dem Alter. Jüngere Menschen nehmen danach bei Krankheit/Unfallverletzung ärztliche Leistungen seltener in Anspruch als ältere.

Tabelle 4: Kranke und Unfallverletzte nach Art der Behandlung
Ergebnis des Mikrozensus
Stand: April 1989

Alter von ... bis unter ... Jahren	Kranke und Unfallverletzte	Mit Angabe zur Art der Behandlung	Darunter in Behandlung			
			zusammen	davon		
				ambulante beim Arzt	im Krankenhaus	stationär
1 000						
unter 15	608	585	517	429	49	39
15 - 40	1 599	1 562	1 386	1 058	157	171
40 - 65	2 654	2 599	2 398	1 897	204	297
65 und älter	2 612	2 560	2 383	1 991	141	251
Insgesamt	7 473	7 304	6 684	5 376	550	758
Prozent						
unter 15	x	100	88,4	73,4	8,3	6,7
15 - 40	x	100	88,7	67,8	10,0	11,0
40 - 65	x	100	92,3	73,0	7,9	11,4
65 und älter	x	100	93,1	77,8	5,5	9,9
Insgesamt	x	100	91,5	73,6	7,5	10,4

Tabelle 5: Kranke und Unfallverletzte
nach Dauer der Krankheit/Unfallverletzung
Ergebnis des Mikrozensus
Stand: April 1989

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung mit Angaben über die Gesundheit	Kranke und Unfall- verletzte	Dauer der Krankheit/Unfallverletzung						
			1 bis 3 Tage	4 Tage bis 1 Woche	über 1 Woche bis 2 Wochen	über 2 Wochen bis 4 Wochen	über 4 Wochen bis 6 Wochen	über 6 Wochen bis 1 Jahr	über 1 Jahr
			1000						
unter 15	8030	608	78	179	145	67	24	26	53
15-40	19944	1599	217	320	274	219	113	175	203
40-65	18197	2654	139	191	251	263	160	393	1130
65 und älter	8866	2612	68	64	100	143	99	281	1726
Insgesamt ...	55037	7473	502	754	770	692	396	875	3113
			Prozent						
unter 15	100	7,6	1,0	2,2	1,8	0,8	0,3	0,3	0,7
15-40	100	8,0	1,1	1,6	1,4	1,1	0,6	0,9	1,0
40-65	100	14,6	0,8	1,0	1,4	1,4	0,9	2,2	6,2
65 und älter	100	29,5	0,8	0,7	1,1	1,6	1,1	3,2	19,5
Insgesamt ...	100	13,6	0,9	1,4	1,4	1,3	0,7	1,6	5,7

Drei Viertel der Kranken und Unfallverletzten waren in ärztlicher Praxis ambulant in Behandlung, 10% der Betroffenen ließen sich stationär und 7,5% ambulant im Krankenhaus behandeln. Bezogen auf die Bevölkerung bedeutet dies, daß etwa jeder zehnte in den letzten vier Wochen vor dem Befragungstag in Verbindung mit einer Krankheit oder Unfallverletzung von einem Arzt ambulant behandelt wurde, von den Personen über 65 Jahren waren es im Berichtszeitraum sogar 22,5%.

Mehr als 3 Mill. Personen länger als ein Jahr krank/unfallverletzt

Am Befragungstag waren noch 75% der Krankheiten und Unfallverletzungen akut, das heißt nur ein Viertel der in den letzten vier Wochen vor dem Befragungstag Kranken oder Unfallverletzten war zu diesem Zeitpunkt bereits wieder genesen.

Bei mehr als 3 Mill. Personen, für die Angaben zum Gesundheitszustand und zur Dauer der Beeinträchtigung vorlagen, dauerte die Krankheit oder Unfallverletzung bereits länger als ein Jahr, bei weiteren 875000 zwischen 6 Wochen und einem Jahr. Unter diesen chronischen und lang anhaltenden Krankheiten leiden ältere Menschen, aber

auch Menschen im mittleren Lebensalter ab 40 Jahren, besonders stark. So erkrankten 13% der über 40jährigen an Krankheiten und Unfallverletzungen, die mehr als 6 Wochen dauern, von den unter 40jährigen dagegen nur knapp 2%.

Untersucht man bei den bereits genesenen Personen die Dauer der Krankheit oder Unfallverletzung, läßt sich feststellen, daß der Heilungsprozeß bei Krankheiten kürzer ist als bei Unfallverletzungen. Nach einer Woche war zwar die Hälfte der kranken Personen wieder genesen, aber erst ein Drittel der Unfallverletzten, nach vier Wochen 90% der Kranken und 80% der Unfallverletzten.

Unfallverletzte nach Unfallursachen

Von den 760000 Unfallverletzten, für die Angaben vorlagen, litten im April 1989 27% an den Folgen eines Arbeits- oder Dienstupfalls und 24% an den Folgen von Freizeitunfällen. Unfälle im häuslichen Bereich waren bei 20% die Ursache der Verletzung, Verkehrsunfälle bei 16% und sonstige Unfälle (einschl. Schulunfällen) bei dem Rest der Verletzten (12%). Während bei den Erwerbstätigen der Arbeits- oder Dienstupfall mit über 40% der Unfälle die größte Rolle spielte, ist dies bei den Nichterwerbspersonen der häusliche Unfall mit knapp 31%.

Tabelle 6: Unfallverletzte
nach Beteiligung am Erwerbsleben und Art des Unfalls
Ergebnis des Mikrozensus
Stand: April 1989

Beteiligung am Erwerbsleben	Unfall- verletzte	Dar. mit Angabe zur Art des Unfalls	Davon				
			Arbeits- und Dienst- unfall	Verkehrs- unfall	häuslicher Unfall	Freizeit- unfall	sonstiger Unfall
			1000				
Erwerbspersonen	483	473	186	70	65	115	36
Erwerbstätige	442	433	180	59	57	107	31
Erwerbslose	40	39	7	11	8	8	1
Nichterwerbspersonen	303	288	20	55	88	69	55
Insgesamt ...	786	760	206	125	153	184	92
			Prozent				
Erwerbspersonen	x	100	39,4	14,7	13,8	24,4	7,7
Erwerbstätige	x	100	41,4	13,6	13,1	24,7	7,2
Erwerbslose	x	100	16,9	27,7	21,0	21,0	1
Nichterwerbspersonen	x	100	7,0	19,2	30,6	23,9	19,2
Insgesamt ...	x	100	27,2	16,4	20,1	24,2	12,0

Tabelle 7: Kranke und Unfallverletzte nach Alter, Geschlecht und Beteiligung am Erwerbsleben

Ergebnis des Mikrozensus
Stand: April 1989

Beteiligung am Erwerbsleben	Bevölkerung mit Angaben über die Gesundheit	Dar. Kranke und Unfallverletzte	Davon im Alter von . bis unter . Jahren				
			unter 15	15-40	40-65	65 und älter	
1 000		% der Bevölkerung gleichen Alters					
Insgesamt							
Erwerbspersonen	26 542	2 769	10,4	x	8,7	12,4	17,1
Erwerbstätige	24 687	2 490	10,1	x	8,6	11,8	x
Erwerbslose	1 855	278	15,0	x	10,9	20,1	x
Nichterwerbspersonen	28 494	4 704	16,5	7,6	6,1	18,6	29,8
Insgesamt	55 037	7 473	13,6	7,6	8,0	14,6	29,5
Männlich							
Erwerbspersonen	16 127	1 690	10,5	x	8,6	12,5	16,6
Erwerbstätige	15 208	1 540	10,1	x	8,4	12,0	x
Erwerbslose	919	150	16,3	x	11,3	21,5	x
Nichterwerbspersonen	10 587	1 724	16,3	8,1	5,7	28,1	27,6
Zusammen	26 714	3 414	12,8	8,1	8,1	15,3	27,1
Weiblich							
Erwerbspersonen	10 415	1 079	10,4	x	9,0	12,1	17,9
Erwerbstätige	9 480	950	10,0	x	8,8	11,5	x
Erwerbslose	936	129	13,7	x	10,6	18,4	x
Nichterwerbspersonen	17 907	2 980	16,6	7,1	6,2	15,5	31,0
Zusammen	28 322	4 059	14,3	7,1	8,0	13,9	30,8

Erwerbstätige seltener krank oder unfallverletzt

Gesundheitliche Beeinträchtigungen wurden für Erwerbstätige in geringerem Maße als für die Gesamtbevölkerung beobachtet. Der Anteil der Kranken und Unfallverletzten betrug bei den Erwerbstätigen 10,1%, bei den Erwerbslosen 15,0% und bei den Nichterwerbspersonen 16,5%. Die hohe Krankheitshäufigkeit der Nichterwerbspersonen ist darauf zurückzuführen, daß sich hierunter zahlreiche alte Menschen befinden.

Bei den Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren war bei den Erwerbslosen der Anteil der Kranken und Unfallverletzten besonders hoch. Bei den Erwerbslosen zwischen 40 und 65 Jahren war jeder fünfte von Krankheit und Unfallverletzung betroffen. Möglicherweise schätzen Erwerbslose bei einer subjektiven Befragung zum Gesundheitszustand ihr Befinden schlechter ein als Erwerbstätige mit ähnlicher gesundheitlicher Konstitution. Wahrscheinlich ist aber auch, daß Erwerbslose mit schlechterem gesundheitlichen Befinden schwieriger eine neue Tätigkeit finden.

Unterscheidet man die Erwerbstätigen zusätzlich nach der Stellung im Beruf, so war der Anteil der Kranken und Unfallverletzten erwartungsgemäß bei den Auszubildenden (7,7%) am geringsten, da es sich bei ihnen um junge Menschen handelt, die generell seltener erkranken. Daneben wurden bei den Angestellten und Selbständigen mit 8,7 und 8,8% die niedrigsten Anteile an Kranken und Unfallverletzten ermittelt. Besonders viele Kranke und Unfallverletzte ließen sich dagegen bei den Arbeitern mit 12,2% feststellen. Die Beamten lagen mit einem Anteil von 10,1% an Kranken und Unfallverletzten genau im Durchschnitt. Unterscheidet man dagegen die Beamten nach dem Alter, so waren die unter 40jährigen unterdurchschnittlich häufig (8,0 zu 8,6% im Durchschnitt), die Beamten über 40 Jahre dagegen überdurchschnittlich häufig gesundheitlich beeinträchtigt (12,9 zu 11,8% im Durchschnitt).

Wichtige Einblicke lassen sich auch durch die Auswertung der Frage gewinnen, ob der Befragte im Berichtszeitraum mindestens an einem Tag wegen Krankheit bzw. Unfallverletzung seiner Arbeit nicht nachgegangen ist, also arbeitsunfähig war. Insgesamt gaben 6,8% der Erwerbstätigen an,

Tabelle 8: Kranke und unfallverletzte Erwerbstätige nach Arbeitsunfähigkeit und Stellung im Beruf

Ergebnis des Mikrozensus
Stand: April 1989

Stellung im Beruf	Erwerbstätige mit Angaben über die Gesundheit	Dar. Kranke und Unfallverletzte	Davon			
			arbeitsunfähig gewesen	nicht arbeitsunfähig gewesen	ohne Angabe zur Arbeitsunfähigkeit	
1 000		% der Bevölkerung gleichen Alters				
Alter von ... bis unter ... Jahren						
15-40						
Selbständige	703	48	6,8	2,5	3,2	1,1
Mithelfende						
Familienangehörige ..	147	/	/	/	/	/
Beamte	1216	97	8,0	5,0	2,3	0,7
Angestellte	5265	414	7,9	5,1	2,0	0,8
Arbeiter	4821	488	10,1	8,0	1,5	0,6
Auszubildende	1342	104	7,8	5,9	1,4	/
Zusammen	13 494	1 157	8,6	6,0	1,8	0,7
40-65						
Selbständige	1352	125	9,3	4,2	3,6	1,4
Mithelfende						
Familienangehörige ..	306	35	11,4	3,6	5,1	2,4
Beamte	930	120	12,9	8,6	3,2	1,0
Angestellte	4202	409	9,7	6,0	2,9	0,7
Arbeiter	4166	604	14,5	10,9	2,6	0,9
Auszubildende	/	/	/	/	/	/
Zusammen	10 959	1 293	11,8	7,8	3,0	1,0
65 und älter						
Zusammen	234	40	17,0	4,4	7,0	5,6
Insgesamt						
Selbständige	2171	192	8,8	3,7	3,6	1,5
Mithelfende						
Familienangehörige ..	515	54	10,6	3,2	4,4	2,9
Beamte	2 148	217	10,1	6,6	2,7	0,8
Angestellte	9505	828	8,7	5,5	2,4	0,8
Arbeiter	9004	1 085	12,2	9,3	2,0	0,8
Auszubildende	1 345	104	7,7	5,9	1,4	/
Insgesamt	24 687	2 490	10,1	6,8	2,4	0,9

am Befragungstag oder in den vier Wochen davor arbeitsunfähig gewesen zu sein.

Von den Erwerbstätigen, die sich als krank oder unfallverletzt eingestuft hatten, war demnach nur ein Teil arbeitsunfähig. Bei einer Krankheitshäufigkeit der Selbständigen von 8,8% waren 3,7% der Selbständigen im Berichtszeitraum arbeitsunfähig, dies bedeutet, daß fast 60% der Kranken und Verletzten Selbständigen trotzdem an allen Tagen gearbeitet haben. Noch eklatanter ist dieses Verhältnis bei den mithelfenden Familienangehörigen. Hier waren zwar 10,6% krank oder verletzt, aber nur 3,2% arbeitsunfähig, 70% der mithelfenden Familienangehörigen sind also trotz Krankheit oder Unfallverletzung ihrer Arbeit nachgegangen. Anders war das Verhältnis bei den Arbeitern und Auszubildenden, dort gingen lediglich 25% trotz gesundheitlicher Einschränkungen an allen Tagen ihrer Arbeit nach.

Kranke und Unfallverletzte nach Berufen

1989 wurde im Mikrozensus auch der Beruf der Erwerbstätigen erfragt. Die Interpretation der Ergebnisse zum Gesundheitszustand in Abhängigkeit vom Beruf der Erwerbstätigen überschneidet sich teilweise mit der Auswertung des Einflusses, den die Stellung im Beruf ausübt. So sind Personen in typischen Arbeiterberufen häufiger krank und unfallverletzt als Erwerbstätige in Angestelltenberufen. In den Fertigungsberufen waren zum Beispiel im Berichtszeitraum 11,6% krank und unfallverletzt, in technischen Berufen 8,5% und in Dienstleistungsberufen 9,4% (siehe Tabelle auf S. 69*). Die Ergebnisse erlauben jedoch eine tiefere Interpretation. Zu den Berufsgruppen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil krank und unfallverletzter Personen gehören bei den Fertigungsberufen die Hilfsarbeiter (13,6%), aber auch die Chemie- und Kunststoffverarbeiter (13,2%). In diesen Berufsgruppen war jeder zehnte Erwerbstätige im Berichtszeitraum mindestens an einem Tag arbeitsunfähig. Bei den Dienstleistungsberufen waren die Postverteiler (13,8%), das Dienst- und Wachpersonal (12,3%) und Reinigungskräfte (12,1%) überdurchschnittlich oft erkrankt, auch in diesen Berufen lag der Anteil der Arbeitsunfähigen bei 10%.

Besonders auffällig ist das Ergebnis auch bei den Gesundheitsdienstberufen. Ärzte und Apotheker sind erwartungsgemäß die Berufsgruppe mit dem geringsten Anteil von Kranken und Unfallverletzten (5,2%). Sie können sich offensichtlich aufgrund ihres Wissens am effektivsten vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen schützen. Eine geringe Krankheits- und Unfallhäufigkeit ist auch bei den Sprechstundenhelfer/-innen (6,8%) festzustellen. Hingegen weisen Krankenschwestern und -pfleger mit 11,3% einen erheblich höheren Anteil an Kranken und Unfallverletzten auf.

Offensichtlich sind Berufe mit einer anerkannt hohen Arbeitsbelastung, aber auch Berufe mit vergleichsweise wenig abwechslungsreichen Tätigkeiten häufiger von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen. Das Auftreten von nur einem Merkmal reicht für die Erklärung der Krankheitshäufigkeit jedoch häufig nicht aus. So waren zum Beispiel Unternehmer, Organisatoren und Wirtschaftsprüfer, also Personen in Berufen mit einer aner-

kanntermaßen hohen Arbeitsbelastung, nur zu 7,8% krank oder verletzt.

Ein weiterer Einflußfaktor auf den Gesundheitszustand ist die Verteilung der Arbeitszeit. Erwerbstätige mit unregelmäßigen Arbeitszeiten und Schichtarbeit waren mit 12,5% deutlich häufiger krank oder verletzt als Erwerbstätige mit regelmäßigen Arbeitszeiten (9,7%). Dadurch lassen sich jedoch die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten nicht vollständig erklären. Arbeiter mit regelmäßigen Arbeitszeiten waren zu 11,8% krank oder unfallverletzt, mit unregelmäßigen Arbeitszeiten zu 13,3%, für Angestellte lagen diese Anteile bei 8,5% (regelmäßige Arbeitszeit) und 11,5% (unregelmäßige Arbeitszeit).

Fast die Hälfte der Bevölkerung verwendet Jodsalz

Die Bundesrepublik ist eines der jodärmsten Länder Europas. Dadurch, daß Jod in der Eiszeit aus dem Boden ausgewaschen und ins Meer geschwemmt wurde, enthalten das Trinkwasser und die meisten Lebensmittel, die auf unseren Böden wachsen, viel zu wenig Jod. Lediglich Seefische und andere Meerestiere sowie Milch enthalten eine nennenswerte Menge Jod, das als essentielles Spurenelement für die Funktion der Schilddrüse und damit für die Aufrechterhaltung der menschlichen Gesundheit unentbehrlich ist. Jodiertes Speisesalz trägt zur Erhöhung der Jodversorgung bei und beugt einer Vergrößerung der Schilddrüse (Kropf) vor. Deswegen wurden in der letzten Zeit verstärkt Aufklärungsmaßnahmen durchgeführt, um die Verbraucher über den Sinn der Verwendung von jodiertem Speisesalz zu überzeugen. Nach Schätzungen von Medizinern leiden 6 bis 8 Mill. Menschen in der Bundesrepublik an einem durch Jodmangel ausgelösten Kropf (Struma).

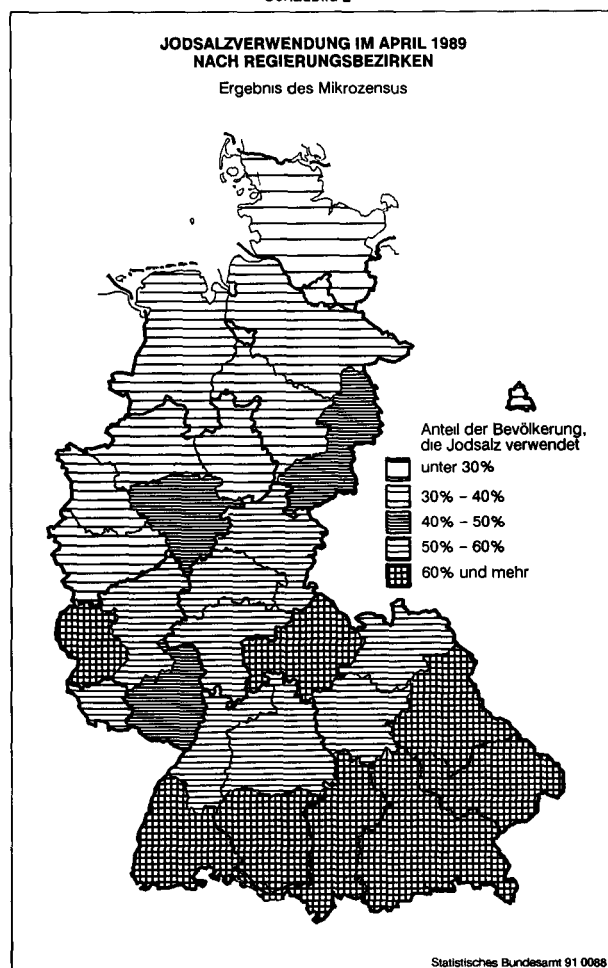
Tabelle 9: Bevölkerung nach Schulabschluß und Verwendung von Jodsalz
Ergebnis des Mikrozensus
Stand: April 1989

Schulabschluß	Bevölkerung		Verwendung von Jodsalz		
	zu- sammen	mit An- gaben zu Jodsalz	ja	nein	nicht bekannt
	1 000				
Volksschul-/Hauptschulabschluß .	32 308	29 469	12 786	14 726	1 957
Realschulabschluß	10 094	9 003	4 643	3 879	481
Fachhochschul-/Hochschulreife .	7 582	6 572	3 618	2 803	353
Ohne Angabe/Angabe entfällt . . .	11 901	9 817	5 226	4 016	576
Insgesamt . . .	61 885	54 861	26 271	25 223	3 367
	Prozent				
Volksschul-/Hauptschulabschluß .	x	100	43,4	50,0	6,6
Realschulabschluß	x	100	51,6	43,1	5,3
Fachhochschul-/Hochschulreife .	x	100	55,0	39,6	5,4
Ohne Angabe/Angabe entfällt . . .	x	100	53,2	40,9	5,9
Insgesamt . . .	x	100	47,9	46,0	6,1

Um den Erfolg der Aufklärungskampagnen abschätzen zu können, wurde 1989 im Mikrozensus im Rahmen der Fragen zur Vorsorge gegen Krankheitsrisiken die Verwendung von jodiertem Speisesalz erfragt. Die Antworten sollen auch zur Abschätzung des zukünftigen Aufklärungsbedarfs in diesem Bereich dienen.

Knapp die Hälfte (48%) der antwortenden Personen gab an, das für die Strumaprophylaxe wichtige Jodsalz zu

Schaubild 2



kennen und zu verwenden. Über 15 Mill. Personen war dagegen Jodsalz oder dessen Bedeutung für die Gesundheit noch nicht bekannt.

Insbesondere ältere Leute verwendeten selten Jodsalz (nur 37% der über 65jährigen), während bei Kindern anscheinend die gesundheitsbewußte Einstellung der Eltern und die Aufklärung der Eltern durch die Frauen- und Kinderärzte (insbesondere Schwangere und Stillende haben einen höheren Jodbedarf) Erfolg zeigt. Bei Kindern lag der Anteil der Jodsalzverwendung bei 55%. Gering ist hingegen der geschlechtsspezifische Unterschied. Männer gaben zu 47% an, Jodsalz zu verwenden, bei den Frauen war es ein Prozent mehr.

Die Angaben zur Jodsalzverwendung weisen auch in der Gliederung nach dem Bildungsabschluß Unterschiede auf: Während Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluß zu 43% Jodsalz verwenden, sind dies bei Personen mit Abitur 55%.

Jod im Wasser und der Nahrung fehlt insbesondere im Süden der Bundesrepublik, was dort bisher zu einem vermehrten Auftreten von Schilddrüsenvergrößerungen geführt hat. Aus diesem Grund konzentrieren sich die Aufklärungsmaßnahmen insbesondere auf diese Problemregionen. Hier lag der Anteil der Personen, die jodiertes Speisesalz verwenden, weit über dem Bundesdurchschnitt. Führend waren hierbei die Bayern mit 63,9% Jod-

salzverwendern vor dem Saarland (58,7%) und Baden-Württemberg (57,8%). In Bayern und Baden-Württemberg wiesen zudem die südlichen Regierungsbezirke einen höheren Anteil bei der Jodsalzverwendung auf als die nördlichen Regierungsbezirke. Den geringsten Anteil der Jodsalz verwendenden Bevölkerung hatte Hamburg (28,8%) vor Schleswig-Holstein (29,1%). Das zeigt, daß in den besonderen Problemregionen die Aufklärungsmaßnahmen stärker geübt haben als in den übrigen Gebieten.

Um den zukünftigen Aufklärungsbedarf abschätzen zu können, wurde auch gefragt, weshalb kein Jodsalz verwendet wurde. Immerhin fast 9 Mill. Einwohnern mit Angaben zum Vorsorgeverhalten war 1989 Jodsalz gänzlich unbekannt. 6,3 Mill. kannten zwar Jodsalz, verzichteten aber auf diese wichtige prophylaktische Maßnahme, da sie dessen Bedeutung für die Gesundheit nicht einschätzen konnten. Knapp 11,7 Mill. Menschen waren Jodsalz und seine Bedeutung bekannt, trotzdem verzichteten sie auf dessen Verwendung. Bei dieser Gruppe kann es sich zum Beispiel um Personen handeln, die bewußt die Verwendung von Jodsalz verweigern oder um Personen, deren Ernährungsgewohnheiten die Verwendung nicht zuläßt, da sie zum Beispiel ausschließlich Fertiggerichte oder Gemeinschaftsverpflegung konsumierten (hierbei war die Verwendung von Jodsalz bis Mitte 1989 unzulässig). Die entsprechenden Anteile lassen sich jedoch nicht quantifizieren, da weitergehende Informationen hierzu nicht erhoben wurden.

Mit höherem Bildungsabschluß wird der Anteil der Personen größer, die „Sonstige Gründe“ gegen die Jodsalzverwendung anführten. Hierunter dürfte eine größere Zahl

Tabelle 10: Bevölkerung nach Schulabschluß und Gründen der Nichtverwendung von Jodsalz

Ergebnis des Mikrozensus
Stand: April 1989

Schulabschluß	Bevölkerung, die kein Jodsalz verwendet	Mit Angaben zum Grund	Davon		
			Jodsalz unbekannt	Bedeutung für die Gesundheit unbekannt	sonstige Gründe
	1 000				
Volksschul-/Hauptschulabschluß	16 683	15 706	5 582	3 765	6 369
Realschulabschluß	4 360	4 091	1 114	942	2 035
Fachhochschul-/Hochschulreife	2 956	2 761	629	621	1 510
Ohne Angabe/Angabe entfällt	4 592	4 220	1 502	946	1 773
Insgesamt	28 590	26 778	8 826	6 274	11 677
	Prozent				
Volksschul-/Hauptschulabschluß	x	100	35,5	24,0	40,5
Realschulabschluß	x	100	27,2	23,0	49,7
Fachhochschul-/Hochschulreife	x	100	22,8	22,5	54,7
Ohne Angabe/Angabe entfällt	x	100	35,6	22,4	42,0
Insgesamt	x	100	33,0	23,4	43,6

bewußter Verweigerer von Zusatzstoffen in Lebensmitteln gewesen sein. Für diese Personengruppen sind andere Aufklärungsmaßnahmen nötig als bei Personen, denen die Bedeutung von Jodsalz unbekannt ist.

Sowohl in kleinen Haushalten als auch in sehr großen Haushalten wurde seltener Jodsalz verwendet. In 1-, 2- sowie 6 und mehr-Personen-Haushalten nahmen weniger

als die Hälfte der Bevölkerung im April 1989 Jodsalz, in 3- bis 5-Personen-Haushalten mehr als die Hälfte. Die Aussage ist auch bei einer altersspezifischen Betrachtung gültig, das heißt, daß auch bei Personen einer Altersgruppe Jodsalz häufiger in Haushalten mittlerer Größe verwendet wurde.

Da die Verwendung von Jodsalz im Kontext der gesamten Ernährungsgewohnheiten zu sehen ist, die entscheidend von der Haushaltszusammensetzung abhängen, wurde auch untersucht, inwieweit innerhalb eines Haushaltes widersprüchliche Angaben zur Jodsalzverwendung auftraten. Es zeigte sich, daß widersprüchliche Angaben kaum auftraten. Somit ist die Auswertung der Fragen zur Jodsalzverwendung auf der Ebene der Personen ausreichend, eine zusätzliche Betrachtung der Haushalte erübrigt sich.

Dipl.-Volkswirt Christopher Gräß

Jugendhilfe 1989

Vorbemerkungen

In der amtlichen Statistik der Jugendhilfe werden jährlich die erzieherischen Hilfen und der Aufwand sowie in Vierjahresabständen die Maßnahmen der Jugendarbeit und die Einrichtungen und tätigen Personen in der Jugendhilfe erfaßt. Über die beiden letztgenannten Teile der Jugendhilfestatistik wurde zuletzt in den Heften 7/1990 und 4/1988 dieser Zeitschrift berichtet.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen ausgewählte erzieherische Maßnahmen sowie die durch die Jugendhilfe veranlaßten Ausgaben und Einnahmen. Soweit dies möglich und sinnvoll ist, werden die Ergebnisse für das Jahr 1989 im mittel- und langfristigen Zusammenhang dargestellt. Zum einen können dadurch neben der aktuellen Situation auch Entwicklungen in der Jugendhilfe aufgezeigt werden. Zum anderen bietet die Längsschnittanalyse eher die Gewähr einer realistischen Interpretation der für 1989 vorliegenden Daten als eine isolierte, zeitpunktbezogene Betrachtung.

Erzieherische Hilfen

Unter dem Oberbegriff „Erzieherische Hilfen“ wird in der Jugendhilfestatistik eine Vielzahl sehr heterogener Leistungen und Maßnahmen der Jugendhilfe erfaßt. Das Spektrum reicht von der Fremdunterbringung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien oder Heimen bis zur Vaterschaftsfeststellung, von der Adoption bis zur Erziehungsberatung, von der Jugendgerichtshilfe bis zum Sorgerechtsentzug usw. Es ist deshalb zweckmäßig, sich für eine vertiefende Darstellung und Analyse der erzieherischen Hilfen auf einige wenige Schwerpunkte zu konzentrieren. Nachfolgend wird daher lediglich auf solche ausgewählten Maßnahmen eingegangen, die in aller Regel mit der Abtrennung des jungen Menschen von seiner Familie verbunden sind, die also dessen Lebenssituation sowie das Erziehungsrecht und die Erziehungsverantwortung der Eltern bzw. eines alleinstehenden Elternteils besonders stark tangieren. Konkret sollen Stand und Entwicklung der Hilfe zur Erziehung, der Freiwilligen Erziehungshilfe, der Fürsorgeerziehung, der Hilfe für junge Volljährige sowie der Adoptionen dargestellt werden. Einen Überblick über die anderen Tatbestände, die im Rahmen der Statistik der erzieherischen Hilfen erhoben, in diesem Beitrag aber nicht näher angesprochen werden, gibt die Tabelle auf S. 70*¹⁾.

Außerhalb des Elternhauses

Traditionell bedeutsame Maßnahmen der öffentlichen Jugendfürsorge sind die Hilfe zur Erziehung, die Freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung. Unter dem Begriff „Hilfe zur Erziehung“ werden in der Jugendhilfestatistik folgende durch die Jugendämter veranlaßten Maßnahmen erfaßt, sofern gleichzeitig Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wird²⁾:

- Hilfen zur Pflege und Erziehung von Säuglingen, Kleinkindern und von Kindern im schulpflichtigen Alter außerhalb der Schule;
- Erziehungshilfen während der Berufsvorbereitung, Berufsausbildung und Berufstätigkeit einschließlich der Unterbringung außerhalb des Elternhauses;
- erzieherische Maßnahmen des Jugendschutzes und für gefährdete Minderjährige.

Freiwillige Erziehungshilfe wird von den Landesjugendämtern gewährt, wenn ein Personensorgeberechtigter, das heißt in der Regel die Eltern oder ein Elternteil, dies beim Jugendamt schriftlich beantragt. Voraussetzung der Hilfgewährung ist, daß zum einen der Minderjährige noch unter 17 Jahre alt und in seiner leiblichen, geistigen oder seelischen Entwicklung gefährdet oder geschädigt ist und daß zum anderen die Erziehungsberechtigten die Durchführung der Hilfe fördern³⁾.

Fürsorgeerziehung wird in der Regel vom Vormundschaftsgericht entweder von Amts wegen oder aber auf Antrag des Landesjugendamtes, des Jugendamtes bzw. eines Personensorgeberechtigten angeordnet. Diese sehr schwerwiegende Maßnahme darf nur dann ergriffen werden, wenn der junge Mensch noch nicht älter als 16 Jahre ist, zu verwahrlosen droht oder bereits verwahrlost ist und wenn keine ausreichende andere Erziehungsmaßnahme gewährt werden kann⁴⁾.

Am Jahresende 1989

Am Jahresende 1989 wurde insgesamt 87 631 Minderjährigen eine der drei genannten Hilfen gewährt. 47,5% dieser Kinder und Jugendlichen waren in Heimen, weitere 48,6% in anderen Familien untergebracht. Die anderen Unterbringungsformen, zum Beispiel in der eigenen Familie, waren somit nur von untergeordneter Bedeutung.

56,1% der von diesen Erziehungsmaßnahmen Betroffenen waren Jungen, 43,9% Mädchen. Während bei den Heimkindern der Anteil der männlichen Heimbewohner mit 61,4% deutlich überwog, sind beide Geschlechter bei der Unterbringung in Fremdfamilien fast gleich stark vertreten.

Gut die Hälfte (51,3%) der Minderjährigen war im schulpflichtigen Alter. Der Anteil der unter sechs Jahre alten Kinder betrug 19,4% und der der Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren lag bei 29,3%. Gravierende Unterschiede in der Altersstruktur zeigen sich im Hinblick auf die Unterbringung. Während die Verteilung der in anderen Familien lebenden Kinder und Jugendlichen auf die Altersklassen relativ gleichmäßig ist, werden in Heimen deutlich mehr ältere Kinder und Jugendliche als Kleinkinder erzieherisch betreut. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Freiwillige Erziehungshilfe und

²⁾ § 5 Abs. 1 Nr. 3, 7 und 8 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt (Jugendwohlfahrtsgesetz — JWG)

³⁾ §§ 62, 63 JWG.

⁴⁾ §§ 64 ff. JWG.

¹⁾ Detaillierte und ausführliche Ergebnisse werden demnächst in der Fachserie 13: Sozialleistungen, Reihe 6.1: Erzieherische Hilfen und Aufwand für die Jugendhilfe, veröffentlicht.

Tabelle 1: Empfänger von Hilfe zur Erziehung, Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung
Stand am Jahresende

Gegenstand der Nachweisung	Hilfe zur Erziehung ¹⁾	Freiwillige Erziehungshilfe	Fürsorgeerziehung	Insgesamt	Je 10 000 Minderjährige	Darunter nach Art der Unterbringung			
						Heime	eigene Familie	andere	sonstige Unterbringung
1988	75 766	11 121	717	87 604	78,0 ²⁾	41 486	933	42 528	2 399
1989	76 226	10 811	594	87 631	76,8 ²⁾	41 638	813	42 594	2 309
dar : im Berufsausbildungsverhältnis oder in sonstiger beruflicher Bildung	4 468	1 504	101	6 073	5,3 ²⁾	3 932	90	1 679	372
nach dem Geschlecht									
männlich	40 974	7 737	441	49 152	83,9 ²⁾	25 553	595	21 551	1 262
weiblich	35 252	3 074	153	38 479	69,3 ²⁾	16 085	218	21 043	1 047
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 6	16 994	20	—	17 014	43,4 ²⁾	3 401	1	13 341	270
6 — 9	10 909	248	5	11 162	59,1 ²⁾	3 705	10	7 279	156
9 — 12	12 999	1 196	9	14 204	77,9 ²⁾	7 001	59	6 943	175
12 — 15	16 249	3 206	113	19 568	108,7 ²⁾	11 230	188	7 734	335
15 — 18	19 075	6 141	467	25 683	130,1 ²⁾	16 301	555	7 297	1 373
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	69 973	9 883	465	80 321	80,2 ³⁾	37 349	729	39 940	2 064
Ausländer	6 253	928	129	7 310	59,8 ³⁾	4 289	84	2 654	245

¹⁾ Minderjährige, die mit wirtschaftlicher Hilfe des Jugendamtes dauerhaft außerhalb der eigenen Familie untergebracht sind. — ²⁾ Bevölkerungsstand: 31. 12. — ³⁾ Bevölkerungsstand: 31. 12. 1987.

insbesondere die Fürsorgeerziehung bei den unter neun Jahre alten Kindern praktisch ohne Bedeutung sind. Bezieht man die Zahl der Hilfeempfänger in den einzelnen Altersgruppen auf die Gleichaltrigen in der Bevölkerung, so ist als eindeutiger Trend zu erkennen, daß die Zahl der Hilfeempfänger je 10 000 Gleichaltriger mit zunehmendem Alter kontinuierlich ansteigt. Während diese Quote bei den unter sechs Jahre alten Kindern 43,4 beträgt, liegt sie bei den älteren Jugendlichen bei 130,1. Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Bedeutung der Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses mit steigendem Alter der Minderjährigen zunimmt.

91,7 % der Kinder und Jugendlichen, denen die genannten Hilfen zuteil wurden, besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Während 80,2 von 10 000 minderjährigen Deutschen Hilfe zur Erziehung, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung erhielten, waren es bei den Nichtdeutschen lediglich 59,8 von 10 000.

Die weitaus bedeutendste Hilfeart ist die Hilfe zur Erziehung, die 76 226 (87,0 %) Kindern und Jugendlichen gewährt wurde. Die Freiwillige Erziehungshilfe war mit 10 811 Hilfeempfängern (12,3 %) von wesentlich geringerer Bedeutung. Lediglich 594 Minderjährige befanden sich am Jahresende 1989 in Fürsorgeerziehung. Diese mit besonders schwerwiegenden Eingriffen verbundene Hilfeart besitzt also kaum noch eine praktische Relevanz.

Erzieherische Maßnahmen langfristig rückläufig

Die Zahl der Minderjährigen, die erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses erhalten, ist, unabhängig von der Hilfeart, seit Jahren rückläufig. So sank die Zahl der Hilfeempfänger in den achtziger Jahren um gut ein Drittel von 134 546 auf 87 631. Überdurchschnittlich stark war der Rückgang bei der Fürsorgeerziehung.

In den letzten Jahren gab es verstärkte Bemühungen der Jugendhilfeträger, die Fremdunterbringung durch präventiv wirkende ambulante und teilstationäre erzieherische

Maßnahmen zu ersetzen. Der absolute Rückgang der Hilfeempfängerzahlen kann jedoch nicht ohne weiteres als Indiz dafür gedeutet werden, daß diese Anstrengungen erfolgreich waren. Bei der Interpretation des rückläufigen Trends muß vielmehr auch die Bevölkerungsentwicklung

Tabelle 2: Personen unter 21 Jahren nach Altersgruppen

Stichtag 31. Dezember	Personen			
	unter 18 Jahren		von 18 bis unter 21 Jahren	
	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾
1980	14 215,6	23,1	3 066,5	5,0
1981	13 815,6	22,4	3 151,0	5,1
1982	13 317,6	21,6	3 207,5	5,2
1983	12 792,6	20,9	3 228,6	5,3
1984	12 246,9	20,1	3 208,8	5,2
1985	11 830,1	19,4	3 146,9	5,4
1986	11 527,2	18,9	3 076,4	5,0
1987	11 233,9	18,3	2 944,0	4,8
1988	11 233,2	18,2	2 769,3	4,5
1989	11 410,9	18,2	2 622,1	4,2

¹⁾ Anteil an der Wohnbevölkerung.

berücksichtigt werden. Da die Zahl der Minderjährigen seit Beginn der achtziger Jahre sowohl absolut als auch relativ zur Gesamtbevölkerung zurückgegangen ist, erklären die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur einen großen Teil der Abnahme der Zahl der Hilfeempfänger. Dies wird deutlich, wenn man den Anteil der Kinder und Jugendlichen in erzieherischen Hilfen an den Minderjährigen insgesamt untersucht. 1980 wurden 94,6 von 10 000 Minderjährigen eine der drei erzieherischen Maßnahmen zuteil. 1989 lag diese Quote bei 76,8. Sie ist somit um lediglich ein knappes Fünftel zurückgegangen, während die Zahl der Hilfeempfänger — wie bereits erwähnt — absolut um mehr als ein Drittel abnahm.

Analysiert man die drei Hilfen im einzelnen, so ergibt sich bei der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung eine durchgängige Tendenz zu absolut und relativ abnehmenden Empfängerzahlen. Bei der Hilfe zur Erziehung ist die Entwicklung hingegen uneinheitlich. Die Absolutwerte sind bis 1988 gesunken, 1989 jedoch entgegen

Tabelle 3: Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe

Jahr	Minderjährige ¹⁾ in			Hilfe für junge Volljährige	Zugänge in			
	Hilfe zur Erziehung ²⁾	Freiwilliger Erziehungshilfe	Fürsorgeerziehung		Hilfe zur Erziehung	Freiwilliger Erziehungshilfe	Fürsorgeerziehung	Hilfe für junge Volljährige
	Anzahl							
1980	115 554	15 798	3 194	5 793		5 310	884 ³⁾	
1981	96 063	15 052	2 648	6 402		5 234	832 ³⁾	
1982	90 993	14 447	2 148	7 322	28 624	4 940	648	5 678
1983	85 320	13 854	1 773	7 951	26 599	4 782	582	5 407
1984	82 157	13 394	1 497	8 825	27 522	4 712	534	7 089
1985	80 292	12 541	1 242	10 142	25 796	4 222	423	7 772
1986	76 976	11 678	1 042	10 883	25 888	4 060	375	7 578
1987	76 220	11 348	841	11 438	25 307	4 064	300	7 392
1988	75 766	11 121	717	11 680	26 988	4 151	287	7 307
1989	76 226	10 811	594	11 224	27 979	3 905	247	6 891
	je 10 000 ⁴⁾							
1980	81,3	11,1	2,2	18,9		3,7	0,6	
1981	69,5	10,9	1,9	20,3		3,8	0,6	
1982	68,3	10,8	1,6	22,8	21,5	3,7	0,5	17,7
1983	66,7	10,8	1,4	24,6	20,8	3,7	0,5	16,7
1984	67,1	10,9	1,2	27,5	22,5	3,8	0,4	22,1
1985	67,9	10,6	1,0	32,2	21,8	3,6	0,4	24,7
1986	66,8	10,1	0,9	35,4	22,5	3,5	0,3	24,6
1987	67,8	10,1	0,7	38,9	22,5	3,6	0,3	25,1
1988	67,4	9,9	0,6	42,2	24,0	3,7	0,3	26,4
1989	66,8	9,5	0,5	42,8	24,5	3,4	0,2	26,3

¹⁾ Am Jahresende. — ²⁾ Minderjährige, die mit wirtschaftlicher Hilfe des Jugendamtes dauerhaft außerhalb der eigenen Familie untergebracht sind. — ³⁾ Ohne die aus vorläufiger und endgültiger Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen. — ⁴⁾ Bezugsgröße sind die Minderjährigen mit folgender Ausnahme: Die Hilfe für junge Volljährige ist auf die 18- bis unter 21jährigen bezogen.

dem langjährigen Trend leicht angestiegen. Der Anteilswert schwankt in den achtziger Jahren im wesentlichen zwischen 67 und 70 Hilfeempfängern je 10 000 Kindern und Jugendlichen.

Über 32 000 Zugänge im Jahr 1989

Die Zahl der Zugänge in der Hilfe zur Erziehung, der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung lag

Tabelle 4: In Hilfe zur Erziehung, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung zugewandene Minderjährige nach Altersgruppen und sozialen Verhältnissen

Gegenstand der Nachweisung	Hilfe zur Erziehung ¹⁾			Freiwillige Erziehungshilfe			Fürsorgeerziehung		
	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Anzahl								
Hilfeempfänger 1988	26 988	14 246	12 742	4 151	2 798	1 353	287	213	74
Hilfeempfänger 1989	27 979	14 824	13 155	3 905	2 643	1 282	247	183	64
dar.: Ausländer	3 626	2 140	1 486	407	289	118	77	62	15
	Hilfeempfänger 1989 nach dem Alter								
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 1	1 693	886	807						
1 — 3	4 806	2 595	2 211	17	10	7	—	—	—
3 — 6	4 432	2 333	2 099						
6 — 9	3 858	2 143	1 715	175	145	30	1	—	1
9 — 12	3 575	2 057	1 518	514	418	96	4	3	1
12 — 15	4 177	2 211	1 966	1 313	912	401	73	53	20
15 — 18	5 438	2 599	2 839	1 886	1 158	728	169	127	42
	nach sozialen Verhältnissen								
Eheliche Kinder	19 493	10 386	9 107	3 274	2 244	1 030	216	158	58
aus vollständigen Familien	7 207	3 832	3 375	1 407	974	433	130	103	27
aus geschiedenen Ehen	7 066	3 722	3 344	1 403	958	445	61	40	21
von dauernd getrennt lebenden Eltern	3 351	1 831	1 520	198	149	49	10	8	2
Voll- und Halbwaisen	1 869	1 001	868	266	163	103	15	7	8
Nichteheliche Kinder	8 486	4 438	4 048	631	399	232	31	25	6
	Prozent								
Hilfeempfänger 1989	100	100	100	100	100	100	100	100	100
dar.: Ausländer	13,0	14,4	11,3	10,4	10,9	9,4	31,2	33,9	23,4
	Hilfeempfänger 1989 nach dem Alter								
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 1	6,1	6,0	6,1						
1 — 3	17,2	17,5	16,8	0,4	0,4	0,6	—	—	—
3 — 6	15,8	15,7	16,0						
6 — 9	13,8	14,5	13,0	4,5	5,5	2,4	0,4	—	1,6
9 — 12	12,8	13,9	11,5	13,2	15,8	7,6	1,6	1,6	1,6
12 — 15	14,9	14,9	14,9	33,6	34,5	31,8	29,6	29,0	31,3
15 — 18	19,4	17,5	21,6	48,3	43,8	57,7	68,4	69,4	65,6
	nach sozialen Verhältnissen								
Eheliche Kinder	69,7	70,1	69,2	83,8	84,9	81,6	87,4	86,3	90,6
aus vollständigen Familien	25,8	25,8	25,7	36,0	36,9	34,3	52,6	56,3	42,2
aus geschiedenen Ehen	25,3	25,1	25,4	35,9	36,2	35,3	24,7	21,9	32,8
von dauernd getrennt lebenden Eltern	12,0	12,4	11,6	5,1	5,6	3,9	4,0	4,4	3,1
Voll- und Halbwaisen	6,7	6,8	6,6	6,8	6,2	8,2	6,1	3,8	12,5
Nichteheliche Kinder	30,3	29,9	30,8	16,2	15,1	18,4	12,6	13,7	9,4

¹⁾ Minderjährige, die mit wirtschaftlicher Hilfe des Jugendamtes dauerhaft außerhalb der eigenen Familie untergebracht sind.

1989 bei insgesamt 32 131. Davon entfielen 87,1 % auf die Hilfe zur Erziehung, 12,2 % auf die Freiwillige Erziehungshilfe und lediglich 0,7 % auf die Fürsorgeerziehung. Die Struktur der Zugänge in den einzelnen Hilfearten entspricht somit exakt der des Bestandes am Jahresende. 54,9 % der Zugänge waren männlichen Geschlechts. Der Anteil der deutschen Kinder und Jugendlichen, für die erzieherische Maßnahmen außerhalb des Elternhauses eingeleitet wurden, betrug 87,2 %. Dies bedeutet, daß der Ausländeranteil bei den Zugängen um 4,5 Prozentpunkte höher ist als beim Jahresendbestand.

Im Hinblick auf das Alter der Betroffenen ist der relativ hohe Prozentsatz der Kleinkinder auffallend. Immerhin 34,1 % der neuen Hilfebezieher waren jünger als sechs Jahre, 42,6 % befanden sich im schulpflichtigen Alter und 23,3 % waren zwischen 15 und unter 18 Jahre alt.

Eine Analyse der Familienverhältnisse, in denen die jungen Menschen aufwuchsen, die erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses neu in Anspruch nahmen, läßt deutlich werden, daß Erziehungsschwierigkeiten insbesondere in nichtvollständigen Familien auftreten. Lediglich 27,2 % der betroffenen Minderjährigen lebten nämlich in vollständigen Familien, bevor durch die öffentliche Jugendhilfe Maßnahmen der Fremdunterbringung ergriffen wurden. 37,6 % sind Kinder von Eltern, die geschieden sind oder dauernd getrennt leben, weitere 28,5 % sind nichtehelich und 6,7 % schließlich Halb- oder Vollwaise.

Untersucht man die drei Hilfearten separat, treten markante Strukturunterschiede zutage. Während sich die Zugänge bei der Hilfe zur Erziehung relativ gleichmäßig auf die Altersgruppen und Geschlechter verteilen, konzentrieren sie sich bei der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung auf die älteren Jungen. Auffallend ist auch, daß in den beiden letztgenannten Hilfearten überdurchschnittlich viele der neuen Hilfeempfänger aus vollständigen Familien stammen, nämlich 36,0 bzw. 52,6 %.

Langfristige Entwicklung der Zugänge

Die Anstrengungen der Träger der Jugendhilfe, erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses abzubauen und durch vorbeugende ambulante Maßnahmen zu ersetzen, sollten sich primär in der Entwicklung der Zugänge widerspiegeln. Bei einem Erfolg dieser Bemühungen müßte die Zahl der Zugänge nämlich stärker und früher zurückgehen als die Bestandszahlen.

Die Längsschnittanalyse kann bedauerlicherweise nur für den Zeitraum 1982 bis 1989 durchgeführt werden, da für die weiter zurückliegenden Jahre die zugegangenen Minderjährigen in der Hilfe zur Erziehung nicht gesondert nachgewiesen wurden. Im Betrachtungszeitraum sind die Zugänge von 34 212 auf 32 131 gesunken. Dies entspricht einem Rückgang von 6,1 %. Im gleichen Zeitabschnitt betrug der Rückgang bei den Bestandszahlen allerdings 18,5 %, mit anderen Worten: Die vermutete stärkere Abnahme bei den Zugängen läßt sich nicht nachweisen. Berücksichtigt man wie bei der Analyse der Bestandsdaten die Bevölkerungsentwicklung, wird offenbar, daß die Neuinanspruchnahme von erzieherischen Hilfen außerhalb des Elternhauses relativ sogar zugenommen hat.

Während 1982 eine der drei Hilfearten 25,7 von 10 000 Minderjährigen neu gewährt wurde, waren es 1989 immerhin 28,1.

Diese Steigerung ist wesentlich auf die atypische Entwicklung bei der Hilfe zur Erziehung zurückzuführen. Nach einem tendenziellen Absinken bis 1987 ergaben sich in den letzten beiden Jahren kräftige Zuwachsraten, so daß die Zugänge 1989 die Ergebnisse von 1987 um 10,6 % übertrafen. Diese Tendenz schlägt sich auch in der Quote der Inanspruchnahme nieder, deren Wert von 21,5 je 10 000 Kindern und Jugendlichen 1982 auf 24,5 im Jahr 1989 angewachsen ist.

Für die Freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung ist hingegen eine ungebrochen rückläufige Entwicklung sowohl bei der Zahl der Zugänge als auch bei den Anteilswerten festzustellen.

Zahl der abgeschlossenen erzieherischen Maßnahmen außerhalb des Elternhauses steigt

Im Jahr 1989 endete eine erzieherische Hilfe außerhalb des Elternhauses bei insgesamt 32 104 Kindern und Jugendlichen. 85,7 % davon hatten Hilfe zur Erziehung, 13,1 % Freiwillige Erziehungshilfe und 1,2 % Fürsorgeerziehung erhalten. Die Ursache für den Abschluß der Hilfeleistung lag in 27,5 % aller Fälle darin, daß die jungen Menschen volljährig wurden. Dieser Beendigungsgrund hat in dem Zeitraum von 1982 bis 1989, für den Angaben vorliegen,

Tabelle 5: Aus Hilfe zur Erziehung, Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung abgegangene Minderjährige nach dem Grund des Abgangs

Grund des Abgangs	1987	1988	1989	1987	1988	1989
	Anzahl			%		
Hilfe zur Erziehung¹⁾						
Insgesamt	25 913	26 586	27 519	100	100	100
Volljährigkeit	6 873	6 893	6 708	26,5	25,9	24,4
Rückkehr in die eigene Familie	11 570	12 289	13 024	44,6	46,2	47,3
Übernahme in Adoptionspflege	1 034	1 006	952	4,0	3,8	3,5
Gewährung von Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung	632	656	680	2,4	2,5	2,5
Sonstige Gründe	5 804	5 742	6 155	22,4	21,6	22,4
dar.: Gewährung von Hilfen nach dem BSHG	624	527	479	2,4	2,0	1,7
Freiwillige Erziehungshilfe						
Insgesamt	4 348	4 379	4 215	100	100	100
Volljährigkeit	2 048	2 022	1 904	47,1	46,2	45,2
Erreichung des Erziehungszwecks	545	486	514	12,5	11,1	12,2
Anderweitige Sicherstellung des Erziehungszwecks	289	324	290	6,6	7,4	6,9
Aufhebung auf Antrag des Personensorgeberechtigten	192	1 255	1 229	27,4	28,7	29,2
Sonstige Gründe	274	292	278	6,3	6,7	6,6
dar.: Gewährung von Hilfen nach dem BSHG	28	31	17	0,6	0,7	0,4
Fürsorgeerziehung						
Insgesamt	497	416	370	100	100	100
Volljährigkeit	297	235	203	59,8	56,5	54,9
Erreichung des Erziehungszwecks	62	51	41	12,5	12,3	11,1
Anderweitige Sicherstellung des Erziehungszwecks	60	66	60	12,1	15,9	16,2
Sonstige Gründe	78	64	66	15,7	15,4	17,8
dar.: Gewährung von Hilfen nach dem BSHG	6	1	3	1,2	0,2	0,8

¹⁾ Minderjährige, die mit wirtschaftlicher Hilfe des Jugendamtes dauerhaft außerhalb der eigenen Familie untergebracht sind.

zunächst insgesamt und auch in bezug auf die einzelnen Hilfearten stetig an Bedeutung gewonnen. Seit 1988 ist jedoch nun ein Rückgang des Anteilswertes um 2,5 Prozentpunkte zu verzeichnen. Im gleichen Zeitabschnitt ist die Zahl der Abgänge insgesamt von 30 758 um 4,4% auf 32 104 gestiegen. Diese Entwicklung läßt sich nur so deuten, daß in den letzten beiden Jahren die mit Fremdunterbringung verbundenen erzieherischen Hilfen verstärkt bereits vor dem Erreichen der Volljährigkeit abgeschlossen wurden.

Die Ursachen für die Beendigung der Erziehungsmaßnahmen bei insgesamt 23 289 Minderjährigen im Jahr 1989 weisen für die einzelnen Hilfearten sowohl inhaltlich als auch in ihrer Gewichtung Unterschiede auf. Von den 20 811 Kindern und Jugendlichen, bei denen die Hilfe zur Erziehung eingestellt wurde, kehrten 62,6%, also die weit überwiegende Zahl, in ihre Familien zurück. Bei 22,2% der 2 311 minderjährigen Abgänger aus Freiwilliger Erziehungshilfe konnte diese Maßnahme wegen Erreichung und bei 12,5% wegen anderweitiger Sicherstellung des Erziehungszieles

Tabelle 6: Durchschnittliche Dauer der Hilfe und der Heimunterbringung bei Abgängen aus Hilfe zur Erziehung, Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung
in Monaten

Jahr	Durchschnittliche Dauer					
	der Hilfe			der Heimunterbringung		
	Hilfe zur Erziehung ¹⁾	Freiwillige Erziehungshilfe	Fürsorgeerziehung	Hilfe zur Erziehung ¹⁾	Freiwillige Erziehungshilfe	Fürsorgeerziehung
1982	38,4	36,1	39,9	37,9	32,9	33,7
1983	37,8	35,6	39,3	36,3	33,0	33,6
1984	37,4	35,5	38,6	36,7	33,1	31,3
1985	36,6	36,5	38,4	36,0	34,4	32,8
1986	36,1	36,3	37,1	34,6	34,4	32,1
1987	35,8	36,8	35,5	33,7	35,5	30,2
1988	33,9	35,8	32,7	31,8	34,2	27,0
1989	32,1	33,8	30,9	32,0	32,3	27,2

¹⁾ Minderjährige, die mit wirtschaftlicher Hilfe des Jugendamtes dauerhaft außerhalb der eigenen Familie untergebracht sind.

abgeschlossen werden. In weiteren 53,2% der Fälle wurde diese erzieherische Maßnahme auf Antrag eines Personensorgeberechtigten aufgehoben.

Eine interessante Entwicklung zeichnet sich bei der Dauer der Hilfestellung ab. In dem Zeitraum 1982 bis 1989, für den auf entsprechende Daten zurückgegriffen werden kann, ist die durchschnittliche Verweildauer der Abgänger unabhängig von der Hilfeart stark zurückgegangen. Bei der Hilfe zur Erziehung sank sie kontinuierlich um gut sechs Monate von 38,4 auf 32,1 Monate, bei der Freiwilligen Erziehungshilfe ging die durchschnittliche Dauer der Hilfestellung von 36,1 auf 33,8 Monate zurück, und bei der Fürsorgeerziehung lag sie 1989 mit 30,9 Monaten um neun Monate niedriger als 1982. Ähnliche Trends lassen sich auch feststellen, wenn nur die Heimkinder in die Analyse einbezogen werden.

Die abnehmende durchschnittliche Dauer der Hilfestellung läßt sich nicht — wie man zunächst vermuten könnte — dadurch erklären, daß der Anteil älterer Jugendlicher an den Hilfeempfängern, die wegen des automatischen Ausscheidens bei Volljährigkeit eine unterdurchschnittliche Verweildauer aufweisen, in den letzten Jahren stärkere Bedeutung erlangt habe. Zum einen ist, und darauf wurde bereits hingewiesen, der Anteil der Jugend-

lichen, die wegen Volljährigkeit aus der Hilfestellung ausscheiden, in den letzten beiden Jahren zurückgegangen. Zum anderen ist der Anteil der 15- bis unter 18jährigen am Jahresendbestand sowie an den Zugängen seit Mitte der achtziger Jahre ebenfalls rückläufig, was ceteris paribus einen Anstieg der durchschnittlichen Dauer der Hilfestellung bewirken müßte. Zur Erklärung der sinkenden durchschnittlichen Dauer der erzieherischen Maßnahmen außerhalb des Elternhauses müssen also andere Faktoren herangezogen werden. Dies muß weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Inanspruchnahme der Hilfe für junge Volljährige erstmals zurückgegangen

Die Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses enden automatisch mit der Volljährigkeit des jungen Menschen. Im Jugendwohlfahrtsgesetz ist jedoch vorgesehen, daß diese Hilfen auf Antrag dann über den Zeitpunkt des Eintritts der Volljährigkeit hinaus fortgesetzt werden können, wenn eine Maßnahme zur schulischen oder beruflichen Bildung einschließlich der Berufsvorbereitung einge-

Tabelle 7: Hilfe für junge Volljährige

Gegenstand der Nachweisung	Junge Volljährige			Davon mit Hilfe im Anschluß an ...	
	Männer	Frauen	insgesamt	Hilfe zur Erziehung ¹⁾	Freiwillige Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung ²⁾
Stand am Jahresende					
1988	6 757	4 923	11 680	9 341	2 339
1989	6 425	4 799	11 224	9 028	2 196
dar.: in Heimen	4 278	2 597	6 875	5 142	1 733
Zugänge während des Jahres					
1988	4 146	3 161	7 307	5 647	1 660
1989	3 797	3 094	6 891	5 356	1 535
Abgänge während des Jahres					
1988	4 062	2 944	7 006	5 206	1 800
1989	4 129	3 218	7 347	5 669	1 678
wegen Abschlusses der Maßnahme ..	2 397	1 881	4 278	3 468	810
wegen Abbruchs der Maßnahme ..	1 197	834	2 031	1 245	786
aus sonstigen Gründen	535	503	1 038	956	82

¹⁾ Gemäß § 6 Abs. 3 JWG. — ²⁾ Gemäß § 75a JWG.

leitet worden ist⁵⁾. Die Hilfe für junge Volljährige soll es dann ermöglichen, eine bereits begonnene schulische oder berufliche Bildungsmaßnahme erfolgreich abzuschließen.

Ende 1989 nahmen 11 224 junge Menschen diese Gelegenheit wahr, 3,9% weniger als im Vorjahr. Rund 60% davon waren junge Männer, ihr Anteil lag also etwas höher als bei den Hilfen für Minderjährige. 61,3% der Hilfeempfänger lebten in Heimen. Dieser Prozentsatz liegt erheblich höher als der der Heimkinder in Hilfe zur Erziehung, Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung, der lediglich 47,5% betrug. Hilfe für junge Volljährige wird in gut 80% der Fälle im Anschluß an Hilfe zur Erziehung gewährt. Knapp 20% der Hilfeempfänger erhielten vor Beginn dieser Maß-

⁵⁾ §§ 6 Abs. 3, 75a JWG.

nahme Freiwillige Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung.

Im Laufe des Jahres 1989 haben insgesamt 6891 junge Menschen Hilfe für junge Volljährige neu beansprucht. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Rückgang um 5,7%, der insbesondere auf die sinkende Inanspruchnahme durch junge Männer zurückzuführen ist. 5356 junge Menschen sind nach Beendigung von Hilfe zur Erziehung im Jahr 1989 schulisch oder beruflich weitergefordert worden. Dies sind fast 80% aller wegen Volljährigkeit aus der Hilfe zur Erziehung abgegangenen Jugendlichen. Die entsprechende Quote liegt bei den minderjährigen Abgängern aus Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung bei knapp 73%.

Die Zahl derjenigen, die 1989 aus der Hilfe für junge Volljährige ausschieden, betrug 7347. Hiervon konnten 58,2% ihre schul- oder berufsbildende Maßnahme abschließen, 27,6% hingegen brachen sie ab.

Seitdem die Hilfe für junge Volljährige 1975 in das Jugendwohlfahrtsgesetz aufgenommen wurde, hat sie deutlich an Bedeutung gewonnen. Im Gegensatz zur Entwicklung bei den Hilfen für Minderjährige und entgegen der Bevölkerungsentwicklung hat die Zahl der Hilfeempfänger bis 1988 stetig zugenommen. 1989 ist nun erstmalig ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Nichtsdestotrotz war die Zahl der geförderten jungen Erwachsenen 1989 fast doppelt so hoch wie 1980.

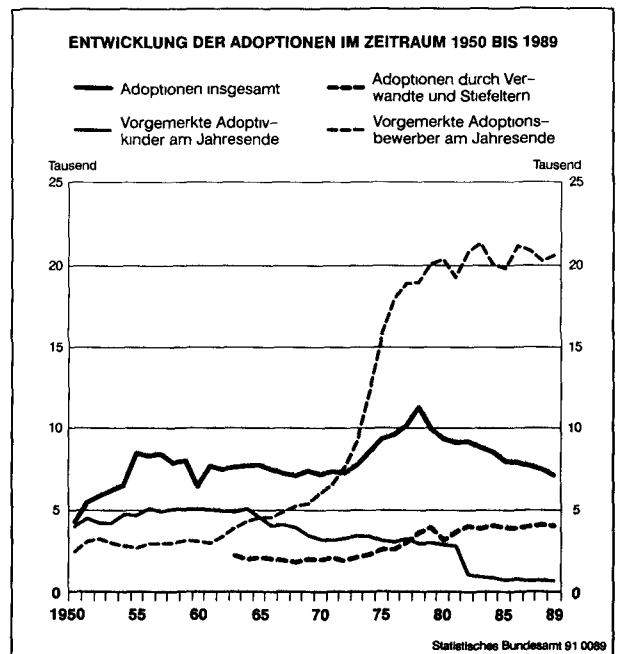
Aus der Entwicklung der Zugangszahlen lassen sich Schlüsse auf zukünftige Trends bei den Bestandszahlen ziehen. Es ist festzustellen, daß die Neuinanspruchnahme der Hilfe für junge Volljährige seit 1985 rückläufig ist und seither um 11,3% abgenommen hat. Da die Abgänge im gleichen Zeitraum kontinuierlich gestiegen sind und 1989 sogar erstmals die Zugänge übertrafen, ist in den nächsten Jahren mit einer weiteren Abnahme der Zahl der Hilfeempfänger zu rechnen. Insofern ist bezüglich der absoluten Empfängerzahlen 1989 möglicherweise eine Trendwende eingetreten.

Berücksichtigt man bei der Langfristanalyse auch die Bevölkerungsentwicklung, bietet sich ein differenziertes Bild. Die Zahl der 18- bis unter 21jährigen ist seit 1984 absolut und seit 1985 auch relativ zur Gesamtbevölkerung rückläufig. Dieser Trend hat jedoch noch nicht auf die Hilfebezieher durchgeschlagen. Vielmehr ist ihr Anteil je 10000 junger Volljähriger von 10,0 im Jahr 1975 stetig auf 42,8 in 1989 angestiegen. Bei den Zugängen stagniert allerdings seit mehreren Jahren die Quote der Inanspruchnahme. Auch dies läßt darauf schließen, daß die Bedeutung der Hilfe für junge Volljährige in Zukunft eher zurückgehen wird.

Zahl der Adoptionen weiter rückläufig

Die Adoption eines Minderjährigen ist ebenfalls mit erheblichen Eingriffen in dessen Lebenssituation und in vielen Fällen mit der Trennung von der leiblichen Mutter bzw. der eigenen Familie verbunden. Für die Vermittlung der zur Adoption freigegebenen Kinder und Jugendlichen und das vorbereitende Verfahren sind die Adoptionsvermittlungsstellen der Jugendämter, der Landesjugendämter

Schaubild 1



sowie der freien Träger der Jugendhilfe (z. B. Diakonisches Werk, Terre des hommes) zuständig.

1989 wurden insgesamt 7114 Minderjährige adoptiert, 4,9% weniger als im Vorjahr. Die seit 1978 rückläufige Tendenz setzte sich also im Berichtsjahr unverändert fort. Nachdem im Anschluß an die Einführung des neuen Adoptionsrechts zum 1. Januar 1977 zunächst ein sprunghafter Anstieg der Adoptionen zu verzeichnen war, die 1978 mit 11224 einen Höchststand erreichten, ist seitdem deren Zahl um 36,6% zurückgegangen. Diese Entwicklung ist mit einer starken Abnahme der sogenannten Fremdadoptionen verbunden, bei denen keine Verwandtschaftsbeziehungen bis zum dritten Grade zwischen dem Adoptivkind und den Annehmenden bestehen. Ihr Anteil an den Adoptionen betrug 1978 noch 68,3%, 1989 waren es hingegen

Tabelle 8: Adoptierte Minderjährige¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Adoptierte Minderjährige	
	Anzahl	%
1985	7 974	x
1986	7 875	x
1987	7 694	x
1988	7 481	x
1989	7 114	100
dar adoptiert von:		
Verwandten	344	4,8
Stiefeltern	3 630	51,0
Ausländern	260	3,7
nach dem Alter		
von ... bis unter ... Jahren		
unter 1	630	8,9
1 - 3	1 730	24,3
3 - 6	1 527	21,5
6 - 12	2 149	30,2
12 und mehr	1 078	15,2
nach der Staatsangehörigkeit/sozialen Verhältnissen		
Deutsche	5 953	83,7
Eheliche Kinder	2 986	42,0
aus vollständigen Familien	300	4,2
aus geschiedenen Ehen	2 281	32,1
von dauernd getrennt lebenden Eltern	164	2,3
Voll- und Halbweisen	241	3,4
Nichteeliche Kinder	2 967	41,7
Ausländer	1 161	16,3

¹⁾ Familienverhältnis zum Zeitpunkt des Beginns der Adoptionspflege.

lediglich noch 44,1%. Der Kinderwunsch unfreiwillig kinderloser Ehepaare, der in den meisten Fällen der Anlaß für Fremdadoptionen ist, ließ sich in den letzten Jahren immer seltener erfüllen.

Wie schwierig es derzeit ist, ein Kind zu adoptieren, wird auch anhand der Zahlen der am Jahresende von den Vermittlungsstellen registrierten Adoptionsbewerber und der zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen deutlich. Am Jahresende 1989 standen 595 vorgemerkten Adoptivkindern 20507 Bewerber gegenüber, das heißt rechnerisch kamen auf ein Kind 34 Bewerber. Dieses Verhältnis betrug 1970 noch 1 zu 2, 1980 immerhin noch 1 zu 7.

Da viele potentielle Adoptiveltern den Wunsch äußern, ein möglichst junges Kind anzunehmen, ist die Entwicklung der Adoptionen in der Altersgruppe der unter drei Jahre alten Kinder von besonderem Interesse. 1989 war knapp ein Drittel aller Adoptierten jünger als drei Jahre. Diese Altersklasse ist also weiterhin relativ am stärksten vertreten. Allerdings ist ihr Anteil an den Adoptionen insgesamt in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Seit 1985 ist eine Abnahme um 5,5 Prozentpunkte zu verzeichnen, obwohl die Zahl der Geburten insgesamt im gleichen Zeitabschnitt um 16,3%, die der nichtehelichen Geburten sogar um 26,5% zugenommen hat. Augenscheinlich sind in den letzten Jahren immer mehr Mütter bereit gewesen, Kinder alleine oder gemeinsam mit einem nichtehelichen Lebenspartner aufzuziehen; entsprechend weniger Kleinkinder werden zur Adoption freigegeben.

Ausgaben und Einnahmen der Jugendhilfe

Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe, das heißt Jugendwohlfahrtsbehörden, wie Jugendämter und Landesju-

gendämter sowie kreisangehörige Gemeinden ohne eigenes Jugendamt, gaben 1989 fast 9,9 Mrd. DM für Maßnahmen und Leistungen der Jugendhilfe aus. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 6,5%. Auf die Jugendwohlfahrtsbehörden entfielen mit 8,1 Mrd. DM fast 82% aller erfaßten Ausgaben. Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe verausgabten rund 62% ihrer Mittel für eigene Maßnahmen in und außerhalb von Einrichtungen; knapp 38% flossen als Zuschüsse an freie Träger.

Den größten Aufwand unter den verschiedenen Aufgabebereichen der Jugendhilfe erforderten die Kindertagesstätten (Kinderkrippen, -gärten, -horte), für die mit 4,9 Mrd. DM jede zweite Mark ausgegeben wurde. Kostintensiv gestalteten sich auch die Maßnahmen der Hilfe zur Erziehung, der Freiwilligen Erziehungshilfe, der Fürsorgeerziehung und der Hilfe für junge Volljährige, für die 31% der Ausgaben getätigt wurden. Für Maßnahmen der Jugendarbeit wurden 9% der Finanzmittel verwendet, während die restlichen Aufgaben rund 10% der Ausgaben verursachten.

Für die erzieherischen Hilfen außerhalb des Elternhauses wurden 1989 insgesamt 3055,4 Mill. DM aufgebracht. Davon entfielen gut drei Viertel auf die Familien- und Heimpflege⁶⁾ sowie rund ein Viertel auf Freiwillige Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung und Hilfe für junge Volljährige gemäß § 75a JWG. In den achtziger Jahren sind die Ausgaben für diese Hilfen insgesamt um 21,5% angestiegen. Hierbei müssen jedoch zwei Faktoren besonders berücksichtigt werden: die Entwicklung bei der Zahl der Hilfe-

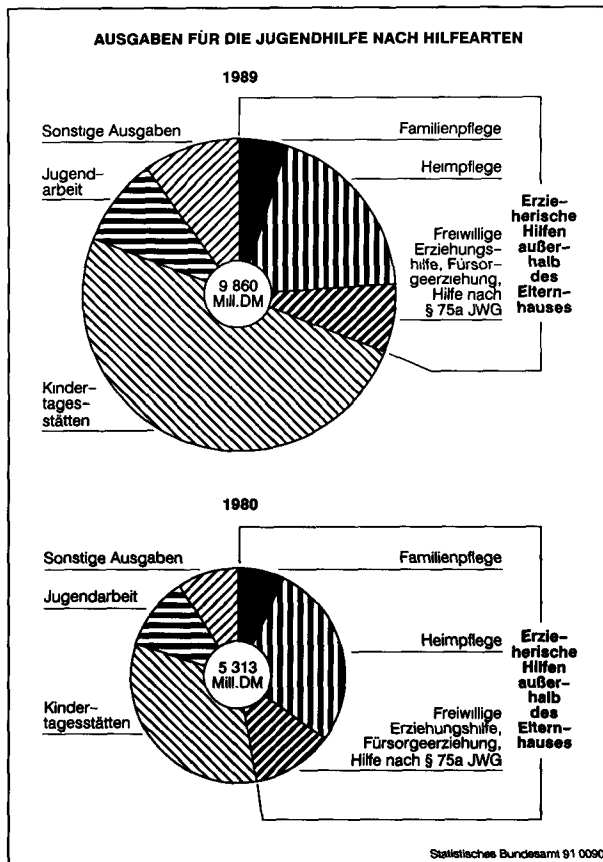
⁶⁾ Diese Ausgabenpositionen umfassen sowohl den Aufwand für die Hilfe zur Erziehung als auch für die Hilfe für junge Volljährige gemäß § 6 Abs. 3 JWG

Tabelle 9: Aufwand für die Jugendhilfe nach Hilfearten¹⁾
Mill. DM

Jahr Ausgaben/Einnahmen Hilfeart	Insgesamt	Davon		Aufwand für Maßnahmen der öffentlichen Träger			Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe
		Jugendwohlfahrtsbehörden	kreisangehörige Gemeinden ohne eigenes Jugendamt	zusammen	außerhalb von Einrichtungen	in	
Ausgaben 1988	9 258,1	7 606,9	1 651,2	5 748,7	787,4	4 961,3	3 508,7
1989	9 859,6	8 066,5	1 793,0	6 119,9	845,2	5 274,7	3 738,8
darunter (1989):							
Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt	127,1	127,1	x	82,3	76,9	5,4	44,8
Hilfe durch Familienpflege	489,7	489,7	x	481,9	481,9	x	7,8
Hilfe durch Heimpflege	1 861,3	1 861,3	x	1 689,7	x	1 689,7	171,6
Kindertagesstätten	4 917,6	3 298,7	1 619,0	2 372,6	x	2 372,6	2 545,1 ²⁾
Jugendberufshilfen	122,5	122,5	x	45,1	18,4	26,6	77,5
Beratung in Fragen der Ehe, Familie und Jugend	303,1	298,4	4,6	119,5	39,0	80,5	183,6
Jugendschutz	27,3	26,6	0,7	8,6	5,6	3,0	18,7
Erholungspflege	158,0	145,0	12,9	77,0	37,1	40,0	80,9
Freizeithilfen	545,3	435,2	110,1	340,4	54,4	286,0	205,0
Außerschulische Bildung einschließlich internationale Jugendbegegnung	190,3	180,6	9,7	45,7	24,8	20,9	144,6
Freiwillige Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung, Hilfe nach § 75a JWG	704,3	704,3	x	704,3	25,7	678,7	x
Führungs- und Leitungsaufgaben, Zentrale Förderung	125,5	125,5	x	x	x	x	125,5
Einnahmen ³⁾ 1988	829,3	581,8	247,6	822,5	136,5	686,0	6,9
1989	836,9	580,3	256,6	830,3	150,8	679,5	6,6
davon (1989):							
Kostenbeiträge und übergeleitete Ansprüche	337,0	337,0	x	337,0	98,7	238,3	x
Sonstige Einnahmen	499,9	243,3	256,6	493,3	52,1	441,2	6,6
Reine Ausgaben 1988	8 428,7	7 025,1	1 403,6	4 926,2	650,8	4 275,4	3 501,8
1989	9 022,7	7 486,3	1 536,4	5 289,7	694,4	4 595,3	3 732,2

¹⁾ Ohne allgemeine Verwaltungskosten der Jugendbehörden sowie ohne Aufwendungen für Investitionen. — ²⁾ Einschl. Personalkostenzuschüsse für Fachkräfte in Kindertagesstätten der Länder Baden-Württemberg (157 Mill. DM) und Bayern (423 Mill. DM). — ³⁾ Ohne Zuweisungen des Bundes

Schaubild 2



men beliefen sich 1989 insgesamt auf 836,9 Mill. DM, 0,9% mehr als im Vorjahr. Ihr Anstieg lag also erheblich unter dem der Ausgaben. 8,5% der Jugendhilfeausgaben konnten 1989 durch eigene Einnahmen gedeckt werden. Der Saldo aus Ausgaben und Einnahmen, die sogenannten reinen Ausgaben, belief sich im Berichtsjahr auf etwas mehr als 9 Mrd. DM.

Dipl.-Ökonom Martin Beck

empfänger und die Preissteigerungsrate. Der Preisanstieg des Bruttosozialprodukts betrug in den achtziger Jahren 27,8%. Daraus ergibt sich, daß 1989 für die genannten Jugendhilfeleistungen insgesamt real weniger ausgegeben wurde als zehn Jahre zuvor. Insofern erscheint die nominale Ausgabensteigerung in diesen Bereichen der Jugendhilfe nicht außergewöhnlich zu sein. Die Beurteilung fällt jedoch anders aus, wenn man die Pro-Kopf-Ausgaben betrachtet. Wie bereits erwähnt, ist die Zahl der Hilfeempfänger insgesamt rückläufig. Dies schlägt sich bei einem nominalen Anstieg der Gesamtausgaben deutlich in der Entwicklung der Pro-Kopf-Ausgaben nieder. Diese sind seit 1980 um 70,6% angestiegen. Auch unter Berücksichtigung inflationärer Effekte ist also eine gravierende Zunahme der Pro-Kopf-Ausgaben festzustellen.

Den Ausgaben der Jugendhilfe stehen auch Einnahmen gegenüber. Als Beispiel seien die Gebühren für den Besuch von Kindergärten oder Eintrittsgelder bei Veranstaltungen der öffentlichen Jugendhilfe genannt. Die Einnah-

Tabelle 10: Ausgaben für Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses

Jahr	Ausgaben in	
	Mill. DM	DM je Hilfeempfänger
1980	2 514,1	18 082
1981	2 680,9	19 630
1982	2 727,8	23 314
1983	2 714,7	23 864
1984	2 716,0	25 250
1985	2 750,8	26 147
1986	2 809,8	27 247
1987	2 895,5	28 856
1988	2 980,8	29 802
1989	3 055,4	30 840

Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1990

Die Statistik über den Personalstand im öffentlichen Dienst, die durch das Gesetz über die Finanzstatistik angeordnet ist, wird jährlich zum Stichtag 30. Juni durchgeführt. Außer der Zahl der Mitarbeiter werden auch Angaben über Art, Umfang und Dauer des Dienstverhältnisses, Aufgabenbereich, Geschlecht, Laufbahngruppe, Einstufung und Alter ermittelt. Die Erhebung erstreckt sich auf die Beschäftigten, die am Erhebungsstichtag in einem unmittelbaren entgeltspflichtigen Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis zu den auskunftspflichtigen Behörden, Gerichten und Einrichtungen standen und Gehalt, Vergütung oder Lohn aus den Haushaltsmitteln dieser Dienststellen bezogen.

Im folgenden werden die vorläufigen Ergebnisse des zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Teils der Erhebung über das Personal bei Bundesbehörden und -gerichten, den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen des Bundes, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost (unmittelbarer Bundesdienst) sowie der Bundesanstalt für Arbeit, den Sozialversicherungsträgern unter Aufsicht des Bundes und der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (mittelbarer Bundesdienst) dargestellt. Die Soldaten der Bundeswehr (Berufs-, Zeitsoldaten und Wehrpflichtige) sind wie bisher nicht in die Erhebung einbezogen worden.

Die Ergebnisse für die übrigen Teile der Erhebung werden zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht.

Leichter Personalanstieg

Im Gesamtbereich des erfaßten Bundesdienstes waren am 30. Juni 1990 1,28 Mill. Mitarbeiter beschäftigt; das waren 2600 oder 0,2% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der

Vollzeitbeschäftigten (1,14 Mill.) ist weiter zurückgegangen (— 3600 oder 0,3%); jedoch hat sich die rückläufige Tendenz im Vergleich zu den Vorjahren erheblich abgeschwächt. Eine verkürzte Wochenarbeitszeit hatten 143000 Mitarbeiter vereinbart. Ihre Zahl ist weiter gestiegen. Im Vergleich zur letztjährigen Erhebung wurden 6100 oder 4,4% mehr Teilzeitkräfte erfaßt. Die seit 1983 im gesamten Bundesdienst zu beobachtende Personalabnahme hat sich damit nicht weiter fortgesetzt.

Weniger Personal im unmittelbaren Bundesdienst

Im Teilbereich des unmittelbaren Bundesdienstes ist der Personalbestand weiter zurückgegangen. Am 30. Juni 1990 waren 1,12 Mill. Mitarbeiter beschäftigt; gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Abnahme um 1900 oder 0,2%. Sie war merklich geringer als in den vorangegangenen Zeiträumen. Die Zahl der Vollzeitkräfte nahm um 6500 ab, die der Teilzeitbeschäftigten um 4500 zu. Im unmittelbaren Bundesdienst sind jetzt weniger als 1 Mill. Vollzeitbeschäftigte eingesetzt, das entspricht etwa dem Personalstand Ende der fünfziger Jahre. Hauptursache für diese Entwicklung ist nach wie vor die starke Personalreduzierung bei der Deutschen Bundesbahn.

Die Bundesbehörden setzten am Erhebungsstichtag zur Bewältigung ihrer Aufgaben 327800 Beschäftigte ein; das waren gut 200 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das Bundesministerium für Post und Telekommunikation sowie zwei nachgeordnete Behörden mit hoheitlichen Aufgaben durch die neue Organisationsstruktur aus der Deutschen Bundespost ausgegliedert und haushaltsrechtlich in den Bereich der Bundesbehörden eingegliedert wurden. Ohne diese Änderung wäre es zu einem leichten Personalrückgang bei den Bundesbehörden gekommen.

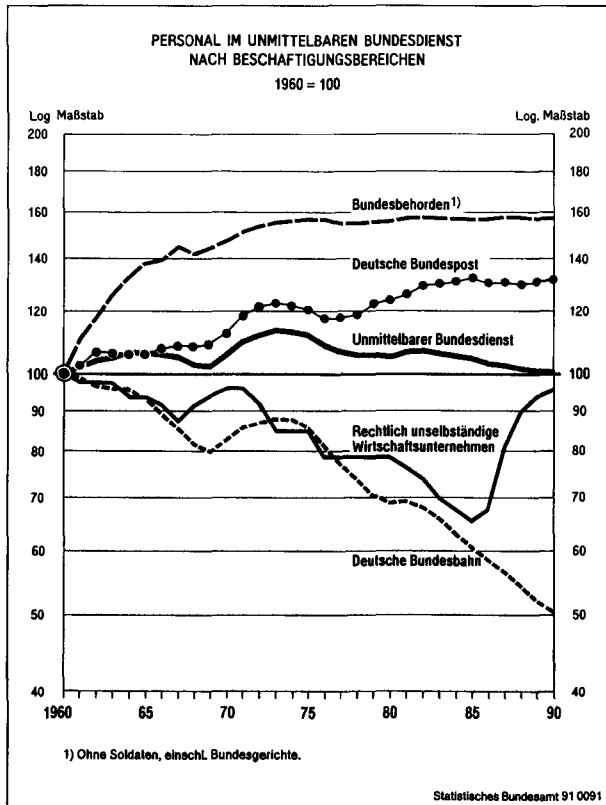
Am 30. Juni 1990 arbeiteten von den 327800 Beschäftigten bei den Bundesbehörden rund 305800 mit der vollen und rund 22100 mit gekürzter Arbeitszeit; das waren 800 Vollzeitkräfte weniger bzw. 1100 Teilzeitkräfte mehr als 1989. Mit dieser Personalentwicklung hat sich die Tendenz der Vorjahre weiter fortgesetzt. Seit 1975 sind im Zuge dieser Entwicklung gut 12000 Vollzeitarbeitsplätze bei den Bundesbehörden weggefallen. Gleichzeitig wurde beinahe die gleiche Zahl neuer Teilzeitarbeitsplätze eingerichtet, so daß sich die Gesamtzahl der Beschäftigten nur geringfügig verringert hat. Bei einer Umrechnung der Teilzeitarbeitsplätze auf Vollzeitstellen ergibt sich jedoch ein merklicher Rückgang der zur Verfügung stehenden Arbeitskapazität bei den Bundesbehörden.

Bei den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen des Bundes wurden am Erhebungsstichtag 4400 Mitarbeiter beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich ihre Zahl nur unwesentlich verändert (+ 100). Die Deutsche Bundesbahn hat ihre Mitarbeiterzahl weiter verringert. Am 30. Juni 1990 standen 249800 Beschäftigte im Dienst dieses bundeseigenen Verkehrsunternehmens; das waren 8000 oder 3,1% weniger als am 30. Juni 1989. Damit wurden im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen aber weniger Arbeitsplätze abgebaut als in der gleichen Vorjahresperiode (— 11000).

Tabelle 1: Personal im Bundesdienst

Stichtag 30. Juni Beschäftigungsbereich	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
				1 000	%
1980	1 200,6	106,6	1 307,3	+ 1,1	+ 0,1
1981	1 212,3	110,6	1 322,8	+ 15,6	+ 1,2
1982	1 211,5	121,4	1 332,9	+ 10,1	+ 0,8
1983	1 201,1	124,6	1 325,7	— 7,3	— 0,6
1984	1 185,9	131,4	1 317,3	— 8,4	— 0,6
1985	1 178,0	134,3	1 312,2	— 5,1	— 0,4
1986	1 171,6	128,5	1 300,1	— 12,1	— 0,9
1987	1 166,9	130,6	1 297,5	— 2,6	— 0,2
1988	1 152,5	130,3	1 282,8	— 14,7	— 1,1
1989	1 138,9	137,1	1 275,9	— 6,9	— 0,5
1990 ¹⁾	1 135,3	143,2	1 278,5	+ 2,6	+ 0,2
davon (1990):					
Unmittelbarer Bundesdienst	995,9	123,3	1 119,3	— 1,9	— 0,2
Bund	310,1	22,1	332,3	+ 0,4	+ 0,1
Bundesbehörden ²⁾	305,8	22,1	327,8	+ 0,2	+ 0,1
Rechtlich unselbständige					
Wirtschaftsunternehmen	4,4	0,1	4,4	+ 0,1	+ 2,3
Deutsche Bundesbahn	246,6	3,2	249,8	— 8,0	— 3,1
Deutsche Bundespost	439,2	98,0	537,2	+ 5,8	+ 1,1
Mittelbarer Bundesdienst	139,4	19,9	159,3	+ 4,5	+ 2,9

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Ohne Soldaten, einschl. Bundesgerichte.



Die drei Unternehmensbereiche der Deutschen Bundespost haben ihre Beschäftigtenzahlen erhöht. Am Erhebungsstichtag wurden 537 200 Mitarbeiter gezählt; das waren 5 800 oder 1,1% mehr als im Vorjahr. Der Personalzuwachs betraf sowohl Vollzeit- wie Teilzeitarbeitsplätze. Die Zahl der Vollzeitkräfte erhöhte sich auf 439 200 (+ 2 400) und die der Teilzeiterkräfte auf 98 000 (+ 3 400). Damit könnte die stufenweise vorgenommene Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst bei der Deutschen Bundespost zu zusätzlichen Einstellungen geführt haben.

Weniger Beamte

Die Personalstruktur des unmittelbaren Bundesdienstes wird wesentlich von dem für den öffentlichen Dienst typischen Beamtenverhältnis bestimmt. Mitte 1990 standen 575 900 Mitarbeiter (einschl. Richter) in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. Auf tarifvertraglicher Basis waren 165 900 Angestellte und 377 400 Arbeiter tätig. Damit überwiegt weiterhin das öffentlich-rechtliche Beamtenverhältnis mit einem Anteil von 51,5%. Im Vergleich zum Vorjahr wurden jedoch weniger Beamte eingesetzt (- 6 700), während bei den Angestellten (+ 3 400) und den Arbeitern (+ 1 400) Personalzunahmen festzustellen waren. Der Rückgang bei der Zahl der Beamten dürfte in erster Linie auf in den Ruhestand getretene Mitarbeiter der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost zurückzuführen sein. Während die Deutsche Bundesbahn hierfür nur in geringem Maße Ersatz eingestellt hat, sind die Personalverstärkungen der Deutschen Bundespost bei den Beschäftigten im Angestelltenverhältnis (+ 2 300) und bei den Arbeitern (+ 5 100) merklich zu Buche geschlagen. Der hohe Beamtenanteil im unmittelbaren Bundesdienst ist überwiegend auf die Personalstruktur bei

Tabelle 2: Personal im unmittelbaren Bundesdienst nach dem Dienstverhältnis
1 000

Beschäftigungsbereich	30. Juni 1990 ¹⁾			30. Juni 1989	30. Juni 1980
	Beamte und Richter	Ange-stellte	Arbeiter	Insgesamt	
Vollzeitbeschäftigte					
Bundesbehörden ²⁾	114,9	88,2	102,7	305,8	306,6
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	0,1	0,8	3,5	4,4	4,2
Deutsche Bundesbahn	142,4	5,6	98,6	246,6	254,7
Deutsche Bundespost	301,8	32,0	105,4	439,2	436,8
Insgesamt	559,2	126,6	310,2	995,9	1 002,4
dar.: Frauen	80,7	70,1	39,8	190,6	185,7
Teilzeitbeschäftigte					
Bundesbehörden ²⁾	1,5	15,4	5,2	22,1	21,0
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Deutsche Bundesbahn	1,1	0,8	1,3	3,2	3,1
Deutsche Bundespost	14,2	23,1	60,6	98,0	94,6
Insgesamt	16,8	39,3	67,2	123,3	118,8
dar.: Frauen	16,1	37,8	61,6	115,5	111,2

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Ohne Soldaten, einschl. Bundesgerichte.

den beiden Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost (57,9 bzw. 58,8% Beamte) zurückzuführen. Bei den Bundesbehörden ist insgesamt eine gleichgewichtige Personalstruktur in bezug auf die verschiedenen Dienstverhältnisse festzustellen; jeweils rund ein Drittel der Bediensteten sind Beamte, Angestellte bzw. Arbeiter.

Leichter Anstieg im höheren und gehobenen Dienst

Die Eingruppierung der Mitarbeiter in die einzelnen Laufbahngruppen gibt Hinweise über ihre berufliche Qualifikation und die an sie gestellten Anforderungen. Von den knapp 1 Mill. Vollzeitbeschäftigten im unmittelbaren Bundesdienst waren 26 200 oder 2,6% in Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppen des höheren Dienstes eingestuft, 117 400 oder 11,8% gehörten dem gehobenen Dienst,

Tabelle 3: Vollzeitbeschäftigte im unmittelbaren Bundesdienst nach Laufbahngruppen
1 000

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	30. Juni 1990 ¹⁾			30. Juni 1989	30. Juni 1980
	Bund ²⁾	Deutsche Bundesbahn	Deutsche Bundespost	Insgesamt	
Beamte, Richter und Angestellte	203,9	148,0	333,8	685,7	692,1
dar.: Frauen	54,8	8,6	87,4	150,9	147,6
Höherer Dienst	20,6	1,9	3,7	26,2	25,6
dar.: Frauen	2,0	0,1	0,3	2,4	2,1
Gehobener Dienst	48,3	20,6	48,5	117,4	116,6
dar.: Frauen	8,1	1,1	7,6	16,8	15,8
Mittlerer Dienst	128,4	110,0	171,6	410,0	412,3
dar.: Frauen	42,6	7,2	65,0	114,9	113,4
Einfacher Dienst	6,6	15,5	110,0	132,1	137,7
dar.: Frauen	2,0	0,2	14,5	16,7	16,3
Arbeiter	106,2	98,6	105,4	310,2	310,3
dar.: Frauen	16,4	5,2	18,2	39,8	38,1
Insgesamt	310,1	246,6	439,2	995,9	1 002,4
dar.: Frauen	71,3	13,8	105,6	190,6	185,7

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Ohne Soldaten.

410 000 oder 41,2% dem mittleren und 132 100 oder 13,3% dem einfachen Dienst an; 310 200 oder 31,2% waren Arbeiter. Da die Arbeiter entsprechend ihrer Ausbildung und der ausgeübten Tätigkeit dem mittleren und einfachen Dienst zuzuordnen sind, ergibt sich, daß gut 85% der im unmittelbaren Bundesdienst tätigen Vollzeitkräfte eine Vergütung erhalten, die im unteren Bereich der Besoldungs-/Vergütungsskala des öffentlichen Dienstes liegt. Diese Struktur wird wesentlich durch die Arbeitsplätze bei den Sondervermögen bestimmt. Hier ist der Anteil der Beschäftigten mit Real- bzw. Hauptschulabschluß mit rund 90% wesentlich höher als bei den Bundesbehörden (78%).

Bei rückläufigen Gesamtzahlen zeigt sich im Vergleich zu den Vorjahren ein leichter Anstieg der Zahlen der Mitarbeiter im höheren und gehobenen Dienst, während für Aufgaben des mittleren und einfachen Dienstes weniger Beschäftigte im Bundesdienst benötigt wurden. Diese Entwicklung ist einerseits auf die Zunahme der Zahl von Arbeitsplätzen bei den Bundesbehörden und der Deutschen Bundespost zurückzuführen, die qualifiziertere Mitarbeiter erfordern, andererseits auf die Rationalisierungsbemühungen der Deutschen Bundesbahn, durch die insbesondere Arbeitsplätze des mittleren und einfachen Dienstes entfielen. Gegenüber dem 30. Juni 1989 wurden Mitte 1990 600 Mitarbeiter des höheren und 800 Mitarbeiter des gehobenen Dienstes mehr nachgewiesen. Während die zusätzlichen Dienstposten des höheren Dienstes in erster Linie bei den Bundesbehörden besetzt wurden, stellte die Deutsche Bundespost hauptsächlich Fachhochschulabsolventen in den gehobenen Dienst ein.

Verstärkte Einstellung von Frauen

Die berufliche Förderung von Frauen ist in den letzten Jahren immer stärker in den Vordergrund der personalpolitischen Überlegungen der Arbeitgeber der öffentlichen Hand gerückt. Durch gezielte Maßnahmen wird im Bundesdienst versucht, Frauen bei Neueinstellungen, Beförderungen und Wiedereingliederungen in ihrer beruflichen Weiterentwicklung zu fördern¹⁾. Die Ergebnisse der Personalstandstatistik können Hinweise geben, ob diese Bemühungen erfolgreich sind.

Am 30. Juni 1990 waren bei den Dienststellen des unmittelbaren Bundesdienstes 306 200 Frauen eingesetzt; hiervon übten 190 600 eine Vollzeit- und 115 500 eine Teilzeittätigkeit aus. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Mitarbeiterinnen um 9 200 oder 3,1% erhöht. Von diesem Zuwachs entfiel der größere Teil (4 900) auf Vollzeitarbeitsplätze. Da die Gesamtbeschäftigtenzahl weiter zurückgegangen ist, muß davon ausgegangen werden, daß bei der Wiederbesetzung von frei gewordenen Dienstposten verstärkt Frauen berücksichtigt worden sind. Der Frauenanteil im unmittelbaren Bundesdienst beträgt nunmehr 27,3%; im Jahr 1980 lag er noch bei 22,6%.

Der größte Arbeitgeber im Bundesdienst, die Deutsche Bundespost, beschäftigt auch die meisten Frauen. Mit-

te 1990 standen 105 600 vollzeit- und 91 400 teilzeitbeschäftigte Frauen in den Lohn- und Gehaltslisten dieses Unternehmens. Das waren 4 400 vollzeit- und 3 200 teilzeitbeschäftigte Frauen mehr als 1989. Die Deutsche Bundespost weist damit einen Frauenanteil von 36,7% auf. Sie hat somit im abgelaufenen Jahr die meisten zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen im Bundesdienst geschaffen. Bei den Behörden und Einrichtungen des Bundes waren am Erhebungstichtag 71 300 vollzeit- und 21 200 teilzeitbeschäftigte Frauen eingesetzt. Binnen Jahresfrist wurden 1 300 vollzeit- und 1 000 teilzeitbeschäftigte Frauen mehr eingestellt. Damit hat sich auch in diesem Bereich der kontinuierliche Anstieg der Beschäftigung von Mitarbeiterinnen fortgesetzt. Da die Beschäftigtenzahl bei den Bundesbehörden nur geringfügig angestiegen ist, müssen Frauen bei Neueinstellungen verstärkt zum Zuge gekommen sein. Der Frauenanteil in diesem Beschäftigungsbereich liegt nunmehr bei 27,8% (1989: 27,2%). Bei der Deutschen Bundesbahn hat sich die rückläufige Personalentwicklung auch auf die Beschäftigung von Frauen ausgewirkt. Am 30. Juni 1990 waren bei diesem Bundesunternehmen noch 16 700 Frauen beschäftigt; das waren 600 weniger als ein Jahr zuvor. Der Frauenanteil liegt hier mit 6,7% erheblich unter dem Durchschnitt des unmittelbaren Bundesdienstes.

Die Bemühungen, Frauen beruflich zu fördern, zielen neben der zahlenmäßigen Verstärkung der Frauen im Mitarbeiterstab auch darauf ab, Frauen mit höherer beruflicher Qualifikation einen Einstieg in den Bundesdienst zu ermöglichen. Da die Deutsche Bundespost mit ihren hauptsächlich im mittleren und einfachen Dienst eingruppierten Arbeitsplätzen besonders viele Frauen beschäftigt, muß zunächst davon ausgegangen werden, daß die Frauen allgemein und auch die zusätzlich eingestellten Frauen überwiegend mit ausführenden und weniger mit leitenden Tätigkeiten betraut sind. Die Gliederung nach Laufbahngruppen ergibt, daß von den 190 600 vollzeitbeschäftigten Frauen 2 400 oder 1,3% in Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppen des höheren und 16 800 oder 8,8% des gehobenen Dienstes eingestuft waren, während 171 300 oder 89,9% den unteren Laufbahngruppen (einschl. Arbeiterinnen) angehörten. Die berufliche Qualifikation der Frauen im Bundesdienst liegt damit deutlich unter der ihrer männlichen Kollegen. Ein Vergleich mit den Vorjahren zeigt jedoch, daß die Frauen diesen Rückstand langsam aufholen. Im höheren Dienst erhöhte sich die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen gegenüber 1989 um 300, im gehobenen Dienst waren es 1 000, und in den unteren Laufbahngruppen wurden 3 500 Frauen mehr beschäftigt. Am Gesamtwuchs lag der Anteil der oberen Laufbahngruppen mit 26,5% erheblich höher als bei den Bestandszahlen (10,1%). Trotz dieser positiven Entwicklung dürfte es noch längere Zeit dauern, bis eine stärkere Beteiligung von Frauen in leitenden Funktionen des Bundesdienstes erreicht sein wird.

Dominierende Rolle des Aufgabenbereichs Verteidigung

Die haushaltssystematische Zuordnung der Behörden des Bundes ermöglicht die Gliederung des Personals

¹⁾ Siehe Neufassung der Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung vom 24. Februar 1986.

nach Aufgabenbereichen. Diese schwerpunktmäßige Festlegung der Behörden gibt einen groben Überblick, für welche Aufgaben der Bund seine Mitarbeiter einsetzt. Hierbei stehen zwei Bereiche im Vordergrund, in denen über drei Viertel der Vollzeitbeschäftigten des Bundes tätig sind. Das ist zunächst der Aufgabenbereich Verteidigung mit 165 100 Vollzeitbeschäftigten; dies entspricht einem Anteil von 53 % der Vollzeitbeschäftigten des Bundes. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf die zivilen Beschäftigten, da die Soldaten durch die Personalstandstatistik nicht erfaßt werden. Rechnet man die Soldaten anhand der

Tabelle 4: Vollzeitbeschäftigte des Bundes nach Aufgabenbereichen¹⁾
1 000

Aufgabenbereich	30. Juni 1990 ²⁾			30. Juni 1989	30. Juni 1980	
	Beamte und Richter	Ange-stellte	Arbeiter	Insgesamt		
Verwaltung	114,9	88,2	102,7	305,8	306,6	312,6
dar.: Frauen	10,2	44,3	14,5	69,0	67,9	64,1
Allgemeine Dienste	103,6	72,7	91,8	268,2	269,6	275,6
Politische Führung und zentrale Verwaltung ³⁾	49,5	17,3	4,6	71,4	70,8	70,6
Verteidigung ⁴⁾	29,4	51,4	84,3	165,1	167,0	172,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	22,6	2,4	2,7	27,7	27,9	28,8
Rechtsschutz	2,1	1,6	0,2	3,9	3,9	4,0
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung ⁵⁾	2,3	5,6	2,2	10,1	10,3	9,3
Soziale Sicherung, Gesundheit, Sport und Erholung	1,0	1,8	0,1	3,0	2,3	1,6
Sonstige	7,9	8,1	8,6	24,5	24,4	26,0
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	0,1	0,8	3,5	4,4	4,2	3,6
dar.: Frauen	0,0	0,3	1,9	2,3	2,2	1,5
Insgesamt	114,9	89,0	106,2	310,1	310,8	316,2
dar.: Frauen	10,2	44,6	16,4	71,3	70,0	65,7

¹⁾ Haushaltsrechtliche Änderungen sind für 1989 und 1980 entsprechend berücksichtigt — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ³⁾ Einschl. auswärtige Angelegenheiten. — ⁴⁾ Ohne Soldaten. — ⁵⁾ Einschl. kulturelle Angelegenheiten.

im Bundeshaushalt veröffentlichten Sollzahlen hinzu, so sind vier von fünf Mitarbeitern des Bundes für die äußere Sicherheit tätig. Mit Aufgaben der politischen Führung und zentralen Verwaltung waren 71 400 Vollzeitbeschäftigte betraut. Dieser Aufgabenbereich schließt neben den Ministerien insbesondere die Steuer- und Finanzverwaltung des Bundes ein. Gegenüber dem Vorjahr zeigt die Personalentwicklung eine weitere Abnahme der Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Aufgabenbereich Verteidigung; in den übrigen Bereichen sind überwiegend geringfügige Personalverstärkungen zu verzeichnen. Das zeigt sich auch, wenn man die letzten zehn Jahre betrachtet. In diesem Zeitraum verringerte sich der Mitarbeiterstab in der Verwaltung des Bundes um rund 7 000 Vollzeitbeschäftigte. Dies entspricht in etwa auch dem Rückgang im Aufgabenbereich Verteidigung, während für die übrigen Bereiche nur unwesentliche Veränderungen festzustellen sind.

Personalverstärkungen im mittelbaren Bundesdienst

Im mittelbaren Bundesdienst waren am Erhebungsstichtag 139 400 Vollzeit- und 19 900 Teilzeitbeschäftigte tätig; das waren 2 900 Vollzeit- und 1 600 Teilzeitbeschäftigte mehr als 1989. Die Personalverstärkungen erfolgten hauptsächlich bei den Trägern der Sozialversicherung un-

Tabelle 5: Personal im mittelbaren Bundesdienst nach dem Dienstverhältnis

1 000

Beschäftigungsbereich	30. Juni 1990 ¹⁾			30. Juni 1989	30. Juni 1980	
	Beamte	Ange-stellte ²⁾	Arbeiter	Insgesamt		
Vollzeitbeschäftigte						
Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Bundes ³⁾	5,5	73,8	3,8	83,2	80,8	69,9
Bundesanstalt für Arbeit	15,7	39,4	1,1	56,2	55,7	50,8
Insgesamt	21,2	113,3	4,9	139,4	136,5	120,7
dar.: Frauen	6,4	60,6	2,4	69,4	67,5	58,3
Teilzeitbeschäftigte						
Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Bundes ³⁾	0,2	6,9	3,0	10,1	9,3	7,8
Bundesanstalt für Arbeit	0,8	6,9	2,1	9,8	9,0	5,7
Insgesamt	1,0	13,8	5,1	19,9	18,3	13,5
dar.: Frauen	1,0	13,5	5,0	19,5	18,0	13,3

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Einschl. DO-Angestellte. — ³⁾ Einschl. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder.

ter Bundesaufsicht. In diesem Bereich scheint ein erhöhter Personalbedarf, möglicherweise durch die Arbeitszeitverkürzung beeinflusst, aufgetreten zu sein. Andererseits könnte auch die sich abzeichnende Ausdehnung der Geschäftstätigkeit auf die neuen Bundesländer eine gewisse Rolle gespielt haben. Bei den Dienststellen des mittelbaren Dienstes sind relativ gesehen erheblich mehr Frauen tätig als im übrigen Bundesdienst. Am Erhebungsstichtag waren 69 400 Frauen vollzeit- und 19 500 Frauen teilzeitbeschäftigt; damit errechnet sich ein Frauenanteil im mittelbaren Bundesdienst von 55,8 % (1980: 53,4 %).

Dr. Werner Breidenstein

Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1986

Vorbemerkung

Einheitswerte werden von der Finanzverwaltung in regelmäßigem Turnus nach Maßgabe des Bewertungsgesetzes¹⁾ für im Inland gelegene Grundstücke, Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, gewerbliche Betriebe und Mineralgewinnungsrechte festgestellt. Sie werden als einheitliche Bemessungsgrundlage für mehrere Steuerarten herangezogen, insbesondere die Vermögen-, Grund-, Gewerbe- und Erbschaftsteuer. Damit soll eine für diese Steuern sonst erforderliche spezifische Bewertung der wirtschaftlichen Einheiten vermieden und die Durchführung der Veranlagung vereinfacht werden. Die Hauptfeststellungszeitpunkte für gewerbliche Betriebe haben im allgemeinen einen Abstand von drei Jahren, für Mineralgewinnungsrechte von sechs Jahren; die Einheitswerte des Grundbesitzes (Grundstücke, Betriebe der Land- und Forstwirtschaft) wurden zuletzt auf die Verhältnisse vom 1. Januar 1964 festgestellt.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes über Steuerstatistiken²⁾ ist jeweils in Verbindung mit einer Hauptfeststellung eine Statistik durchzuführen. Über die Ergebnisse der Statistik, die im Anschluß an die auf den 1. Januar 1986 vorgenommene Hauptfeststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe durchgeführt wurde, soll in diesem Beitrag berichtet werden.

Der Hauptfeststellung der Einheitswerte gewerblicher Betriebe werden in der Regel die Verhältnisse zu Beginn des Kalenderjahres zugrunde gelegt. Für gewerbliche Betriebe ohne regelmäßige jährliche Abschlüsse, das sind nichtbuchführende Betriebe, gilt dies sowohl für den Bestand des Betriebsvermögens als auch für die Bewertung. Bei buchführenden Betrieben sind die Verhältnisse zum Abschlußtermin des Wirtschaftsjahres maßgebend, wobei das Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr abweichen kann.

Hat ein Gewerbetreibender mehrere Betriebe, so sind so viele Einheitswertfeststellungen durchzuführen, als Betriebe vorhanden sind. Das gilt auch, wenn die Betriebe in derselben Gemeinde liegen. Mehrere Betriebe bilden jedoch dann einen einheitlichen Gewerbebetrieb, wenn sie sachlich, wirtschaftlich, finanziell oder organisatorisch eng miteinander verbunden sind und deshalb nach dem Gesamtbild ein einheitliches Unternehmen darstellen.

¹⁾ Bewertungsgesetz (BewG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1985 (BGBl. I S. 845), geändert durch Artikel 17 des Steuerbereinigungsgesetzes 1986 vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436), sowie Teil A der Vermögensteuer-Richtlinien 1986 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1986 (BGBl. I Sondernummer 2/1986, S. 20).

²⁾ Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Art. 3 des 2. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

Ausgangsbasis für die Einheitsbewertung des Betriebsvermögens sind die Angaben, die der Steuerpflichtige über die am Stichtag vorhandenen Besitz- und Schuldposten des gewerblichen Betriebs bzw. über das einem Freien Beruf dienende Vermögen im Vordruck „Vm 4/86“ (Vermögensaufstellung) erklärt hat. Ob ein Vermögenswert als Besitz- oder Schuldposten anzusehen ist, muß nach dem Bewertungsrecht entschieden werden. Zum Betriebsvermögen gehören alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dienen. Dabei wird der Wert des Betriebsvermögens durch Addition der Werte der einzelnen Wirtschaftsgüter ermittelt; dieses Rohbetriebsvermögen wird um die Summe der (einzeln zu bewertenden) Schulden sowie sonstigen Abzüge und Abrechnungen gekürzt.

Die Vermögensaufstellung wird in der Praxis regelmäßig aus der Steuerbilanz abgeleitet, ohne daß jedoch die Entscheidungen, die bei der Aufstellung der Steuerbilanz getroffen werden, für die Vermögensaufstellung verbindlich sind. Während die in der Steuerbilanz erfaßten Wirtschaftsgüter regelmäßig mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um die Absetzungen für Abnutzungen, zu bewerten sind, ist der Bewertungsmaßstab für die Einheitsbewertung grundsätzlich der Teilwert. Er kommt für die Steuerbilanz nur ausnahmsweise in Betracht, wenn er niedriger als die Anschaffungs- oder Herstellungskosten ist. Unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe gelten zum Beispiel auch für immaterielle Wirtschaftsgüter, die nur bei entgeltlichem Erwerb in die Vermögensaufstellung aufgenommen werden dürfen, sowie bei der Wertermittlung anderer Posten³⁾.

Umgekehrt sind in der Steuerbilanz enthaltene Rückstellungen für Preisnachlässe und für Wechselhaftung in der Vermögensaufstellung als Schuldposten zu berücksichtigen und mit dem Steuerbilanzwert anzusetzen, ebenso Kapitalforderungen sowie der für Zölle und Steuern ange setzte Aufwand.

Die hier veröffentlichten Bundesergebnisse der Einheitswertstatistik gewerblicher Betriebe wurden aus den von den statistischen Ämtern der Länder aufbereiteten Landesergebnissen zusammengestellt. Das Einzelmaterial wurde von den Rechenzentren der Finanzverwaltung oder als Durchschrift der Einheitswertbescheide in anonymisierter Form bereitgestellt und nach Prüfung in den statistischen Ämtern bundeseinheitlich aufbereitet. Aus dem Nachweis der Besitz- und Schuldposten der gewerblichen Betriebe (in der Bilanzsprache: Aktiva/Passiva) können Aufschlüsse über die Vermögens- und Kapitalstruktur weiterer Bereiche der gewerblichen Wirtschaft gewonnen werden, welche über die bisher von den Bilanzstatistiken erfaßten Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften, Unternehmen, für die das Publizitätsgesetz gilt, und öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen hinausgehen.

³⁾ Ausnahmen bilden die ebenfalls mit Einheitswerten anzusetzenden Betriebsgrundstücke und gegebenenfalls land- und forstwirtschaftliches Vermögen, sofern es solches zu bewerten ist; die dafür gültigen Einheitswerte beruhen zur Zeit immer noch auf dem Wertniveau vom 1. Januar 1964. Auf die Mineralgewinnungsrechte wird gesondert eingegangen.

Erhebungsumfang und Vergleichbarkeit

Die seit 1980 rückläufige Entwicklung der Zahl der Einheitswertfeststellungen hat verschiedene steuerrechtliche Gründe⁴⁾. Bei dem erneut zu beobachtenden Rückgang der Zahl der in der Statistik erfaßten Betriebe dürften wiederum weniger wirtschaftliche Gründe eine Rolle gespielt haben, als vielmehr vor allem die durch das Steuerentlastungsgesetz 1984 (BGBl. I 1983, S. 1583 f.) festgelegten Erleichterungen für die Vermögensteuer⁵⁾. Durch die Einführung eines sachlichen Freibetrages für Betriebsvermögen in Höhe von 125 000 DM haben sich für die Finanzämter Einheitswertfeststellungen über positives Betriebsvermögen bis zu dieser Größenordnung für die Vermögensteuer erübrigt, auch wenn der Betriebsinhaber andere Vermögensarten erklärt hat. Im Rahmen der Gewerbesteuer galt bereits ab 1981 für das Gewerbekapital ein Freibetrag von 120 000 DM, so daß jetzt für beide Steuerarten in etwa ähnliche Größenordnungen der Freibeträge für Betriebsvermögen gelten. Damit sind die steuerlichen Voraussetzungen zur Feststellung von niedrigen Einheitswerten entfallen und folglich auch die statistischen Möglichkeiten eingeschränkt worden, kleinere wirtschaftliche Einheiten zu erfassen. Dies führte zwar zur Entlastung der Steuerpflichtigen und der Finanzämter, entzieht aber dem Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik viele kleine und mittlere Betriebe, denen ein besonders breites wirtschaftspolitisches Interesse gilt.

Eine weitere bedeutsame Änderung im Bewertungsgesetz⁶⁾ stellt die Herabsetzung der für begünstigte Schachtelbeteiligungen maßgebenden Grenze für Beteiligungen an inländischen und ausländischen Untergesellschaften von 25 auf 10 % dar. Zugleich wurden die inländischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den Kreis der Schachteluntergesellschaften einbezogen. Begünstigt ist nunmehr auch die mehrfache Verschachtelung mit ausländischen Gesellschaften aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen. Die daraus resultierende Anhebung der berücksichtigungsfähigen Abzüge wirkt sich gegebenenfalls negativ auf die Höhe des Einheitswerts einer Obergesellschaft aus, weil eine Beteiligung einer inländischen Obergesellschaft von bereits 10 % oder mehr am Grund- oder Stammkapital der inländischen oder ausländischen Untergesellschaft nicht zum Betriebsvermögen der Obergesellschaft gehört. Darauf wird im einzelnen bei der Darstellung der Ergebnisse eingegangen.

Gesamtüberblick

Die Hauptfeststellung der Einheitswerte auf den 1. Januar 1986 ergab im Bundesgebiet für 633 534 gewerbliche Betriebe ein Rohbetriebsvermögen von 5 322 Mrd. DM; nach Berücksichtigung der Schulden und sonstigen Abzüge stellten die Finanzämter ein Einheitswertvolumen von 823 Mrd. DM fest. Die Zahl der erfaßten Betriebe war um 8,4 % niedriger als bei der vorangegangenen Hauptfest-

stellung 1983 und betrug nur noch etwas mehr als die Hälfte des Standes von 1977; damals waren mehr als 1,2 Mill. Gewerbebetriebe in dieser Statistik enthalten.

Dagegen sind sowohl der Gesamtbetrag des Rohbetriebsvermögens als auch des Einheitswerts stark angewachsen. Gegenüber 1983 hat sich die Summe des Rohbetriebsvermögens um ein Drittel (+ 33,2 %) erhöht, gegenüber 1977 sogar mehr als verdoppelt (+ 116,8 %). Das Einheitswertvolumen nahm in den beiden Zeiträumen um gut ein Viertel (+ 26,1 %) bzw. etwas mehr als zwei Drittel (+ 68,4 %) zu.

Die Entwicklung bei der Zahl der Gewerbebetriebe wird eindeutig von der starken Abnahme von Betrieben in der Rechtsform von Einzelunternehmen bestimmt. Vor neun Jahren gab es zum Stichtag hier mehr als dreimal so viele Betriebe, vor drei Jahren noch um ein Viertel mehr als am 1. Januar 1986. Ihr Anteil betrug 1977 noch rund drei Viertel (75,4 %) der damaligen gesamten Erhebungsmasse, 1986 nur noch rund drei Siebtel (43,0 %) davon. Die Höhe der festgestellten Einheitswerte war dagegen ebenso wie das zugrunde liegende Rohbetriebsvermögen für natürliche

Tabelle 1: Gewerbliche Betriebe mit festgestelltem Einheitswert
Ergebnis der Einheitswertstatistik

Hauptfeststellung zum 1. Januar	Insgesamt			Natürliche Personen			Nichtnatürliche Personen ¹⁾		
	Anzahl	%	1977 = 100	Anzahl	%	1977 = 100	Anzahl	%	1977 = 100
Betriebe insgesamt									
1977	1 204 438	100	100	908 112	75,4	100	296 326	24,6	100
1980	813 317	100	67,5	478 041	58,8	52,6	335 276	41,2	113,1
1983	691 378	100	57,4	338 645	49,0	37,3	352 733	51,0	119,0
1986	633 534	100	52,6	272 184	43,0	30,0	361 350	57,0	121,9
Betriebe ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften									
1977	1 147 037	100	100	889 620	77,6	100	257 417	22,4	100
1980	772 098	100	67,3	477 979	61,9	53,7	294 119	38,1	114,3
1983	649 125	100	56,6	338 611	52,2	38,1	310 514	47,8	120,6
1986	592 406	100	51,6	272 154	45,9	30,6	320 252	54,1	124,4

¹⁾ Einschl. Personengesellschaften im Sinne des § 97 Abs. 1 Nr. 5 BewG.

Personen von 1977 bis 1983 nur leicht zurückgegangen (— 11,2 bzw. — 12,4 %). Die aktuellen Werte zeigen gegenüber 1983 für das Rohbetriebsvermögen dieses Personenkreises leicht steigende Ergebnisse (+ 4,0 %), für den Einheitswert fast gleichbleibende Werte (+ 0,8 %). Gemessen am stärker gestiegenen Gesamtvolumen ging jedoch die Bedeutung der Wirtschaftsgüter im Eigentum von Einzelunternehmern weiter zurück, ihr Rohbetriebsvermögen erreicht nur noch 2,4 % (1983: 3,1 %), ihr Einheitswert noch 7,3 % (1983: 9,1 %) aller gewerblichen Betriebe.

In Tabelle 2 sind die erfaßten Gewerbebetriebe der natürlichen und nichtnatürlichen Personen nach zusammengefaßten Einheitswertgruppen aufgegliedert, wobei bei den Unternehmen juristischer Personen zusätzlich die Häufigkeiten der zahlenmäßig am stärksten vertretenen Rechtsformen (Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Personengesellschaften) dargestellt sind. Dabei wird deutlich, daß die Zahl der Betriebe natürlicher Personen bis zur Größe von 250 000 DM Einheitswert zum Teil stark rückläufig ist, bei Betrieben von Personengesellschaften abgeschwächt sogar bis zur Größe von 5 Mill. DM Einheitswert.

⁴⁾ Siehe die entsprechenden Beiträge in WiSta 12/1984 sowie WiSta 2/1988.

⁵⁾ Siehe Beitrag „Vermögen und seine Besteuerung 1986“ in WiSta 8/1990.

⁶⁾ Einen ausführlichen Überblick über die zwischenzeitlich ergangenen Rechtsänderungen enthält die Dokumentation in der Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.5.1 „Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1986“, die im Sommer 1991 erscheint.

Tabelle 2: Unterschiedliche Größenstruktur der gewerblichen Betriebe 1986

Ergebnis der Einheitswertstatistik

Einheitswert von ... bis unter ... DM	Gewerbebetriebe		Einheitswert	
	Anzahl	1983 = 100	Mill. DM	1983 = 100
Natürliche Personen				
unter 50 000	64 536	62,7	1 564	65,5
50 000—70 000	21 645	70,0	1 294	70,0
70 000—100 000	30 095	75,1	2 551	75,2
100 000—150 000	45 371	84,5	5 637	85,0
150 000—250 000	52 482	94,9	10 119	95,2
250 000—500 000	38 472	101,9	13 167	102,3
500 000—1 Mill.	13 401	107,4	9 058	108,0
1 Mill.—5 Mill.	5 716	112,1	10 135	113,1
5 Mill.—20 Mill.	408	128,7	3 468	128,7
20 Mill.—100 Mill.	53	189,3	1 879	171,3
100 Mill. und mehr	5	250,0	867	250,0
Insgesamt	272 184	80,4	59 740	100,8
Nichtnatürliche Personen¹⁾				
unter 50 000	90 024	71,7	2 537	84,8
50 000—70 000	60 004	160,8	3 422	160,6
70 000—100 000	31 775	128,2	2 656	127,6
100 000—150 000	33 074	118,0	4 028	117,7
150 000—250 000	33 830	110,2	6 576	110,2
250 000—500 000	36 466	105,6	12 933	105,5
500 000—1 Mill.	26 990	103,9	19 076	103,7
1 Mill.—5 Mill.	34 621	104,9	74 874	105,8
5 Mill.—20 Mill.	10 147	111,1	96 452	112,0
20 Mill.—100 Mill.	3 505	115,6	146 163	117,9
100 Mill. und mehr	914	131,5	394 349	148,7
Insgesamt	361 350	102,4	763 066	128,6
darunter				
Gesellschaften mit beschränkter Haftung				
unter 50 000	73 133	71,5	2 127	87,5
50 000—70 000	54 191	181,0	3 076	181,9
70 000—100 000	24 066	155,3	2 004	154,6
100 000—150 000	21 780	142,7	2 628	142,6
150 000—250 000	18 014	137,2	3 474	137,3
250 000—500 000	15 656	130,5	5 478	130,5
500 000—1 Mill.	9 526	125,8	6 631	125,7
1 Mill.—5 Mill.	9 922	121,0	21 223	119,0
5 Mill.—20 Mill.	3 188	117,4	31 035	117,7
20 Mill.—100 Mill.	1 157	122,0	46 349	122,8
100 Mill. und mehr	222	126,1	66 585	132,3
Zusammen	230 855	111,1	190 609	125,8
Personengesellschaften (OHG, KG und ähnl. Ges.)				
unter 50 000	15 220	76,3	370	76,9
50 000—70 000	5 337	80,6	318	80,4
70 000—100 000	7 242	83,7	612	83,6
100 000—150 000	10 689	88,0	1 327	88,2
150 000—250 000	15 170	89,9	2 976	90,2
250 000—500 000	19 867	92,5	7 114	92,8
500 000—1 Mill.	16 282	95,8	11 582	95,9
1 Mill.—5 Mill.	20 831	99,7	44 373	101,2
5 Mill.—20 Mill.	5 088	109,3	47 078	111,5
20 Mill.—100 Mill.	1 204	115,9	47 723	121,1
100 Mill. und mehr	159	131,4	53 499	156,2
Zusammen	117 089	90,5	216 973	116,7

¹⁾ Einschl. Personengesellschaften in Sinne des § 97 Abs. 1 Nr. 5 BewG.

Dagegen haben die Unternehmen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung in dieser Größenordnung zahlenmäßig besonders stark zugenommen. Es zeigt sich, daß einerseits die bereits erwähnte neue Freibetragsregelung für Betriebsvermögen bei der Vermögensteuer dazu führte, daß — unabhängig von der Rechtsform — generell Betriebe in der Größenordnung bis 50 000 DM Einheitswert aus der Statistik herausfallen; dies gilt auch für Betriebe von Einzelunternehmern und Personengesellschaften bis zur Größe von 250 000 DM. Andererseits hat die Zahl der Betriebe von Gesellschaften mit beschränkter Haftung in dieser Größenordnung auffallend stark zugenommen; es ist nicht auszuschließen, daß die Ursache für diese Entwicklung nicht allein in Neugründungen, sondern auch in Umfirmierungen zu Lasten der beiden rückläufigen Rechtsformen zu sehen ist.

Die absoluten Ergebnisse der einzelnen Veranlagungspositionen aller Vermögensaufstellungen 1986 haben ebenfalls zugenommen (siehe Tabelle 3). Dabei wirken sich bei den Betriebsgrundstücken weiterhin wegen der besonderen Bewertungsvorschriften nur reale Veränderungen, aber keine Preisveränderungen aus. Dies geht darauf zurück, daß bei inländischen Betriebsgrundstücken der Bewertung seit 1974 spezielle, auf dem Stand von 1964 festgehaltene Einheitswerte zugrunde liegen. Deshalb kommen hier mit 5,3 % die geringsten Wertsteigerungen vor.

Die kräftigsten Zuwachsraten haben mit 46,6 % die Finanzanlagen aufzuweisen; sie stellen mit 809 Mrd. DM 54,8 % (1983: 49,6 %) des Anlagevermögens und 15,2 % des Rohbetriebsvermögens. Zu den Finanzanlagen zählen neben langfristigen Darlehens-(Hypotheken-)Forderungen und Beteiligungen die bereits erwähnten Schachtelbeteiligungen, die hier als Aktivposten nicht gesondert ausgewiesen werden, jedoch unter der Voraussetzung, daß ein begünstigtes Beteiligungsverhältnis anerkannt wurde, bei den Obergesellschaften als Passivposten abgezogen werden. Ferner werden hier immaterielle Wirtschaftsgüter und Rechte angesetzt, falls dafür Entgelte gezahlt oder Aufwendungen gemacht wurden oder nach der allgemeinen Verkehrsauffassung eine selbständige Bewertungsfähigkeit gegeben ist. Einbezogen sind ferner Mineralgewinnungsrechte, das sind verliehene oder aufgrund staatlicher Erlaubnis überlassene Rechte, die zur Suche und Ausbeutung von Bodenschätzen berechtigen; ihre Wertansätze — sie betragen 1986 2,7 Mrd. DM — beruhen auf der speziellen Hauptfeststellung der Einheitswerte für Mineralgewinnungsrechte, die im sechsjährlichen Turnus (zuletzt auf den 1. Januar 1983) stattfindet.

Der bedeutendste Aktivposten ist wiederum das Betriebskapital; es macht 89,8 % (1983: 88,0 %) des Umlaufvermögens bzw. 64,9 % (1983: 63,5 %) des Rohbetriebsvermögens aus. Darin enthalten sind Kassenbestände, Bank- und Postscheckguthaben, Anteile an Kapitalgesellschaften und festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens, Besitzwechsel, Forderungen (bei Liefer- und Leistungsdebitoren nach Abzug von Wertberichtigungen), fällige Ansprüche aus Rentenversicherungen sowie sonstige Renten und wiederkehrende Bezüge, Steuererstattungs-/vergütungsansprüche, gezahlte Zölle und Verbrauchsteuern, ferner die Rechnungsabgrenzungsposten sowie Zurechnungen und Abrechnungen im Sinne des § 107 BewG. Solche Zu- bzw. Abrechnungen werden zum Ausgleich bei voneinander abweichenden Abschluß- und Feststellungszeitpunkten vorgenommen, insbesondere wenn Grundbesitz betroffen ist; sie werden hier saldiert berücksichtigt, um Doppelerfassungen in der Vermögensaufstellung zu vermeiden.

Mit 2732 Mrd. DM entfielen fast 80 % des gesamten Betriebskapitals auf Betriebe/Unternehmen, die in bestimmten Wirtschaftsbereichen (Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Beteiligungsgesellschaften) als Kapitalsammelstellen fungieren. Diese Betriebe hatten auch hohe Besitzposten in Form von Finanzanlagen (568 Mrd. DM oder 70,2 % des Gesamtvolumens). Das gesamte Rohbetriebsvermögen der 41 128 Kapitalsammelstellen betrug 1986 3391 Mrd. DM, das sind 39,9 % mehr als drei Jahre zuvor.

Tabelle 3: Vermögensaufstellung der gewerblichen Betriebe 1986
Ergebnis der Einheitswertstatistik

Besitz- und Schuldposten	Insgesamt			Natürliche Personen			Nichtnatürliche Personen ¹⁾		
	Mill. DM	%	1983 = 100	Mill. DM	%	1983 = 100	Mill. DM	%	1983 = 100
Betriebe insgesamt									
Anlagevermögen	1 477 512	100	132,8	58 622	100	104,6	1 418 890	100	134,3
Betriebsgrundstücke	203 384	13,8	105,3	24 873	42,4	99,4	178 511	12,6	106,2
Maschinen und ähnliche Anlagen	301 505	20,4	118,6	9 929	16,9	112,4	291 576	20,5	118,8
Sonstige Sachanlagen	163 429	11,1	144,0	15 744	26,9	95,5	147 685	10,4	152,3
Finanzanlagen	809 193	54,8	146,6	8 076	13,8	141,0	801 118	56,5	146,6
dar.: Mineralgewinnungsrechte	2 736	0,2	126,7	103	0,2	104,2	2 633	0,2	127,8
Umlaufvermögen	3 844 105	100	133,3	69 100	100	103,4	3 775 005	100	134,0
Betriebskapital	3 452 803	89,8	136,0	41 731	60,4	111,9	3 411 071	90,4	136,4
Vorratsvermögen	391 303	10,2	113,6	27 369	39,6	92,7	363 934	9,6	115,5
Rohbetriebsvermögen	5 321 617	—	133,2	127 722	—	104,0	5 193 895	—	134,1
Schulden und sonstige Abzüge	4 331 058	100	133,5	67 981	100	106,9	4 263 077	100	134,0
darunter:									
Langfristige Verbindlichkeiten	949 024	21,9	142,4	22 529	33,1	106,0	926 495	21,7	143,6
Pensionsverpflichtungen ²⁾	134 571	3,1	x	631	0,9	x	133 940	3,1	x
Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen	167 750	—	171,2	—	—	—	167 750	—	171,2
Einheitswert	822 807	—	126,1	59 740	—	100,8	763 066	—	128,6
Betriebe ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften									
Anlagevermögen	826 612	100	121,7	58 266	100	103,9	768 346	100	123,3
Betriebsgrundstücke	177 865	21,5	104,5	24 851	42,7	99,4	153 014	19,9	105,4
Maschinen und ähnliche Anlagen	274 706	33,2	115,8	9 927	17,0	112,4	264 779	34,5	116,0
Sonstige Sachanlagen	132 895	16,1	136,1	15 737	27,0	95,5	117 158	15,2	144,3
Finanzanlagen	241 146	29,2	138,5	7 751	13,3	135,4	233 396	30,4	138,6
dar.: Mineralgewinnungsrechte	2 699	0,3	125,4	103	0,2	104,2	2 596	0,3	126,4
Umlaufvermögen	1 104 126	100	123,7	64 787	100	97,2	1 039 339	100	125,9
Betriebskapital	720 853	65,3	130,5	37 419	57,8	100,7	683 434	65,8	132,7
Vorratsvermögen	383 273	34,7	112,7	27 369	42,2	92,7	355 904	34,2	114,6
Rohbetriebsvermögen	1 930 738	—	122,9	123 054	—	100,3	1 807 685	—	124,8
Schulden und sonstige Abzüge	1 198 139	100	122,0	63 541	100	100,1	1 134 597	100	123,5
darunter:									
Langfristige Verbindlichkeiten	185 121	15,5	91,4	22 010	34,6	103,5	163 111	14,4	89,9
Pensionsverpflichtungen ²⁾	114 067	9,5	x	623	1,0	x	113 444	10,0	x
Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen	98 956	—	152,2	—	—	—	98 956	—	152,2
Einheitswert	633 641	—	120,8	59 511	—	100,5	574 129	—	123,3

¹⁾ Einschl. Personengesellschaften im Sinne des § 97 Abs. 1 Nr. 5 BewG. — ²⁾ Rückstellungen für laufende Pensionsverpflichtungen und Pensionsanwartschaften, Vergleichbarkeit zu 1983 eingeschränkt.

Ihr Einheitswertvolumen stieg gleichzeitig um 48,0% auf 189 Mrd. DM. Wegen der besonderen Vermögensstruktur sollen diese Betriebe bei der folgenden Darstellung nach Rechtsformen und Höhe der Einheitswerte außer acht gelassen werden.

Rechtsformen

Von der Bilanzstruktur der Betriebe nichtnatürlicher Personen, die der aller Betriebe (ohne Kapitalsammelstellen)

fast entspricht, weicht der Vermögens- und Kapitalaufbau der Betriebe natürlicher Personen ab. Ihre Anlage- und Umlaufvermögensanteile am Rohbetriebsvermögen liegen mit 47,4 bzw. 52,6% um rund 5 Prozentpunkte über bzw. unter den Anteilen der nichtnatürlichen Personen (Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen). Sie haben damit neben den nicht ins Gewicht fallenden Rechtsformen (Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Bergrecht-

Tabelle 4: Bilanzstruktur der gewerblichen Betriebe 1986¹⁾ nach Rechtsformen
Ergebnis der Einheitswertstatistik

Rechtsform	Gewerbebetriebe	Anlagevermögen				Umlaufvermögen		Rohbetriebsvermögen	Schulden und sonstige Abzüge ²⁾	Einheitswert
		Betriebsgrundstücke	Maschinen und ähnliche Anlagen	Sonstige Sachanlagen	Finanzanlagen	Betriebskapital	Vorratsvermögen			
	Anzahl	in % des Rohbetriebsvermögens						Mill. DM	in % des Rohbetriebsvermögens	
Natürliche Personen	272 154	20,2	8,1	12,8	6,3	30,4	22,2	123 054	51,6	48,4
Nichtnatürliche Personen	320 252	8,5	14,6	6,5	12,9	37,8	19,7	1 807 685	62,8	31,8
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien	1 381	7,2	17,7	6,1	16,4	36,3	16,2	612 975	58,4	30,6
Bergrechtliche Gewerkschaften	51	6,3	6,1	7,5	32,9	44,5	2,7	2 240	76,3	23,7
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	196 177	5,5	13,0	6,3	10,3	43,4	21,5	678 375	70,4	25,0
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	2 564	12,8	8,4	4,6	6,1	49,2	18,9	22 099	72,4	26,0
Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und ähnliche Gesellschaften	115 786	14,5	11,1	6,5	12,7	32,2	23,0	450 750	56,3	43,7
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	1 433	8,0	58,4	7,0	5,8	18,9	1,9	26 445	61,2	37,3
Sonstige nichtnatürliche Personen	2 860	5,3	6,4	32,7	10,6	30,2	14,8	14 801	75,6	23,6
Insgesamt	592 406	9,2	14,2	6,9	12,5	37,3	19,9	1 930 738	62,1	32,8

¹⁾ Ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften. — ²⁾ Ohne Schachtelvergünstigungen.

liche Gewerkschaften, sonstige nichtnatürliche Personen) die höchste Quote des Anlagevermögens. Sie liegt nur wenig unter dem Anteil des Einheitswerts von 48,4%. Trotz des niedrigen Wertansatzes auf der Basis von 1964 erreichen die Betriebsgrundstücke der Einzelunternehmer einen Anteil von 20,2% an der Bilanzsumme. Der Vermögens- und Kapitalaufbau der Betriebe von natürlichen Personen weist auf eine ausgewogene Bilanzstruktur hin; der hohe Eigenkapitalanteil, der bei Ansatz der tatsächlichen Grundstückswerte noch weit höher ausfallen würde, bedeutet eine geringere wirtschaftliche Abhängigkeit von Gläubigern und hohe finanzielle Stabilität. In dieselbe Richtung weist auch der relativ hohe Anteil von Betriebskapital (30,4%).

Ähnlich sind die Verhältnisse bei den Personengesellschaften, bei denen der Verschuldungsgrad, nämlich die Schulden und sonstigen Abzüge (Fremdkapital) bezogen auf den Einheitswert (Eigenkapital), etwas höher ist. Dies wird durch eine entsprechend höhere Relation zwischen Umlauf- und Gesamtvermögen ausgeglichen, was mit einer kurzfristigeren Vermögensbindung und damit einem geringeren Liquiditätsrisiko verknüpft ist. Einen noch höheren Verschuldungsgrad (70,4%) weisen die Betriebe mit der häufigsten Rechtsform und der höchsten Summe des Rohbetriebsvermögens, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, auf. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der höheren Verschuldung auch höhere kurzfristig gebundene Aktivposten gegenüberstehen.

Von der Summe des Rohbetriebsvermögens her stehen die 1381 erfaßten Aktiengesellschaften (einschl. KGaA)

nach den Gesellschaften mit beschränkter Haftung an zweiter Stelle. Sie verfügten mit nur 0,4% der Betriebe über 33,9% des gesamten Rohbetriebsvermögens und 32,7% der Einheitswertsumme der nichtnatürlichen Personen (ohne Kapitalsammelstellen). Maschinen und ähnliche Anlagen hatten bei den Aktiengesellschaften einen Anteil von 37,3% am Anlage- bzw. 17,7% am Rohbetriebsvermögen dieser Kapitalgesellschaften. Die Finanzanlagen, die zu zwei Dritteln aus Schachtelbeteiligungen bestehen, waren mit 34,6% am Anlage- bzw. 16,4% am Rohbetriebsvermögen ebenfalls sehr stark vertreten; das Umlaufvermögen blieb mit 52,5% um 5 Punkte unter der Quote aller nichtnatürlichen Personen.

Einheitswertgruppen

268713 Gewerbebetriebe (ohne Kapitalsammelstellen), das sind über 45% der Gesamtmasse, wiesen Einheitswerte von weniger als 100000 DM auf; sie waren aber an der Gesamtsumme der Einheitswerte lediglich mit 2% beteiligt. Auf nur 1285 Betriebe mit Einheitswerten von 50 Mill. DM und mehr, das sind 0,2% der Gesamtzahl, entfiel über die Hälfte des Gesamtvolumens der Einheitswerte (50,1%). Allein die 296 Großunternehmen in der nach oben offenen Gruppe 200 Mill. DM und mehr erreichten einen Anteil von 36,2%.

Innerhalb der Einheitswertschichtung ergeben sich unterschiedliche Anteile des Anlage- und Umlaufvermögens sowie der Schulden am Rohbetriebsvermögen. Mit Ausnahme der unteren zwei Größenklassen lassen sich zwei signifikante Bereiche mit ähnlichen Anteilen dieser Wirt-

Schaubild 1

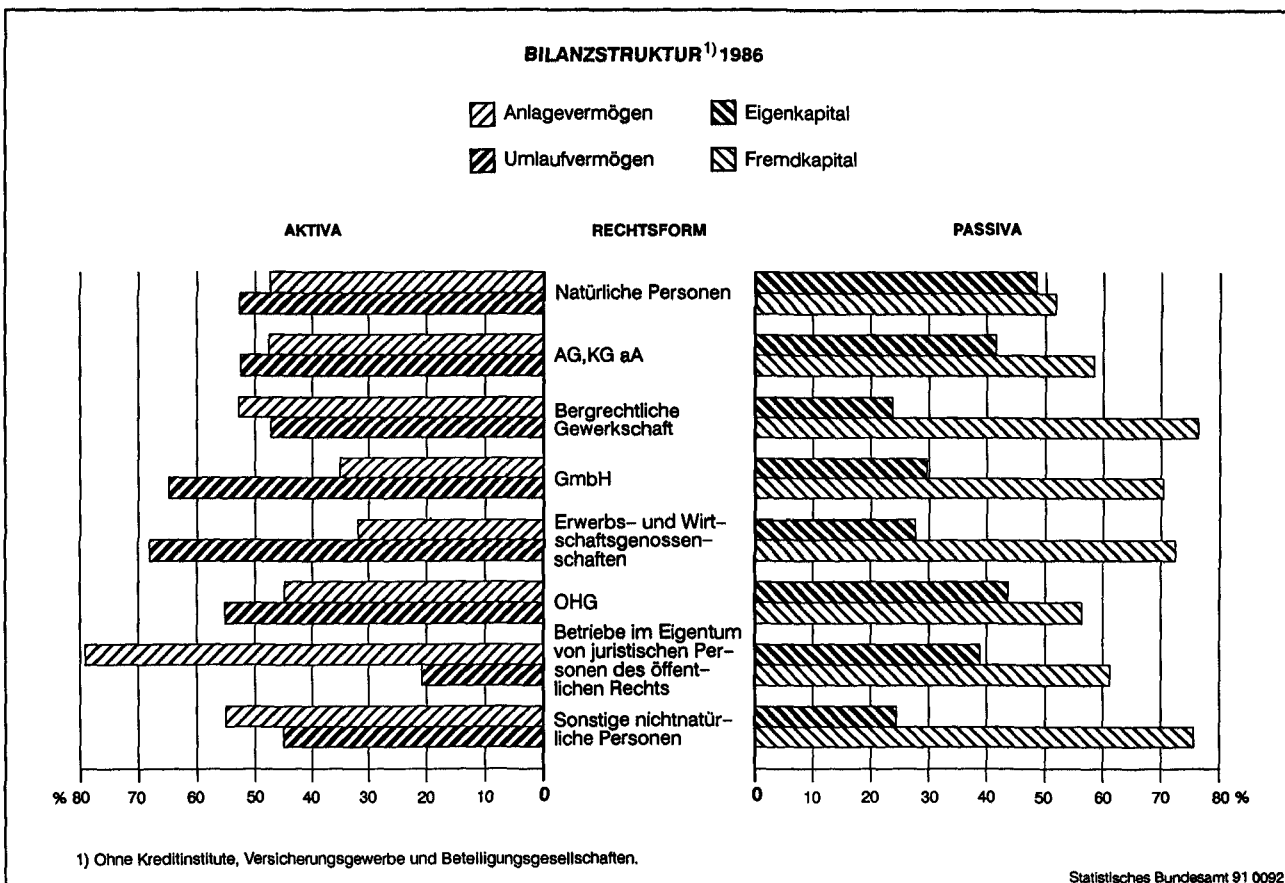


Tabelle 5: Vermögen, Schulden und Einheitswert der gewerblichen Betriebe 1986¹⁾ nach Einheitswertgruppen
Ergebnis der Einheitswertstatistik

Einheitswert von . . . bis unter DM	Gewerbebetriebe			Anlage- vermögen	Umlaufvermögen		Rohbetriebs- vermögen		Schulden und sonstige Abzüge ²⁾		Einheitswert		
	Anzahl	%	1983 = 100	Mill. DM		in % des Rohbe- triebsver- mögens	Mill. DM	1983 = 100	Mill. DM	in % des Rohbe- triebsver- mögens	Mill. DM	%	1983 = 100
unter 3 000	5 573	0,9	63,5	328	601	64,7	929	94,1	910	98,0	11	0,0	62,9
3 000— 6 000	8 311	1,4	56,4	483	936	65,9	1 420	78,4	1 379	97,1	38	0,0	56,4
6 000— 10 000	10 522	1,8	58,7	613	1 277	67,6	1 890	87,1	1 804	95,5	84	0,0	59,0
10 000— 20 000	27 588	4,7	61,3	1 790	3 523	66,3	5 313	83,1	4 874	91,7	415	0,1	61,3
20 000— 30 000	30 721	5,2	64,3	2 297	4 265	65,0	6 563	73,0	5 724	87,2	766	0,1	65,3
30 000— 40 000	28 306	4,8	80,7	2 006	4 446	68,9	6 452	88,7	5 454	84,5	987	0,2	80,9
40 000— 50 000	31 567	5,3	93,1	2 298	5 358	70,0	7 655	101,7	6 182	80,8	1 431	0,2	93,6
50 000— 70 000	67 313	11,4	106,3	5 562	13 517	70,8	19 078	114,1	14 721	77,2	3 905	0,6	105,4
70 000— 100 000	58 812	9,9	93,0	6 775	15 278	69,3	22 053	101,7	17 033	77,2	4 956	0,8	92,9
100 000— 150 000	76 267	12,9	95,2	10 416	23 818	69,6	34 235	107,6	24 736	72,3	9 404	1,5	95,3
150 000— 250 000	84 890	14,3	100,1	17 616	33 767	65,7	51 383	107,4	34 444	67,0	16 422	2,6	100,4
250 000— 500 000	73 716	12,4	103,7	28 103	51 386	64,6	79 489	111,2	53 170	66,9	25 673	4,1	103,9
500 000— 1 Mill.	39 319	6,6	105,4	30 654	55 872	64,6	86 525	110,4	58 578	67,7	27 353	4,3	105,5
1 Mill.— 2,5 Mill.	26 736	4,5	105,4	48 443	80 859	62,5	129 303	105,5	86 698	67,1	41 234	6,5	105,6
2,5 Mill.— 5 Mill.	10 380	1,8	106,9	42 809	69 635	61,9	112 444	108,1	73 658	65,5	36 092	5,7	106,9
5 Mill.— 10 Mill.	5 877	1,0	108,4	62 005	74 287	54,5	136 292	118,1	79 598	58,4	41 105	6,5	108,0
10 Mill.— 20 Mill.	3 199	0,5	115,4	57 298	74 394	56,5	131 692	109,2	82 628	62,7	44 224	7,0	114,6
20 Mill.— 50 Mill.	2 024	0,3	115,4	75 590	115 235	60,4	190 825	120,9	120 948	63,4	61 828	9,8	114,9
50 Mill.— 100 Mill.	704	0,1	125,3	59 467	77 897	56,7	137 363	119,8	82 986	60,4	48 732	7,7	126,1
100 Mill.— 200 Mill.	285	0,0	110,9	54 601	61 653	53,0	116 253	112,3	70 061	60,3	39 858	6,3	111,2
200 Mill. und mehr	296	0,0	129,3	317 460	336 121	51,4	653 582	152,1	372 554	57,0	229 121	36,2	146,4
Insgesamt . . .	592 406	100	91,3	826 612	1 104 126	57,2	1 930 738	122,9	1 198 139	62,1	633 641	100	120,8

¹⁾ Ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften. — ²⁾ Ohne Schachtelvergünstigungen.

schaftsgüter ablesen. Bei den Gewerbebetrieben mit Einheitswerten bis 150 000 DM liegt der Anteil des Anlagevermögens bei über 29 % bis unter 35 % des Rohbetriebsvermögens bzw. der Summe der Aktivposten (Bilanzsumme) und steigt in den darüberliegenden Einheitswertgruppen bis auf 48,6 % an. Es zeigt sich, daß im allgemeinen mit zunehmender Betriebsgröße der Anteil der Maschinenausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen und der Finanzanlagen ein immer größeres Gewicht erlangt. Umgekehrt nimmt die Bedeutung des Umlaufvermögens entsprechend ab. Dies liegt eindeutig an geringeren Vorratsvermögensanteilen, wobei bei den Anteilen des Betriebskapitals, das insgesamt 65,3 % des Umlaufvermögens beträgt, kein größenabhängiger Trend zu erkennen ist. Die Anteile der Schulden und sonstigen Abzüge (ohne Schachtelbeteiligungen) am Rohbetriebsvermögen gehen mit zunehmendem Einheitswert etwas uneinheitlich zurück; sie liegen bei den Betrieben in den kleinsten Einheitswertgruppen über 90 % und erreichen in der höchsten Klasse, wo mit 372,6 Mrd. DM 31,1 % der Schulden enthalten sind, noch 57,0 % der Bilanzsumme.

Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen, die insgesamt 5,1 % des Rohbetriebsvermögens ausmachen, spielen nicht nur in Betrieben mit Einheitswerten von 1 Mill. DM und mehr eine Rolle (hier beträgt ihr Bilanzsummenanteil zwischen 1,1 % in der Gruppe 1 Mill. bis unter 2,5 Mill. DM und 11,4 % in der Gruppe 5 Mill. bis unter 10 Mill. DM), sie sind auch in den kleineren Betriebsgrößen vertreten (z. B. 50 000 bis unter 70 000 DM Einheitswert: 2,4 %, 20 000 bis unter 30 000 DM Einheitswert: 1,1 %).

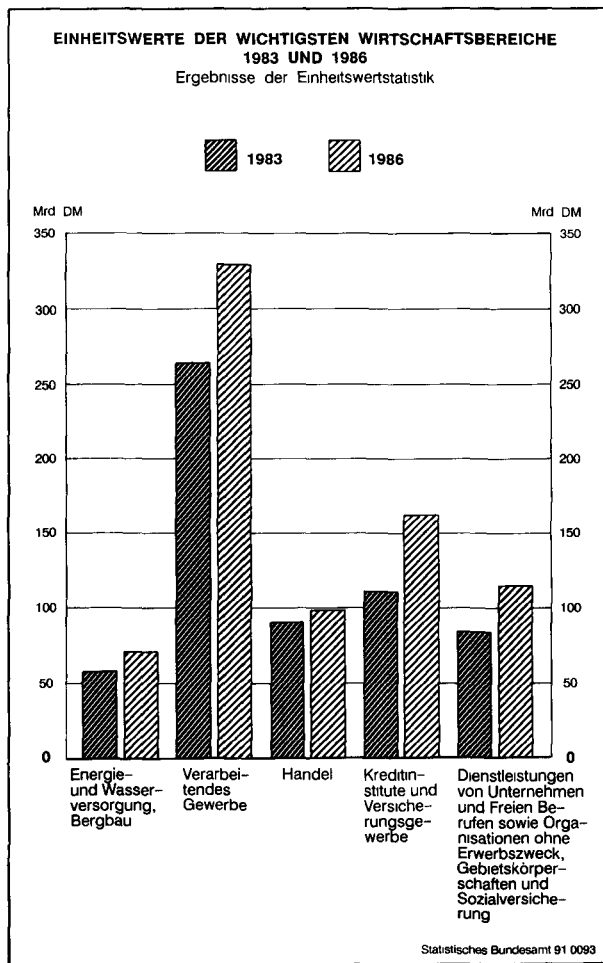
Bilanzstruktur nach Wirtschaftszweigen

Die wirtschaftlichen Betätigungen der Unternehmen sind naturgemäß mit dem Einsatz verschiedenartiger Wirtschaftsgüter und deren unterschiedlicher Finanzierung durch Eigen- oder Fremdkapital verbunden. Entsprechend

differenziert ist das Bild der Vermögensstrukturen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Aus dem nach der vollen Tiefe der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, gegliederten Material werden im Tabellenteil auf S. 72* f. Bilanzstrukturdaten nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen gebracht. Die Systematik in der Fassung für die Steuerstatistiken weicht nur in solchen Branchen ab, die besonderen steuerlichen Regelungen unterworfen sind, wie zum Beispiel die Land- und Forstwirtschaft, die Organisationen ohne Erwerbzweck sowie die öffentlichen Gebietskörperschaften und Einrichtungen der sozialen Sicherung. Erstmals wurde die Einheitswertstatistik 1980 nach dieser wirtschaftlichen Gliederung aufbereitet, so daß ein Vergleich mit diesen Ergebnissen vertretbar erscheint, auch wenn durch die erwähnten steuerrechtlichen Einflüsse kleinere Betriebe entfallen sind.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme aller Betriebe (ohne Kapitalsammelstellen) belief sich 1986 auf 42,8 % und lag damit zwischen den Quoten der vorangegangenen sechs Jahre. Unter den Ergebnissen des Produzierenden Gewerbes, dessen bilanzmäßige Gesamtstruktur etwa der aller Gewerbebetriebe entspricht, hat bei den Aktiva das Anlagevermögen bei Brauereien, Mälzereien, bei Energie- und Wasserversorgungsunternehmen, im Bergbau, in der Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung, bei Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas einen besonders hohen Anteil (zwischen 69,0 und 53,5 %); entsprechend hoch sind in diesen Bereichen auch die Anteile der Sachanlagen (zwischen 56,3 % bei Energie- und Wasserversorgung und 39,0 % in der Zellstoffherzeugung usw.). In dieser Spanne liegen aber auch die Quoten für die Holzbearbeitung sowie für Schlachthäuser und Fleischverarbeitung, die ebenfalls einen hohen Mechanisierungsgrad haben. In den meisten Bereichen des Produzierenden Gewerbes überwiegt dagegen das Umlaufvermögen, insbesondere im Kessel- und Behälterbau (83,0 %), im Luft- und

Schaubild 2



Bilanzsumme die höchste Vorratsquote des Einzelhandels erreicht. Der Einzelhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln, Anstrichbedarf erreichte in dieser Unterabteilung die relativ niedrigste Quote des Anlagevermögens (29,1%), dem 44,4% Eigenkapitalquote gegenüberstehen. Der Unterschied von jetzt 15,3 Prozentpunkten entspricht in etwa der Spanne von vor sechs Jahren (16 Prozentpunkte).

In bezug auf die sonstigen Wirtschaftsbereiche sei erwähnt, daß in der Gruppe See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen einem Anlagevermögensanteil am Rohbetriebsvermögen von 74,0% nur ein Eigenkapitalanteil von 28,8% gegenübersteht. Extrem hohe Anteile des Anlagevermögens gibt es mit jeweils 79,1% in der Vermögensverwaltung und bei der Vermietung beweglicher Sachen. In der Vermögensverwaltung sind beachtliche Umstrukturierungen zu beobachten; hier lag 1980 die Anlageintensität noch bei 64,1%, wobei die Finanzanlagen 46,1% der Bilanzsumme erreichten; 1986 lagen diese Anteile bei 79,1 bzw. 72,5%. Entsprechend erhöhte sich die Eigenfinanzierungsquote von 51,7 auf 79,2%, wobei eine Umschichtung zugunsten von Schachtelbeteiligungen festzustellen ist, die hier mit 53,8% (1980: 16,3%) den höchsten Bilanzsummenanteil erreichten.

Dipl.-Volkswirt Roland Schöffel

Raumfahrzeugbau (82,5%) und bei Bauinstallationen (80,5%). In diesen Wirtschaftsgruppen kommen auch hohe Anteile an Vorratsvermögen (zwischen 31,3 und 38,1%) vor, die mit 45,0% nur noch durch Betriebe übertroffen werden, die sich mit der Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen sowie Weichenbau beschäftigen.

Auf der Finanzierungsseite wird im Produzierenden Gewerbe 61,5% Fremdkapitalanteil ausgewiesen; er liegt damit um rund 5 Punkte über der Quote für das Umlaufvermögen dieses Wirtschaftsbereiches. Umgekehrt steht hier der Anlagevermögensquote eine entsprechend niedrige Eigenkapitalquote gegenüber. Besonders hohe Diskrepanzen zwischen diesen beiden Quoten fallen mit 31,7 Prozentpunkten in der Energie- und Wasserversorgung auf, wobei jedoch vor sechs Jahren die Abweichung sogar um 2,2 Punkte größer war, sowie bei Brauereien, Mälzereien mit 18,7 Punkten, das sind 2,4 Punkte mehr als vor sechs Jahren.

Im Sektor Handel, wo branchenbedingt das Gewicht des Umlaufvermögens in der Regel dominiert, setzt sich dieses im Großhandel überwiegend aus Posten des Betriebskapitals, im Einzelhandel eher aus Vorräten zusammen. Der Großhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren weist dabei über 84,0% des Rohbetriebsvermögens als Umlaufvermögen, darunter aber nur 35,6% als Vorräte, und 16,0% als Anlagevermögen aus, wobei 26,8% der Bilanzsumme auf Eigenkapital entfallen. Im gleichen Bereich des Einzelhandels wird mit 47,4% der

Wasserwirtschaftliche Bilanz für die Bundesrepublik Deutschland 1987

Einführung

Wasser ist als Grundelement für jedes biologische Leben unerlässlich. Es kommt in den verschiedensten Formen vor: als Eis, Dampf und in flüssigem Zustand als Regen, als Grund- und Quellwasser im Boden, in Flüssen, Seen und im Meer. 70,6% der Erdoberfläche, etwa 361 Mill. km², sind mit Wasser bedeckt. Etwa 1 348 Mill. km³ stellen die Weltmeere als Hauptanteil der Hydrosphäre, während das Eis in den Polargebieten und in Hochgebirgen 2,0% oder 27,8 Mill. km³, Süßwasserseen, Flüsse und Grundwasser zusammen nur 0,6% oder 8,3 Mill. km³ ausmachen¹⁾.

Schaubild 1 zeigt einen schematischen Wasserkreislauf für die Bundesrepublik Deutschland. Das Wasser befindet sich ständig in konstanter Menge in lokalen und globalen Kreisläufen von Verdunstung, Kondensation, Niederschlag und Abfluß.

Ausreichende Wasservorkommen waren stets Schwerpunkte menschlicher Ansiedlungen. Gewässernutzungen, die je nach Bevölkerungsdichte, Lebensstandard, Industriebesatz und hydro-geographischen Gegebenheiten unterschiedlich sein können, erfolgen im wesentlichen für

- Trinkwassergewinnung für Haushalte und Gewerbe,
- Landwirtschaft,
- Industrie,
- Elektrizitätswirtschaft,
- Schifffahrt und Transport,
- Fischerei,
- Erholungs- und Freizeiteinrichtungen,
- Naturschutz und Landschaftspflege.

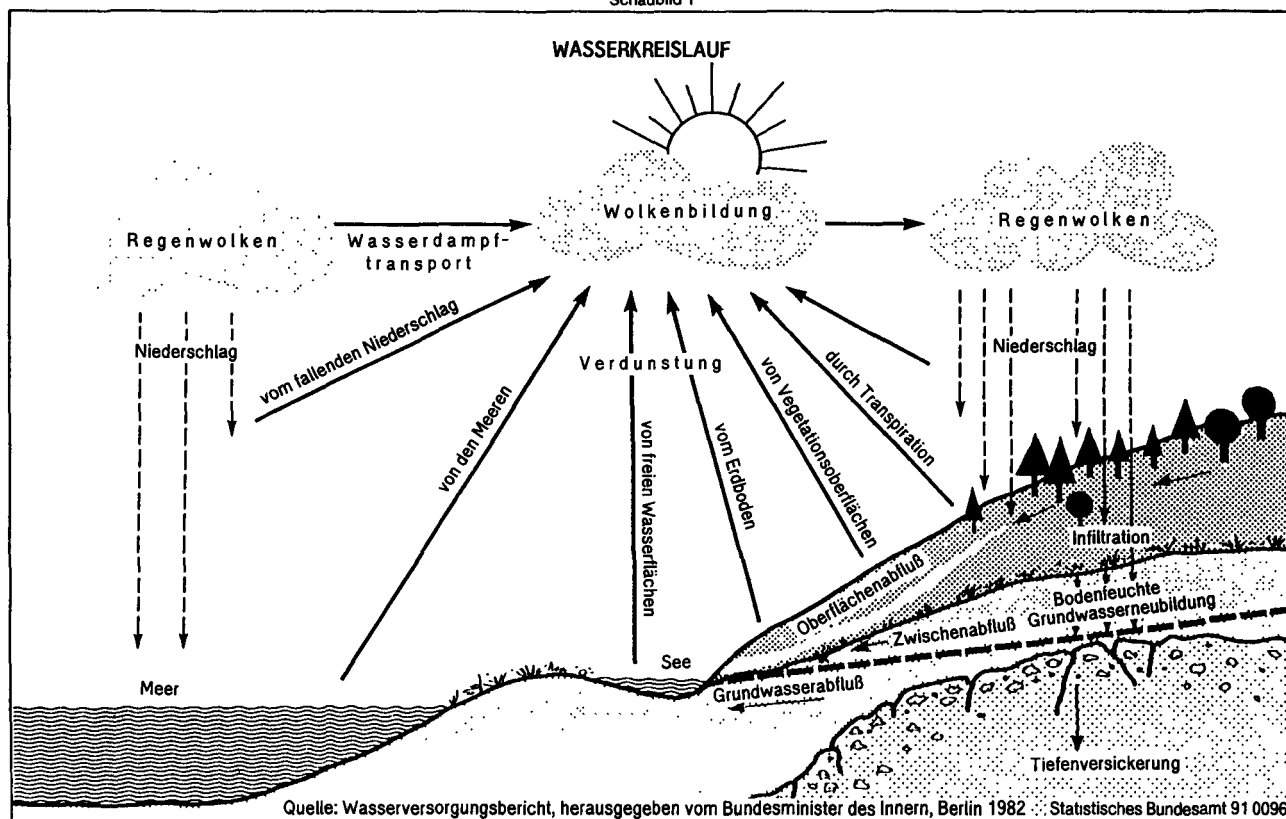
Die folgenden Ausführungen behandeln nur einen Ausschnitt aus der Gesamtproblematik, nämlich die Wasserentnahme und -nutzung für Trinkwasser, Teile der landwirtschaftlichen Verwendung, Industrietätigkeit und Elektrizitätserzeugung sowie die Behandlung und Ableitung von Abwasser (siehe auch Schaubild 2), also wichtige Aspekte der Mengenwirtschaft. Fragen des allgemeinen Wasserkreislaufs und Qualitätsprobleme bei der Gewinnung von Trinkwasser sind ausgeklammert. Die nachfolgende Darstellung und Verknüpfung von Wasserentnahmen, -nutzungen und Abwasserableitungen erfolgen in Form einer wasserwirtschaftlichen Bilanz.

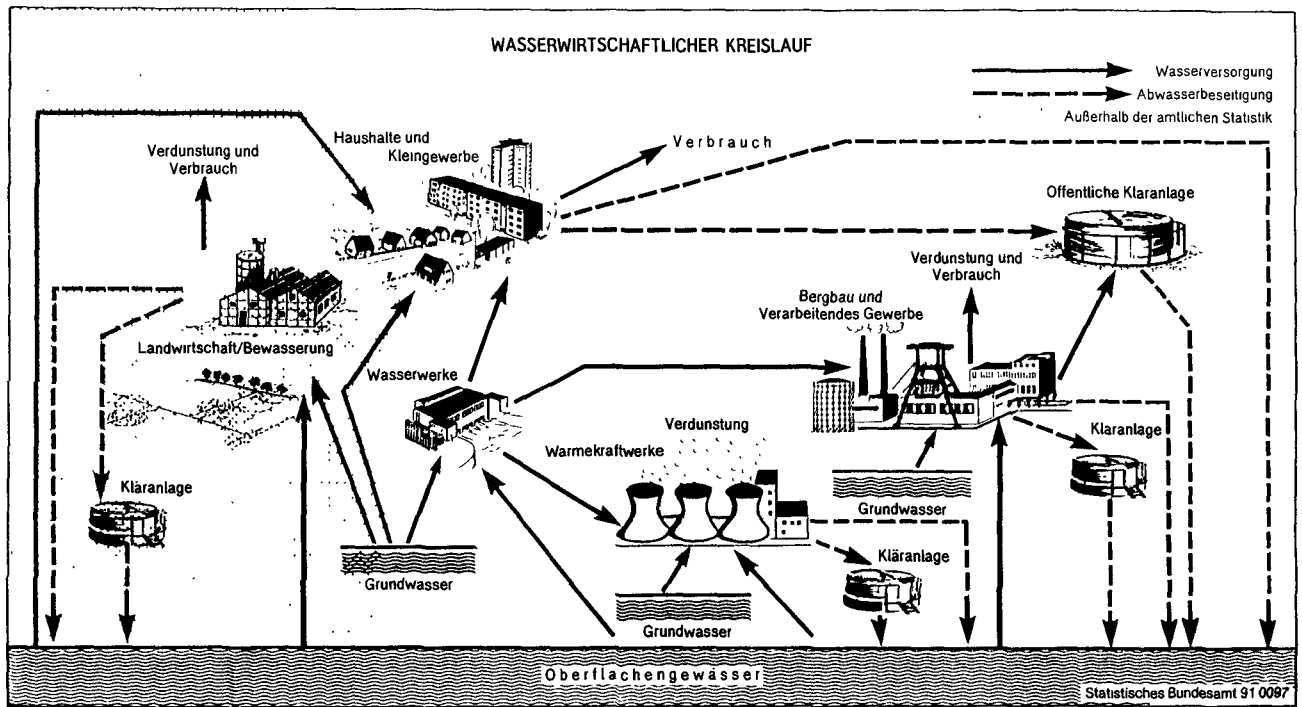
Erläuterungen zur wasserwirtschaftlichen Bilanz

Eine wasserwirtschaftliche Bilanz ist die quantitative Gegenüberstellung von Wasserentnahmen

¹⁾ Siehe Baumgartner, A./Reichel, E.: „Die Weltwasserbilanz“, München, 1975

Schaubild 1





aus der Natur, Wassereinsatz, -verbrauch, -bedarf, Abwasserbehandlung und Abwassereinleitung in die Vorfluter für einen bestimmten Zeitraum (Kalenderjahr).

Die hier vorgelegten Zahlen stammen überwiegend aus amtlichen Erhebungen über die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, bei Wärmekraftwerken sowie im öffentlichen Bereich. Diese Erhebungen werden seit den frühen 50er Jahren in mehrjährigen Abständen durchgeführt. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse in der Fachserie 19, Reihe 2.1 und 2.2²⁾. Daten für Wirtschaftsbereiche, die nicht in diese Erhebungen einbezogen sind, wurden unter teilweiser Verwendung der Ergebnisse anderer Stellen geschätzt³⁾.

Die Bilanz ist als Matrix aufgebaut, wobei in den Spalten die Angaben nach Wasserarten und -nutzungen und in den Zeilen die Aktivitäten der einzelnen Wirtschaftsbereiche⁴⁾ dargestellt werden. Die Bereiche Bau, Handel, Verkehr, Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbscharakter wurden aus technischen Gründen zur Gruppe „Andere Wirtschaftszweige“ zusammengefaßt.

Der Zusammenstellung liegt folgende, für den einzelnen Wirtschaftszweig geltende Bilanzgleichung zugrunde:

Wasserentnahme

- ungenutzt abgeleitete Wassermengen
- ± Saldo der Wasserlieferungen (Bezüge und Abgaben) zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen

= Wassereinsatz

- Verbrauch

= Abwasseranfall

- ± Saldo der Abwasserlieferungen (Übernahmen und Abgaben) zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen, einschließlich Fremdwasser

= Abwasserableitung

Bei Zusammenfassung aller Wirtschaftszweige ergeben die Salden sowohl der Wasserlieferungen als auch der Abwasserlieferungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen jeweils den Wert Null.

Als Wasserentnahme wird die Gewinnung von Wasser aus oberirdischen Gewässern, wie Flüssen, Seen oder Talsperren, sowie aus Grundwasservorkommen verstanden. In einigen Wirtschaftszweigen übersteigt die gewonnene Wassermenge die für betriebliche Zwecke benötigten Mengen. Dies kann, wie bei der Wasserhaltung im Bergbau, verfahrensbedingt oder die Folge natürlicher Gegebenheiten, wie zum Beispiel bei starker Quellschüttung, sein. Solche Überschußmengen werden entweder an andere Wasserverbraucher abgegeben oder müssen ungenutzt wieder abgeleitet werden. In nahezu allen Wirtschaftszweigen reicht jedoch die selbst gewonnene Wassermenge nicht aus, um den Bedarf zu decken, so daß Wasser von Dritten, vorwiegend der öffentlichen Wasserversorgung, bezogen werden muß. Es wäre für eine bessere Darstellung der Versorgungssituation nützlich, die Bezüge und Abgaben zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen nachzuweisen. Die für einige Sektoren unzurei-

²⁾ Fachserie 19, Reihen 2.1 und 2.2, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, mehrjähriger Veröffentlichungsturnus.

³⁾ Siehe „Wasserverbrauch für Bewässerung“, herausgegeben vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn, 1979 und 1985. „Laufende Wasserstatistik“, herausgegeben vom Bundesverband der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft, Bonn, 1976—1988; „Wasserversorgungsbericht“, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Berlin, 1982; Döring, M.: „Das Abflußdefizit in den Flüssen der Bundesrepublik Deutschland durch die Kühlwasserverdunstung“ in Elektrizitätswirtschaft, herausgegeben von der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswirtschaft, Frankfurt a. M., 1981, S. 835 ff.

⁴⁾ Siehe Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken (SYUM), Arbeitsunterlage, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, 1974, Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Mainz — Stuttgart, 1980.

chenden Datengrundlagen sowie die starke Vernetzung der Lieferbeziehungen lassen jedoch eine solche Darstellung gegenwärtig nicht zu.

Als **Wassereinsatz** wird jene Wassermenge bezeichnet, die tatsächlich im Betrieb oder Haushalt verwendet wird. Sie kann für einzelne Zwecke, nacheinander für verschiedene Zwecke oder in Kreislaufverfahren eingesetzt werden. Die entsprechend der Zahl der Nutzungen mehrfach gezählten Mengen ergeben die Gesamtnutzung, eine theoretische Größe, die dem Wasserbedarf gleichgesetzt wird. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel den privaten Haushalten, entspricht der Wassereinsatz dem so definierten Wasserbedarf, da dort das Wasser nur einfach genutzt wird. In den meisten Wirtschaftszweigen übersteigt der Bedarf dagegen den Einsatz um ein Mehrfaches.

Als **Verbrauch** wird jener Anteil des Wassereinsatzes verstanden, der nach der Nutzung nicht mehr abgeleitet

werden kann, weil er entweder verdunstet oder in die Produkte eingegangen ist.

Auf der Abwasserseite werden die nach dem Einsatz abzüglich des Verbrauchs angefallenen sowie abgeleiteten Abwassermengen dargestellt. Beim **Abwasseranfall** kann zwischen Abwasser aus Kühlprozessen, aus Produktionsprozessen und sonstigen Verwendungen (z. B. Belegschaftswasser) unterschieden werden. Abgeleitetes Abwasser wird dem Naturkreislauf unbehandelt oder nach Behandlung zugeführt. Die Abwasserlieferungen innerhalb eines Wirtschaftsbereiches bzw. der Sektoren untereinander (z. B. Verschiebung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, Ableitung in die öffentliche Kanalisation) werden entsprechend dem zuvor erläuterten Vorgehen bei Frischwasser nicht dargestellt. Die Mengen sind jeweils in dem Bereich aufgeführt, in dem das Abwasser anfällt. Als Ergebnis kann die Abwasserableitung, bedingt durch Zuleitungen in die öffentliche Sammelkanalisation,

Tabelle 1: Wasserwirtschaftliche Bilanz

Mill. m³

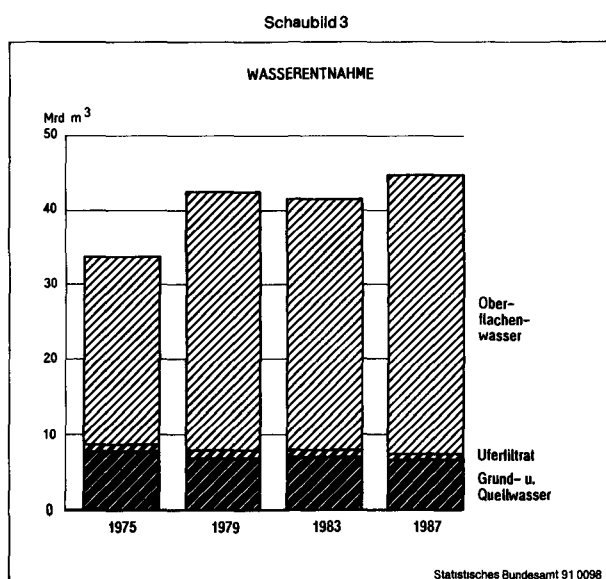
Wirtschaftsbereich Jahr	Wasser- entnahme	Ungenutzt abgeleitetes Wasser	Wasser- einsatz	Wasser- bedarf	Verbrauch	Abwasser- anfall	Abwasser- einleitung
Insgesamt¹⁾							
1975	33 572	1 289	32 283	69 634	2 441	32 076	32 076
1979	42 204	1 217	40 987	87 478	2 833	41 266	41 265
1983	41 216	1 354	39 862	87 031	2 052	41 766	41 766
1987	44 583	935	43 648	96 527	2 359	46 306	46 306
Landwirtschaft (Bewässerung)							
1975	230	—	230	230	230	—	—
1979	167	—	167	167	167	—	—
1983	223	—	223	223	223	—	—
1987	235	—	235	235	235	—	—
Wärme- und Kälteanlagen							
Wärme- und Kälteanlagen für die öffentliche Versorgung							
1975	17 717	3	17 868	34 118	980	16 888	16 871
1979	25 512	9	25 717	45 732	1 410	24 307	24 258
1983	25 556	7	25 799	47 451	618	25 181	25 138
1987	30 028	7	30 258	57 017	755	29 503	29 462
Wärme- und Kälteanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe							
1975	x	x	2 389	7 454	136	2 253	2 166
1979	x	x	2 810	8 466	199	2 611	2 595
1983	x	x	2 243	6 467	87	2 156	2 137
1987	x	x	2 053	6 715	95	1 958	1 923
Bergbau							
1975	2 343	1 129	298	1 919	51	247	221
1979	2 602	1 080	305	2 127	58	247	265
1983	2 486	1 204	271	1 970	66	205	248
1987	1 831	758	275	1 674	69	206	247
Verarbeitendes Gewerbe							
1975	8 250	120	7 382	22 185	476	6 906	6 028
1979	8 710	107	7 668	26 814	444	7 224	6 345
1983	7 709	119	6 892	26 592	439	6 453	5 754
1987	7 391	141	6 601	26 594	438	6 163	5 415
Andere Wirtschaftszweige							
1975	141	37	182	321	27	155	61
1979	143	22	158	554	23	135	89
1983	128	24	141	551	21	120	81
1987	122	29	135	553	17	118	75
Private Haushalte							
1975	125	—	3 332	3 332	x	3 389	268
1979	84	—	3 528	3 528	x	3 576	230
1983	73	—	3 695	3 695	111	3 661	199
1987	59	—	3 650	3 650	268	3 471	243
Öffentliche Wasserversorgung							
1975	4 766	—	598	75	527	x	x
1979	4 966	—	560	70	495	x	x
1983	5 041	—	564	82	487	x	x
1987	4 918	—	571	89	482	x	x
Öffentliche Abwasserbeseitigung							
1975	x	x	x	x	x	x	6 461 ²⁾
1979	x	x	x	x	x	x	7 483 ²⁾
1983	x	x	x	x	x	x	8 209 ²⁾
1987	x	x	x	x	x	x	8 941 ²⁾

¹⁾ Die Addition der einzelnen Bilanzpositionen über alle Wirtschaftszweige hinweg ergibt nicht in allen Fällen die in der Insgesamt-Position ausgewiesenen Mengen. Grund hierfür sind statistische Differenzen, die jedoch nicht einzeln ausgewiesen wurden. — ²⁾ Einschl. Niederschlags- und sonstigen Fremdwassers.

wesentlich niedriger sein als der Abwasseranfall. Eine Ausnahme bildet der Bereich „Öffentliche Abwasserbeseitigung“. Hier werden bei Abwasserableitungen insgesamt auch die bei der Entnahme nicht erfaßten, aber in öffentlichen Kläranlagen behandelten Niederschlags- und sonstigen Fremdwassermengen ausgewiesen.

Die Entwicklung wichtiger wasserwirtschaftlicher Eckdaten in der Bundesrepublik Deutschland

Im Zeitraum 1975 bis 1987 stieg die jährliche Wasserentnahme aus der Natur von 33,6 auf 44,6 Mrd. m³ (siehe Tabelle 1). Der überwiegende Teil (1987: 37,4 Mrd. m³) war Fluß-, Seen- und Talsperrenwasser, außerdem wurden 0,9 Mrd. m³ Uferfiltrat, das heißt Wasser, das der Gewinnungsanlage aus einem Oberflächengewässer nach kurzer Bodenpassage zufließt, sowie 6,3 Mrd. m³ Grund- und Quellwasser gefördert.



Die größte Wassermenge gewannen die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung. Sie förderten über zwei Drittel der gesamten Wassermenge (30 Mrd. m³), vorwiegend aus Oberflächengewässern. Die zweite wichtige Gruppe stellten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes dar, auf die mit rund 7,4 Mrd. m³ 17% der Wasser-

Tabelle 2: Wasserentnahme nach Wasserarten 1987
Mill. m³

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Grund- und Quellwasser	Oberflächenwasser	Uferfiltrat
Landwirtschaft	235	175	60	—
Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung	30 028	42	29 977	8
Bergbau ¹⁾	1 831	1 012	818	0
Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾	7 391	1 274	5 555	563
Andere Wirtschaftszweige	122	55	52	15
Private Haushalte	59	59	—	—
Öffentliche Wasserversorgung	4 918	3 664	966	287
Insgesamt ...	44 583	6 281	37 428	873

¹⁾ Einschl. Wärmekraftwerke.

entnahme entfielen. Erst an dritter Stelle folgte die öffentliche Wasserversorgung, die 1987 rund 4,9 Mrd. m³ gewonnen hat (siehe auch Tabelle 2).

Die Struktur der Wasserversorgung der größten industriellen Wassernutzer ist in Tabelle 3 dargestellt. Der enorme Wasserbedarf im Bergbau, in der Eisenschaffenden und in der Chemischen Industrie wird größtenteils durch eigene Entnahmen gedeckt, dennoch sind teilweise umfangreiche Bezüge aus dem öffentlichen Netz oder von anderen Betrieben notwendig.

In den aufgeführten Branchen wurden 10% des dort gewonnenen Frischwassers ungenutzt abgeleitet. Überwiegend handelte es sich um Wassermengen, die zur Trockenlegung beim Tagebau im Braunkohlenrevier und der Steinkohlengruben gefördert wurden. Auch in großen Ton- und Kiesgruben fielen beträchtliche Wassermengen an, die von den Betrieben nicht für eigene Zwecke verwendet werden konnten. Wie Tabelle 3 zeigt, erreichte die in den dort aufgeführten Wirtschaftszweigen anfallende Überschussmenge (Wasserabgabe und ungenutzt abgeleitetes Wasser) rund 1,3 Mrd. m³. 30% dieser Menge (388 Mill. m³) wurden an die Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung oder andere Betriebe abgegeben. Es ist davon auszugehen, daß die mit zum Teil erheblichem Aufwand geförderten Wassermengen nur dann ungenutzt abgeleitet werden, wenn die technischen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Lieferungen an Verbrauchszentren nicht gegeben sind oder die qualitativen Eigenschaften des Rohwassers eine Aufbereitung zu Trinkwasser oder für andere Nutzungen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht ermöglichen.

Der Wassereinsatz erreichte — wie Tabelle 1 zeigt — 1987 mit 43,6 Mrd. m³ das bislang höchste Niveau. Beachtung verdient der in den letzten Jahren konstante Wassereinsatz bei den privaten Haushalten, der allerdings nicht in allen regionalen Wasserversorgungsgebieten zu verzeichnen war.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der rechnerisch ermittelten Gesamtnutzung, die hier dem Bedarf gleichgesetzt wird. Der Wert liegt um das 2,2fache über dem Wassereinsatz, das heißt im Durchschnitt wurde jeder Kubikmeter des eingesetzten Wassers 2,2mal genutzt.

Die gesamte Entwicklung wird wesentlich durch die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung bestimmt, deren Wasserbedarf in den letzten Jahren stetig angewachsen ist. Dagegen ist die Wassernutzung bei den Industriekraftwerken von 1975 bis 1987 um annähernd 10% zurückgegangen. Die Entwicklung bei den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes spiegelt die wirtschaftliche Lage dieses Sektors wider. Nach dem starken Anstieg in den Jahren 1975 bis 1979 auf 26,8 Mrd. m³ sank er in den Folgejahren geringfügig ab und erreichte 1987 26,6 Mrd. m³.

Ein besonderes Problem stellt die Ermittlung des Verbrauchs von Wassermengen dar, da hierüber keine statistischen Angaben vorliegen. Die ausgewiesenen Verbrauchsdaten mußten daher geschätzt werden.

Tabelle 3: Struktur der Wasserversorgung einiger Wirtschaftszweige im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1987¹⁾

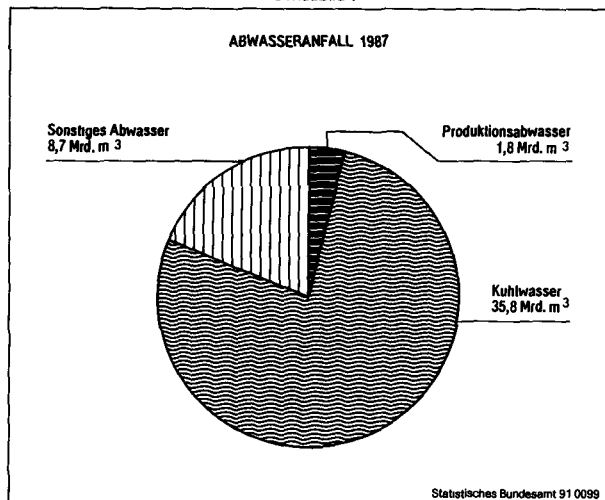
Wirtschaftszweig	Wasserentnahme	Wasserbezug		Wasserabgabe		Ungenutzt abgeleitetes Wasser ²⁾	Wassereinsatz insgesamt	Eigenversorgungsgrad
		aus dem öffentlichen Netz	von anderen Betrieben und Einrichtungen	an das öffentliche Netz und Wohnsiedlungen	an andere Betriebe und Einrichtungen			
Mill. m ³								
								%
Bergbau	1 831	59	38	55	183	758	930	95,1
dar.: Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei	907	56	29	8	17	191	775	94,6
Mineralölverarbeitung	268	18	6	0	4	3	283	92,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	311	13	4	0	0	51	275	94,8
darunter:								
Gewinnung von Sand, Kies	178	0	1	0	0	0	179	99,5
Herstellung von Zement	36	1	2	0	0	15	23	89,1
Eisenschaffende Industrie	1 078	83	1	15	21	24	1 103	92,8
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	183	10	47	0	18	3	219	73,9
Chemische Industrie	3 802	103	264	6	77	45	4 041	91,0
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	656	8	9	2	3	2	667	97,5
Straßenfahrzeugbau	146	39	1	1	0	1	184	78,7
Textilgewerbe	267	15	0	0	1	0	281	94,4
Ernährungsgewerbe	317	98	9	0	2	5	416	74,4
Insgesamt	8 858	445	379	79	309	894	8 399	90,2

¹⁾ Einschl. Wärmekraftwerke im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. — ²⁾ Einschl. ungenutzt in betriebs eigene Abwasserbehandlungsanlagen abgeleiteten Wassers.

Dabei werden die bei Kühlprozessen verdunsteten Mengen unter Verwendung von technischen Verdunstungskoeffizienten errechnet und in ähnlicher Weise die Wasserverluste bei Transport und Wasserbevorratung bestimmt. Für das zur Bewässerung in der Landwirtschaft eingesetzte Wasser wird angenommen, daß die gesamte Menge durch Verdunstungsvorgänge oder Aufnahme der Pflanzen verbraucht wird. Insgesamt standen 1987 rund 2,4 Mrd. m³ Wasser nach der ersten Nutzung nicht mehr für

genwasser. Fast ein Viertel dieser Abwassermengen wurde zuvor mechanisch bzw. biologisch gereinigt. Ihr Anteil stieg seit 1975 von 7,9 auf 10,5 Mrd. m³ an. Von den unbehandelt abgeleiteten Abwassermengen stammten 98% aus Kühlprozessen. Größter direkter Ableiter waren mit 29,5 Mrd. m³ die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung.

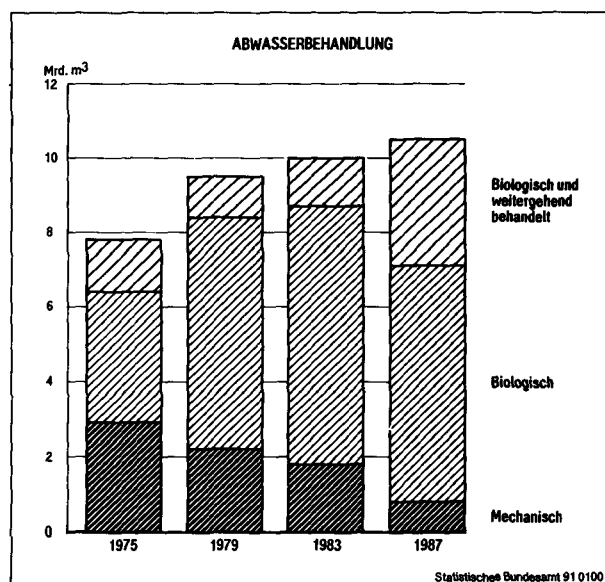
Schaubild 4



weitere Nutzungen oder die Ableitung zur Verfügung. Das nach der Nutzung anfallende Abwasser stieg seit 1975 von 32,1 Mrd. m³ kontinuierlich an und erreichte 1987 mit 46,3 Mrd. m³ den bislang höchsten Stand. Die Zusammensetzung änderte sich in den Berichtsjahren nur unerheblich. 1987 bestand das anfallende Abwasser zu 77% aus Kühlwasser, 4% produktionspezifischen Abwässern und 19% sonstigen Abwässern (z. B. Belegschaftswasser).

Die in die Vorfluter abgeleiteten Abwassermengen (46,3 Mrd. m³) enthielten auch 4,6 Mrd. m³ in die öffentlichen Sammelkanalisationen eingedrungenes Fremd- und Re-

Schaubild 5



Das bei privaten Haushalten (von ca. 90% der Wohnbevölkerung) entstandene Abwasser wurde größtenteils durch öffentliche Abwasseranlagen gesammelt und abgeleitet. Die restlichen Abwassermengen der privaten Haushalte wurden außerhalb der öffentlichen Abwasserbeseitigung eingeleitet.

Ausblick

Die beschriebenen wasserwirtschaftlichen Grunddaten stellen, wie bereits erwähnt, nur einen Teilaspekt der gesamtwasserwirtschaftlichen Bilanz dar.

Es wird weiterhin angestrebt, die fachlichen Untergliederungen zu verbessern, insbesondere einzelne Nutzungsarten, Abwasserarten und die Art der Abwasserbehandlung nachzuweisen. Tiefere Wirtschaftszweiggliederungen sowie regionalisierte Darstellungen für ausgewählte Wassereinzugsgebiete oder Ballungsräume werden ebenfalls eingehendere Analysen erlauben. Dafür wird eine engere Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder angestrebt. Schließlich sei angemerkt, daß die wünschenswerte Verknüpfung mit den Daten des natürlichen Wasserkreislaufs möglich sein wird, wenn verschiedene Fragen zur Ermittlung der Wasser-Ressourcen gelöst sind, eine Aufgabe, die jedoch nicht von der amtlichen Statistik geleistet werden kann.

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Bayer

Preise im Januar 1991

Im Januar 1991 ergaben sich für die hier zu besprechenden Preisindizes durchweg Aufwärtsbewegungen. Im Vormonatsvergleich sind die Indizes der Erzeugerpreise (+ 0,9%) und der Großhandelsverkaufspreise (+ 1,1%) stärker gestiegen als in allen Monaten des vergangenen Jahres. Im Einzelhandel und bei der Lebenshaltung aller privaten Haushalte erhöhten sich die Preisindizes im ersten Monat des Jahres 1991 ebenfalls recht kräftig (jeweils + 0,6%). Binnen Jahresfrist wies von allen Indizes der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte den stärksten Anstieg auf (+ 2,8%), gefolgt vom Index der Einzelhandelspreise (+ 2,4%), der Erzeugerpreise (+ 2,3%) und der Großhandelspreise, der vergleichsweise gering zunahm (+ 1,6%). Unter Ausschluß des Preisschubes im Mineralölbereich ergaben sich niedrigere Indexanstiege, insbesondere auf der Stufe der gewerblichen Erzeugung und des Großhandels.

	Veränderungen	
	Januar 1991 gegenüber	
	Januar 1990	Dezember 1990
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 2,3	+ 0,9
ohne Mineralölzeugnisse	+ 1,6	+ 0,5
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 1,6	+ 1,1
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,7	+ 0,7
Index der Einzelhandelspreise		
insgesamt	+ 2,4	+ 0,6
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 2,0	+ 0,4
ohne Saisonwaren	+ 2,3	+ 0,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 2,8	+ 0,6
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 2,6	+ 0,5
ohne Saisonwaren	+ 2,8	+ 0,6

Der Index der Erzeugerpreise stieg von Dezember 1990 auf Januar 1991 um 0,9% auf einen Stand von 102,4 (1985 = 100); er lag damit im Berichtsmonat um 2,3% höher als im Januar 1990. Maßgeblich für den im Vergleich zur Entwicklung im Vorjahr recht kräftigen Anstieg des Index der Erzeugerpreise ist vor allem der starke Preisanstieg bei Mineralölzeugnissen (+ 9,4% gegenüber dem Vormonat und + 17,8% gegenüber dem Vorjahresmonat). Gewerbliche Erzeugnisse ohne Mineralölzeugnisse verteuerten sich zu Jahresbeginn weniger stark (+ 0,5 bzw. 1,6%). Dabei verlief der Indexanstieg unter den Fertigerzeugnissen bei den Investitionsgütern (+ 0,6%) etwas schwächer und bei den Verbrauchsgütern deutlich stärker (+ 2,0%) als bei der Gesamtheit der gewerblichen Güter.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich von allen hier besprochenen Indizes im Vormonatsvergleich am stärksten (+ 1,1%) und im Vergleich

Ausgewählte Preisindizes 1985 = 100

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Groß- hand- els- ver- kaufs- preise ¹⁾	Ein- zel- hand- els- preise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	ins- ge- samt	darunter				ins- ge- samt	ohne Saison- waren ⁴⁾
		Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾				
1986 D	97,5	102,6	94,8	92,6	99,6	99,9	99,9
1987 D	95,1	104,9	95,1	89,2	99,7	100,1	100,1
1988 D	96,3	107,0	95,5	89,9	100,3	101,4	101,4
1989 D	99,3	109,7	100,1	94,5	102,3	104,2	104,2
1990 D	101,0	112,9	102,9	95,2	104,4	107,0	106,9
1989 Nov.	100,0	110,5	100,4	94,6	102,7	104,9	105,0
Dez.	100,0	110,5	101,1	94,9	103,2	105,2	105,3
1990 Jan.	100,1	111,2	101,4	94,7	103,5	105,8	105,7
Febr.	100,1	111,6	101,1	94,1	103,8	106,2	106,0
März	100,2	111,8	101,1	94,7	103,8	106,3	106,2
April	100,7	112,4	101,3	95,0	104,0	106,5	106,3
Mai	100,8	112,7	101,3	95,3	104,2	106,7	106,4
Juni	100,8	112,9	101,3	95,0	104,1	106,8	106,5
Juli	100,7	113,2	101,6	94,7	103,9	106,8	106,7
Aug.	101,3	113,5	104,0	95,5	104,4	107,1	107,1
Sept.	101,7	113,6	105,6	95,8	104,7	107,5	107,6
Okt.	102,1	113,9	106,8	96,4	105,5	108,2	108,3
Nov.	101,8	114,0	105,5	95,5	105,4	108,0	108,2
Dez.	101,5	114,0	104,1	95,2	105,4	108,1	108,1
1991 Jan.	102,4	114,7	106,2	96,2	106,0	108,8	108,7
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1989 Nov.	- 0,1	-	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Dez.	-	-	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3
1990 Jan.	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,3	- 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4
Febr.	-	+ 0,4	- 0,3	- 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
März	+ 0,1	+ 0,2	-	+ 0,6	-	+ 0,1	+ 0,2
April	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Mai	+ 0,1	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Juni	-	+ 0,2	-	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Juli	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	- 0,2	-	+ 0,2
Aug.	+ 0,6	+ 0,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4
Sept.	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5
Okt.	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
Nov.	- 0,3	+ 0,1	- 1,2	- 0,9	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Dez.	- 0,3	-	- 1,3	- 0,3	-	+ 0,1	- 0,1
1991 Jan.	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1986 D	- 2,5	+ 2,6	- 5,2	- 7,4	- 0,4	- 0,1	- 0,1
1987 D	- 2,5	+ 2,2	+ 0,3	- 3,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
1988 D	+ 1,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3
1989 D	+ 3,1	+ 2,5	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,8
1990 D	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,6
1989 Nov.	+ 3,1	+ 2,5	+ 4,7	+ 4,2	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,8
Dez.	+ 2,9	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,9
1990 Jan.	+ 1,9	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,5
Febr.	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,6	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,5
März	+ 1,5	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,6
April	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,2
Mai	+ 1,5	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,1
Juni	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,7	- 0,2	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2
Juli	+ 1,4	+ 3,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,3
Aug.	+ 1,9	+ 3,3	+ 4,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,6
Sept.	+ 2,1	+ 3,2	+ 5,1	+ 0,7	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,9
Okt.	+ 2,0	+ 3,1	+ 5,8	+ 1,6	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,2
Nov.	+ 1,8	+ 3,2	+ 5,1	+ 1,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,0
Dez.	+ 1,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,7
1991 Jan.	+ 2,3	+ 3,1	+ 4,7	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,8

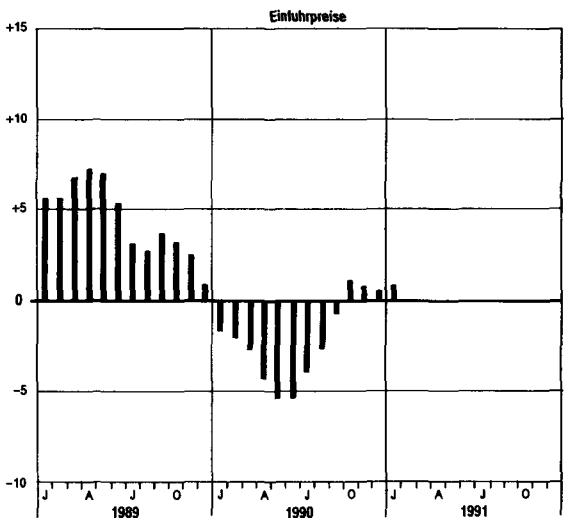
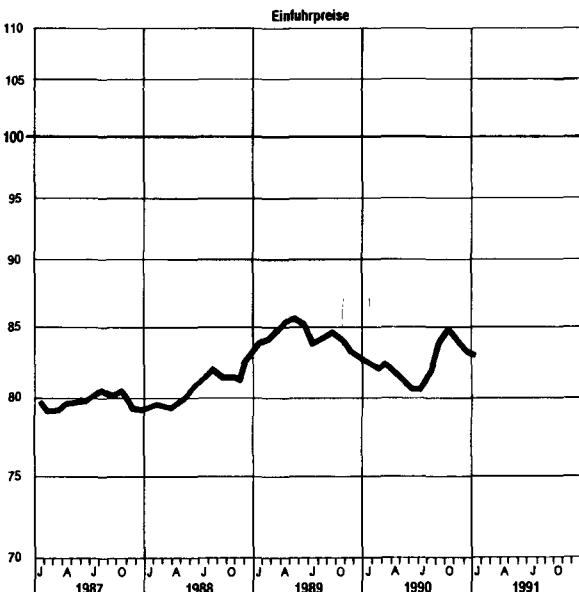
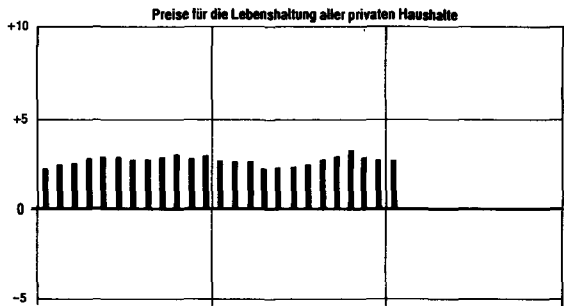
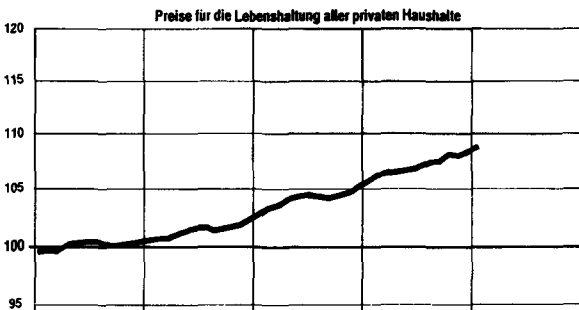
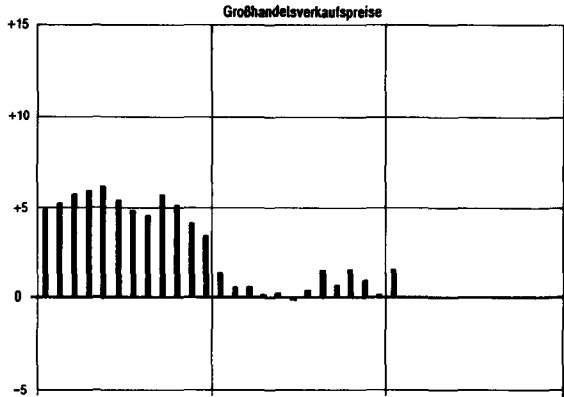
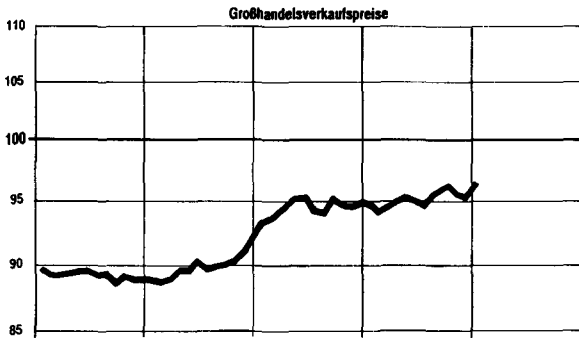
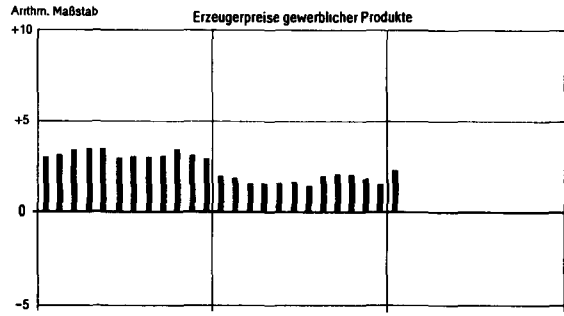
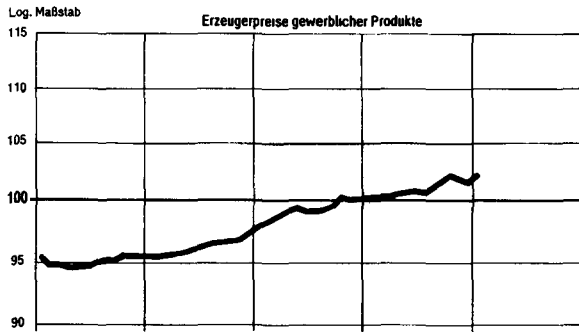
¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. — ³⁾ Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ⁴⁾ Kartoffeln, Gemüse, Obst, Süßfrüchte, Frischfleisch und Blumen.

mit dem Vorjahresmonat am schwächsten (+ 1,6%). Für den gesamten Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren wurde im Berichtsmonat ein stärkerer Indexanstieg innerhalb Monatsfrist (+ 2,0%) als innerhalb Jahresfrist (+ 1,5%) festgestellt. Von den einzelnen Warengruppen dieses Bereichs wies der Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen mit Abstand die größten Zuwachsraten auf (+ 5,3% gegenüber dem Vormonat und

AUSGEWÄHLTE PREISINDIZES

PREISINDEX
1985 = 100

VERÄNDERUNG GEGENÜBER DEM VORJAHR IN %

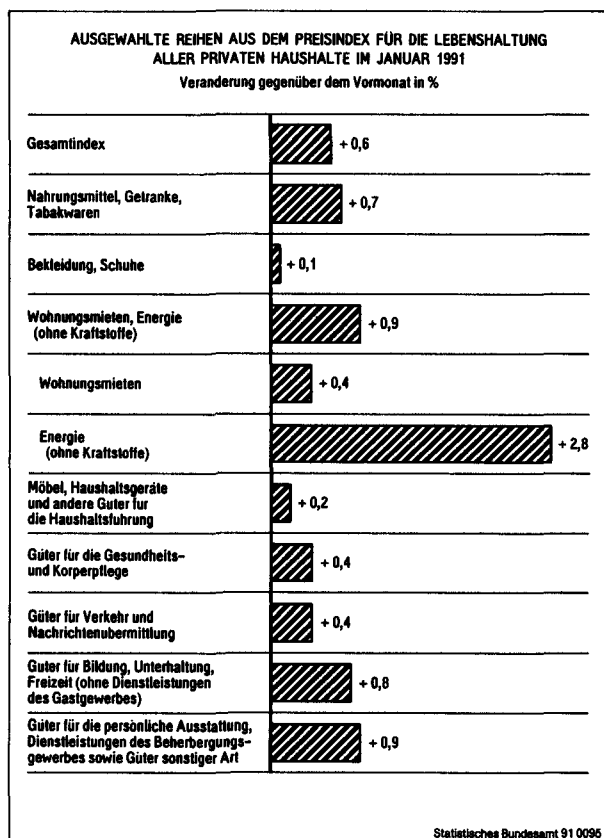


+ 10,1% gegenüber Januar 1990). Bei den übrigen Warengruppen entwickelten sich die Preisindizes im Berichtsmonat gegenüber Dezember 1990 nur leicht nach oben, am stärksten noch beim Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren (+ 1,5%), mit Holz, Baustoffen, Installationsbedarf (+ 1,0%) und mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw. (+ 0,9%). Das Preisniveau im Großhandel mit Fertigwaren lag im Januar 1991 nur um 0,4% über dem Stand des Vormonats, darunter fiel nur die Preisentwicklung im Großhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen aus dem Rahmen (— 0,9%).

Der Index der Einzelhandelspreise lag im Januar 1991 um 0,6% über dem Stand des vorangegangenen Monats und war um 2,4% höher als im Januar 1990.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte hat sich im Januar 1991 im Vormonatsvergleich wie der Index der Einzelhandelspreise um 0,6% erhöht. Bezogen auf den Stand des Index der Lebenshaltungspreise vor einem Jahr ergab sich auf dieser Wirtschaftsstufe eine Steigerung von 2,8%. Die gleichen Veränderungsdaten wies der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ohne die Saisonwaren auf. Der auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen beobachtete Anstieg der Mineralölpreise machte sich auf der Ebene der privaten Haushalte mit einem Anstieg des Preisindex von Heizöl und Kraftstoffen von 3,9% gegenüber dem Vormonat und von 10,9% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat bemerkbar. Der Preisindex für die Lebenshaltung ohne Heizöl und Kraftstoffe erhöhte sich um 0,5 bzw. um 2,6%; er wich also nur geringfügig von der Entwicklung des Gesamtindex ab.

Schaubild 2



Von den in Schaubild 2 dargestellten Teilindizes des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg — im Vormonatsvergleich — der Preisindex für Energie (ohne Kraftstoffe) stark überdurchschnittlich (+ 2,8%). Nur geringfügig stärker als der Gesamtindex legten die Indizes für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (+ 0,7%), Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes) (+ 0,8%) und Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art (+ 0,9%) zu.

Die Monats- und Jahresraten der für spezielle Haushaltstypen berechneten Indizes wichen — wie die folgende Tabelle zeigt — nicht oder nur geringfügig von denen des Preisindex aller privaten Haushalte ab.

	Veränderungen Januar 1991 gegenüber	
	Januar 1990	Dezember 1990
	%	
Preisindex für die		
Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 2,8	+ 0,6
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	+ 2,7	+ 0,6
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	+ 2,9	+ 0,6
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	+ 2,6	+ 0,6
einfache Lebenshaltung eines Kindes	+ 2,5	+ 0,7

Im einzelnen waren im Januar 1991 auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen folgende stärkere Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat festzustellen:

	Veränderungen Januar 1991 gegenüber	
	Dezember 1990	Januar 1990
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Leichtes Heizöl	+ 28,0	+ 45,4
Schweres Heizöl	+ 15,5	+ 19,7
Flüssiggas	+ 11,8	+ 59,3
Bitumen	+ 10,4	— 0,9
Dieselmotorenkraftstoff	+ 10,2	+ 15,9
Erdgas	+ 5,2	+ 7,0
Motorenbenzin	+ 4,3	+ 7,8
Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel	+ 3,1	+ 2,7
Wälzlager	+ 3,0	+ 7,0
Portlandzement	+ 2,6	+ 4,7
Schichtpreßstoffplatten	+ 2,3	+ 1,7
Transportbeton	+ 2,2	+ 5,0
Wasser	+ 2,1	+ 3,8
Futtermittel	+ 1,7	— 5,5
Fernwärme	+ 1,6	+ 3,6
Folien aus Kunststoff bis 1 mm Dicke	+ 1,5	+ 7,3
Halbzeug aus Aluminium und Aluminiumlegierungen	— 1,3	— 7,1
Grobblech	— 1,6	— 7,0
Hüttenaluminium, nicht legiert	— 2,1	— 14,4
Kakaoerzeugnisse	— 2,3	+ 7,9
Nadelschnittholz	— 2,5	— 8,2
Walddraht	— 2,9	— 12,2
Gerippter Betonstahl; Stäbe	— 3,4	— 16,3
Organische Grundstoffe und Chemikalien	— 4,6	+ 7,0
Zellstoff	— 5,1	— 21,9

Veränderungen
Januar 1991
gegenüber
Dezember Januar
1990 1990
%

Großhandelsverkaufspreise		
Motorenbenzin	+ 10,4	+ 11,3
Frischobst	+ 7,8	+ 11,0
Schweres Heizöl	+ 7,1	+ 1,0
Speisekartoffeln	+ 6,5	- 16,4
Seefische	+ 4,9	+ 18,3
Leichtes Heizöl	+ 3,2	+ 13,0
Feinkeramische Erzeugnisse	+ 3,2	+ 7,0
Ölkuchen und -schrote	+ 2,2	- 14,6
Dieselmotorkraftstoff	+ 1,8	+ 7,3
Kunststofferzeugnisse	+ 1,4	+ 2,4
Organische Grundstoffe und Chemikalien	- 1,3	- 3,9
Lebendes Schlachtvieh	- 1,4	- 11,4
Pharmazeutische Erzeugnisse	- 1,6	- 0,7
NE-Metallhalbzeug	- 1,6	- 4,4
Frischgemüse	- 4,1	- 6,9
Teigwaren	- 5,0	- 2,2
Stärkeerzeugnisse	- 5,5	- 4,9
Verbraucherpreise		
Frischgemüse	+ 12,5	+ 9,7
Leichtes Heizöl	+ 10,9	+ 24,2
Fische und Fischfilets, frisch oder tiefgefroren	+ 6,8	+ 8,1
Frischobst	+ 4,0	+ 0,8
Gas	+ 3,6	+ 6,0
Kartoffeln	+ 2,3	- 2,6
Personenbeförderung mit Zügen der Bundesbahn	+ 2,2	+ 2,3
Eier	+ 1,5	+ 4,1
Dienstleistungen der Versicherungen	+ 1,2	+ 1,3
Kraftstoffe	+ 1,0	+ 5,7
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	+ 0,5	+ 4,3
Fahrräder	+ 0,4	+ 4,6
Brot und andere Backwaren aus Brotteig	+ 0,4	+ 4,0
Friseurleistungen	+ 0,4	+ 3,9
Frucht- und Gemüsesäfte	+ 0,4	+ 3,1
Feste Brennstoffe	+ 0,3	+ 1,5
Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte	± 0	- 1,2
Spielwaren	- 0,1	+ 1,1
Kaffee	- 0,4	- 5,4

Dipl.-Volkswirt Martin Klingmüller

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
Statistik in den Staaten Osteuropas im Übergang	2	75
NACE Rev. 1 — Die neue europäische Wirtschaftszweigsystematik	1	7
Bevölkerung		
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1989	1	28
Bevölkerungsentwicklung 1989	2	81
Erwerbstätigkeit/Streiks		
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1990	2	124
Bautätigkeit und Wohnungen		
Beheizung der Miet- und Eigentümerwohnungen	2	89
Außenhandel		
Ein- und Ausfuhr nach verkehrsbezogenen Merkmalen der Außenhandelsstatistik 1989	1	33
Außenhandel 1990	2	94
Verkehr		
Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs 1989	2	103
Geld und Kredit		
Aktienmarkt im Jahr 1990	1	41
Bildung und Kultur		
Zur Entwicklung des Habilitationsalters seit 1980	1	46
Gesundheitswesen		
Gesundheitszustand der Bevölkerung	2	108
Sterbefälle 1989 nach Todesursachen	1	49
Sozialleistungen		
Jugendhilfe 1989	2	116
Finanzen und Steuern		
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1990	2	124
Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1986	2	128
Preise		
Preise im Jahr 1990	1	54
Januar 1991	2	141
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Sozialprodukt im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1990	1	17
Umweltschutz		
Wasserwirtschaftliche Bilanz für die Bundesrepublik Deutschland 1987	2	135

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	46*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	58*	"
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	59*	"
Ausgewählte Tabellen		
Bevölkerung		
Wanderungen 1989 nach Ländern des Bundesgebietes	60*	einmalig
Erwerbstätigkeit		
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen	61*	vierteljährlich
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Schweinebestand, Rinder- und Schafbestand	63*	einmalig
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	64*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	65*	"
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	66*	"
Gesundheitswesen		
Bevölkerung, Kranke und Unfallverletzte nach Altersgruppen; kranke und unfallverletzte Erwerbstätige nach Arbeitsunfähigkeit und ausgewählten Berufen	68*	einmalig
Sozialleistungen		
Erzieherische Hilfen; Aufwand für die Jugendhilfe nach Hilfearten	70*	"
Finanzen und Steuern		
Bilanzstruktur der gewerblichen Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	72*	"
Löhne und Gehälter		
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie; durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe	74*	vierteljährlich
Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	75*	"
Preise		
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	76*	monatlich
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	77*	"
Preisindex für die Lebenshaltung	79*	"
Statistische Monatszahlen für das Gebiet der ehemaligen DDR	81*	monatlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1988	1989	1990	1990						1991	
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		Jan.
Bevölkerung¹⁾												
Erwerbstätigkeit												
Erwerbstätige ²⁾	1 000	27 369p	27 741p	28 438p	28 392p	28 550p	28 810p	28 834p	28 815p	28 710p	...	
dar. Abhängige	1 000	24 364p	24 757p	25 473p			25 617p			25 817p		
Arbeitsmarkt³⁾												
Arbeitslose ⁴⁾	1 000	2 242	2 038	1 883p	1 864	1 813	1 728	1 687	1 685	1 784p	1 874p	
und zwar:												
Männer	1 000	1 199	1 070	968p	931	904	870	851	859	946p	1 021p	
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	106	78	66p	72	69	62	55	54	57p	58p	
Ausländer	1 000	270	233	203p	191	189	187	188	191	199p	209p	
Arbeitslosenquote	%	8,7	7,9	7,2p	7,1	6,9	6,6	6,5	6,4	6,8p	7,2p	
Zugang an Arbeitslosen	1 000	306	317	309p	352	292	266	302	286	319p	401p	
Offene Stellen	1 000	189	251	314p	332	324	320	310	295	283p	302p	
Arbeitsvermittlungen	1 000	176	190	197p	215	212	195	212	185	176p	166p	
Kurzarbeiter	1 000	208	108	56p	30	27	32	39	49	50p	93p	
Unternehmen und Arbeitsstätten												
Insolvenzen	Anzahl	15 936	14 643	13 271	1 070	1 107	1 037	1 124	1 029	1 099	...	
Unternehmen	Anzahl	10 562	9 590	8 730	696	753	665	750	659	731	...	
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	1 817	1 645	1 530	119	138	119	137	102	147	...	
Baugewerbe	Anzahl	2 290	2 058	1 724	133	141	130	148	128	138	...	
Handel	Anzahl	2 610	2 527	2 197	169	199	171	181	147	189	...	
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	Anzahl	3 068	2 659	2 545	211	211	188	226	212	189	...	
Übrige Gemeinschaftsmitglieder ⁵⁾	Anzahl	5 374	5 053	4 541	374	354	372	374	370	368	...	
Beantragte Konkursverfahren	Anzahl	15 887	14 607	13 243	1 064	1 109	1 035	1 123	1 028	1 094	...	
dar. mangels Masse abgelehnt	Anzahl	12 238	11 204	10 029	808	820	823	846	766	788	...	
Eröffnete Vergleichsverfahren	Anzahl	57	57	42	6	2	3	2	4	6	...	
Wechselproteste	Anzahl	83 434	68 909	60 413p	5 223	4 871	4 630	5 192	4 345	4 412p	...	
Wechselsumme	Mill. DM	769	680	727p	60	52	59	60	49	46p	...	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei												
Viehbestand⁶⁾												
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	20 369a	20 288a)	19 513a)p						19 513a)p		
Schweine	1 000	35 054a)	34 178a)	30 722a)p		23 723				30 722a)p		
Gewerbliche Schlachtungen												
Rinder	1 000	4 766	4 615	5 322	415	480	505	602	546	440	...	
Kälber	1 000	622	486	497	39	37	43	46	44	51	...	
Schweine	1 000	37 551	35 183	36 765	3 156	3 264	3 039	3 444	3 309	2 990	...	
Schlachtmenge	1 000 t	4 800	4 609	5 025	417	442	433	501	473	411	...	
dar.: Rinder	1 000 t	1 500	1 486	1 697	135	150	158	185	167	136	...	
Kälber	1 000 t	79	62	62	5	5	5	6	5	6	...	
Schweine	1 000 t	3 201	3 040	3 241	276	286	268	308	298	266	...	
Geflügel												
Eingelegte Brutierer ⁷⁾	1 000	425 880	431 763	444 961	39 909	40 395	34 119	34 922	34 168	36 414	...	
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	t	374 455	385 563	414 755	35 856	34 776	34 556	39 495	37 748	32 495	...	
Hochsee- und Küstenfischerei												
Fangmenge	1 000 t	142	166	...	11	16	18	21	21	
Produzierendes Gewerbe												
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	1985=100	106,3	111,7	117,5	112,8	108,5	123,4	132,7	127,1	117,4	...	
Elektrizitäts- und Gasversorgung												
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	1985=100	105,2	108,6	111,3	92,8	93,5	103,4	116,3	124,3	131,5	...	
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	431 171	440 893	...	33 082	33 179	34 953	
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	400 368	408 314	...	31 225	31 650	32 899	
Gaszerzeugung	Mill. kWh	321 996	321 444	...	22 741	24 010	24 147	27 101	29 878	
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	656 969	685 069	...	38 773	41 410	51 727	62 161	76 559	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe												
Beschäftigte¹¹⁾	1 000	7 038	7 213	7 412	7 442,7	7 491,9	7 503,3	7 504,1	7 510,1	7 472,1p	...	
Tätige Inhaber und Angestellte ¹²⁾	1 000	2 271	2 328	2 389	2 381	2 403	2 417	2 419	2 423	2 417p	...	
Arbeiter ¹³⁾	1 000	4 767	4 885	5 023	5 061	5 089	5 086	5 086	5 088	5 055p	...	
Bergbau	1 000	194	183	173	172	174	172	171	170	169p	...	
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 844	7 030	7 239	7 271	7 318	7 331	7 333	7 340	7 303p	...	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 000	1 337	1 350	1 365	1 373	1 380	1 378	1 375	1 373	1 366p	...	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	3 758	3 878	4 008	4 028	4 050	4 056	4 054	4 058	4 038p	...	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	1 308	1 348	1 388	1 388	1 396	1 399	1 404	1 408	1 402p	...	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	441	455	478	482	492	497	501	502	497p	...	
Geleistete Arbeiterstunden ¹¹⁾	Mill. Std	7 730	7 860	7 991	642	644	668	725	700	595p	...	
Bruttolohnsumme ¹¹⁾	Mill. DM	185 225	196 319	211 732	18 221	17 909	16 954	18 718	22 754	18 008p	...	
Bruttogehaltssumme ¹¹⁾	Mill. DM	142 076	150 308	162 028	13 218	12 790	12 767	12 920	18 078	14 259p	...	
Kohleverbrauch ^{11) 14)}	1 000 t	38 053	37 321	36 161			10 497				...	
Heizölverbrauch ¹¹⁾	1 000 t	12 400	11 210	11 354			2 410				...	
Gasverbrauch ^{11) 15)}	Mill. m ³	27 699	29 330	29 735			6 689				...	
Stromverbrauch ¹¹⁾	Mill. kWh	187 154	192 533	195 084	15 864	16 077	16 428	17 279	16 941	15 332p	...	

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 58* dargestellt. - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenberechnungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt). - Methodische Erläuterungen hierzu in „Erwerbstätige 1970 bis 1989“ WiSta 4/1990 und „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen“, WiSta 8/1988. - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe - 6) 1988 bis 1990: Viehzählung im Dezember. - 7) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 9) Arbeitstäglich bereinigt. - 10) Fachliche Unternehmensteile. - 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1 - 12) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 13) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen - 14) Heizwert H_u = 29.3076 Gigajoule/t. = 8.1410 kWh/m³ - 15) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³.

a) Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1988	1989	1990	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90	Jan. 91	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90	Jan. 91
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1987	1988	1989	Okt. 89	Nov. 89	Dez. 89	Jan. 90	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,8p	+ 1,4p	+ 2,5p	+ 2,6p	+ 2,6p	+ 2,5p	...	+ 0,1p	- 0,1p	- 0,4p	...
dar. Abhängige	+ 0,9p	+ 1,6p	+ 2,9p	+ 2,9p	+ 0,8p
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose ⁴⁾	+ 0,6	- 9,1	- 7,6p	- 9,9	- 13,6	- 13,1p	- 14,5p	- 2,3	- 0,1	+ 5,9p	+ 5,0p
und zwar:											
Männer	- 0,7	- 10,8	- 9,5p	- 9,3	- 12,9	- 11,5p	- 13,4p	- 2,2	+ 0,9	+ 10,1p	+ 8,0p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 17,6	- 26,1	- 15,7p	- 19,1	- 24,1	- 25,6p	- 25,5p	- 10,9	+ 1,7	+ 4,4p	+ 2,9p
Ausländer	+ 2,8	- 13,7	- 12,7p	- 10,8	- 10,6	- 10,4p	- 9,5p	+ 0,5	+ 1,7	+ 4,1p	+ 5,0p
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zugang an Arbeitslosen	- 1,6	+ 3,8	- 2,7p	- 13,5	- 25,8	- 14,4p	- 15,2p	+ 13,5	- 5,4	+ 11,6p	+ 25,8p
Offene Stellen	+ 10,5	+ 33,3	+ 24,7p	+ 3,4	+ 0,7	+ 1,9p	+ 5,3p	- 2,8	- 4,9	- 4,3p	+ 7,1p
Arbeitsvermittlungen	+ 5,9	+ 7,9	+ 3,7p	- 1,5	- 4,6	- 7,5p	- 1,0p	+ 8,6	- 12,4	- 5,0p	- 5,9p
Kurzarbeiter	- 25,3	- 48,1	- 48,3p	- 21,4	+ 14,8	+ 1,5p	+ 2,5p	+ 22,2	+ 24,0	+ 3,3p	+ 83,6p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Insolvenzen											
Unternehmen	- 9,4	- 8,1	- 9,4	- 13,5	- 6,4	- 12,2	...	+ 8,4	- 8,4	+ 6,8	...
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	- 12,7	- 9,2	- 9,0	- 11,9	- 10,0	- 7,5	...	+ 12,8	- 12,1	+ 10,9	...
Baugewerbe	- 12,0	- 9,5	- 7,0	- 8,1	- 15,7	+ 8,9	...	+ 15,1	- 25,5	+ 44,1	...
Handel	- 13,2	- 10,1	- 16,2	- 12,9	- 9,9	- 12,7	...	+ 13,9	- 13,5	+ 7,8	...
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	- 16,1	- 3,2	- 13,1	- 27,3	- 15,5	- 10,8	...	+ 5,9	- 18,8	+ 28,6	...
Übrige Gemeinschuldner ⁵⁾	- 12,2	- 13,3	- 4,3	+ 3,2	- 5,8	- 17,8	...	+ 20,2	- 6,2	- 10,8	...
Beantragte Konkursverfahren dar. mangels Masse abgelehnt	- 2,1	- 6,0	- 10,1	- 16,5	+ 0,8	- 20,2	...	+ 0,5	- 1,1	- 0,5	...
Eröffnete Vergleichsverfahren	- 9,4	- 8,1	- 9,3	- 13,3	- 6,2	- 12,3	...	+ 8,5	- 8,5	+ 6,4	...
Wechselpote	- 11,0	- 8,4	- 10,5	- 15,8	- 6,9	- 17,7	...	+ 2,8	- 9,5	+ 2,9	...
Wechselsumme	- 32,1	± 0,0	- 26,3	- 66,7	± 0,0	- 50,0	...	- 33,3	+ 100,0	+ 50,0	...
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁶⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	- 0,4	- 3,8	X	...
Schweine	- 2,5	- 10,1	- 3,8	- 10,1	X	...
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	- 5,9	- 3,2	+ 15,3	+ 30,9	+ 25,5	+ 32,1	...	+ 19,2	- 9,3	- 19,3	...
Kälber	- 12,3	- 22,0	+ 2,3	+ 15,5	+ 14,8	+ 7,3	...	+ 6,9	- 3,1	+ 16,2	...
Schweine	- 1,0	- 6,3	+ 4,5	+ 12,4	+ 12,6	+ 4,0	...	+ 13,3	- 3,9	- 9,6	...
Schlachtmenge	- 1,5	- 4,0	+ 9,0	+ 18,7	+ 17,0	+ 12,2	...	+ 15,6	- 5,6	- 13,1	...
dar.: Rinder	- 3,9	- 1,0	+ 14,2	+ 24,4	+ 19,1	+ 26,4	...	+ 17,3	- 9,8	- 18,1	...
Kälber	- 9,3	- 21,3	+ 0,5	+ 7,7	+ 5,9	- 2,4	...	+ 4,3	- 2,7	+ 12,4	...
Schweine	- 0,1	- 5,0	+ 6,6	+ 15,5	+ 15,8	+ 6,2	...	+ 14,7	- 3,3	- 10,8	...
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	- 0,3	+ 1,4	+ 3,1	+ 11,5	+ 5,0	+ 15,5	...	+ 2,4	- 2,2	+ 6,6	...
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	+ 5,4	+ 3,0	+ 7,6	+ 13,9	+ 11,2	+ 5,4	...	+ 14,3	- 4,4	- 13,9	...
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	- 10,9	+ 17,1	...	+ 12,1	+ 12,3	+ 12,3	+ 2,7
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 3,6	+ 5,1	+ 5,2	+ 6,6	+ 5,7	+ 4,5	...	+ 7,5	- 4,2	- 7,6	...
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 2,1	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3	...	+ 12,5	+ 6,9	+ 5,8	...
Elektrizitätserzeugung	+ 3,1	+ 2,3
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 1,7	+ 2,0
Gasversorgung	- 1,5	- 0,2	...	+ 2,8	+ 2,6	+ 12,2	+ 10,2
Inlandsversorgung mit Gas	- 1,9	+ 4,3	...	+ 8,1	- 1,5	+ 20,2	+ 23,2
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte¹¹⁾											
Tätige Inhaber und Angestellte ¹²⁾	- 0,2	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,7	...	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	...
Arbeiter ¹³⁾	+ 0,8	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,6	...	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	...
Bergbau	- 0,7	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,7	...	+ 0,0	± 0,0	- 0,6	...
Verarbeitendes Gewerbe	- 4,8	- 5,4	- 5,5	- 5,2	- 5,3	- 5,3	...	- 0,8	- 0,5	- 0,6	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 0,1	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9	...	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,5	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	...	- 0,3	- 0,1	- 0,5	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	± 0,0	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,9	...	- 0,1	+ 0,1	- 0,5	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 0,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,4	...	+ 0,3	+ 0,2	- 0,4	...
Geleistete Arbeiterstunden ¹¹⁾	- 0,2	+ 3,0	+ 5,2	+ 7,6	+ 7,8	+ 8,0	...	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	...
Bruttolohnsumme ¹¹⁾	- 0,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,7	+ 1,8	- 0,7	...	+ 8,5	- 3,4	- 15,0	...
Bruttogehaltssumme ¹¹⁾	+ 2,7	+ 6,0	+ 7,9	+ 9,6	+ 8,9	+ 7,4	...	+ 10,4	+ 21,6	- 20,9	...
Kohleverbrauch ^{11) 14)}	+ 4,7	+ 5,8	+ 7,8	+ 8,0	+ 7,7	+ 8,0	...	+ 1,2	+ 39,9	- 21,1	...
Heizölverbrauch	+ 2,9	- 1,9	- 3,1
Gasverbrauch ^{11) 15)}	+ 5,1	- 9,6	+ 1,3
Stromverbrauch ¹¹⁾	- 3,4	+ 5,9	+ 1,4
	+ 4,1	+ 2,9	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,9	- 0,9	...	+ 5,2	- 2,0	- 9,5	...

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 58* dargestellt. - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenberechnungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt bzw. Veränderung gegenüber Vorjahresquartal oder Vorquartal). - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986. - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter. - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe. - 6) 1987 bis 1990, Viehzählung im Dezember. - 7) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 9) Arbeitstäglich bereinigt. - 10) Fachliche Unternehmensteile. - 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebs, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 12) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 13) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen. - 14) Heizwert $H_u = 29.307,6 \text{ Gigajoule/t} = 8.410 \text{ kWh/m}^3$. - 15) Brennwert $H_o = 35.169 \text{ kJ/m}^3 = 9.7692 \text{ kWh/m}^3$

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1988	1989	1990	1990						
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Index des Auftragseingangs für 1) das Verarbeitende Gewerbe	1985=100	110,2	122,4	...	123,5	125,3	127,0	133,6	144,0	135,2	...
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1985=100	103,4	110,3	...	109,5	107,2	105,9	112,6	121,3	114,0	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	113,0	128,7	...	132,3	136,7	136,1	140,3	152,2	144,0	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	112,8	122,5	...	118,9	119,4	133,6	147,8	156,3	142,8	...
Index der Nettoproduktion 2) 3)											
Bergbau	1985=100	87,4	85,9	85,1	80,8	80,1	83,8	84,1	90,0	87,7	84,5
Verarbeitendes Gewerbe	1985=100	106,8	112,4	118,7	118,2	113,9	109,3	125,2	133,8	128,3	119,1
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1985=100	105,6	108,9	110,7	110,3	110,6	108,2	112,9	119,7	114,7	100,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	108,4	116,2	123,0	124,6	115,9	106,2	130,1	137,1	132,4	131,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	106,2	110,5	118,2	114,0	109,0	109,2	127,9	137,4	129,5	112,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985=100	102,3	105,4	119,7	114,1	119,8	127,7	130,5	151,5	143,6	121,1
Index der Bruttonproduktion 2) für Investitionsgüter	1985=100	104,6	111,9	119,3	120,4	111,4	104,0	129,6	133,4	131,3	143,5
Verbrauchsgüter	1985=100	107,5	111,4	118,1	116,3	105,7	102,4	125,3	137,4	127,3	108,5
Index der Arbeitsproduktivität Produktionsergebnis je Beschäftigten	1985=100	105,2	109,3	...	111,2	106,7	102,2	116,0	124,1	118,9	110,9
Produktionsergebnis je Arbeiter	1985=100	106,7	111,1	...	113,2	108,2	103,8	118,0	126,3	121,1	113,7
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1000 t	73 304	71 428	70 159	5 517	6 123	6 289	5 562	6 084	5 596	4 595
Braunkohle, roh (Förderung)	1000 t	108 563	109 811	107 525	8 944	9 002	8 748	8 817	9 354	9 030	9 570
Erdöl, roh	1000 t	3 937	3 772	3 606	303	312	308	296	307	289	292
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	26 347	28 494	30 433	2 721	2 871	2 800	2 984	3 051	2 730	1 797
Roheisen für die Stahlherzeugung	1000 t	31 114	31 360	28 875	2 301	2 378	2 339	2 415	2 515	2 495	2 145
Stahlrohblöcke und -brammen	1000 t	40 668	40 700	38 055	3 016	3 136	3 109	3 222	3 386	3 292	2 716
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug)	1000 t	30 385	31 697	29 728	2 484	2 371	2 479	2 530	2 643	2 505	1 959
Synthetische Spinnfasern, synthetische Filamentgarne	1000 t	826	837	838	75	62	55	65	78	81	68
Motorenbenzin	1000 t	19 662	20 068	21 424	1 825	1 873	1 826	1 751	1 737	1 759	1 792
Heizöl	1000 t	34 332	29 370	30 780	2 680	2 884	2 718	2 082	2 171	2 306	2 701
Schnittholz	1000 m ³	10 133	11 197	11 844	1 062	1 049	958	1 034	1 129	1 060	805
Personenkraftwagen	1000 St	3 978	4 113	4 163	340	271	270	373	407	384	269
Fernsehempfangsgeräte	1000 St	3 706	3 253	3 602	272	265	166	285	422	418	293
Geräte und Einrichtungen für die ADV ⁴⁾	Mill. DM	17 016	16 350	16 342	1 417	1 212	1 410	1 421	1 372	1 544	1 652
Baumwollgarn	t	190 323	187 521	184 829	15 422	12 423	11 304	16 578	17 812	15 879	12 725
Fleischwaren	t	1034 413	1061 233	1207 560	94 275	103 028	113 139	105 527	118 233	114 809	103 478
Zigaretten	Mill. St	159 427	160 025	177 865	15 182	15 627	17 153	16 036	18 256	17 582	11 641
Gesamtumsatz 5) 6)	Mrd. DM	1 561,7	1 704,3	1 823,9	148,7	146,0	144,6	158,4	170,3	167,0	154,5
Bergbau	Mill. DM	31 922	28 508	27 697	2 171	2 054	2 145	2 195	2 428	2 462	2 431
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1 529,7	1 675,7	1 796,2	146,5	143,9	142,4	156,2	167,9	164,5	152,1
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	Mill. DM	421 825	466 065	479 144	39 039	38 459	39 234	40 789	15 781	43 558	35 819
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	713 480	784 297	852 463	71 024	67 266	63 609	74 568	77 413	77 771	79 228
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	217 204	236 101	258 241	20 001	20 592	21 001	22 912	25 194	23 934	19 697
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	Mill. DM	177 235	189 280	206 386	16 458	17 618	18 565	17 930	19 515	19 250	17 368
dar.: Auslandsumsatz 7)	Mill. DM	474 750	525 188	532 605	44 665	41 879	39 386	44 935	46 817	45 520	42 909
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte 8)	1 000	996	999	...	1 023	1 031	1 041	1 043	1 059	1 056	...
dar.: Angestellte 8)	1 000	148	150	...	155	155	156	158	160	160	...
Arbeiter 8)	1 000	796	797	...	819	826	835	836	849	844	...
Geleistete Arbeitsstunden 8)	Mill. Std	1 290,5	1 313,1	...	114,2	119,5	115,0	117,9	135,4	118,7	...
im Hochbau 8)	Mill. Std	860,7	879,6	...	76,4	80,0	76,1	78,4	90,5	80,1	...
dar.: Wohnungsbau 8)	1000 Std	458 890	468 105	...	42 832	44 000	41 197	43 625	49 988	44 147	...
Gewerblicher Hochbau 8)	1000 Std	271 252	284 661	...	23 455	25 160	24 542	24 091	28 331	25 167	...
Öffentlicher Hochbau 8)	1000 Std	119 728	116 504	...	8 971	9 672	9 197	9 416	10 791	9 645	...
im Tiefbau 8)	1000 Std	429 826	433 421	...	37 767	39 534	38 922	39 477	44 873	38 587	...
Straßenbau 8)	1000 Std	133 944	137 174	...	12 101	12 828	12 560	12 856	14 528	11 995	...
Gewerblicher Tiefbau 8)	1000 Std	103 719	106 419	...	9 128	9 620	9 750	9 318	10 587	9 683	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau 8)	1000 Std	192 163	189 828	...	16 538	17 086	16 612	17 303	19 758	16 909	...
Bruttolohnsumme 8)	Mill. DM	29 466	31 069	...	2 790	2 966	3 033	2 772	3 210	4 179	...
Bruttogehaltsumme 8)	Mill. DM	7 372	7 717	...	724	711	700	685	701	1 062	...
Index des Auftragseingangs	1985=100	116,0	132,2	152,1	178,9	155,4	155,0	165,0	162,0	139,9	144,6
Index des Auftragsbestands	1985=100	109,3	119,3	...	144,5	145,2
Produktionsindex 2) 9)	1985=100	110,6	118,2	123,6	129,6	134,8	126,0	138,7	154,4	132,3	94,1
Gesamtumsatz 8)	Mill. DM	117 821	126 772	...	12 098	12 888	12 562	12 503	14 146	14 416	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz 8)	Mill. DM	115 723	124 531	...	11 869	12 652	12 332	12 270	13 887	14 177	...
Handwerk											
Beschäftigte	1 000	3 632,3	3 667,5	...	3 726,0	.	.	3 804,9
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	370 313	394 840	...	107 425	.	.	112 101

1) 1989 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. — 2) Arbeitstäglich bereinigt. — 3) Fachliche Unternehmensteile. — 4) Einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. — 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. — 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren. — 8) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 berücksichtigt. — 9) Unternehmen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1988	1989	1990	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1987	1988	1989	Sept. 89	Okt. 89	Nov. 89	Dez. 89	Aug. 90	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90
Index des Auftragseingangs für 1)											
das Verarbeitende Gewerbe	+ 9,8	+ 11,1	..	+ 6,3	+ 13,5	+ 7,6	...	+ 5,2	+ 7,8	- 6,1	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 10,2	+ 6,7	...	+ 2,5	+ 5,0	+ 3,9	...	+ 6,3	+ 7,7	- 6,0	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 10,4	+ 13,9	...	+ 7,7	+ 17,2	+ 7,5	...	+ 3,1	+ 8,5	- 5,4	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 7,0	+ 8,6	...	+ 7,4	+ 14,3	+ 13,7	...	+ 10,6	+ 5,8	- 8,6	...
Index der Nettoproduktion 2) 3)											
Bergbau	- 4,6	- 1,7	- 0,9	- 0,7	+ 0,3	- 2,2	- 1,6	+ 0,4	+ 7,0	- 2,6	- 3,6
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,1	+ 5,2	+ 5,6	+ 6,0	+ 7,0	+ 6,3	+ 5,0	+ 14,5	+ 6,9	- 4,1	- 7,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 6,3	+ 3,1	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,0	+ 3,0	- 0,4	+ 4,3	+ 6,0	- 4,2	- 12,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,4	+ 7,2	+ 5,9	+ 5,3	+ 6,1	+ 4,6	+ 4,8	+ 22,5	+ 5,4	- 3,4	- 0,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,9	+ 4,0	+ 7,0	+ 6,9	+ 9,2	+ 9,5	+ 8,5	+ 17,1	+ 7,4	- 5,7	- 13,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 2,0	+ 3,0	+ 13,6	+ 20,5	+ 20,8	+ 19,9	+ 15,8	+ 2,2	+ 16,1	- 5,2	- 15,7
Index der Bruttoproduktion 2) für											
Investitionsgüter	+ 4,2	+ 7,0	+ 6,6	+ 7,3	+ 6,3	+ 3,9	+ 7,7	+ 24,6	+ 2,9	- 1,6	+ 9,3
Verbrauchsgüter	+ 0,8	+ 3,6	+ 6,0	+ 3,7	+ 10,5	+ 9,0	+ 4,8	+ 22,4	+ 9,7	- 7,4	- 14,8
Index der Arbeitsproduktivität											
Produktionsergebnis je Beschäftigten	+ 4,3	+ 3,9	...	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,4	+ 13,5	+ 7,0	- 4,2	- 6,7
Produktionsergebnis je Arbeiter	+ 4,7	+ 2,1	...	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 13,7	+ 7,0	- 4,1	- 6,1
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	- 3,9	- 2,6	- 1,8	- 6,1	- 1,8	- 8,1	- 15,4	- 11,6	+ 9,4	- 8,0	- 17,9
Braunkohle, roh (Förderung)	- 0,2	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,1	- 0,8	- 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 6,1	- 3,5	+ 6,0
Erdöl, roh	+ 3,6	- 4,2	- 4,4	- 3,3	- 2,5	- 4,3	- 7,0	- 3,9	+ 3,7	- 5,9	+ 1,0
Zement (ohne Zementklinker)	+ 4,4	+ 8,2	+ 6,8	+ 5,4	+ 4,6	+ 11,0	+ 9,8	+ 6,6	+ 2,3	- 10,5	- 34,2
Roheisen für die Stahlherzeugung	+ 13,8	+ 0,8	- 7,9	- 4,7	- 7,4	- 3,6	+ 0,7	+ 3,3	+ 4,1	- 0,8	- 10,0
Stahlrohblöcke und -brammen	+ 13,2	± 0,0	- 6,5	- 4,1	- 5,4	- 3,3	- 2,0	+ 3,6	+ 5,1	- 2,8	- 17,5
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalzeug)	+ 10,7	+ 4,3	- 6,2	- 8,5	- 2,5	- 7,5	- 6,9	+ 2,1	+ 4,5	- 5,2	- 21,8
Synthetische Spinnfasern, synthetische Filamentgarne	+ 1,1	- 2,2	...	- 10,9	+ 10,3	+ 17,5	+ 6,6	+ 18,2	+ 19,8	+ 3,7	- 16,2
Motorenbenzin	+ 5,7	+ 2,1	+ 6,8	+ 5,1	+ 3,3	- 11,3	- 3,4	- 4,1	- 0,8	+ 1,3	+ 1,9
Heizöl	+ 8,1	- 14,5	+ 4,9	- 18,0	- 17,1	- 10,9	- 12,8	- 23,4	+ 4,3	+ 6,2	+ 17,1
Schnittholz	+ 6,7	+ 10,5	+ 5,8	+ 2,7	+ 9,1	+ 9,2	+ 1,3	+ 7,9	+ 9,2	- 6,1	- 24,1
Personenkraftwagen	- 0,8	+ 3,4	+ 1,2	- 0,5	+ 4,1	+ 3,3	- 9,1	+ 38,2	+ 9,1	- 5,7	- 29,9
Fernsehempfangsgeräte	+ 6,3	- 12,2	+ 10,7	+ 10,9	+ 24,1	+ 31,9	+ 22,1	+ 71,7	+ 48,1	- 0,9	- 29,9
Geräte und Einrichtungen für die ADV 4)	+ 2,9	- 3,9	± 0,0	- 13,7	- 9,2	- 7,4	+ 6,9	+ 0,8	- 3,4	+ 12,5	+ 7,0
Baumwollgarn	- 14,8	- 1,5	...	- 4,9	- 4,4	- 6,0	- 3,1	+ 46,7	+ 7,4	- 10,8	- 19,9
Fleischwaren	+ 0,2	+ 2,3	+ 13,8	+ 18,6	+ 33,6	+ 20,2	+ 8,4	- 6,7	+ 12,0	- 2,9	- 9,9
Zigaretten	+ 0,3	+ 0,4	+ 11,1	+ 12,5	+ 21,4	+ 28,7	+ 6,4	- 6,5	+ 13,8	- 3,7	- 33,8
Gesamtumsatz 5) 6)	+ 5,7	+ 9,1	+ 7,0	+ 5,6	+ 11,0	+ 9,7	+ 3,4	+ 9,6	+ 7,5	- 2,0	- 7,4
Bergbau	+ 0,6	- 10,7	- 2,8	- 1,8	- 2,2	- 7,6	- 7,5	+ 2,4	+ 10,6	+ 1,4	- 1,3
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,9	+ 9,5	+ 7,2	+ 5,7	+ 11,2	+ 10,0	+ 3,8	+ 9,7	+ 7,5	- 2,0	- 7,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 6,9	+ 10,5	+ 2,8	+ 1,2	+ 8,4	+ 7,6	+ 2,1	+ 4,0	+ 12,2	- 4,9	- 17,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 5,9	+ 9,9	+ 8,7	+ 6,5	+ 11,2	+ 9,7	+ 2,1	+ 17,2	+ 3,8	+ 0,5	+ 1,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 5,9	+ 8,7	+ 9,4	+ 6,4	+ 12,9	+ 13,2	+ 8,9	+ 9,1	+ 10,0	- 5,0	- 17,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 3,0	+ 6,8	+ 9,0	+ 12,8	+ 16,3	+ 12,9	+ 8,0	- 3,4	+ 8,8	- 1,4	- 9,8
dar.: Auslandsumsatz 7)	+ 8,3	+ 10,6	+ 1,4	- 2,3	+ 0,4	- 2,0	- 6,0	+ 14,1	+ 4,2	- 2,8	- 5,7
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte 8)	+ 1,2	+ 0,3	...	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,7	...	+ 0,2	+ 1,6	- 0,4	...
dar.: Angestellte 8)	+ 3,4	+ 1,5	...	+ 4,0	+ 5,5	+ 5,6	...	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,3	...
Arbeiter 8)	+ 0,5	+ 0,1	...	+ 1,8	+ 4,0	+ 3,6	...	+ 0,1	+ 1,5	- 0,5	...
Geleistete Arbeitsstunden 8)	+ 4,4	+ 1,7	...	- 3,5	+ 4,3	+ 0,7	...	+ 2,5	+ 14,9	- 12,3	...
im Hochbau 8)	+ 5,3	+ 2,2	...	- 2,4	+ 5,9	+ 2,2	...	+ 3,0	+ 15,4	- 11,5	...
dar.: Wohnungsbau 8)	+ 5,8	+ 2,0	...	+ 2,0	+ 9,8	+ 5,8	...	+ 5,9	+ 14,6	- 11,7	...
Gewerblicher Hochbau 8)	+ 7,2	+ 4,9	...	- 6,9	+ 3,4	- 1,0	...	- 1,8	+ 17,6	- 11,2	...
Öffentlicher Hochbau 8)	+ 0,3	- 2,7	...	- 11,7	- 5,6	- 7,6	...	+ 2,4	+ 14,6	- 11,5	...
im Tiefbau 8)	+ 2,4	+ 0,8	...	- 5,6	+ 1,3	- 2,2	...	+ 1,4	+ 13,7	- 14,0	...
Straßenbau 8)	+ 1,7	+ 2,4	...	- 8,4	- 0,9	- 4,9	...	+ 2,4	+ 13,0	- 17,4	...
Gewerblicher Tiefbau 8)	+ 6,8	+ 2,6	...	- 4,7	+ 2,2	+ 2,4	...	- 4,4	+ 13,6	- 8,5	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau 8)	+ 0,7	- 1,2	...	- 4,0	+ 2,6	- 2,7	...	+ 4,2	+ 14,2	- 14,4	...
Bruttolohnsumme 8)	+ 6,9	+ 5,4	...	+ 4,3	+ 13,6	+ 17,5	...	- 8,6	+ 15,8	+ 30,2	...
Bruttogehaltssumme 8)	+ 6,3	+ 4,7	...	+ 10,7	+ 12,0	+ 15,0	...	- 2,2	+ 2,3	+ 51,5	...
Index des Auftrageingangs	+ 9,2	+ 14,0	+ 15,1	+ 8,6	+ 17,9	+ 17,6	+ 12,3	+ 6,5	- 1,8	- 13,6	+ 3,4
Index des Auftragsbestands	+ 2,6	+ 9,1	...	+ 18,0a)	+ 0,5b)
Produktionsindex 2) 9)	+ 4,6	+ 6,9	+ 4,6	+ 3,1	+ 7,6	+ 3,9	+ 1,3	+ 10,1	+ 11,3	- 14,3	- 28,9
Gesamtumsatz 8)	+ 9,0	+ 7,6	...	+ 6,5	+ 12,1	+ 13,4	...	- 0,5	+ 13,1	+ 1,9	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz 8)	+ 9,1	+ 7,6	...	+ 6,5	+ 12,2	+ 13,3	...	- 0,5	+ 13,2	+ 2,1	...
Handwerk											
Beschäftigte	+ 0,1	+ 1,0	...	+ 2,1 a)	+ 2,1 b)
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 5,4	+ 6,6	...	+ 13,8 a)	+ 4,4 b)

1) 1989 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. - 2) Arbeitstäglich bereinigt. - 3) Fachliche Unternehmensteile. - 4) Einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 8) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 berücksichtigt. - 9) Unternehmen

a) 3. Vj 90 gegenüber 3. Vj 89. - b) 3. Vj 90 gegenüber 2. Vj 90.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1988	1989	1990	1990						
					Juni	Juli	Aug	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	120 931	136 255	...	14 514	14 513	12 770	11 749	12 443
Rauminhalt	1000 m ³	120 721	145 884	...	16 780	17 069	15 197	14 657	15 377
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	40 058	49 605	...	5 792	5 955	5 337	5 241	5 411
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	32 019	33 510	...	3 194	3 463	3 278	3 049	3 194
Rauminhalt	1 000 m ³	155 050	174 512	...	15 919	17 532	16 283	18 551	15 733
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	33 710	35 236	...	3 577	3 752	3 659	3 698	3 532
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	214 252	276 042	...	35 610	37 039	33 217	32 491	34 582
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	115 063	133 827 p	...	4 988	4 751	5 095	6 175	8 544
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	146 615	148 415 p	...	4 816	5 049	6 443	6 041	10 019
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	208 621	238 637 p	...	9 876	9 415	10 213	12 486	17 082
Handel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte)^{2) 3)}											
Großhandel	1986=100	103,4	110,6	117,5	111,5	115,7	120,6	121,0	136,6	131,4	115,1
davon mit:											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	1986=100	96,2	99,8	99,6	90,5	87,5	101,7	94,1	115,0	103,1	90,6
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	1986=100	99,0	100,3	92,0	94,4	89,1	77,8	86,5	97,7	94,4	75,8
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	1986=100	117,1	125,6	117,3	110,6	111,1	114,7	118,8	133,7	127,9	105,4
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	1986=100	79,6	85,7	90,1	79,7	86,3	99,4	99,6	114,1	105,8	91,9
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	1986=100	106,0	120,3	114,6	119,4	110,9	116,2	125,0	121,8	116,1	90,0
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	1986=100	107,1	116,3	130,5	129,6	138,5	139,4	142,4	162,5	147,6	111,5
Altmaterial, Reststoffen	1986=100	153,2	175,0	146,9	156,7	150,1	146,2	149,2	163,8	135,1	102,9
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986=100	99,9	107,4	118,1	112,4	120,0	125,4	115,2	134,6	133,2	126,6
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986=100	104,9	107,9	119,7	89,1	116,7	138,3	138,6	149,3	138,1	99,7
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	1986=100	110,8	123,1	136,6	123,1	131,3	133,6	145,5	168,3	169,7	131,4
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	1986=100	109,0	114,4	126,5	112,0	115,1	127,4	150,5	164,2	166,4	123,5
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	1986=100	110,3	110,5	124,1	124,2	125,5	117,2	123,0	140,3	138,4	136,5
pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen	1986=100	114,1	117,2	129,4	127,7	128,1	127,7	124,6	145,7	145,2	141,8
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.ä. S.	1986=100	116,1	126,5	135,6	127,0	133,9	140,3	139,7	154,5	148,0	136,8
Binnengroßhandel	1986=100	102,4	108,6	116,8	110,2	116,1	121,0	120,2	137,1	130,6	115,1
Produktionsverbindungshandel	1986=100	101,5	110,3	116,4	112,0	115,0	121,0	120,3	136,9	126,9	110,5
Konsumtionsverbindungshandel	1986=100	103,6	106,3	117,4	107,5	117,7	120,9	120,0	137,5	136,0	121,9
Außenhandel	1986=100	106,7	116,9	119,7	116,0	114,3	119,5	123,5	135,1	134,1	115,0
dar: Einfuhrhandel	1986=100	112,6	126,0	135,9	126,1	131,5	135,6	143,0	160,9	157,7	133,5
Ausfuhrhandel	1986=100	103,7	110,1	104,1	105,9	99,1	104,3	102,9	111,4	112,6	99,2
Streckengroßhandel	1986=100	93,8	102,3	102,7	100,4	100,1	105,6	107,0	116,1	110,4	96,0
Lagergroßhandel	1986=100	109,5	115,9	126,9	118,6	125,6	130,1	129,9	149,7	144,8	127,2
Einzelhandel (Umsatzwerte)³⁾											
Einzelhandel	1986=100	108,3	113,5	125,3 p	116,3	126,3	123,7	121,4	136,4	142,6	154,3 p
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986=100	106,1	111,5	121,2 p	120,5	122,6	126,9	114,7	124,1	130,0	139,1 p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986=100	103,1	104,7	114,5 p	92,5	104,1	99,4	123,2	134,5	138,2	158,5 p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	1986=100	118,3	127,0	137,3 p	124,4	129,7	126,8	133,7	155,3	167,2	171,5 p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	1986=100	109,3	113,1	127,5 p	111,5	125,0	120,0	121,8	138,6	160,5	211,0 p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1986=100	112,5	118,7	128,7 p	110,4	119,9	126,1	129,4	140,8	155,5	194,7 p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	1986=100	112,2	114,0	122,3 p	119,8	121,2	120,9	115,2	126,3	128,1	143,8 p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	1986=100	109,6	125,5	136,0 p	123,8	134,2	142,9	149,2	162,3	153,5	138,1 p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	1986=100	114,8	125,1	145,5 p	145,8	170,7	147,1	134,0	163,5	154,8	133,8 p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1986=100	105,7	109,0	120,9 p	104,4	117,6	118,9	118,8	131,6	146,8	171,3 p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Warenhäuser	1986=100	101,2	102,9	110,2 p	87,6	114,0	104,5	98,2	106,8	137,3	184,3 p
SB-Warenhäuser	1986=100	119,0	125,5	138,2 p	131,0	137,4	138,8	126,3	141,1	148,8	184,6 p
Verbrauchermarkte	1986=100	121,1	124,9	133,3 p	133,7	136,9	142,3	123,9	133,5	140,5	172,3 p
Supermärkte	1986=100	107,8	113,9	125,7 p	124,7	129,1	133,5	118,3	128,7	137,6	144,4 p
Gastgewerbe (Umsatzwerte)³⁾											
Gastgewerbe	1986=100	106,2	110,6	116,5 p	121,8	124,2	127,2	127,9	128,0	108,2	114,2 p
Beherbergungsgewerbe	1986=100	110,2	117,8	125,8 p	137,9	138,4	144,1	166,7	151,4	111,4	107,5 p
Gaststättengewerbe	1986=100	103,3	105,9	110,0 p	112,0	116,2	117,9	111,8	113,9	104,7	116,2 p
Kantinen	1986=100	116,0	121,9	134,1 p	137,2	129,8	131,9	137,8	148,4	130,8	132,6 p
Reiseverkehr											
Einreisen über die Außergrenzen der Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	1 000
Einreisen über die Grenze zur DDR ⁵⁾	1 000
Ausreisen über die Grenze zur DDR ⁵⁾	1 000
Ankünfte ⁶⁾	1 000	65 064	69 624	...	7 331	7 491	7 526	8 130	7 621
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	13 113	14 653	...	1 755	2 196	2 100	1 909	1 395
Übernachtungen ⁶⁾	1 000	234 331	243 394	...	26 177	29 699	29 942	28 171	24 637
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	30 117	33 578	...	3 692	4 956	4 976	4 218	3 136
Innerdeutscher Warenverkehr											
Lieferungen des Bundesgebietes	Mill. DM	7 234	8 104	...	3 523	1 708	2 049	2 366	2 341	2 608	...
Bezüge des Bundesgebietes	Mill. DM	6 789	7 205	...	1 044	453	727	806	752	807	...

1) Vorläufiges Ergebnis. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) In jeweiligen Preisen. — 4) Einschl. Durchreisen. — 5) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West). — 6) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1988	1989	1990	Sept 90	Okt 90	Nov. 90	Dez. 90	Sept. 90	Okt 90	Nov. 90	Dez. 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1987	1988	1989	Sept. 89	Okt. 89	Nov. 89	Dez. 89	Aug. 90	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	+ 10,5	+ 12,7	...	+ 4,8	+ 0,5	- 8,0	+ 5,9
Rauminhalt	+ 12,1	+ 20,7	...	+ 22,8	+ 12,5	- 3,6	+ 4,9
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 13,0	+ 23,8	...	+ 30,5	+ 17,1	- 1,8	+ 3,2
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 5,2	+ 4,7	...	+ 1,0	+ 3,7	+ 7,0	+ 4,8
Rauminhalt	+ 7,4	+ 12,6	...	+ 16,8	+ 2,5	+ 13,9	- 15,2
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 14,0	+ 4,5	...	+ 10,2	+ 19,3	+ 1,1	- 4,5
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 12,4	+ 28,8	...	+ 42,6	+ 25,9	- 2,2	+ 6,4
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 0,9	+ 16,3 p	...	+ 5,8	+ 0,3	+ 21,2	+ 38,4
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 17,7	+ 1,2 p	...	+ 4,6	- 1,9	- 6,2	+ 65,9
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 4,0	+ 14,4 p	...	+ 17,5	+ 15,4	+ 22,3	+ 36,8
Handel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte)²⁾³⁾	+ 5,6	+ 7,0	+ 6,2	+ 6,6	+ 13,5	+ 11,1	+ 2,2	+ 0,3	+ 12,9	- 3,8	- 12,4
davon mit:											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	+ 2,4	+ 3,7	- 0,2	- 2,3	+ 10,3	+ 7,0	- 4,2	- 7,5	+ 22,2	- 10,4	- 12,1
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	+ 2,6	+ 1,3	- 8,3	- 20,6	- 10,4	- 7,0	- 14,8	+ 11,2	+ 13,0	- 3,4	- 19,7
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 11,2	+ 7,3	- 6,6	- 4,4	+ 1,4	+ 1,1	- 1,8	+ 3,6	+ 12,5	- 4,3	- 17,6
festen Brennstoffen, Mineralölzeug- nissen	- 7,3	+ 7,7	+ 5,2	+ 11,9	+ 21,3	+ 12,0	- 0,3	+ 0,2	+ 14,6	- 7,3	- 13,2
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	+ 14,3	+ 13,5	- 4,7	+ 1,1	- 2,2	- 1,4	- 11,1	+ 7,6	- 2,6	- 4,7	- 22,5
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 7,1	+ 8,8	+ 12,2	+ 9,0	+ 17,5	+ 16,2	+ 12,8	+ 2,2	+ 14,1	- 9,2	- 24,4
Altmaterial, Reststoffen	+ 71,9	+ 14,2	- 16,1	- 13,7	- 7,2	- 13,4	- 18,7	+ 2,1	+ 9,8	- 17,5	- 23,8
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,4	+ 7,5	+ 9,9	+ 10,3	+ 16,4	+ 13,6	+ 5,0	- 8,1	+ 16,8	- 1,0	- 4,9
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 1,1	+ 2,7	+ 11,0	+ 9,8	+ 20,0	+ 22,2	+ 3,7	+ 0,2	+ 7,7	- 7,5	- 27,8
Metallwaren, Einrichtungsgegen- ständen	+ 8,5	+ 11,1	+ 11,0	+ 10,7	+ 16,2	+ 15,1	+ 5,2	+ 8,9	+ 15,7	+ 0,8	- 22,6
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	+ 7,6	+ 5,0	+ 10,6	+ 14,2	+ 12,9	+ 13,9	+ 7,7	+ 18,1	+ 9,1	+ 1,3	- 25,8
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	+ 6,1	+ 0,2	+ 12,2	+ 9,1	+ 19,2	+ 17,8	+ 9,7	+ 5,0	+ 14,1	- 1,4	- 1,3
pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen	+ 8,4	+ 2,7	+ 10,4	+ 8,4	+ 17,6	+ 18,4	+ 8,7	- 2,4	+ 18,9	- 0,3	- 2,3
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.a.S.	+ 9,7	+ 9,0	+ 7,2	+ 3,5	+ 13,4	+ 5,7	- 3,1	- 0,4	+ 10,6	- 4,2	- 7,6
Binnengroßhandel	+ 4,2	+ 6,1	+ 7,6	+ 8,2	+ 15,4	+ 12,5	+ 3,5	- 0,7	+ 14,1	- 4,7	- 11,9
Produktionsverbindungshandel	+ 5,3	+ 8,7	+ 5,5	+ 5,9	+ 13,3	+ 9,0	+ 1,8	- 0,8	+ 13,8	- 7,3	- 12,9
Konsumtionsverbindungshandel	+ 2,6	+ 2,6	+ 10,4	+ 11,5	+ 18,5	+ 17,6	+ 5,9	- 0,7	+ 14,6	- 1,1	- 10,4
Außenhandel	+ 10,3	+ 9,6	+ 2,4	+ 1,9	+ 7,9	+ 6,9	- 1,6	+ 3,4	+ 9,4	- 0,7	- 14,2
der: Einfuhrhandel	+ 10,4	+ 11,9	+ 7,9	+ 6,9	+ 14,4	+ 14,7	+ 5,0	+ 5,5	+ 12,5	- 2,0	- 15,4
Ausfuhrhandel	+ 12,5	+ 6,2	- 5,5	- 5,9	+ 0,1	- 1,9	- 9,6	- 1,3	+ 8,3	+ 1,1	- 11,9
Streckengroßhandel	+ 2,6	+ 9,1	+ 0,4	+ 3,5	+ 7,1	+ 2,4	- 6,5	+ 1,3	+ 8,5	- 4,9	- 13,0
Lagergroßhandel	+ 7,4	+ 5,8	+ 9,5	+ 8,3	+ 17,0	+ 15,9	+ 7,1	- 0,2	+ 15,2	- 3,3	- 12,2
Einzelhandel (Umsatzwerte)³⁾	+ 3,9	+ 4,8	+ 10,4 p	+ 11,3	+ 15,8	+ 13,7	+ 6,1 p	- 1,9	+ 12,4	+ 4,5	+ 9,0 p
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 4,0	+ 5,1	+ 8,7 p	+ 4,9	+ 11,2	+ 10,3	+ 2,4 p	- 9,8	+ 8,2	+ 4,8	+ 9,7 p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 0,2	+ 1,6	+ 9,4 p	+ 18,0	+ 10,7	+ 8,8	+ 12,6 p	+ 23,9	+ 9,2	+ 2,8	+ 14,5 p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	+ 8,8	+ 7,4	+ 8,1 p	+ 8,3	+ 11,8	+ 13,6	+ 0,6 p	+ 5,4	+ 16,2	+ 7,7	+ 4,2 p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	+ 4,3	+ 3,5	+ 12,7 p	+ 15,6	+ 19,4	+ 17,2	+ 4,0 p	+ 1,3	+ 14,0	+ 15,8	+ 31,5 p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+ 7,3	+ 5,5	+ 8,4 p	+ 9,8	+ 15,0	+ 15,1	+ 1,0 p	+ 2,6	+ 8,8	+ 10,4	+ 25,9 p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	+ 6,4	+ 1,6	+ 7,3 p	+ 5,9	+ 11,0	+ 10,2	+ 4,4 p	- 4,7	+ 9,6	+ 1,4	+ 13,3 p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	+ 11,7	+ 14,5	+ 8,4 p	+ 19,1	+ 25,6	+ 27,5	+ 14,6 p	+ 4,4	+ 8,8	- 5,4	- 9,5 p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	+ 5,3	+ 8,9	+ 16,3 p	+ 19,0	+ 30,0	+ 27,2	+ 13,7 p	- 8,9	+ 22,0	- 5,3	- 13,2 p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+ 2,2	+ 3,2	+ 10,9 p	+ 12,1	+ 16,9	+ 12,2	+ 5,9 p	- 1,8	+ 12,7	+ 11,6	+ 16,2 p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Warenhäuser	+ 1,8	+ 1,7	+ 7,1 p	+ 13,7	+ 10,4	+ 4,3	+ 6,3 p	- 6,0	+ 8,8	+ 28,6	+ 34,2 p
SB-Warenhäuser	+ 3,7	+ 5,5	+ 10,1 p	+ 7,6	+ 13,5	+ 7,5	+ 4,4 p	- 9,0	+ 11,7	+ 5,5	+ 24,7 p
Verbrauchermärkte	+ 5,6	+ 3,2	+ 6,7 p	+ 6,6	+ 9,6	+ 10,2	+ 5,8 p	- 12,9	+ 7,7	+ 5,2	+ 25,5 p
Supermärkte	+ 4,0	+ 5,7	+ 10,4 p	+ 7,1	+ 13,5	+ 13,8	+ 3,8 p	- 11,4	+ 8,8	+ 6,9	+ 9,6 p
Gastgewerbe (Umsatzwerte)³⁾	+ 3,1	+ 4,1	+ 5,3 p	+ 3,6	+ 6,7	+ 3,8	+ 3,6 p	+ 0,6	+ 0,1	- 15,5	+ 4,5 p
Beherbergungsgewerbe	+ 5,6	+ 6,9	+ 6,8 p	+ 5,0	+ 8,5	+ 5,8	+ 3,2 p	+ 8,7	- 3,4	- 28,4	- 3,5 p
Gaststättengewerbe	+ 1,4	+ 2,5	+ 3,9 p	+ 1,7	+ 5,2	+ 2,8	+ 4,0 p	- 5,2	+ 1,9	- 8,1	+ 9,8 p
Kantinen	+ 9,1	+ 5,1	+ 10,0 p	+ 13,9	+ 9,2	+ 3,1	+ 1,8 p	+ 4,5	+ 7,7	- 12,0	- 2,2 p
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾
Einreisen über die Grenze zur DDR ⁵⁾
Ausreisen über die Grenze zur DDR ⁵⁾
Ankünfte ⁶⁾	+ 4,2	+ 7,0	...	+ 5,4	+ 5,2	+ 8,0	- 6,3
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 2,6	+ 11,8	...	+ 15,1	+ 4,8	- 9,1	- 28,9
Übernachtungen ⁸⁾	+ 3,8	+ 3,9	...	+ 4,2	+ 6,1	- 5,9	- 12,5
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,5	+ 11,6	...	+ 14,3	+ 3,7	- 15,2	- 25,7
Innerdeutscher Warenverkehr											
Lieferungen des Bundesgebietes	- 1,8	+ 12,0	...	+ 276,7	+ 203,6	+ 241,4	...	+ 15,5	- 1,0	+ 11,4	...
Bezüge des Bundesgebietes	+ 2,1	+ 6,1	...	+ 36,3	+ 12,2	+ 26,5	...	+ 10,9	- 6,7	+ 7,2	...

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) In jeweiligen Preisen. - 4) Einschl. Durchreisen. - 5) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West). - 6) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1988	1989	1990	1990						
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	439 609	506 465	550 576	42 308	45 855	43 720	43 185	53 252	54 075	47 600
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	53 256	56 140	59 250	4 500	4 698	4 890	4 490	5 390	5 817	5 310
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	378 721	442 009	483 663	37 207	40 321	38 224	38 115	47 335	47 477	41 638
Rohstoffe	Mill. DM	27 818	32 110	33 551	2 376	2 462	2 800	2 740	3 451	3 416	3 409
Halbwaren	Mill. DM	52 826	63 125	62 094	4 762	4 949	4 787	4 808	5 787	5 982	5 433
Fertigwaren	Mill. DM	298 077	346 774	388 019	30 069	32 910	30 638	30 568	38 098	38 079	32 796
Ländergruppen (Ursprungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	364 117	418 711	464 481	35 138	38 387	34 714	35 414	43 865	44 680	39 327
dar. EG-Länder	Mill. DM	227 362	258 660	286 585	22 112	24 323	21 089	22 546	28 185	29 024	25 510
Entwicklungsländer	Mill. DM	54 751	62 285	66 201	4 840	5 102	6 274	5 406	6 381	6 383	5 581
Staatshandelsländer	Mill. DM	20 461	25 143	29 609	2 304	2 340	2 710	2 338	2 986	2 980	2 657
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	567 654	641 041	642 654	50 511	54 010	49 430	48 458	59 684	54 836	48 622
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	28 955	32 040	31 142	2 430	2 790	2 733	2 335	2 943	2 730	2 396
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	536 751	608 990	609 334	47 902	51 030	46 513	45 955	56 539	51 918	46 075
Rohstoffe	Mill. DM	6 734	7 476	7 201	573	565	499	563	640	669	563
Halbwaren	Mill. DM	32 215	36 284	33 777	2 875	2 671	2 613	2 642	3 141	2 958	2 467
Fertigwaren	Mill. DM	497 802	563 230	568 356	44 654	47 794	43 402	42 750	52 757	48 291	43 046
Ländergruppen (Bestimmungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	488 162	548 981	549 014	43 201	45 494	41 428	42 131	51 670	46 991	40 817
dar. EG-Länder	Mill. DM	308 195	352 668	350 260	27 541	28 944	25 448	27 002	33 233	30 306	26 270
Entwicklungsländer	Mill. DM	53 945	61 781	65 127	4 937	5 841	5 714	4 495	5 628	5 465	5 198
Staatshandelsländer	Mill. DM	24 723	29 306	27 471	2 305	2 587	2 230	1 740	2 330	2 277	2 427
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+128 045	+134 576	+92 078	+ 8 203	+ 8 155	+ 5 710	+ 5 273	+ 6 432	+ 761	+ 1 021
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	1980=100	128,8	148,4	161,3	148,7	161,2	153,7	151,8	187,2	190,1	167,3
Ausfuhr	1980=100	162,0	183,0	183,4	173,0	185,0	169,3	166,0	204,4	187,8	166,5
Index des Volumens											
Einfuhr	1980=100	130,5	140,0	156,2	147,7	157,4	151,5	145,2	176,3	182,4	160,7
Ausfuhr	1980=100	141,1	152,5	154,8	144,9	153,6	143,6	140,3	173,7	160,5	139,7
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	1980=100	98,7	106,0	103,3	100,7	102,4	101,4	104,5	106,2	104,2	104,1
Ausfuhr	1980=100	114,8	120,0	118,5	119,4	120,5	117,9	118,3	117,7	117,0	119,2
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	1980=100	116,3	113,2	114,7	118,6	117,7	116,3	113,2	110,8	112,3	114,5
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 120,9	1 127,0p	...	86,7	106,9
Straßenverkehr	Mill.	5 571,3	5 705,4p
Luftverkehr	Mill.	52,7	56,0	...	6,0	6,3	6,3
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1000 t	310 268	315 429	...	24 981	24 658
Straßenverkehr	1000 t	442 449	468 561	...	41 678	42 492	42 358
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1000 t	233 322	234 775	...	20 410	20 101	18 221	17 966
Binnenschifffahrt	1000 t	140 454	140 955	...	11 772p	12 250p	11 778p	11 527p
Seeschifffahrt	1000 t	918	1 117	...	95	92	89p
Luftverkehr	1000 t	60 318	58 803	...	5 432
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1000 t
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1000	3 093,2	3 132,5	3 386,5	290,5	303,0	250,8	240,6	320,1	283,8	216,1
dar. Personenkraftwagen	1000	2 807,9	2 831,7	3 040,8	259,3	271,8	224,1	216,8	296,5	262,6	198,7
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1000	7 125,3	7 197,8	7 033,8	587,6	602,9	553,2	491,9	565,6	504,3	399,8
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	342 299	343 604	...	30 471	30 801	32 401	29 695	30 320	27 767	...
Getötete	Anzahl	8 213	7 995	...	684	693	780	708	728	708	...
Schwerverletzte	Anzahl	110 961	107 848	...	40 180	40 595	42 262	39 286	39 728	36 347	...
Leichtverletzte	Anzahl	337 262	341 549
Unfälle mit nur Sachschaden	1000	1 680,3	1 654,2	...	134,8	128,8	131,1	140,9	145,8	152,9	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	Mrd. DM	142,6	146,9	148,7p	143,4	143,5	144,3	142,9	141,5	147,8	148,7p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	Mrd. DM	97,1	100,0	106,4	105,7	104,3	105,6	106,8	108,6	110,2	106,4
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	144,7	175,3	184,6	163,7	168,6	166,2	172,5	173,7	178,3	184,6
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 332,5	2 468,8	2 645,3p	2 533,0	2 537,8	2 551,4p	2 570,1	2 588,2	2 606,6	2 645,3p
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 791,1	1 921,6	2 067,8p	1 987,5	1 989,5	1 995,4	2 011,2	2 020,2	2 033,4	2 067,8p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	Mrd. DM	541,4	547,2	577,5p	545,4	548,3	556,0	558,9	568,0	573,2	577,5p
	Mrd. DM	1 921,6	2 027,9	2 155,3p	2 033,4	2 027,5	2 049,6	2 052,9	2 063,5	2 092,5	2 155,3p
	Mrd. DM	728,0	705,6	690,0p	671,2	665,3	664,7	664,7	663,8	663,5	690,0p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1000	3 182,7	2 714,3	...	216,9	217,2	228,9	290,4	336,9	360,7	...
Bauspareinlagen (Bestände)	Mill. DM	116 973	119 979	...	119 244	118 705	118 440	118 761	118 708	118 871	...
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	Mill. DM	130 307	127 479	...	129 307	129 751	130 012	130 421	130 751	130 505	...

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse. - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1988	1989	1990	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1987	1988	1989	Sept. 89	Okt. 89	Nov. 89	Dez. 89	Aug. 90	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 7,3	+ 15,2	+ 8,7	+ 6,6	+ 10,9	+ 21,7	+ 11,1	- 1,2	+ 23,3	+ 1,5	- 12,0
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 2,8	+ 5,4	+ 5,5	+ 4,4	+ 15,3	+ 20,9	+ 4,7	- 8,2	+ 20,0	+ 7,9	- 8,7
Gewerbliche Wirtschaft	+ 8,4	+ 16,7	+ 9,4	+ 7,0	+ 11,5	+ 21,8	+ 12,2	- 0,3	+ 24,2	+ 0,3	- 12,3
Rohstoffe	- 0,5	+ 15,4	+ 4,5	+ 8,8	+ 18,3	+ 23,9	+ 16,0	- 2,1	+ 25,9	- 1,0	- 0,2
Halbwaren	+ 3,6	+ 19,5	- 1,6	- 7,8	- 0,5	+ 12,1	+ 4,9	+ 0,4	+ 20,4	+ 3,4	- 9,2
Fertigwaren	+ 10,2	+ 16,3	+ 11,9	+ 9,5	+ 13,1	+ 23,2	+ 13,2	+ 0,2	+ 24,6	- 0,0	- 13,9
Ländergruppen (Ursprungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 7,2	+ 15,0	+ 8,5	+ 7,1	+ 11,0	+ 20,1	+ 10,3	+ 2,0	+ 23,9	+ 1,9	- 12,0
dar. EG-Länder	+ 5,4	+ 13,8	+ 10,8	+ 10,8	+ 16,6	+ 28,1	+ 13,1	+ 6,9	+ 25,0	+ 3,0	- 12,1
Entwicklungsländer	+ 9,1	+ 13,8	+ 8,3	+ 2,1	+ 8,3	+ 29,5	+ 10,6	- 13,8	+ 18,0	+ 0,0	- 12,6
Staatshandelsländer	+ 5,1	+ 22,9	+ 17,8	+ 10,1	+ 17,4	+ 30,5	+ 25,8	- 13,7	+ 27,7	- 0,2	- 10,8
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 7,6	+ 12,9	+ 0,3	- 8,5	+ 3,6	- 0,4	- 8,1	- 2,0	+ 23,2	- 8,1	- 11,3
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 9,7	+ 10,7	- 2,8	- 12,9	+ 1,2	- 0,3	- 2,4	- 14,5	+ 26,0	- 7,2	- 12,3
Gewerbliche Wirtschaft	+ 7,9	+ 13,1	+ 0,4	- 8,3	+ 3,8	- 0,4	- 8,3	- 1,2	+ 23,0	- 8,2	- 11,3
Rohstoffe	+ 1,6	+ 11,0	- 3,7	- 8,1	- 4,6	+ 8,9	- 4,0	+ 12,8	+ 13,7	+ 4,5	- 15,9
Halbwaren	+ 12,6	+ 12,6	- 6,9	- 7,6	+ 5,2	- 1,7	- 6,5	+ 1,1	+ 18,9	- 5,8	- 16,6
Fertigwaren	+ 7,7	+ 13,1	+ 0,9	- 8,3	+ 3,8	- 0,4	- 8,5	- 1,5	+ 23,4	- 8,5	- 10,9
Ländergruppen (Bestimmungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 8,1	+ 12,5	+ 0,0	- 7,7	+ 3,8	- 1,1	- 7,6	+ 1,7	+ 22,6	- 9,1	- 13,1
dar. EG-Länder	+ 10,9	+ 14,4	- 0,7	- 7,5	+ 3,9	- 1,0	- 6,0	+ 6,1	+ 23,1	- 8,8	- 13,3
Entwicklungsländer	+ 3,6	+ 14,5	+ 5,5	- 7,2	+ 10,5	+ 9,8	- 7,2	- 21,3	+ 25,2	- 2,9	- 4,9
Staatshandelsländer	+ 7,5	+ 18,5	- 6,3	- 25,1	- 11,6	- 6,2	- 20,5	- 22,0	+ 33,9	- 2,3	+ 6,6
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	+ 8,8	+ 5,1	- 31,6	- 57,6	- 32,9	- 92,8	- 89,8	- 7,7	+ 22,0	- 88,2	+ 34,3
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	+ 7,3	+ 15,2	+ 8,7	+ 6,6	+ 11,0	+ 21,7	+ 11,1	- 1,2	+ 23,3	+ 1,5	- 12,0
Ausfuhr	+ 7,6	+ 13,0	+ 0,2	- 8,5	+ 3,6	- 0,4	- 8,1	- 1,9	+ 23,1	- 8,1	- 11,3
Index des Volumens											
Einfuhr	+ 6,4	+ 7,3	+ 11,6	+ 7,9	+ 11,1	+ 22,7	+ 11,8	- 4,2	+ 21,4	+ 3,5	- 11,9
Ausfuhr	+ 6,7	+ 8,1	+ 1,5	- 7,1	+ 5,5	+ 1,7	- 6,1	- 2,3	+ 23,8	- 7,6	- 13,0
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	+ 0,9	+ 7,4	- 2,5	- 1,2	- 0,1	- 0,8	- 0,7	+ 3,1	+ 1,8	- 1,9	- 0,1
Ausfuhr	+ 0,9	+ 4,5	- 1,3	- 1,4	- 1,8	- 2,1	- 2,1	+ 0,3	- 0,5	- 0,6	+ 1,9
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	- 0,1	- 2,7	+ 1,3	- 0,2	- 1,7	- 1,3	- 1,5	- 2,7	- 2,1	+ 1,4	+ 2,0
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	+ 3,0	+ 0,5p
Straßenverkehr	- 1,4	+ 2,4p
Luftverkehr	+ 8,0	+ 6,3
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	+ 1,2	+ 1,7
Straßenverkehr											
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	+ 5,9
Binnenschifffahrt	+ 0,6	...	- 10,0	- 10,0	- 1,4
Seeschifffahrt	+ 4,6	+ 0,4	...	- 2,9p	- 2,1p
Luftverkehr	+ 17,5	+ 12,9
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 5,6	- 2,5
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	- 3,3	+ 1,3	+ 8,1	+ 5,0	+ 20,8	+ 22,6	- 6,1	- 4,1	+ 33,0	- 11,3	- 23,8
dar. Personenkraftwagen	- 3,7	- 0,8	+ 7,4	+ 3,4	+ 20,6	+ 22,6	- 6,3	- 3,3	+ 36,8	- 11,4	- 24,3
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 0,7	+ 1,0	- 2,3	- 11,7	- 6,0	- 8,9	- 17,0	- 11,1	+ 15,0	- 10,8	- 20,7
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	+ 5,2	+ 0,4	...	- 4,5	- 4,5	+ 3,1	...	- 8,4	+ 2,1	- 8,4	...
Getötete	+ 3,1	- 2,7	...	+ 4,3	- 5,2	+ 3,7	...	- 9,2	+ 2,8	- 2,7	...
Schwerverletzte	+ 2,1	- 2,8	...	- 3,4	- 4,5	+ 2,5	...	- 7,0	+ 1,1	- 8,5	...
Leichtverletzte	+ 6,7	+ 1,3
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 1,7	- 1,6	...	+ 5,4	- 6,3	+ 1,4	...	+ 7,4	+ 3,5	+ 4,9	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	+ 14,9	+ 3,0	+ 1,2p	+ 0,6	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,2p	- 1,0	- 1,0	+ 4,5	+ 0,6p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	- 20,8	+ 3,0	+ 6,4	+ 9,4	+ 7,0	+ 9,4	+ 6,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,5	- 3,4
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 75,6	+ 21,1	+ 5,3	+ 6,9	+ 10,1	+ 11,8	+ 5,3	+ 3,8	+ 0,7	+ 2,6	+ 3,5
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	+ 6,0	+ 5,8	+ 7,1p	+ 6,6	+ 7,0	+ 6,9	+ 7,1p	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,5p
an öffentliche Haushalte	+ 5,4	+ 7,3	+ 7,6p	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,6p	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,7p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	+ 8,2	+ 1,1	+ 5,5p	+ 3,3	+ 5,2	+ 4,8	+ 5,5p	+ 0,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,8p
dar. Spareinlagen	+ 5,4	+ 5,5	+ 6,3p	+ 6,4	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,3p	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,4	+ 3,0p
Bausparkassen	+ 3,0	- 3,1	- 2,2p	- 3,8	- 3,6	- 3,2	- 2,2p	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 4,0p
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	+ 18,5	- 14,7	...	+ 28,0	+ 45,8	+ 42,7	...	+ 28,9	+ 16,0	+ 7,1	...
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 0,7	+ 2,6	...	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,8	...	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	...
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	- 6,1	- 2,2	...	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,0	...	+ 0,3	+ 0,3	- 0,2	...

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse. - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1988	1989	1990	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1987	1988	1989	Sept. 89	Okt. 89	Nov. 89	Dez. 89	Aug. 90	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	- 14,8	+ 21,2	x ^{a)}	x ^{a)}	x ^{a)}	x ^{a)}	x ^{a)}	+ 3,7	+ 68,3	- 21,4	- 1,1
Festverzinsliche Wertpapiere	- 12,0	+ 74,4	+ 55,6	+ 97,1	+ 12,4	- 55,7	+ 60,0	- 16,1	+ 2,6	- 43,3	+ 113,7
Aktien (Nominalwert)	+ 3,4	+ 18,3	+ 25,4	+ 28,2	+ 24,3	+ 16,7	+ 15,4	+ 1,1	+ 1,1	- 1,1	- 1,1
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	+ 15,4	+ 27,4	+ 17,2	- 4,5	- 5,2	- 3,5	- 8,7	- 10,1	- 3,5	- 0,9	+ 2,2
Index der Aktienkurse	- 15,9	+ 26,4	+ 16,4	- 6,2	- 6,4	- 4,7	- 10,4	- 10,6	- 3,7	- 1,2	+ 2,6
dar. Publikumsgesellschaften											
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 13,5	- 6,2	...	- 12,5	- 15,1	- 18,3	...	- 5,5	- 4,1	+ 0,7	...
Arbeitslosenhilfe	- 8,4	- 6,1	...	- 12,7	- 12,9	- 12,7	...	- 1,6	- 3,2r	- 0,2	...
Unterhaltsgeld 1)	+ 17,7	+ 20,5	...	+ 14,0	+ 10,0	+ 10,3	...	+ 4,3	+ 2,7	+ 6,8	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 3,8	+ 5,6	...	+ 7,4	+ 8,7r	+ 11,4	...	- 4,9	+ 1,1r	+ 8,9	...
dar. Beiträge	+ 4,5	+ 5,5	+ 7,4	+ 7,6r	+ 10,6	...	- 5,0	+ 0,4r	+ 9,7
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 13,6	- 2,5	...	+ 4,5	+ 4,8r	+ 3,4	...	- 8,9	+ 5,0r	+ 10,5	...
dar. Arbeitslosengeld	+ 16,1	- 2,7	...	- 7,7	- 7,1r	- 10,4	...	- 7,2	- 0,2r	- 2,9	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	+ 0,8	+ 0,6	...	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	...	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	...
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	+ 1,3	+ 0,1	...	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,5	...	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3	...
Reintner	+ 0,7	+ 0,7	...	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	...	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	...
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern	+ 3,9	+ 10,1	+ 2,7p	+ 0,3	+ 6,0	+ 9,6p	+ 3,2p	+ 28,0	- 26,5	+ 5,3p	+ 93,6p
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾											
dar.: Lohnsteuer	+ 4,0	+ 9,4	+ 1,4p	- 0,1	+ 4,9	+ 8,4p	+ 2,2p	+ 50,4	- 37,1	+ 4,9p	+ 114,1p
Veranlagte Einkommensteuer	+ 2,0	+ 8,6	- 2,3p	- 7,1	- 3,2	- 3,7p	+ 6,5p	- 7,0	+ 4,4	- 1,4p	+ 93,6p
Körperschaftsteuer	+ 8,1	+ 10,9	- 0,8p	- 7,0	x	x	- 7,2p	x	x	x	x
Umsatzsteuer	+ 9,9	+ 13,9	- 12,0p	- 10,3	x	x	- 21,9p	x	x	x	x
Einfuhrumsatzsteuer	+ 0,4	+ 0,5	+ 14,7p	+ 38,5	+ 21,3	+ 19,5p	+ 19,6p	+ 4,6	- 0,0	+ 8,6p	+ 4,8p
Bundessteuern (ohne EG-Anteile Zölle)	+ 8,2	+ 14,1	+ 9,6p	+ 6,7	+ 10,0	+ 18,6p	+ 21,1p	- 11,2	+ 17,7	+ 14,9p	- 0,3p
dar. Verbrauchsteuern	+ 1,9	+ 16,3	+ 7,4p	- 1,1	+ 8,3	+ 11,3p	+ 9,4p	- 18,2	+ 18,0	- 1,5p	+ 96,8p
(ohne Biersteuer)											
dar.: Tabaksteuer	+ 2,1	+ 14,2	+ 7,5p	- 1,1	+ 9,3	+ 12,8p	+ 10,3p	- 14,1	+ 19,5	- 3,6p	+ 108,6p
Branntweinabgaben	+ 0,3	+ 6,6	+ 12,2p	- 31,3	+ 9,7	+ 41,7p	+ 21,3p	- 51,4	+ 75,4	+ 15,7p	+ 90,7p
Mineralölsteuer	- 1,8	- 2,0	+ 8,2p	- 22,2	+ 36,0	+ 11,9p	+ 53,9p	- 33,4	+ 49,5	- 21,3p	+ 252,9p
Landessteuern	+ 3,4	+ 21,9	+ 5,0p	+ 14,3	+ 4,1	- 0,9p	+ 0,3p	+ 11,8	- 1,2	- 9,7p	+ 114,1p
dar.: Vermögensteuer	+ 2,0	+ 6,8	+ 4,8p	- 6,6	+ 5,2	+ 8,1p	- 10,4p	- 49,7	+ 24,7	+ 83,1p	- 51,4p
Kraftfahrzeugsteuer	+ 2,4	+ 4,0	+ 9,7p	+ 27,0	+ 77,3	+ 6,8p	+ 28,4p	x	x	x	x
Biersteuer	- 2,3	+ 12,2	- 9,3p	- 22,1	- 15,9	- 8,3p	- 21,7p	- 12,4	+ 21,4	- 17,4p	- 15,5p
Zölle (100 %)	- 0,5	+ 0,5	+ 7,6p	- 10,6	+ 50,9	+ 31,2p	- 22,4p	- 18,6	+ 39,5	- 13,4p	- 47,7p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	+ 14,0	+ 7,4	+ 4,9p	+ 9,6	+ 1,2	+ 14,4p	+ 13,5p	- 5,0	- 3,0	+ 9,2p	+ 4,9p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	+ 9,7	+ 6,9	+ 4,9p	+ 13,2	+ 4,9	+ 11,9p	+ 6,5p	x	x	x	x
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	+ 3,0	+ 8,9	- 2,1p	- 7,1	- 2,9	- 1,0p	+ 2,1p	x	x	x	x
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	+ 0,7	+ 0,6	x	+ 12,7	x	x	x	+ 5,0	x	- 6,3	- 36,9
Bierausstoß	- 0,1	+ 0,6	+ 12,1	+ 10,3	+ 28,4	+ 16,4	+ 9,6	- 24,2	+ 14,1	- 9,7	- 2,6
Leichtöle: Benzin bleifrei	+ 77,3	+ 33,4	+ 23,1	+ 18,9	+ 28,4	+ 20,6	+ 16,3	- 8,7	+ 18,9	- 7,8	- 6,1
Benzin bleihaltig	- 21,5	- 25,2	- 22,3	- 27,7	- 21,7	- 25,5	- 27,5	- 18,6	+ 10,4	- 9,6	- 7,4
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 6,0	+ 2,1	+ 6,5	+ 5,0	+ 11,5	+ 5,0	+ 11,1	- 7,6	+ 13,7	- 4,8	- 17,1
Heizöl (EL und L)	- 4,4	- 22,1	+ 10,5	- 31,7	- 33,5	- 23,2	+ 13,9	- 17,2	- 2,4	+ 25,4	+ 26,9
Erdgas	-	x	+ 0,3	+ 25,8	+ 1,5	+ 40,9	- 24,4	+ 46,7	+ 21,3	+ 34,5	+ 12,8
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁶⁾											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	+ 2,7	+ 0,3
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	+ 0,9	- 0,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 6,2	+ 0,1
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 7,9	+ 0,5
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	+ 2,6	+ 3,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 2,2	- 4,6
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 4,4	+ 2,1
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	+ 2,2	+ 3,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 1,5	- 2,2
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(Innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	± 0,0	- 0,2	- 1,0	...	- 0,5	+ 0,5 ^{b)}
Index	- 0,1	- 0,3	- 1,0	...	- 0,8	+ 0,3 ^{b)}
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 4,2	+ 4,0	+ 5,5	...	+ 6,0	+ 0,5 ^{b)}
Index	+ 4,1	+ 4,0	+ 5,2	...	+ 6,0	+ 0,6 ^{b)}
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 4,2	+ 3,5	+ 4,6	...	+ 5,4	+ 1,0 ^{b)}
Index	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,8	...	+ 5,3	+ 1,0 ^{b)}
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 3,9	+ 3,8	+ 4,6	...	+ 5,0	+ 0,7 ^{b)}
Index	+ 3,5	+ 3,4	+ 4,2	...	+ 4,9	+ 0,8 ^{b)}
Tariffentwicklung i. d. gewerbli. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	- 0,7	- 1,1	- 1,0	...	- 0,7	- 0,1 ^{b)}
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,8	...	+ 5,6	+ 0,5 ^{b)}
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,6	...	+ 4,5	+ 0,5 ^{b)}

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. - 2) Ohne Rentner. - 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen, Umsatzsteuer und (ab November 1988) BSP-Eigenmittel. - 4) Vor der Steuerverteilung. - 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. - 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtsraums sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 7) Einschl. fertige Mahlzotten und Verzehr in Gaststätten und Kantine.

a) Nachweis nicht sinnvoll. (Ab Juli 1990 einschl. Schuldverschreibungen von Emittenten in der ehemaligen DDR.) - b) Oktober 1990 gegenüber Juli 1990.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1988	1989	1990	1990						1991
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1985=100	91,4	96,4	95,7 p	95,7	94,9	94,3	95,2	94,8 p	94,8 p	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1985=100	87,9	93,5	91,6 p	91,6	90,5	89,7	90,6	90,1 p	90,0 p	...
Neubauten und neue Maschinen	1985=100	106,6	109,3	113,5 p	113,6	113,9	114,2	115,1	115,5 p	115,5 p	...
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	1985=100	91,8	99,8	94,5 p	98,1	94,3	93,1	90,4	90,6 p	91,3 p	...
Pflanzliche Produkte	1985=100	96,0	97,4	96,7	101,0	98,3	98,9	93,9	95,6	98,7	...
Tierische Produkte	1985=100	90,2	100,7	93,6 p	97,0	92,8	91,0	89,0 p	88,7 p	88,6 p	...
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	1980=100	90,1	97,9	104,3	102,2	101,2	99,7	96,2	94,2	95,6	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes 2)	1985=100	88,6	92,8	91,4	90,3	91,2	92,3	93,1	92,3	91,6	...
Inländischer Herkunft	1985=100	96,0	99,9	99,4	99,3	99,6	99,8	100,1	99,5	99,2	...
Ausländischer Herkunft	1985=100	74,3	79,0	75,7	72,9	75,0	77,7	79,5	78,2	77,0	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	1985=100	96,3	99,3	101,0	100,7	101,3	101,7	102,1	101,8	101,5	102,4
Investitionsgüter 3)	1985=100	107,0	109,7	112,9	113,2	113,5	113,6	113,9	114,0	114,0	114,7
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) 3)	1985=100	95,5	100,1	102,9	101,6	104,0	105,6	106,8	105,5	104,1	106,2
Elektrizität, Fernwärme und Wasser	1985=100	105,2	106,2	105,0	104,0	104,0	104,0	104,1	104,1	104,1	104,2
Bergbauliche Erzeugnisse	1985=100	62,3	64,5	71,6	73,0	73,0	73,2	70,8	70,5	70,4	72,5
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1985=100	98,8	102,2	103,7	103,3	104,0	104,5	105,2	104,9	104,5	105,4
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1985=100	87,9	93,4	93,1	91,4	93,4	94,9	96,8	95,4	94,1	95,6
dar.: Mineralerzeugnisse	1985=100	58,4	68,8	72,9	65,7	75,1	80,9	87,7	82,2	77,4	84,7
Eisen und Stahl	1985=100	94,3	95,9	98,2	98,2	98,1	98,1	97,4	97,1	95,9	95,0
Chemische Erzeugnisse	1985=100	92,5	95,2	93,8	93,0	92,8	92,9	95,2	95,8	95,8	95,3
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1985=100	105,5	107,8	110,7	110,9	111,1	111,3	111,5	111,6	111,6	112,2
dar.: Maschinenbauzeugnisse 4)	1985=100	109,0	112,4	116,9	117,4	117,5	117,7	118,2	118,3	118,4	119,6
Straßenfahrzeuge 5)	1985=100	108,5	111,0	114,0	113,7	114,4	114,5	114,9	115,3	115,3	115,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	1985=100	102,3	103,5	105,1	105,3	105,5	105,6	105,5	105,5	105,5	106,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1985=100	103,4	106,8	109,4	109,9	110,0	110,0	110,1	110,2	110,3	110,7
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1985=100	103,8	106,5	109,1	109,2	109,4	109,6	110,0	110,1	110,2	110,9
dar.: Textilien	1985=100	99,6	101,8	102,8	102,9	102,8	102,8	102,9	102,6	102,7	103,0
Bekleidung	1985=100	104,7	106,6	109,0	109,1	109,5	109,8	110,0	110,2	110,2	110,3
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	1985=100	98,0	100,4	100,7	100,7	100,8	100,7	100,6	100,6	100,8	101,1
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 6)	1980=100	121,2	125,5	134,7
Bürogebäude 1)	1980=100	123,3	127,8	136,4
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	119,4	123,7	133,5
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	123,0	127,2	136,5
Straßenbau 6)	1980=100	107,0	109,2	117,1
Brücken im Straßenbau 6)	1980=100	114,6	118,4	126,9
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	1985=100	89,9	94,5	95,2	94,7	95,5	95,8	96,4	95,5	95,2	96,2
dar. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1985=100	93,4	96,4	97,9	100,0	98,2	96,9	95,9	95,2	96,2	96,8
Index der Einzelhandelspreise 6)	1985=100	100,3	102,3	104,4	103,9	104,4	104,7	105,5	105,4	105,4	106,0
dar.: Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1985=100	99,6	101,6	104,2	104,4	104,1	103,9	104,1	104,1	104,4	105,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985=100	101,4	104,2	107,0	106,8	107,1	107,5	108,2	108,0	108,1	108,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985=100	100,3	102,6	105,6	105,9	105,6	105,3	105,5	105,6	106,0	106,7
Bekleidung, Schuhe	1985=100	104,5	106,0	107,5	107,3	107,4	107,8	108,1	108,6	108,7	108,8
Wohnungsmieten, Energie 7)	1985=100	97,7	101,1	104,7	104,0	105,2	105,7	107,0	106,7	106,8	107,8
Wohnungsmieten	1985=100	105,6	108,8	112,5	112,7	113,1	113,4	113,6	113,9	114,2	114,6
Energie 7)	1985=100	78,1	82,0	85,5	82,6	85,9	87,0	90,8	89,0	88,6	91,1
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1985=100	103,3	104,9	107,3	107,5	107,6	107,7	108,1	108,2	108,3	108,5
Güter f. die Gesundheits- und Körperpflege	1985=100	104,7	108,6	110,3	110,3	110,4	110,6	110,7	111,1	111,3	111,7
Güter f. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1985=100	98,9	103,3	106,1	104,8	106,5	108,3	109,9	108,9	107,7	108,1
Güter f. Bildung, Unterhaltung, Freizeit 8)	1985=100	102,7	103,8	106,1	105,7	105,6	105,8	106,1	106,5	106,8	107,7
Güter f.d. persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1985=100	110,0	113,1	115,3	116,1	114,7	114,7	114,8	114,9	115,2	116,2
4-Pers.-Haush. v. Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	1985=100	102,1	104,9	107,6	107,5	107,7	108,1	108,7	108,6	108,6	109,3
4-Pers.-Haush. von Arbeitern u. Angest. mit mittlerem Einkommen	1985=100	101,0	103,9	106,7	106,5	106,9	107,4	108,0	107,8	107,8	108,5
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	1985=100	101,0	104,0	107,0	107,0	107,2	107,3	107,7	107,8	108,0	108,7
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 9)	1985=100	101,8	104,6	107,7	107,8	107,7	107,6	108,1	108,0	108,3	109,1
Index der Einfuhrpreise	1985=100	80,8	84,4	82,5	80,6	81,9	83,9	85,0	84,1	83,4	...
dar.: Güter aus EG-Ländern	1985=100	84,6	87,9	87,2	85,4	86,5	88,4	89,6	89,0	88,9	...
Güter aus Drittländern	1985=100	76,8	80,7	77,6	75,6	77,3	79,3	80,3	79,0	77,8	...
Index der Ausfuhrpreise	1985=100	99,3	102,1	102,2	102,3	102,3	102,5	102,5	102,4	102,3	...
dar.: Güter für EG-Länder	1985=100	98,1	100,7	100,6	100,8	100,8	100,9	100,9	100,9	100,7	...
Güter für Drittländer	1985=100	100,6	103,5	103,6	103,7	103,7	104,0	104,0	103,8	103,8	...

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Einschl. Acker- schlepfern. - 5) Ohne Ackersehopper. - 6) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 7) Ohne Kraftstoffe. - 8) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. - 9) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1988	1989	1990	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90	Jan. 91	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90	Jan. 91	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1987	1988	1989	Okt. 89	Nov. 89	Dez. 89	Jan. 90	Sept. 90	Okt. 90	Nov. 90	Dez. 90	
Preise												
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel ...	+ 1,2	+ 5,5	- 0,7p	- 1,2	- 1,4p	- 1,8p	...	+ 1,0	- 0,4p	± 0,0p	...	
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 0,9	+ 6,4	- 2,0p	- 2,8	- 2,8p	- 3,4p	...	+ 1,0	- 0,6p	- 0,1p	...	
Neubauten und neue Maschinen	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,8p	+ 4,4	+ 4,3p	+ 4,1p	...	+ 0,8	+ 0,3p	± 0,0p	...	
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	+ 0,1	+ 8,7	- 5,3p	- 12,1	- 10,6p	- 9,3p	...	- 2,9	+ 0,2p	+ 0,8p	...	
Pflanzliche Produkte	- 2,9	+ 1,5	- 0,7	- 3,9	- 2,5	- 1,1	...	- 5,1	+ 1,8	+ 3,2	...	
Tierische Produkte	+ 1,3	+ 11,6	- 7,1p	- 15,0	- 13,5p	- 12,4	...	- 2,2	- 0,3p	- 0,1p	...	
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	+ 0,1	+ 8,7	+ 6,5	- 5,7	- 9,4	- 13,3	...	- 3,5	- 2,1	+ 1,5	...	
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes 2)	+ 2,5	+ 4,7	- 1,5	± 0,0	- 0,2	- 0,3	...	+ 0,9	- 0,9	- 0,8	...	
Inländischer Herkunft	+ 2,6	+ 4,1	- 0,5	± 0,6	- 0,7	- 0,7	...	+ 0,3	- 0,6	- 0,3	...	
Ausländischer Herkunft	+ 2,8	+ 6,3	- 4,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,8	...	+ 2,3	- 1,6	- 1,5	...	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,3	+ 0,4	- 0,3	- 0,3	+ 0,9	
Investitionsgüter 3)	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	+ 0,6	
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) 3)	+ 0,4	+ 4,8	+ 2,8	+ 5,8	+ 5,1	+ 3,0	+ 4,7	+ 1,1	- 1,2	- 1,3	+ 2,0	
Elektrizität, Fernwärme und Wasser	+ 1,0	+ 1,0	- 1,1	- 2,1	- 2,1	- 2,1	- 1,6	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	
Bergbauische Erzeugnisse	- 2,8	+ 3,5	+ 11,0	+ 3,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 4,3	- 3,3	- 0,4	± 0,1	+ 3,0	
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 1,6	+ 3,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,9	
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	+ 1,9	+ 6,3	- 0,3	+ 3,3	+ 2,7	+ 0,9	+ 3,2	+ 2,0	- 1,4	- 1,4	+ 1,6	
dar.: Mineralerzeugnisse	- 6,6	+ 17,8	+ 6,0	+ 23,9	+ 17,9	+ 6,5	+ 17,8	+ 8,4	- 6,3	- 5,8	+ 9,4	
Eisen und Stahl	+ 2,7	+ 5,5	- 1,3	- 2,1	- 2,3	- 3,9	- 4,7	- 0,7	- 0,3	- 1,2	- 0,9	
Chemische Erzeugnisse	+ 1,5	+ 2,9	- 1,5	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,6	± 0,0	- 0,5	
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,8	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	+ 0,5	
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 4)	+ 2,4	+ 3,1	+ 4,0	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,4	+ 0,4	+ 0,1	± 0,1	+ 1,0	
Straßenfahrzeuge 5)	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,3	± 0,0	+ 0,3	
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,5	
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 1,8	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	
dar.: Textilien	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,3	
Bekleidung	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	+ 1,2	+ 2,4	+ 0,3	- 0,7	- 0,5	± 0,0	+ 0,3	- 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,3	
Preisindizes für Bauwerke												
Wohngebäude 6)	+ 2,2	+ 3,5	
Bürogebäude 1)	+ 2,3	+ 3,6	
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	+ 2,1	+ 3,6	
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	+ 2,1	+ 3,4	
Straßenbau 8)	+ 1,1	+ 2,1	
Brücken im Straßenbau 8)	+ 1,9	+ 3,3	
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	+ 0,8	+ 5,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,6	- 0,9	- 0,3	+ 1,1	
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 0,3	+ 3,2	+ 1,6	- 0,3	- 0,8	- 0,4	+ 0,1	- 1,3	- 0,7	+ 1,1	+ 0,6	
Index der Einzelhandelspreise 6)	+ 0,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,1	± 0,0	+ 0,6	
dar.: Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	± 0,0	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	- 0,2	± 0,0	+ 0,3	+ 0,7	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 0,7	- 0,2	+ 0,1	+ 0,6	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 0,2	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,7	
Bekleidung, Schuhe	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	
Wohnungsmieten, Energie 7)	+ 1,0	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,6	+ 4,3	+ 1,2	- 0,3	+ 0,1	+ 0,9	
Wohnungsmieten	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	
Energie 7)	- 2,7	+ 5,0	+ 4,3	+ 8,6	+ 6,1	+ 3,3	+ 6,3	+ 4,4	- 2,0	- 0,4	+ 2,8	
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	
Güter f. die Gesundheits- und Körperpflege	+ 1,5	+ 3,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	
Güter f. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,7	+ 6,2	+ 5,5	+ 4,2	+ 3,8	+ 1,5	- 0,9	- 1,1	+ 0,4	
Güter f. Bildung, Unterhaltung, Freizeit 8)	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	
Güter f.d. persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 3,8	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,9	
4-Pers.-Haush. v. Beamten und Angest. mit höherem Einkommen	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,7	+ 0,6	- 0,1	± 0,0	+ 0,6	
4-Pers.-Haush. von Arbeitern u. Angest. mit mittl. Einkommen	+ 1,1	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,9	+ 0,6	- 0,2	± 0,0	+ 0,6	
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempf. mit geringem Einkommen	+ 1,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,6	
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 9)	+ 1,0	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,5	- 0,1	+ 0,3	+ 0,7	
Index der Einfuhrpreise	+ 1,3	+ 4,5	- 2,3	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	...	+ 1,3	- 1,1	- 0,8	...	
dar.: Güter aus EG-Ländern	+ 0,7	+ 3,9	- 0,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,6	...	+ 1,4	- 0,7	- 0,1	...	
Güter aus Drittländern	+ 1,7	+ 5,1	- 3,8	± 0,0	- 0,5	- 0,8	...	+ 1,3	- 1,6	- 1,5	...	
Index der Ausfuhrpreise	+ 2,1	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	...	± 0,0	- 0,1	- 0,1	...	
dar.: Güter für EG-Länder	+ 2,0	+ 2,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	...	± 0,0	± 0,0	± 0,2	...	
Güter für Drittländer	+ 2,3	+ 2,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	...	± 0,0	- 0,2	± 0,0	...	

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Einschl. Acker-
schleppern. - 5) Ohne Ackerschlepper. - 6) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 7) Ohne Kraftstoffe. - 8) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. - 9) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1978,
nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1987	1988	1989	1989		1990 ⁵⁾		1990 ⁵⁾		
					3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	Okt. 7)	Nov. 7)	Dez. 7) 8)
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	61 238	61 715	62 679	62 260	62 679
dar. Ausländer ¹⁾	1 000	4 241	4 489	4 846	...	4 846
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	382 564	397 738	398 608	131 394	91 821	56 819	132 810	32 770	25 654 r	31 906
Ehescheidungen	Anzahl	129 850	128 729	126 628
Lebendgeborene	Anzahl	642 010	677 259	681 537	180 464	167 112	167 144	173 769	66 263	58 845 r	53 751
dar. Ausländer	Anzahl	67 191	73 518	79 868	20 979	19 830	18 584	21 606
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	62 358	67 957	69 668	18 383	17 568	16 930	17 813
Gestorbene ²⁾	Anzahl	687 419	687 516	697 730	163 477	182 806	189 318	170 888	60 793	58 256 r	58 724
dar. Ausländer	Anzahl	8 030	8 598	8 695	2 080	2 259	2 210	2 218
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	5 318	5 080	5 074	1 182	1 297	1 242	1 198
Totgeborene	Anzahl	2 485	2 398	2 368	628	556	555	606	207	216 r	194
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 45 409	- 10 257	- 16 193	+ 16 987	- 15 694	- 22 174	+ 2 881	+ 5 470	+ 589 r	- 4 973
Deutsche	Anzahl	-104 570	- 75 177	- 87 366	- 1 912	- 33 265	- 38 548	-16 507
Ausländer	Anzahl	+ 59 161	+ 64 920	+ 71 173	+ 18 899	+ 17 571	+ 16 374	+19 388
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	Anzahl	617 037	903 892	1 522 190	428 445	582 362
dar. Ausländer	Anzahl	473 341	648 550	770 771	243 924	197 902
Fortzüge	Anzahl	401 256	421 947	544 967	174 165	151 010
dar. Ausländer	Anzahl	334 204	359 089	438 277	138 901	115 964
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+215 781	+481 945	+977 223	+252 280	+431 352
dar. Ausländer	Anzahl	+139 137	+289 461	+332 494	+105 023	+ 81 938
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	6,9	7,3	7,7	...	7,7
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,3	6,5	6,4	8,4 ⁵⁾	5,9 ⁵⁾	6,1	4,9 r	6,1
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	21,2	21,0	20,4
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	10,5	11,0	11,0	11,5 ⁵⁾	11,1 ⁵⁾	12,3	11,3 r	10,3
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	15,8	16,3	16,5	...	17,6
	% aller Lebendgeb.	10,5	10,9	11,7	11,7	12,3
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 368	1 413	1 444 ⁶⁾	1 439 ⁶⁾	1 498 ⁶⁾
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	9,7	10,0	10,2	10,2	10,5
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,2	11,2	11,2	10,4 ⁵⁾	12,0 ⁵⁾	11,3	11,2 r	11,2
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,9	1,9	1,8	...	2,0
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	% aller Zuzüge	76,7	71,8	50,6	57,2	34,0
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	76,7	71,8	50,6	57,2	34,0
Fortzüge	% aller Fortzüge	83,3	85,1	80,4	79,8	76,8
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	83,3	85,1	80,4	79,8	76,8
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,6
dar. Ausländer ¹⁾	%	- 6,0	+ 5,8	+ 8,0	...	+ 8,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	+ 2,8	+ 4,0	+ 0,2	- 7,1	+ 4,7	+ 7,3	+ 8,9	+ 2,8	+ 11,3 r	- 11,1
Ehescheidungen	%	+ 6,0	- 0,9	- 1,6
Lebendgeborene	%	+ 2,6	+ 5,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,9	+ 5,0	+ 3,4	+ 17,0	+ 6,9 r	+ 1,1
dar. Ausländer	%	+ 14,6	+ 9,4	+ 8,6	+ 8,1	+ 8,7	+ 9,1	+ 5,7
Gestorbene ²⁾	%	- 2,1	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 2,3	+ 6,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 1,0 r	- 2,9
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	%	+ 3,1	+ 46,5	+ 68,4	+ 45,4	+132,7
dar. Ausländer	%	- 1,3	+ 37,0	+ 18,8	+ 15,2	+ 15,4
Fortzüge	%	- 2,2	+ 5,2	+ 29,2	+ 29,2	+ 29,4
dar. Ausländer	%	- 4,0	+ 7,5	+ 22,1	+ 20,2	+ 12,7

1) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters. - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes; ab 1988 ohne ungeklärt und ohne Angabe. - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 5) Vorläufiges Ergebnis. - 6) Geschätzt nach Calot-Verfahren (siehe WiSta 8/1981, S. 549 ff.). - 7) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990. - 8) Ohne Berlin.

Bevölkerung

Zum Aufsatz: „Bevölkerungsentwicklung 1989“ Wanderungen 1989 nach Ländern des Bundesgebietes

Land	Personen- kreis	Wanderungen												
		nach einer anderen Gemeinde innerhalb der Länder	über die Grenzen der Länder											
			Zuzüge			Fortzüge			Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)					
			ins- gesamt	über die Grenzen!) des Bundesgebietes	aus einem anderen Land	ins- gesamt	über die Grenzen!) des Bundesgebietes	nach einem anderen Land	ins- gesamt	aus den Wanderungen				
über die Grenzen!) des Bundesgebietes	zwischen den Ländern													
Schleswig-Holstein . .	Deutsche	.	68 279	18 124	50 155	45 350	2 482	42 868	+	22 929	+	15 642	+	7 287
	Ausländer	.	23 757	19 333	4 424	13 499	10 784	2 715	+	10 258	+	8 549	+	1 709
	Insgesamt		109 456	92 036	37 457	54 579	58 849	13 266	45 583	+	33 187	+	24 191	+
Hamburg	Deutsche	X	56 659	15 446	41 213	40 818	1 985	38 833	+	15 841	+	13 461	+	2 380
	Ausländer	X	35 570	31 228	4 342	22 411	18 291	4 120	+	13 159	+	12 937	+	222
	Insgesamt	X	92 229	46 674	45 555	63 229	20 276	42 953	+	29 000	+	26 398	+	2 602
Niedersachsen	Deutsche	.	285 746	200 541	85 205	220 100	41 886	178 214	+	65 646	+	158 655	-	93 009
	Ausländer	.	102 515	95 538	6 977	62 249	40 472	21 777	+	40 266	+	55 066	-	14 800
	Insgesamt		248 484	388 261	296 079	92 182	282 349	82 358	199 991	+	105 912	+	213 721	-107 809
Bremen	Deutsche	.	22 790	5 652	17 138	18 487	665	17 822	+	4 303	+	4 987	-	684
	Ausländer	.	17 845	13 384	4 461	8 695	7 035	1 660	+	9 150	+	6 349	+	2 801
	Insgesamt	982 ²⁾	40 635	19 036	21 599	27 182	7 700	19 482	+	13 453	+	11 336	+	2 117
Nordrhein-Westfalen .	Deutsche	.	297 798	174 460	123 338	138 232	17 890	120 342	+	159 566	+	156 570	+	2 996
	Ausländer	.	185 589	171 932	13 657	112 336	97 382	14 954	+	73 253	+	74 550	-	1 297
	Insgesamt		518 250	483 387	346 392	136 995	250 568	115 272	135 296	+	232 819	+	231 120	+
Hessen	Deutsche	.	132 903	56 362	76 541	70 534	6 405	64 129	+	62 369	+	49 957	+	12 412
	Ausländer	.	76 108	64 722	11 386	42 680	33 574	9 106	+	33 428	+	31 148	+	2 280
	Insgesamt		180 983	209 011	121 084	87 927	113 214	39 979	73 235	+	95 797	+	81 105	+
Rheinland-Pfalz	Deutsche	.	86 576	29 873	56 703	52 250	4 631	47 619	+	34 326	+	25 242	+	9 084
	Ausländer	.	45 062	37 905	7 157	29 293	23 952	5 341	+	15 769	+	13 953	+	1 816
	Insgesamt		125 371	131 638	67 778	63 860	81 543	28 583	52 960	+	50 095	+	39 195	+
Baden-Württemberg .	Deutsche	.	221 125	107 570	113 555	98 368	14 152	84 216	+	122 757	+	93 418	+	29 339
	Ausländer	.	136 693	123 613	13 080	91 747	80 031	11 716	+	44 946	+	43 582	+	1 364
	Insgesamt		416 543	357 818	231 183	126 635	190 115	94 183	95 932	+	167 703	+	137 000	+
Bayern	Deutsche	.	194 274	95 203	99 071	88 328	13 148	75 180	+	105 946	+	82 055	+	23 891
	Ausländer	.	147 492	131 638	15 854	87 757	76 953	10 804	+	59 735	+	54 685	+	5 050
	Insgesamt		459 409	341 766	226 841	114 925	176 085	90 101	85 984	+	165 681	+	136 740	+
Saarland	Deutsche	.	19 121	6 722	12 399	12 203	1 091	11 112	+	6 918	+	5 631	+	1 287
	Ausländer	.	9 452	7 726	1 726	3 909	2 051	1 858	+	5 543	+	5 875	-	132
	Insgesamt		31 887	28 573	14 448	14 125	16 112	3 142	12 970	+	12 461	+	11 306	+
Berlin (West)	Deutsche	X	71 305	41 466	29 839	27 241	2 355	24 883	+	44 064	+	39 111	+	4 953
	Ausländer	X	77 441	73 752	3 689	50 462	47 752	2 710	+	26 979	+	26 000	+	979
	Insgesamt	X	148 746	115 218	33 528	77 703	50 107	27 596	+	71 043	+	65 111	+	5 932
Bundesgebiet	Deutsche	.	1 456 576	751 419	705 157	811 911	106 690	705 221	+	644 665	+	644 729	-	64 ³⁾
	Ausländer	.	857 524	770 771	86 753	525 038	438 277	86 761	+	332 486	+	332 494	-	8 ³⁾
	Insgesamt		2 091 365	2 314 100	1 522 190	791 910	1 336 949	544 967	791 982	+	977 151	+	977 223	-

1) Ohne Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – 2) Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven. – 3) Der Saldo der Wanderungen zwischen den Bundesländern ist nicht ausgeglichen, da sich mit dem Inkrafttreten neuer Landesmeldegeseetze die definitonische Grundlage für die Erfassung der Wanderungsbewegungen geändert hat.

Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

1 000

Jahr Stichtag	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energie-wirtschaft und Wasser-versorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)						Elektro-technik ⁴⁾ Fein-mechanik und Optik; Herst. von EBM-Waren, Musikin-strumenten, Sport-geräten, Spiel- und Schmuck-waren
				zusammen	Chemische Industrie (einschl. Kohlen-wertstoff-industrie) und Mineralöl- verarbeitung	Kunststoff-, Gummi- und Asbest-	Gewinnung und Ver-arbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glas-gewerbe	Eisen- und NE-Metall-erzeugung, Gießerei und Stahl-verformung	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeug-bau ³⁾	
Insgesamt										
1985 JD	20 412,3	223,2	476,6	8 004,2	604,4	342,5	311,1	640,3	2 429,9	1 622,9
1986 JD	20 750,7	220,6	475,0	8 161,7	612,8	354,1	304,8	650,2	2 509,4	1 691,4
1987 JD	21 054,4	216,7	473,5	8 205,6	622,8	368,3	302,6	634,1	2 543,9	1 705,6
1988 JD	21 283,4	212,4	484,2	8 218,5	622,7	380,3	301,1	624,0	2 552,6	1 718,5
1989 JD	21 668,8	210,4	454,0	8 345,1	629,4	393,9	306,1	638,1	2 602,3	1 764,7
1989 31. März	21 423,1	206,6	456,3	8 268,0	627,1	387,7	303,4	630,9	2 572,9	1 746,7
30. Juni	21 619,3	218,0	452,7	8 328,6	629,0	396,1	310,4	637,5	2 589,0	1 765,9
30. Sept.	21 993,3	219,7	453,8	8 452,2	633,2	399,4	313,8	647,4	2 638,3	1 787,8
31. Dez.	21 907,0	197,3	447,7	8 436,4	632,4	401,3	300,1	647,0	2 651,2	1 789,6
1990 31. März	22 152,4	212,4	446,2	8 506,7	635,8	410,2	311,2	654,9	2 670,5	1 802,0
30. Juni	22 368,1	223,2	443,1	8 552,5	637,3	415,2	318,3	657,1	2 683,5	1 814,4
Männlich	13 194,9	157,5	392,1	6 177,9	466,0	286,8	252,4	580,9	2 265,0	1 172,6
Weiblich	9 173,2	65,7	51,0	2 374,6	171,3	128,4	65,9	98,2	418,4	641,8
dar.: ausländische Arbeitnehmer										
1985 JD	1 567,5	13,9	33,3	851,0	46,2	54,7	32,5	96,3	249,5	189,5
1986 JD	1 569,7	13,0	33,5	855,9	46,0	55,7	31,4	98,0	252,7	193,9
1987 JD	1 576,9	13,0	33,6	848,2	45,5	56,8	31,0	95,5	251,9	191,9
1988 JD	1 609,8	13,3	33,4	848,9	45,2	58,4	31,0	95,3	251,0	192,0
1989 JD	1 678,0	13,6	32,5	880,7	46,6	61,7	32,1	100,9	259,3	200,5
1989 31. März	1 646,4	13,4	32,7	867,4	46,2	60,6	31,7	99,0	255,1	198,1
30. Juni	1 889,3	14,7	32,6	884,8	46,8	62,5	32,8	101,6	259,3	201,7
30. Sept.	1 730,8	14,6	32,6	903,2	47,4	63,2	33,1	104,2	265,7	205,1
31. Dez.	1 683,8	11,8	31,7	885,6	46,2	62,5	31,1	101,8	262,2	202,3
1990 31. März	1 740,3	15,1	31,5	903,5	46,6	64,5	32,3	104,2	265,5	206,8
30. Juni	1 782,3	18,5	31,4	918,8	47,1	65,6	33,3	105,1	268,8	209,8
Männlich	1 212,2	15,4	30,5	675,3	36,5	47,2	28,6	94,0	237,1	119,7
Weiblich	570,1	3,1	0,9	241,5	10,6	18,4	4,8	11,1	31,7	90,1
Ausländerquote ⁵⁾	8,0	8,3	7,1	10,7	7,4	15,8	10,5	16,0	10,0	11,6

Jahr Stichtag	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)			Baugewerbe		Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Kredit-institute und Versiche-rungsgewerbe	
	Holz-, Papier- und Druck-gewerbe	Leder-, Textil- und Beklei-dungs-gewerbe	Nahrungs- und Genuß-mittel-gewerbe	zu-sammen	Bauhaupt-gewerbe		Ausbau- und Bauhilfs-gewerbe	zu-sammen	Eisen-bahnen	Deutsche Bundes-post		Verkehr (ohne Eisenbahnen und Deutsche Bundes-post)
Insgesamt												
1985 JD	763,7	582,4	707,0	1 441,1	992,8	448,3	2 785,1	973,4	135,3	212,0	626,1	813,4
1986 JD	760,6	572,9	705,4	1 403,5	964,1	439,3	2 782,4	993,9	133,3	231,1	647,6	832,8
1987 JD	766,1	557,2	707,0	1 389,9	949,4	440,5	2 836,4	1 009,7	129,7	211,8	688,2	854,0
1988 JD	774,0	537,5	705,8	1 378,5	932,0	444,5	2 902,1	1 025,9	124,5	212,6	688,8	864,0
1989 JD	791,0	521,7	697,9	1 395,0	942,3	452,7	2 960,6	1 049,1	119,8	212,8	716,6	879,1
1989 31. März	781,7	525,3	692,3	1 340,9	902,0	438,8	2 932,8	1 036,1	120,4	211,2	704,5	874,6
30. Juni	788,4	519,0	693,2	1 406,0	953,7	452,3	2 933,8	1 044,7	118,5	208,5	717,8	869,7
30. Sept.	803,9	520,8	707,5	1 448,9	975,5	473,4	3 001,3	1 068,5	119,3	217,4	731,9	889,3
31. Dez.	802,1	516,5	696,2	1 403,0	949,2	453,7	3 007,1	1 065,0	118,6	216,7	729,8	889,1
1990 31. März	811,3	517,0	693,7	1 422,6	960,6	462,0	3 031,7	1 084,9	117,0	218,5	749,3	890,8
30. Juni	817,3	508,6	700,9	1 468,1	996,3	471,8	3 047,1	1 103,7	115,2	221,4	767,1	890,6
Männlich	602,7	188,7	382,9	1 326,2	923,7	402,5	1 380,1	791,8	104,7	104,3	582,9	430,5
Weiblich	214,6	319,9	318,0	142,0	72,6	69,4	1 667,0	311,9	10,5	117,2	184,2	460,1
dar.: ausländische Arbeitnehmer												
1985 JD	60,4	72,8	49,1	142,0	120,0	21,9	107,5	60,8	12,4	6,7	41,7	12,4
1986 JD	59,1	70,8	48,4	137,0	115,5	21,5	107,0	60,0	12,2	5,3	42,5	12,6
1987 JD	58,7	68,6	48,1	134,8	112,8	22,0	110,7	61,1	12,2	5,3	43,6	13,1
1988 JD	59,9	66,9	49,3	134,5	111,3	23,2	119,0	63,4	12,0	5,7	45,7	13,5
1989 JD	62,3	66,6	50,7	137,5	112,5	25,0	126,4	67,4	12,1	6,2	49,2	14,0
1989 31. März	61,3	66,7	48,7	132,0	108,3	23,7	123,2	65,6	11,9	5,8	47,9	13,8
30. Juni	62,6	66,6	50,9	140,1	115,1	25,0	125,5	67,6	12,0	6,0	49,6	13,9
30. Sept.	63,9	67,4	53,3	144,5	117,2	27,3	131,9	69,8	12,4	6,5	50,9	14,4
31. Dez.	62,7	65,8	51,0	134,9	109,8	25,1	129,5	69,4	12,3	6,8	50,3	14,2
1990 31. März	64,7	67,3	51,6	138,2	112,0	26,2	135,3	71,7	12,3	7,0	52,4	14,6
30. Juni	66,0	66,5	54,5	143,9	116,8	27,1	139,2	74,4	12,2	7,4	54,9	14,8
Männlich	50,7	32,4	29,1	140,6	115,1	25,4	81,4	61,3	11,5	4,8	45,0	6,2
Weiblich	15,3	34,0	25,5	3,3	1,7	1,6	57,8	13,1	0,6	2,5	9,9	8,6
Ausländerquote ⁵⁾	8,1	13,1	7,8	9,8	11,7	5,7	4,6	6,7	10,6	3,3	7,2	1,7

Fußnoten siehe folgende Seite.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

1 000

Jahr Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	darunter				zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	
		Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinär- wesen					
Insgesamt									
1985 JD	3 877,5	322,1	825,8	1 137,7	425,3	1 386,5	1 214,9	171,7	5,9
1986 JD	4 009,2	327,8	855,1	1 175,3	446,7	1 422,9	1 246,3	176,6	2,0
1987 JD	4 141,4	334,4	873,5	1 208,3	466,9	1 451,7	1 270,2	181,5	8,7
1988 JD	4 281,7	341,0	890,2	1 238,3	479,7	1 445,9	1 265,0	180,9	12,1
1989 JD	4 436,1	345,0	908,7	1 273,7	489,1	1 443,7	1 258,4	185,3	6,5
1989 31. März	4 375,7	341,5	905,0	1 263,7	487,0	1 438,1	1 254,3	183,7	7,2
30. Juni	4 428,5	340,4	906,0	1 266,5	487,6	1 443,1	1 259,2	183,8	6,7
30. Sept.	4 513,1	351,9	912,3	1 284,3	490,9	1 451,0	1 262,9	188,1	4,7
31. Dez.	4 514,6	349,7	920,9	1 299,0	495,3	1 447,0	1 257,8	189,3	4,6
1990 31. März	4 606,1	358,2	927,8	1 314,1	500,7	1 447,4	1 259,5	187,9	2,8
30. Juni	4 679,2	360,0	931,7	1 320,8	503,5	1 454,5	1 266,6	187,9	2,4
Männlich	1 628,0	77,7	362,6	248,1	170,9	739,2	671,2	68,1	0,5
Weiblich	3 051,2	282,3	569,1	1 072,8	332,6	715,3	595,5	119,8	1,9
dar.: ausländische Arbeitnehmer									
1985 JD	283,8	39,1	41,6	63,2	16,1	46,2	44,4	1,8	0,7
1986 JD	287,3	40,0	42,3	62,7	16,7	46,5	44,7	1,8	0,1
1987 JD	296,3	42,9	43,5	62,9	17,9	47,8	45,9	1,9	0,4
1988 JD	315,9	46,6	45,6	64,8	19,3	48,2	46,3	1,9	0,6
1989 JD	336,9	50,4	47,8	67,3	20,3	48,2	46,1	2,1	0,3
1989 31. März	329,8	48,9	47,4	66,2	20,1	48,0	46,0	2,0	0,4
30. Juni	341,1	49,8	47,7	66,8	20,2	48,5	46,4	2,1	0,3
30. Sept.	350,3	53,1	48,7	68,7	20,6	48,6	46,4	2,2	0,3
31. Dez.	338,3	52,2	48,5	69,1	20,8	47,4	45,2	2,2	0,3
1990 31. März	360,1	56,5	49,5	70,4	21,1	49,1	46,9	2,2	0,2
30. Juni	371,7	57,8	49,8	71,5	21,2	50,2	47,9	2,3	0,2
Männlich	164,2	15,3	24,3	14,0	8,6	28,7	28,1	0,6	0,1
Weiblich	207,5	42,5	25,5	57,4	12,6	21,5	19,8	1,6	0,1
Ausländerquote ⁵⁾ ...	7,9	16,1	5,3	5,4	4,2	3,5	3,8	1,2	8,3

1) Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. – 2) Systematik der Wirtschaftszweige – Fassung für die Berufszählung 1970. – 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung – 5) Anteil der Ausländer an den Beschäftigten insgesamt in Prozent.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Schweinebestand im Dezember¹⁾

1 000

Land	Ins-gesamt	Ferkel	Jung-schweine unter 50 kg Lebend-gewicht	Mastschweine (einschl. ausgemerzte Zuchttiere)				Zuchtschweine mit 50 kg und mehr Lebendgewicht				Eber zur Zucht
				zu-sammen	davon mit einem Lebendgewicht von . . . bis unter . . . kg			Zuchtsauen				
					50 - 80	80 - 110	110 und mehr	trächtig		nicht trächtig		
								Jung-sauen	andere Sauen	Jung-sauen	andere Sauen	
Deutschland	30 722,2	7 521,1	8 309,9	11 592,1	6 599,7	4 398,7	593,7	417,6	1 672,1	402,7	702,2	104,5
Baden-Württemberg	2 204,5	860,7	402,6	621,8	366,0	226,3	29,5	36,1	156,8	35,4	78,3	12,8
Bayern	3 716,6	1 104,0	851,9	1 299,9	775,2	478,5	46,2	59,9	233,5	48,3	105,0	14,0
Berlin	28,3	0,6	7,1	18,4	7,8	9,2	1,4	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
Brandenburg	2 020,2	354,2	679,7	788,8	408,3	302,3	78,2	31,3	91,9	40,6	30,9	2,9
Bremen	3,8	1,6	0,3	1,3	0,6	0,6	0,0	0,1	0,4	0,1	0,1	0,0
Hamburg	4,8	1,7	1,0	1,5	0,9	0,5	0,1	0,0	0,5	0,0	0,1	0,1
Hessen	1 071,3	292,3	254,9	410,4	212,9	168,5	29,0	15,3	57,5	11,7	23,8	5,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 968,5	361,4	651,2	775,0	408,5	301,6	64,9	23,3	90,5	36,3	27,9	3,1
Niedersachsen	7 110,7	1 546,9	2 054,4	2 769,3	1 678,3	1 057,0	33,9	89,1	381,1	58,0	185,5	26,4
Nordrhein-Westfalen	5 869,2	1 554,1	1 396,4	2 287,0	1 406,6	842,1	(38,3)	78,0	329,8	59,5	142,2	(22,3)
Rheinland-Pfalz	510,8	154,7	109,4	185,9	107,9	71,4	6,7	7,0	30,7	6,5	13,7	2,8
Saarland	36,1	10,9	8,0	12,9	8,3	4,4	0,2	0,6	2,1	0,4	0,9	0,2
Sachsen	1 485,1	291,5	490,3	562,7	272,3	226,4	64,1	19,3	71,8	25,6	21,3	2,7
Sachsen-Anhalt	1 955,9	341,2	658,0	783,3	385,8	292,0	105,5	24,1	85,0	34,8	26,5	3,0
Schleswig-Holstein	1 448,4	414,2	334,8	547,5	326,4	218,3	2,8	16,2	82,7	16,7	29,0	7,4
Thüringen	1 289,8	231,2	410,1	526,4	233,9	199,8	92,7	17,1	58,0	28,7	16,9	1,4
Nachrichtlich:												
Gebiet A ²⁾	21 980,0	5 941,5	5 414,5	8 139,7	4 883,9	3 069,0	186,8	302,3	1 275,1	236,7	578,8	91,4
Gebiet B ³⁾	8 742,2	1 579,6	2 895,4	3 452,4	1 715,8	1 329,7	406,8	115,2	397,1	166,0	123,4	13,1

Siehe auch Fachserie 3, Reihe 4.1

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Unter Gebiet A ist der Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) vor dem 3.10.1990 zu verstehen. - 3) Unter Gebiet B sind die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen einschl. das frühere Berlin (Ost) zu verstehen.

Rinder- und Schafbestand im Dezember¹⁾

1 000

Land	Rinder									Schafe	
	insgesamt	Kälber bis unter 1/2 Jahr ²⁾	1/2 bis unter 2 Jahre alte Tiere		2 Jahre und ältere Tiere					insgesamt	zur Zucht benutzte weibliche Schafe ³⁾
			männlich	weiblich	männlich	weiblich					
						Färsen	Milch-kühe	Ammen- und Mutter-kühe	Schlacht- und Mastkühe		
Deutschland	19 513,3	3 020,6	3 838,3	4 607,9	213,3	1 072,6	6 342,5	207,1	211,0	3 128,5	1 974,9
Baden-Württemberg	1 594,4	239,5	280,0	364,5	16,0	77,6	574,2	21,7	21,0	266,0	175,6
Bayern	4 823,7	706,5	823,8	1 101,8	29,0	295,0	1 809,5	(15,6)	42,5	374,7	263,3
Berlin	3,7	0,5	0,6	0,1	0,2	0,2	1,9	0,0	0,1	4,0	1,5
Brandenburg	1 057,1	159,3	220,1	248,1	12,9	68,1	323,4	11,3	13,9	225,4	118,2
Bremen	15,8	2,4	2,7	3,7	0,7	1,4	4,4	0,3	0,2	0,5	0,3
Hamburg	11,7	1,9	2,1	2,9	0,4	1,3	2,5	0,5	0,1	3,3	2,2
Hessen	717,3	97,3	138,0	188,3	5,3	38,2	229,5	15,7	5,0	166,9	123,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 105,1	159,6	217,0	261,4	21,3	71,7	345,4	9,5	19,1	194,9	104,3
Niedersachsen	3 325,2	572,9	735,2	800,8	48,2	156,1	942,6	32,6	36,8	251,7	169,0
Nordrhein-Westfalen	1 956,8	315,7	527,7	437,4	26,9	72,6	525,0	31,9	19,7	193,9	131,9
Rheinland-Pfalz	548,3	74,1	83,2	135,0	4,4	39,9	183,6	22,6	5,6	143,3	105,3
Saarland	67,2	9,9	12,3	15,1	0,8	3,7	21,7	3,3	0,4	21,2	15,4
Sachsen	1 104,5	169,4	188,7	269,1	10,7	63,5	382,4	10,7	9,9	270,2	125,9
Sachsen-Anhalt	888,5	126,8	185,3	214,5	10,5	60,5	272,4	5,2	13,3	372,8	211,7
Schleswig-Holstein	1 525,0	265,7	269,6	386,8	19,2	77,1	472,1	19,2	15,4	257,9	191,3
Thüringen	769,1	119,1	152,1	178,4	6,9	45,7	252,1	7,0	7,9	381,8	235,9
Nachrichtlich:											
Gebiet A ⁴⁾	14 586,5	2 286,0	2 874,6	3 436,3	151,1	762,9	4 765,3	163,4	146,8	1 680,2	1 177,8
Gebiet B ⁵⁾	4 926,8	734,6	963,7	1 171,6	62,2	309,7	1 577,1	43,7	64,2	1 448,3	797,1

Siehe auch Fachserie 3, Reihe 4.1

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Oder unter 220 kg Lebendgewicht. - 3) Einschl. Jährlinge. - 4) Unter Gebiet A ist der Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) vor dem 3.10.1990 zu verstehen. - 5) Unter Gebiet B sind die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen einschl. das frühere Berlin (Ost) zu verstehen.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1985 = 100

Jahr Monat	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe											
	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	zusammen	Herst. u. Verarb. v. Spalt- u. Bruttstoffen	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisen-schaf-fende Industrie	NE-Metall-halbzeug-werke	Eisen-Stahl-und Temper-gießerei	Ziehereien und Kaltwalz-werke	Chemische Industrie	Holzbear-beitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Papp-erzeugung	Gummi-verar-beitung
1987	100,4	93,8	-	101,4	81,6	93,9	88,8	90,4	94,7	104,6	102,4	105,8
1988	110,2	103,4	136,3	109,9	96,6	115,6	98,8	104,3	101,9	113,4	110,9	112,2
1989 ³⁾	122,4	110,3	62,6	120,6	101,3	129,8	112,4	116,1	107,8	128,3	119,9	111,4
1989 Okt.	126,9	115,5	36,6	141,6	94,9	129,4	126,2	118,6	113,8	144,6	126,1	127,3
Nov.	125,6	109,7	49,4	125,4	97,4	128,7	113,5	115,3	105,2	138,2	129,2	122,6
Dez.	123,8	96,9	61,4	90,8	81,8	118,7	100,3	99,4	98,3	116,8	103,3	95,0
1990 Jan.	125,1	111,8	75,1	89,2	95,0	133,5	114,0	114,2	114,7	125,2	128,4	109,8
Febr.	124,9	107,9	14,0	96,1	94,4	121,4	118,5	117,6	108,1	130,6	122,3	109,3
März	140,5	121,1	134,1	129,2	110,1	134,4	125,8	125,6	118,8	145,9	139,6	120,6
April	122,5	108,8	30,7	133,4	95,8	130,4	109,1	113,0	105,4	135,0	119,7	112,7
Mai	129,3	113,3	.	147,4	93,5	129,0	117,1	115,5	110,7	147,2	.	118,8
Juni	123,5	109,5	.	144,9	92,3	120,7	112,2	108,4	107,7	135,7	.	108,8
Juli	125,3	107,2	.	147,6	90,0	122,1	105,1	110,3	104,7	129,2	.	107,0
Aug.	127,0	105,9	.	144,9	85,5	117,7	107,2	106,3	104,9	132,8	.	106,5
Sept.	133,6	112,6	.	143,2	92,0	116,5	107,9	110,6	113,4	142,1	.	114,5
Okt.	144,0	121,3	.	157,2	101,8	136,7	110,6	120,2	119,3	154,8	.	128,1
Nov.	135,2	114,0	.	139,6	89,8	132,6	107,4	115,1	113,3	148,0	.	123,6

Jahr Monat	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe											
	zusammen	Stahlver-formung, Ober-flächen-veredlung, Här-tung	Stahl- und Leicht-metall-, Schienen-fahrzeug-4)	Maschinen-bau	Straßen-fahrzeug-	Her-stellung von Kraft-wagen und -motoren	Schiffbau	Luft- u. Raum-fahr-zeug-bau	Elektro-technik	Fein-mechanik, Optik, H. v. Uhren ⁵⁾	Her-stellung von Eisen-, Blech- und Metall-waren	Herst. von Büro-maschinen, ADV-Geräten und -Ein-richtungen
1987	102,4	103,1	106,2	99,0	105,6	105,6	68,0	-	103,9	104,5	108,0	96,7
1988	113,0	116,4	119,0	113,9	112,4	112,2	68,1	122,6	114,4	112,0	117,5	98,9
1989 ³⁾	128,7	133,3	126,2	134,4	127,8	127,0	120,7	190,5	124,8	116,8	130,0	95,4
1989 Okt.	129,9	141,8	122,5	133,7	127,9	125,6	135,0	130,2	128,6	123,9	144,4	94,9
Nov.	133,9	138,6	124,7	133,8	132,7	130,9	175,8	156,4	134,4	127,6	140,2	107,6
Dez.	143,5	121,6	116,0	139,3	138,6	138,0	203,9	519,5	141,9	113,2	116,8	112,5
1990 Jan.	132,4	137,7	121,5	139,9	142,8	142,4	47,8	121,6	128,0	127,6	141,2	82,3
Febr.	131,3	144,8	118,4	139,5	131,3	130,1	29,6	156,4	133,3	125,6	138,1	82,6
März	146,4	150,9	141,7	155,3	147,8	146,6	134,2	99,9	144,9	136,0	151,3	114,1
April	128,9	137,4	138,2	132,2	137,1	136,3	94,4	122,7	125,0	113,2	139,2	75,6
Mai	138,0	146,7	133,3	142,7	141,9	140,1	142,3	155,6	132,9	130,0	149,2	87,1
Juni	132,3	134,3	132,7	138,1	131,1	129,0	62,1	172,6	130,1	126,4	141,9	106,8
Juli	136,7	135,8	144,1	141,0	150,3	148,1	36,3	207,6	126,3	119,6	144,3	92,5
Aug.	136,1	134,2	171,1	129,7	155,2	155,0	22,3	146,7	134,7	112,8	142,9	92,7
Sept.	140,3	135,5	145,4	131,7	142,2	139,1	92,3	380,7	135,7	122,1	146,6	118,4
Okt.	152,2	150,2	183,1	154,8	167,3	164,3	22,9	105,1	146,9	140,1	167,9	107,7
Nov.	144,0	144,5	146,3	135,4	145,7	141,9	100,1	154,9	153,6	139,3	163,0	112,0

Jahr Monat	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe											
	zusammen	Fein-keramik	Her-stellung und Ver-arbeitung von Glas	Her-stellung von Holz-und Polster-möbeln	Papier-und Papp-ver-arbeitung	Druckerei, Vervielfältigung	Her-stellung von Kunststoff-waren	Leder-erzeugung	Leder-ver-arbeitung	Her-stellung von Schuhen	Textil-gewerbe	Beklei-dungs-gewerbe
1987	105,4	100,5	105,2	109,8	106,2	109,8	111,5	97,2	95,9	92,3	97,8	101,4
1988	112,8	106,8	115,0	119,5	113,3	116,8	125,7	94,7	95,5	92,5	99,2	107,0
1989 ³⁾	122,5	115,8	121,1	130,5	123,2	127,5	138,9	99,7	97,5	93,3	107,7	114,3
1989 Okt.	136,8	121,0	127,2	144,8	131,4	139,6	149,9	113,3	160,1	174,4	122,1	133,6
Nov.	125,6	109,6	130,3	143,2	128,8	139,3	145,3	110,5	109,2	107,3	113,5	78,9
Dez.	106,4	90,4	123,2	115,6	113,7	137,8	122,5	105,8	75,3	70,7	84,4	61,7
1990 Jan.	123,9	125,8	130,9	141,2	136,5	132,5	148,8	115,5	72,4	55,6	101,5	86,3
Febr.	133,3	134,1	125,5	142,8	128,7	123,1	149,8	95,2	85,5	75,6	111,6	172,2
März	154,3	137,0	132,2	151,5	143,9	140,9	166,0	95,5	132,4	131,8	136,5	223,2
April	125,1	120,2	117,3	133,4	129,3	131,2	149,6	90,8	140,9	154,1	103,5	96,8
Mai	128,6	123,8	124,1	144,1	139,5	140,1	162,2	88,0	116,4	116,1	104,8	72,2
Juni	118,9	112,8	124,9	132,5	135,0	132,8	149,8	95,2	83,2	73,0	93,9	64,8
Juli	119,4	116,3	117,2	128,3	140,3	134,3	151,5	86,2	62,2	45,0	88,3	84,7
Aug.	133,6	112,9	119,3	140,0	139,9	137,7	150,7	68,9	78,1	63,5	96,0	187,3
Sept.	147,8	120,1	135,2	152,0	139,5	143,1	159,8	80,6	128,7	123,8	125,8	200,8
Okt.	156,3	129,4	142,7	178,3	158,9	160,8	178,7	99,7	168,3	174,1	130,2	142,1
Nov.	142,8	128,2	147,5	171,5	152,6	160,2	171,0	97,3	120,6	112,3	116,1	84,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Darstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRD). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe). – 3) Endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. – 4) Ab 1988 einschl. Lokomotivbau und Feld- und Industriebahnwagenbau. – 5) Ab 1988 einschl. H. v. Uhren.

Gesundheitswesen

Zum Aufsatz: „Gesundheitszustand der Bevölkerung“ Bevölkerung, Kranke und Unfallverletzte im April 1989 nach Altersgruppen Ergebnis des Mikrozensus

1 000

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung		Davon			
	insgesamt	mit Angaben über die Gesundheit	Kranke und Unfallverletzte			nicht krank / unfall- verletzt
			zusammen	davon		
			Kranke	Unfallverletzte		

Insgesamt

unter 5	3 173	2 750	261	249	12	2 489
5 - 10	3 047	2 682	204	182	22	2 478
10 - 15	2 935	2 598	143	117	26	2 455
unter 15	9 156	8 030	608	548	61	7 422
15 - 20	3 696	3 289	193	146	48	3 096
20 - 25	5 127	4 506	351	266	85	4 155
25 - 30	5 193	4 492	376	305	72	4 116
30 - 35	4 565	3 982	364	296	68	3 618
35 - 40	4 161	3 675	314	266	48	3 361
15 - 40	22 742	19 944	1 599	1 278	321	18 346
40 - 45	3 783	3 346	331	274	57	3 015
45 - 50	4 517	4 050	456	389	66	3 594
50 - 55	4 655	4 216	591	525	66	3 625
55 - 60	3 613	3 293	627	574	53	2 667
60 - 65	3 580	3 291	650	607	43	2 641
40 - 65	20 128	18 197	2 654	2 369	285	15 542
65 - 70	3 338	3 081	702	666	35	2 359
70 - 75	1 908	1 732	487	466	20	1 245
75 und älter	4 613	4 073	1 423	1 360	63	2 650
65 und älter	9 860	8 866	2 612	2 493	119	6 254
Insgesamt	61 885	55 037	7 473	6 687	786	47 564

Männlich

unter 5	1 624	1 406	142	136	/	1 264
5 - 10	1 588	1 396	115	102	13	1 281
10 - 15	1 510	1 338	77	61	16	1 261
unter 15	4 722	4 140	333	299	34	3 808
15 - 20	1 904	1 692	93	64	29	1 599
20 - 25	2 631	2 325	180	117	63	2 145
25 - 30	2 852	2 317	197	143	54	2 120
30 - 35	2 328	2 060	195	144	51	1 865
35 - 40	2 091	1 857	160	126	34	1 697
15 - 40	11 606	10 252	826	594	232	9 427
40 - 45	1 934	1 740	179	140	39	1 561
45 - 50	2 297	2 084	250	201	49	1 834
50 - 55	2 338	2 145	315	273	42	1 830
55 - 60	1 813	1 675	344	311	33	1 331
60 - 65	1 620	1 509	309	288	21	1 200
40 - 65	10 002	9 153	1 397	1 214	183	7 758
65 - 70	1 283	1 189	272	260	12	917
70 - 75	708	657	178	172	/	479
75 und älter	1 459	1 323	408	393	15	915
65 und älter	3 450	3 169	858	825	33	2 311
Zusammen	29 780	26 714	3 414	2 932	482	23 300

Weiblich

unter 5	1 549	1 344	119	113	/	1 225
5 - 10	1 460	1 286	89	80	10	1 197
10 - 15	1 425	1 260	66	56	10	1 193
unter 15	4 434	3 890	275	249	26	3 615
15 - 20	1 793	1 597	100	82	18	1 497
20 - 25	2 496	2 181	171	148	22	2 010
25 - 30	2 541	2 175	179	162	18	1 995
30 - 35	2 237	1 921	168	152	17	1 753
35 - 40	2 070	1 818	154	140	15	1 663
15 - 40	11 136	9 692	773	684	89	8 919
40 - 45	1 829	1 606	152	134	18	1 454
45 - 50	2 220	1 968	206	188	18	1 760
50 - 55	2 317	2 071	276	252	24	1 796
55 - 60	1 800	1 619	283	263	20	1 336
60 - 65	1 980	1 782	342	319	23	1 440
40 - 65	10 126	9 044	1 257	1 155	102	7 786
65 - 70	2 055	1 872	429	406	23	1 442
70 - 75	1 200	1 075	309	294	15	766
75 und älter	3 154	2 750	1 015	967	48	1 735
65 und älter	6 409	5 696	1 754	1 667	86	3 943
Zusammen	32 105	28 322	4 059	3 755	304	24 264

Kranke und unfallverletzte Erwerbstätige im April 1989 nach Arbeitsunfähigkeit und ausgewählten Berufen

Ergebnis des Mikrozensus

1 000

Ausgewählte Berufsbereiche, -abschnitte	Erwerbstätige mit Angaben über die Gesundheit	Kranke	Unfallverletzte	Kranke und Unfallverletzte			
				zusammen	davon		
					arbeitsunfähig gewesen		
ja	nein	ohne Angabe					
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	1 006	89	15	105	46	38	20
Bergleute, Mineralgewinner	84	/	/	9	7	/	/
Fertigungsberufe	7 535	683	194	877	679	142	57
darunter:							
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	246	27	/	32	25	/	/
Metallerzeuger, -bearbeiter	485	46	13	59	49	8	/
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	1 803	141	54	195	155	31	10
darunter:							
Schlosser	753	63	26	89	72	11	/
Mechaniker	549	42	17	59	47	9	/
Elektriker	642	47	16	63	47	12	/
Ernährungsberufe	567	44	10	55	39	13	/
Bauberufe	631	53	24	77	60	10	7
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	257	21	/	26	20	/	/
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	806	90	20	110	81	19	10
Technische Berufe	1 437	104	19	123	74	36	12
darunter:							
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	518	31	7	38	23	12	/
Techniker, Technische Sonderfachkräfte	921	73	12	85	51	24	9
Dienstleistungsberufe	13 990	1 119	197	1 316	831	360	125
darunter:							
Warenkaufleute	1 918	137	23	160	96	45	19
darunter:							
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäufer	604	42	8	50	27	15	7
Verkäufer	1 074	80	13	93	59	24	10
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	805	60	11	71	40	23	8
dar.: Bank-, Versicherungskaufleute	576	43	7	50	27	17	/
Verkehrsberufe	1 414	143	35	178	135	30	13
darunter:							
Berufe des Landverkehrs	745	68	19	87	67	13	/
dar.: Kraftfahrzeugführer	623	54	16	70	54	11	/
Berufe des Nachrichtenverkehrs	177	17	/	22	16	/	/
dar.: Postverteiler	134	15	/	18	15	/	/
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	4 959	374	57	431	264	127	40
darunter:							
Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer	759	46	13	59	29	25	/
Abgeordnete, administrativ entscheidende	251	23	/	27	16	8	/
Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungs-	649	48	/	53	31	17	/
fachleute							
Bürofach-, Bürohilfskräfte	3 299	257	35	292	189	77	26
darunter:							
Bürofachkräfte	2 842	217	30	248	160	64	23
Stenographen, Stenotypisten, Maschinen-	372	29	/	33	21	10	/
schreiber							
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	1 065	75	23	98	63	26	9
darunter:							
Dienst-, Wachberufe	218	24	/	27	20	/	/
Sicherheitshüter	888	38	18	56	36	16	/
Gesundheitsdienstberufe	1 163	86	15	101	66	26	9
darunter:							
Ärzte, Apotheker	228	10	/	12	/	/	/
Übrige Gesundheitsberufe	935	76	13	89	61	21	8
darunter:							
Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	437	44	/	49	32	11	/
Sprechstundenhelfer	268	16	/	18	13	/	/
Sozial- und Erziehungsberufe, anderweitig nicht	1 177	109	15	123	72	41	11
darunter:							
Sozialpflegerische Berufe	411	41	/	46	29	11	/
Lehrer	646	57	9	66	39	23	/
Allgemeine Dienstleistungsberufe	1 283	118	17	134	84	35	16
darunter:							
Gästabtreter	360	30	7	37	18	13	/
dar.: Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute	186	14	/	16	/	8	/
Reinigungsberufe	543	60	/	66	45	14	/
Sonstige Arbeitskräfte	637	48	13	61	42	12	7
Insgesamt	24 687	2 048	442	2 490	1 679	590	222

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

Sozialleistungen

Zum Aufsatz: „Jugendhilfe“ Erzieherische Hilfen

Gegenstand der Nachweisung	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989
Minderjährige unter							
gesetzlicher Amtspflegschaft ¹⁾	333 930	330 137	370 375	384 984	400 191	420 241	442 180
gesetzlicher Amtsvormundschaft ¹⁾	35 859	24 458	18 589	17 407	16 027	15 691	15 403
bestellter Amtspflegschaft ¹⁾	58 315	48 629	35 952	34 327	33 399	32 792	32 499
bestellter Amtsvormundschaft ¹⁾	40 708	43 096	36 156	34 207	33 124	32 554	31 320
Minderjährige unter Beistandschaft des Jugendamtes¹⁾	33 783	60 402	62 197	59 126	56 337	53 762	52 671
Adoptionen²⁾	9 308	9 298	7 974	7 875	7 694	7 481	7 114
dar.: ausländischer Minderjähriger	1 066	1 115	1 136	1 253	1 161
Sorgerechtsentziehungen³⁾	6 264	5 650	6 908	6 506	6 223	5 987	6 262
Vaterschaftsfeststellungen³⁾	38 695	46 587	58 503	61 920	65 895	70 521	72 366
dar.: durch freiwillige Anerkennung	24 218	34 777	46 370	50 057	53 474	58 337	60 009
Vater nicht festzustellen oder nicht heranzuziehen	4 524	3 893	3 494	3 686	3 473	3 526	3 274
Pflegekinder unter Aufsicht¹⁾	68 559	70 552	64 587	65 414	66 247	69 090	73 923
davon in:							
Vollzeitpflege	38 801	37 383	35 694	34 100	34 008
Wochenpflege	2 201	2 201	2 079	1 978	1 849
Tagespflege	23 585	25 830	28 474	33 012	38 066
Erziehungs- und Familienberatung⁴⁾							
für junge Menschen	209 898	221 046	228 678	233 255	241 019
männlich	123 782	129 475	133 719	137 353	141 565
weiblich	86 136	91 571	94 959	95 902	99 454
durch öffentliche Träger	93 856	98 025	98 703	101 831	104 311
durch freie Träger	116 042	123 021	129 975	131 424	136 708
Minderjährige unter formloser erzieherischer Betreuung¹⁾	382 126	377 097	341 233	350 230	362 080	367 937	371 759
männlich	212 724	208 154	187 843	191 394	197 163	200 695	201 930
weiblich	169 402	168 943	153 390	159 836	164 897	167 242	169 829
Minderjährige unter Erziehungs- beistandschaft¹⁾	6 685	7 197	7 209	7 180	7 080	7 139	7 014
männlich	4 586	4 919	4 694	4 670	4 558	4 540	4 480
weiblich	2 099	2 278	2 515	2 510	2 502	2 599	2 534
auf gerichtliche Anordnung	1 935	1 353	756	700	676	580	533
auf Antrag des Personensorgeberechtigten	4 750	5 844	6 453	6 480	6 384	6 559	6 481
Hilfe zur Erziehung für Minderjährige¹⁾⁵⁾	119 906	115 554	80 292	76 976	76 220	75 766	76 226
dar.: männlich	63 596	61 194	42 830	41 196	40 871	40 769	40 974
Minderjährige in Freiwilliger Erziehungs- hilfe¹⁾	17 633	15 798	12 541	11 678	11 348	11 121	10 811
dar.: männlich	11 639	11 009	8 787	8 163	7 931	7 837	7 737
Minderjährige in Fürsorgeerziehung¹⁾	5 959	3 194	1 242	1 042	841	717	594
dar.: männlich	3 797	2 210	907	761	621	523	441
Hilfe für junge Volljährige gemäß § 6 Abs. 3 JWVG¹⁾	1 552	4 254	7 791	8 364	8 935	9 341	9 028
dar.: männlich	1 015	2 620	4 408	4 625	4 930	5 103	4 906
Hilfe für junge Volljährige gemäß § 75a JWVG¹⁾	1 044	1 545	2 351	2 519	2 503	2 339	2 196
dar.: männlich	852	1 225	1 729	1 825	1 793	1 654	1 519
Jugendgerichtshilfe für Jugendliche und Heranwachsende⁶⁾	228 322	333 546	302 333	281 027	268 651	255 992	242 681
männlich	199 361	289 982	256 932	237 678	228 342	217 678	206 488
weiblich	28 961	43 564	45 401	43 349	40 309	38 314	36 193
im Alter von 14 bis unter 18 Jahren	114 233	178 849	150 226	132 477	123 113	115 622	109 256
im Alter von 18 bis unter 21 Jahren	114 089	154 697	152 107	148 550	145 538	140 370	133 425

1) Am Ende des Berichtsjahres. – 2) Im Berichtsjahr adoptierte Minderjährige – 3) Erledigte Fälle im Berichtsjahr. – 4) Beratene Minderjährige und junge Volljährige. – 5) Minderjährige, die mit wirtschaftlicher Hilfe des Jugendamtes dauerhaft außerhalb der eigenen Familie untergebracht sind. – 6) Im Berichtsjahr zugegangene Fälle.

Aufwand für die Jugendhilfe nach Hilfearten¹⁾

Hilfeart Einnahmeart	Insgesamt		Aufwand für Maßnahmen der öffentlichen Träger								Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe				
			zusammen		außerhalb von		in								
	Einrichtungen								1988	1989	1988	1989			
	1988	1989	1988	1989	1988	1989	1988	1989							
		Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%		
Jugendwohlfahrtsbehörden															
Ausgaben	7 606,9	8 066,5	100	4 734,8	5 031,8	100	759,1	813,3	100	3 975,7	4 218,8	100	2 872,0	3 034,6	100
Einnahmen ²⁾	581,8	580,3	7,2	577,4	575,9	11,4	130,6	144,5	17,8	446,8	431,4	10,2	4,3	4,4	0,1
Reine Ausgaben	7 025,1	7 486,3	92,8	4 157,4	4 455,9	88,6	628,4	668,8	82,2	3 528,9	3 787,1	89,8	2 867,7	3 030,2	99,9
Kreisangehörige Gemeinden ohne eigenes Jugendamt															
Ausgaben	1 651,2	1 793,0	100	1 013,9	1 088,1	100	28,3	31,9	100	985,6	1 056,2	100	636,7	704,2	100
Einnahmen ²⁾	247,6	256,6	14,3	245,1	254,4	23,4	5,9	6,3	19,7	239,2	248,1	23,5	2,5	2,3	0,3
Reine Ausgaben	1 403,6	1 536,4	85,7	768,9	833,8	76,6	22,4	25,6	80,3	746,5	808,1	76,5	634,2	701,9	99,7
Insgesamt															
Hilfe für Mutter und Kind vor und nach der Geburt	95,6	127,1	1,3	53,7	82,3	1,3	46,5	76,9	9,1	7,2	5,4	0,1	41,9	44,8	1,2
Hilfe durch Familienpflege	473,5	489,7	5,0	466,1	481,9	7,9	486,1	481,9	57,0	X	X	X	7,5	7,8	0,2
Hilfe durch Heimpflege	1 810,1	1 861,3	18,9	1 648,1	1 689,7	27,6	X	X	X	1 648,1	1 689,7	32,0	161,9	171,6	4,6
Kindertagesstätten	4 519,2	4 917,6	49,9	2 144	2 372,6	38,8	X	X	X	2 144,1	2 372,6	45,0	2 375,1 ³⁾	2 545,1 ³⁾	68,1
Erzieherische Betreuung von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Gesundheitshilfe	17,2	19,7	0,2	13,5	15,2	0,2	1,5	1,4	0,2	12,0	13,8	0,3	3,7	4,5	0,1
Jugendberufshilfen	124,6	122,5	1,2	41,9	45,1	0,7	21,0	18,4	2,2	20,9	26,6	0,5	82,6	77,5	2,1
Beratung in Fragen der Ehe, Familie und Jugend	282,9	303,1	3,1	110,3	119,5	2,0	37,1	39,0	4,6	73,3	80,5	1,5	172,5	183,6	4,9
Jugendschutz	28,0	27,3	0,3	8,9	8,6	0,1	6,5	5,6	0,7	2,4	3,0	0,1	19,1	18,7	0,5
Erholungspflege	155,8	158,0	1,6	80,4	77,0	1,3	36,6	37,1	4,4	43,8	40,0	0,8	75,4	80,9	2,2
Freizeithilfen	517,0	545,3	5,5	321,7	340,4	5,6	48,1	54,4	6,4	273,8	286,0	5,4	195,4	205,0	5,5
Internationale Jugendbegegnung	26,4	31,2	0,3	15,1	18,1	0,3	11,1	14,0	1,7	4,0	4,0	0,1	11,3	13,1	0,4
Außerschulische Bildung	162,4	159,1	1,6	31,2	27,7	0,5	11,2	10,8	1,3	20,0	16,9	0,3	131,2	131,5	3,5
Freiwillige Erziehungshilfe	541,8	551,3	5,6	541,8	551,3	9,0	18,1	17,6	2,1	523,7	533,7	10,1	X	X	X
Fürsorgeerziehung	41,3	32,7	0,3	41,3	32,7	0,5	5,8	1,8	0,2	35,5	30,9	0,6	X	X	X
Hilfe nach § 75a JWVG	114,1	120,4	1,2	114,1	120,4	2,0	6,0	6,3	0,7	108,1	114,1	2,2	X	X	X
Vormundschaftswesen	5,2	5,0	0,1	1,6	1,7	0,0	1,6	1,7	0,2	X	X	X	3,5	3,3	0,1
Adoptionswesen	3,2	1,5	0,0	2,3	0,9	0,0	2,3	0,9	0,1	X	X	X	0,9	0,6	0,0
Jugendgerichtshilfe	9,3	10,3	0,1	3,7	3,5	0,1	3,7	3,5	0,4	X	X	X	5,6	6,8	0,2
Erziehungsbeistandschaft	8,1	9,0	0,1	6,1	6,8	0,1	6,1	6,8	0,8	X	X	X	2,0	2,2	0,1
Fortbildung auf dem Gebiet der Jugendhilfe	12,4	13,4	0,1	6,6	7,2	0,1	2,7	2,2	0,3	3,9	5,1	0,1	5,8	6,1	0,2
Sonstige Ausgaben	309,9	354,3	3,6	96,0	117,5	1,9	55,4	65,1	7,7	40,6	52,4	1,0	213,2	235,9	6,3
Ausgaben zusammen	9 258,1	9 859,8	100	5 748,7	6 119,9	100	787,4	845,2	100	4 961,3	5 274,7	100	3 508,7	3 738,8	100
Einnahmen²⁾	829,3	836,9	8,5	822,5	830,3	13,6	136,5	150,8	17,8	686,0	679,5	12,9	6,9	6,6	0,2
Kostenbeiträge, überleitete Ansprüche	280,8	337,0	3,4	280,8	337,0	5,5	91,2	98,7	11,7	189,6	238,3	4,5	X	X	X
Sonstige Einnahmen	548,6	499,9	5,1	541,7	493,3	8,1	45,3	52,1	6,2	496,4	441,2	8,4	6,9	6,6	0,2
Reine Ausgaben	8 428,7	9 022,7	91,5	4 926,2	5 289,7	86,4	650,8	694,4	82,2	4 275,4	4 595,3	87,1	3 501,8	3 732,2	99,8

¹⁾ Ohne allgemeine Verwaltungskosten der Jugendbehörden sowie ohne Aufwendungen für Investitionen. - ²⁾ Ohne Zuweisungen des Bundes. - ³⁾ Einschl. Personalkostenzuschüsse für Fachkräfte in Kindertagesstätten der Länder Baden-Württemberg (1988: 149 Mill. DM, 1989: 157 Mill. DM) und Bayern (1988: 377 Mill. DM, 1989: 423 Mill. DM).

Finanzen und Steuern

Zum Aufsatz: „Einheitswerte der gewerblichen Betriebe“

Bilanzstruktur der gewerblichen Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Ergebnis der Einheitswertstatistik 1986

Wirtschaftszweig (H.v. = Herstellung von; GH. = Großhandel; EH. = Einzelhandel)	Aktiva				Passiva				Bilanz- summe
	Anlagevermögen		Umlaufvermögen		Eigenkapital		Fremdkapital		
	ins- gesamt	darunter Sach- Anlagen 1)	ins- gesamt	darunter Vorräte	Einheits- wert	Schachtel- beteili- gungen	ins- gesamt	darunter lang- fristige Verbind- lichkeiten	
% der Bilanzsumme									Mill. DM
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 2)	46,8	39,7	53,2	17,4	40,7	0,5	58,8	14,7	3 464
Produzierendes Gewerbe	43,6	32,2	56,4	20,7	33,3	5,1	61,5	8,9	1 284 836
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	64,6	54,6	35,4	7,2	28,9	5,4	65,7	14,0	250 189
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	65,0	56,3	35,0	7,2	28,7	4,7	66,7	14,5	224 336
Bergbau	61,2	39,9	38,8	7,4	31,1	11,8	57,1	9,8	25 853
Verarbeitendes Gewerbe	39,9	27,4	60,1	23,4	35,2	5,5	59,3	7,7	938 004
Chemische Industrie	49,5	28,7	50,5	17,8	37,4	13,0	49,6	4,7	131 912
Mineralölverarbeitung	36,5	26,1	63,5	22,6	44,6	2,0	53,4	1,2	12 040
H. v. Kunststoff- und Gummiwaren	43,2	34,8	56,8	23,1	35,1	3,5	61,4	11,2	25 856
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feink Keramik, Glas	53,5	40,7	46,5	17,4	42,1	4,2	53,8	11,8	36 673
Eisenschaffende Industrie	40,9	27,8	59,1	17,3	18,7	11,2	70,1	10,3	32 788
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	43,2	26,2	56,8	26,9	30,3	10,6	59,1	11,4	22 769
Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	46,2	38,8	53,8	24,6	39,0	2,1	58,9	14,4	11 172
Mechanik, Ang.	40,0	36,8	60,0	23,8	42,9	0,0	57,1	15,3	4 303
H. v. Stahl- und Leichtmetallkonstruk- tionen, Weichenbau	20,2	16,1	79,8	45,0	18,0	0,7	81,3	6,1	9 485
Kessel- und Behälterbau	17,0	7,2	83,0	38,1	10,1	7,4	82,5	3,6	11 030
Maschinenbau	30,4	19,9	69,6	28,9	29,3	5,0	65,8	7,5	123 041
H. v. Büromaschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen	40,0	22,5	60,0	21,6	42,7	6,0	51,3	2,8	15 849
H. v. Kraftwagen und deren Teilen	42,7	33,0	57,3	16,5	44,6	2,8	52,6	3,1	99 980
Schiffbau	25,1	19,9	74,9	32,5	14,1	0,1	85,8	11,6	4 057
Luft- und Raumfahrzeugbau	17,5	12,5	82,5	31,3	19,1	2,5	78,5	5,3	11 179
Elektrotechnik	32,0	17,8	68,0	25,2	29,1	6,5	64,4	4,6	137 943
Feinmechanik, Optik	32,8	22,9	67,2	29,9	38,3	0,5	61,2	9,9	14 686
H. v. EBM-Waren	39,5	31,5	60,5	27,3	41,2	2,2	56,7	12,8	25 703
Holzbearbeitung	46,1	40,1	53,9	29,2	38,4	0,7	60,9	18,5	6 249
Holzverarbeitung	41,5	36,6	58,5	24,9	37,9	0,2	62,0	16,5	16 079
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	54,3	39,0	45,7	17,1	37,5	4,8	57,8	19,8	10 933
Papier- und Pappeverarbeitung	47,0	40,7	53,0	22,9	39,7	1,4	58,9	16,6	11 462
Druckerei, Vervielfältigung	49,1	39,1	50,9	12,2	40,2	2,1	57,6	15,2	12 623
Textilgewerbe	40,0	32,2	60,0	29,6	41,8	1,4	56,8	11,2	23 907
Bekleidungs-gewerbe	28,4	20,6	71,6	36,6	37,7	0,8	61,5	11,2	11 579
H. v. Süßwaren (ohne Dauerback- waren)	43,6	25,2	56,4	27,8	44,4	4,0	51,7	5,2	4 567
Milchverwertung	42,0	35,9	58,0	15,7	34,1	2,2	63,7	7,6	7 854
Schlachthäuser (ohne kommunale), Fleischverarbeitung	51,5	44,6	48,5	12,3	39,6	0,4	60,0	15,2	6 143
Brauerei, Mälzerei	69,0	48,9	31,0	8,2	46,9	3,3	49,7	11,2	12 999
Alkoholbrennerei, H. v. Spirituosen, Wein	35,2	18,7	64,8	27,2	41,7	1,3	56,9	9,4	4 851
Sonstiges Ernährungsgewerbe (ohne H. v. Futtermitteln)	45,0	23,1	55,0	24,1	33,4	9,6	57,0	6,2	9 421
Tabakverarbeitung	36,4	13,8	63,6	31,9	36,0	9,2	54,8	4,1	9 636
Baugewerbe	25,7	21,0	74,3	29,0	26,9	1,2	71,9	7,0	98 642
Hoch- und Tiefbau	26,3	21,0	73,7	28,4	24,5	1,6	73,9	5,6	67 995
Zimmerei, Dachdeckerei	31,6	28,5	68,4	26,7	38,8	—	61,2	12,1	4 754
Bauinstallation	19,5	16,5	80,5	34,7	29,0	0,3	70,7	8,8	14 433
Ausbaugewerbe (ohne Bauinstallation)	30,6	27,1	69,4	24,3	37,9	0,1	61,9	13,0	7 332

1) Betriebsgrundstücke, Maschinen und ähnliche Anlagen, sonstige Sachanlagen. — 2) Soweit als Betriebsvermögen festgestellt.

Bilanzstruktur der gewerblichen Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Ergebnis der Einheitswertstatistik 1986

Wirtschaftszweig (H.v = Herstellung von; GH. = Großhandel, EH. = Einzelhandel)	Aktiva				Passiva				Bilanz- summe Mill. DM
	Anlagevermögen		Umlaufvermögen		Eigenkapital		Fremdkapital		
	ins- gesamt	darunter Sach- Anlagen ¹⁾	ins- gesamt	darunter Vorräte	Einheits- wert	Schachtel- beteili- gungen	ins- gesamt	darunter lang- fristige Verbind- lichkeiten	
	% der Bilanzsumme								
Großhandel	22,2	15,2	77,8	26,8	24,7	1,3	74,0	8,0	229 083
GH mit Getreide, Futter- und Düngemitteln	25,1	20,1	74,9	26,2	20,9	0,5	78,5	12,4	16 054
GH. mit festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	23,2	12,5	76,8	11,8	18,1	0,8	81,1	2,2	17 289
GH. mit Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	16,3	10,1	83,7	22,7	18,1	3,7	78,2	5,3	23 305
GH. mit Holz, Baustoffen, Installations- bedarf	28,7	23,6	71,3	28,4	33,4	0,4	66,2	14,5	16 380
GH. mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	28,9	17,3	71,1	25,8	26,9	2,1	71,0	8,7	35 335
GH. mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	16,0	11,3	84,0	35,6	25,2	1,6	73,2	10,3	10 036
GH. mit Metallwaren, Einrichtungs- gegenständen	20,7	15,5	79,3	32,3	25,2	1,2	73,6	7,7	32 049
GH. mit Fahrzeugen, Maschinen, tech- nischem Bedarf	20,3	15,6	79,7	31,6	27,0	0,7	72,3	7,6	34 539
GH. mit Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, OAS	18,9	12,7	81,1	22,2	21,8	0,6	77,6	6,2	16 448
Handelsvermittlung	27,9	16,8	72,1	24,4	31,6	0,7	67,7	8,1	9 772
Einzelhandel	35,3	28,1	64,7	36,7	36,6	1,1	62,3	13,4	107 683
EH. mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	46,7	27,4	53,3	29,8	39,4	3,6	57,0	9,9	14 248
EH. mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	31,4	27,6	68,6	47,4	42,7	0,2	57,1	16,1	16 909
EH. mit Einrichtungsgegenständen (ohne Elektrotechnik usw.)	33,4	29,9	66,6	38,5	37,3	0,2	62,5	18,2	11 183
EH. mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	29,1	23,4	70,9	36,4	43,5	0,9	55,5	14,9	6 425
EH. mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	31,9	28,4	68,1	36,7	28,0	0,2	71,8	15,4	15 505
EH. mit sonstigen Waren, Waren ver- schiedener Art	38,6	30,9	61,4	35,1	36,5	1,5	62,0	11,2	32 788
Sonstige Wirtschaftsbereiche (ohne Kredit- institute, Versicherungsgewerbe, Beteili- gungsgesellschaften)	58,5	34,8	41,5	4,7	35,5	9,7	54,9	12,4	295 901
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	59,1	49,8	40,9	3,1	33,6	1,5	64,9	20,3	51 831
Straßenverkehr, Parkplätze und -häuser	61,8	51,8	38,2	2,5	36,7	2,0	61,3	20,7	13 224
See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen	74,0	63,1	26,0	1,1	28,2	0,6	71,2	45,8	8 542
Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung	41,8	31,7	58,2	2,0	28,5	1,9	69,6	11,8	17 080
Mit dem Kredit- und Versicherungs- gewerbe verbundene Tätigkeiten	46,2	35,1	53,8	1,1	15,4	5,1	79,4	16,5	19 098
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen (ohne Beteiligungsgesell- schaften)	59,3	31,2	40,7	5,3	37,6	12,0	50,4	10,2	224 190
Gastgewerbe	73,5	68,5	26,5	4,7	47,0	0,5	52,5	24,8	9 754
Verlagsgewerbe	41,3	19,8	58,7	11,4	39,8	3,3	57,1	5,6	16 013
Gesundheitswesen	48,8	45,6	51,2	2,7	64,2	0,6	35,2	18,2	7 155
Rechts- und Steuerberatung, Wirt- schaftsprüfung usw.	28,2	13,3	71,8	8,5	41,7	1,0	57,4	4,8	11 441
Vermögensverwaltung (ohne Beteili- gungsgesellschaften)	79,1	6,6	20,9	1,1	25,4	53,8	20,8	4,5	44 362
Vermietung beweglicher Sachen (ohne Bücher u.ä., Filme)	79,1	63,4	20,9	1,7	22,3	0,6	77,1	8,1	25 108
Grundstücks- und Wohnungswesen	70,7	47,8	29,3	3,4	55,2	2,5	42,3	18,3	53 182
Alle Wirtschaftsbereiche (ohne Kredit- institute, Versicherungsgewerbe, Beteiligungsgesellschaften)	42,8	30,3	57,2	19,9	32,8	5,1	62,1	9,6	1 930 738

1) Betriebsgrundstücke, Maschinen und ähnliche Anlagen, sonstige Sachanlagen.

Löhne und Gehälter

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie

Jahr ¹⁾ Monat	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	Industrie (ohne Baumindustrie)	Elektrizitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- versorgung	Bergbau	Grundstoff- und Produktions- güter- industrie	Investitions- güter- industrie	Verbrauchs- güter- industrie	Nahrungs- und Genuß- mittel- industrie	Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)
Männer									
Bezahlte Wochenstunden									
1988 D	40,5	40,5	40,9	39,7	41,4	39,6	41,1	43,5	40,5
1989 D	40,4	40,3	40,4	39,4	41,0	39,6	40,9	43,2	40,6
1990 D	39,9	39,9	39,5	40,0	40,4	39,3	40,4	43,0	40,2
1989 Okt.	40,4	40,2	40,2	39,5	40,8	39,6	40,8	43,5	41,6
1990 Jan.	39,6	39,8	39,8	39,9	40,2	39,2	40,3	42,3	38,6
April	40,0	39,9	39,5	40,4	40,5	39,3	40,5	42,8	40,3
Juli	40,0	39,9	39,5	40,0	40,4	39,2	40,3	43,2	40,7
Okt.	40,2	40,1	39,4	39,8	40,4	39,5	40,5	43,7	40,8
Bruttostundenverdienst in DM									
1988 D	19,32	19,49	21,15	20,25	19,57	19,94	17,92	17,68	18,29
1989 D	20,09	20,27	22,10	20,76	20,32	20,78	18,61	18,30	18,89
1990 D	21,17	21,30	23,40	21,71	21,41	21,83	19,62	19,25	20,27
1989 Okt.	20,30	20,51	22,39	20,90	20,63	21,01	18,82	18,55	19,01
1990 Jan.	20,48	20,62	22,76	21,51	20,79	21,03	19,00	18,59	19,23
April	20,80	20,89	23,27	21,88	21,10	21,23	19,35	19,02	20,20
Juli	21,40	21,54	23,51	21,83	21,49	22,19	19,78	19,32	20,50
Okt.	21,54	21,69	23,64	21,78	21,79	22,26	19,96	19,64	20,57
Frauen									
Bezahlte Wochenstunden									
1988 D	38,9	38,9	40,1	/	39,7	38,1	39,3	40,2	/
1989 D	38,7	38,7	39,6	/	39,4	37,9	39,3	40,2	/
1990 D	38,4	38,4	38,8	/	39,0	37,7	38,8	39,8	/
1989 Okt.	38,5	38,5	39,4	/	39,1	37,8	39,1	40,0	/
1990 Jan.	38,4	38,4	39,0	/	39,0	37,7	38,9	39,6	/
April	38,3	38,3	38,7	/	38,9	37,6	38,8	39,7	/
Juli	38,3	38,3	38,7	/	39,0	37,7	38,8	39,8	/
Okt.	38,4	38,4	38,6	/	39,0	37,8	38,8	40,1	/
Bruttostundenverdienst in DM									
1988 D	14,21	14,21	16,09	/	15,13	15,20	13,05	12,44	/
1989 D	14,76	14,76	16,75	/	15,61	15,76	13,57	12,94	/
1990 D	15,49	15,49	17,51	/	16,42	16,53	14,23	13,68	/
1989 Okt.	14,90	14,90	16,86	/	15,87	15,87	13,73	13,07	/
1990 Jan.	15,01	15,01	17,11	/	15,93	15,94	13,87	13,22	/
April	15,18	15,18	17,52	/	16,07	16,11	14,00	13,58	/
Juli	15,68	15,68	17,60	/	16,46	16,81	14,35	13,78	/
Okt.	15,75	15,75	17,61	/	16,81	16,82	14,46	13,86	/

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe

DM

Jahr ¹⁾ Monat	Industrie ²⁾ , Handel, Kredit- institute und Versicherungs- gewerbe	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Hand- werk)	Industrie (ohne Baum- industrie)	Elektri- zitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- versorgung	Bergbau	Grund- stoff- und Produktions- güter- industrie	Investi- tions- güter- industrie	Ver- brauchs- güter- industrie	Nahrungs- und Genuß- mittel- industrie	Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteil- bau im Hochbau)	Handel, Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe
Männer											
1988 D	4 854	5 061	5 066	4 806	5 395	5 155	5 197	4 565	4 575	4 965	3 980
1989 D	4 824	5 244	5 249	4 934	5 578	5 345	5 386	4 722	4 734	5 159	4 102
1990 D	5 037	5 469	5 468	5 093	5 860	5 559	5 615	4 922	4 956	5 451	4 293
1989 Okt.	4 869	5 291	5 295	4 958	5 628	5 408	5 425	4 771	4 802	5 224	4 141
1990 Jan.	4 907	5 301	5 309	5 002	5 816	5 438	5 419	4 794	4 830	5 162	4 218
April	4 965	5 365	5 363	5 039	5 862	5 470	5 481	4 859	4 882	5 412	4 269
Juli	5 076	5 516	5 516	5 130	5 870	5 561	5 690	4 942	4 950	5 522	4 310
Okt.	5 108	5 564	5 566	5 133	5 867	5 664	5 723	5 001	5 062	5 542	4 327
Frauen											
1988 D	2 989	3 368	3 382	3 412	3 611	3 643	3 405	3 031	3 175	3 058	2 754
1989 D	3 108	3 487	3 500	3 513	3 786	3 770	3 522	3 139	3 297	3 188	2 867
1990 D	3 265	3 649	3 662	3 637	3 969	3 948	3 688	3 280	3 459	3 361	3 017
1989 Okt.	3 140	3 520	3 533	3 522	3 817	3 825	3 546	3 171	3 345	3 208	2 896
1990 Jan.	3 195	3 542	3 555	3 566	3 942	3 847	3 562	3 197	3 379	3 238	2 969
April	3 225	3 576	3 586	3 612	3 971	3 863	3 597	3 231	3 411	3 354	2 997
Juli	3 281	3 676	3 688	3 657	3 977	3 943	3 738	3 298	3 458	3 385	3 026
Okt.	3 308	3 719	3 733	3 668	3 972	4 048	3 761	3 333	3 524	3 397	3 040

1) D = Durchschnitt aus 4 Erhebungsmonaten. - 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk.

Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

1985 = 100

Jahr ¹⁾ Monat	Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	Produzierendes Gewerbe		Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	Bergbau	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	Baugewerbe (ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei)	Handel ²⁾ (o. Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungs-gewerbe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Friseur-gewerbe	Gebietskörperschaften
		einschl. Hoch- und Tiefbau, Handel (o. Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungs-gewerbe	einschl. Hoch- und Tiefbau											

Arbeiter³⁾

Tarifliche Stundenlöhne

1988 D	111,6	—	111,9	110,2	108,7	111,6	112,8	112,8	111,1	110,9	112,9	109,6	108,3	109,4
1989 D	115,8	—	116,1	114,4	111,2	115,8	117,2	116,8	115,2	114,7	117,3	113,7	112,4	113,8
1990 D	121,4	—	121,6	121,2	114,9	120,7	121,7	122,4	120,6	123,4	121,9	120,1	116,1	120,5
1986 April	102,9	—	102,5	103,1	101,7	101,9	101,5	103,6	103,1	104,4	104,1	104,1	101,0	104,1
Juli	104,9	—	105,1	103,9	104,9	104,6	105,4	105,4	104,2	104,7	105,6	104,2	101,0	104,1
Okt.	105,2	—	105,4	104,6	105,1	105,9	105,4	105,6	104,9	104,8	105,9	104,3	101,4	104,1
1987 Jan.	108,1	—	105,8	106,8	105,7	105,9	105,9	106,3	105,8	104,9	107,2	108,4	103,0	107,5
April	108,1	—	108,2	106,8	105,7	107,4	109,3	108,0	107,0	107,6	108,9	107,4	103,0	107,5
Juli	108,7	—	108,8	108,3	105,8	108,7	109,3	109,5	108,2	107,9	110,3	107,7	103,0	107,5
Okt.	109,0	—	109,1	108,3	108,2	109,4	109,3	109,8	108,8	108,0	110,4	107,7	104,7	107,5
1988 Jan.	109,1	—	109,3	108,3	108,6	109,5	109,3	110,4	109,6	108,2	110,5	107,7	105,5	107,5
April	112,0	—	112,4	110,0	108,7	111,4	114,0	112,3	110,9	111,6	112,9	109,9	108,5	110,0
Juli	112,6	—	112,9	111,3	108,7	112,4	114,0	113,7	111,7	111,9	114,1	110,4	108,5	110,0
Okt.	112,8	—	113,1	111,3	108,8	113,0	114,0	113,9	112,3	112,0	114,2	110,5	110,5	110,0
1989 Jan.	113,3	—	113,5	112,2	111,1	113,5	114,2	114,5	113,1	112,0	114,3	111,4	111,1	111,5
April	116,0	—	116,3	114,2	111,1	115,0	118,2	116,1	114,6	115,3	117,3	114,1	112,5	114,5
Juli	116,7	—	117,0	115,5	111,2	116,8	118,2	117,8	115,6	115,6	118,6	114,5	112,5	114,5
Okt.	117,1	—	117,4	115,7	111,4	117,9	118,2	118,6	117,3	115,7	118,8	114,6	113,3	114,5
1990 Jan.	118,5	—	118,6	119,8	114,8	118,5	118,5	119,7	118,2	118,2	118,8	117,9	113,8	119,2
April	120,4	—	120,2	120,8	114,8	119,0	118,6	121,8	120,0	124,7	121,8	120,5	114,5	120,8
Juli	123,0	—	123,5	122,0	114,9	121,4	124,8	123,6	121,2	125,3	123,4	120,9	117,2	121,0
Okt.	123,6	—	124,2	122,2	115,2	124,0	124,8	124,3	123,1	125,3	123,7	121,0	118,9	121,0

Angestellte³⁾

Tarifliche Monatsgehälter

1988 D	109,9	110,4	110,6	110,0	109,0	111,2	110,3	111,2	111,2	110,6	109,8	109,1	—	108,8
1989 D	112,6	113,2	113,4	112,4	111,2	114,2	112,8	114,1	114,3	114,3	112,9	111,9	—	110,9
1990 D	116,7	117,3	117,4	115,9	114,7	117,8	118,9	117,8	117,9	119,9	117,2	116,7	—	115,0
1986 April	102,6	102,2	101,7	102,9	101,9	101,8	100,6	103,0	103,2	104,4	103,2	103,7	—	103,4
Juli	104,1	104,4	104,7	103,7	104,9	104,7	104,7	104,9	104,1	104,7	103,9	104,0	—	103,4
Okt.	104,3	104,7	105,0	104,4	105,2	105,9	104,7	105,1	104,8	104,7	104,0	104,0	—	103,4
1987 Jan.	105,5	105,0	105,3	106,6	105,9	106,0	104,9	105,5	105,7	104,8	104,4	105,1	—	106,9
April	107,2	107,4	107,8	106,6	105,9	107,1	108,6	107,3	108,9	107,6	106,6	106,8	—	106,9
Juli	107,8	108,1	108,5	108,1	105,9	108,7	108,6	108,8	108,0	107,7	107,3	107,2	—	106,9
Okt.	107,9	108,3	108,8	108,1	108,6	109,6	108,6	109,1	108,7	107,8	107,4	107,2	—	106,9
1988 Jan.	108,0	108,5	109,0	108,1	108,9	109,6	108,7	109,7	109,7	108,0	107,4	107,2	—	106,9
April	110,2	110,5	110,7	109,7	108,9	110,4	110,8	110,6	110,9	111,4	110,2	109,2	—	109,4
Juli	110,6	111,1	111,3	111,1	108,9	111,9	110,8	112,1	111,7	111,5	110,8	110,0	—	109,4
Okt.	110,8	111,3	111,5	111,1	109,3	112,8	110,8	112,3	112,3	111,6	110,9	110,0	—	109,4
1989 Jan.	111,3	111,5	111,7	112,0	111,1	112,8	110,8	112,8	112,9	111,7	111,1	110,5	—	110,9
April	112,7	113,4	113,6	112,0	111,1	113,6	113,5	114,0	114,0	115,1	113,0	111,9	—	110,9
Juli	113,1	113,9	114,0	112,7	111,1	114,7	113,5	114,7	114,8	115,2	113,6	112,6	—	110,9
Okt.	113,2	114,1	114,2	112,7	111,5	115,5	113,5	114,9	115,5	115,3	113,7	112,6	—	110,9
1990 Jan.	115,0	115,0	114,7	115,3	114,4	115,9	113,6	115,4	116,0	115,4	115,5	114,6	—	115,0
April	115,8	116,0	115,6	115,3	114,5	116,2	113,6	117,5	117,4	121,0	116,9	116,8	—	115,0
Juli	117,7	118,7	119,2	116,4	114,5	117,7	120,1	119,0	118,3	121,5	117,7	117,7	—	115,0
Okt.	118,3	119,6	120,1	116,4	115,2	121,5	120,1	119,4	119,7	121,6	118,5	117,7	—	115,0

1) Durchschnitt aus 4 Monatswerten, Stand jeweils Monatsende. — 2) Nachweis für Arbeiter: Nur Handel (ohne Handelsvermittlung). — 3) Männliche und weibliche Arbeiter bzw. Angestellte zusammen.

Preise

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes

1985 = 100

Jahr Monat	Wareneingang									
	insgesamt			aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			aus dem Produzierenden Gewerbe			
	insgesamt	in-	aus-	zusammen	in-	aus-	zusammen		darunter	
		ländischer Herkunft			ländischer Herkunft		zusammen	ländischer Herkunft	Energie, Brenn- und Betriebsstoffe	
1988 D	88,6	96,0	74,3	88,1	92,9	76,9	88,7	96,3	74,1	80,4
1989 D	92,8	99,9	79,0	92,1	99,4	75,0	92,9	100,0	79,4	83,7
1990 D	91,4	99,4	75,7	86,8	95,3	67,1	91,8	99,9	78,5	85,5
1989 November	92,5	100,2	77,4	92,7	102,6	69,7	92,4	99,9	78,1	85,0
1989 Dezember	91,9	99,9	76,4	91,5	101,3	69,0	92,0	99,7	77,1	85,8
1990 Januar	91,3	99,3	75,8	88,7	97,5	68,6	91,6	99,5	78,4	85,7
1990 Februar	90,9	98,9	75,3	88,4	98,5	69,7	91,2	99,2	75,8	85,0
1990 März	91,0	99,0	75,5	88,5	96,4	70,3	91,3	99,3	78,0	84,7
1990 April	90,9	99,2	74,6	87,8	95,7	69,5	91,2	99,8	75,1	84,7
1990 Mai	90,8	99,6	73,7	88,3	96,8	68,7	91,1	100,0	74,2	84,4
1990 Juni	90,5	99,5	73,0	88,2	97,1	67,5	90,8	99,8	73,5	84,0
1990 Juli	90,3	99,3	72,9	87,6	96,8	66,1	90,6	99,6	73,6	83,5
1990 August	91,2	99,6	75,0	85,8	94,7	65,2	91,8	100,1	75,9	85,4
1990 September	92,3	99,8	77,7	85,7	94,4	65,5	93,0	100,4	78,8	86,7
1990 Oktober	93,1	100,1	79,5	85,2	93,9	64,9	93,9	100,8	80,8	88,1
1990 November	92,3	99,5	78,2	83,7	92,1	64,2	93,1	100,3	79,5	87,2
1990 Dezember	91,6	99,2	77,0	84,1	92,2	65,1	92,4	99,9	78,1	86,9

Jahr Monat	Nach dem Grad der Bearbeitung										
	Rohstoffe					Halb- und Fertigwaren					
	zusammen	in-	aus-	für das Ernährungsgewerbe ¹⁾	für das Produzierende Gewerbe ²⁾		zusammen	und zwar		Ernährungsgewerbe ³⁾	Produzierende Gewerbe ⁴⁾
		ländischer Herkunft			zusammen	dar. Altmaterial und Rohstoffe		in-	aus-		
1988 D	74,4	94,6	52,2	88,1	65,9	87,2	92,6	96,3	84,1	89,6	92,8
1989 D	80,5	101,0	57,9	92,3	73,2	98,6	96,3	99,7	88,4	89,7	96,7
1990 D	76,9	95,6	56,3	86,6	70,8	78,9	95,4	100,2	84,3	85,0	96,0
1989 November	80,4	102,4	56,1	93,0	72,6	94,3	95,8	99,7	86,9	88,1	96,3
1989 Dezember	79,3	101,0	55,4	91,8	71,5	90,1	95,5	99,7	85,8	87,0	96,0
1990 Januar	77,7	98,0	55,3	88,2	71,2	84,9	95,1	99,6	84,8	86,2	95,6
1990 Februar	76,5	95,9	55,1	87,7	69,5	77,5	95,0	99,6	84,3	85,9	95,5
1990 März	76,4	96,1	54,8	87,9	69,3	79,3	95,1	99,6	84,7	85,9	95,6
1990 April	75,7	96,4	53,0	87,3	68,5	82,3	95,1	99,8	84,2	85,6	95,7
1990 Mai	75,8	98,2	51,2	88,0	68,2	88,1	95,1	100,0	83,7	85,6	95,6
1990 Juni	74,9	98,0	49,6	88,0	66,8	86,2	94,9	99,8	83,4	85,1	95,5
1990 Juli	74,4	96,9	49,6	87,5	66,2	81,8	94,8	99,8	83,3	84,8	95,4
1990 August	75,7	95,6	53,8	85,8	69,4	81,4	95,6	100,4	84,4	84,6	96,2
1990 September	78,2	95,0	59,7	85,8	73,5	79,3	96,2	100,8	85,7	84,7	96,9
1990 Oktober	80,8	93,6	66,7	85,3	78,0	72,9	96,8	101,5	85,1	84,1	97,3
1990 November	78,9	91,8	64,8	83,9	75,8	68,2	96,0	101,1	84,2	83,8	96,7
1990 Dezember	77,2	91,2	61,8	84,3	72,7	65,1	95,7	100,8	83,8	84,1	96,4

Jahr Monat	Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich									
	Wareneingang für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe ⁵⁾									
	zusammen	darunter					Waren-eingang für das Bau-gewerbe	Energie, Brenn- und Treib-stoffe ⁷⁾	Betriebs-stoffe	
Nahrungsmittel- rohstoffe und -vor-erzeugnisse		Erdöl, roh, importiert	organische Grundstoffe und Chemikalien	Kunst- stoffe	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe ⁶⁾	Wolle, Chemie- fasern und Textilien				
1988 D	88,8	89,1	34,1	74,5	96,8	95,0	93,1	100,5	75,1	99,8
1989 D	93,4	93,6	42,0	80,4	97,7	104,6	95,5	103,6	78,6	102,4
1990 D	90,5	89,7	45,9	73,7	93,1	96,4	94,3	107,0	80,2	105,1
1989 November	92,4	95,2	42,6	74,9	94,1	105,5	96,0	104,7	80,2	102,9
1989 Dezember	91,5	94,0	42,8	74,7	94,0	104,8	95,4	104,7	81,2	103,0
1990 Januar	90,6	90,8	43,3	72,6	93,5	101,7	95,1	105,3	80,8	103,7
1990 Februar	90,2	90,3	42,3	72,3	93,5	100,7	95,1	105,8	79,8	103,9
1990 März	90,4	90,5	40,7	72,0	92,2	100,0	95,3	106,1	79,5	103,9
1990 April	90,1	90,0	38,0	71,3	91,8	99,2	95,3	106,6	79,3	104,4
1990 Mai	90,1	90,7	35,4	70,9	92,1	98,4	95,0	107,0	78,9	104,7
1990 Juni	89,7	90,8	33,2	70,6	91,8	98,0	94,7	107,1	78,4	104,7
1990 Juli	89,5	90,5	34,2	70,3	91,2	96,1	94,3	107,5	77,7	104,8
1990 August	90,3	89,2	42,3	70,5	90,7	94,8	93,8	107,8	80,1	105,0
1990 September	91,4	89,1	52,5	71,6	91,7	94,1	93,7	107,7	81,6	105,5
1990 Oktober	92,2	88,6	66,1	79,6	94,2	92,6	93,4	107,8	83,1	106,5
1990 November	91,3	87,6	63,9	81,3	96,8	91,2	92,8	107,6	81,8	107,2
1990 Dezember	90,5	87,8	58,4	81,3	97,9	90,4	93,0	107,5	81,4	107,4

1) Einschl. lebendem Schlachtvieh. - 2) Einschl. Wasser. - 3) Wareneingang (ohne Rohstoffe) aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. - 4) Ohne Wareneingang für das Ernährungsgewerbe aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. - 5) Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich zugeordnete Vorprodukte (einschl. Rohstoffe), ohne Hilfsstoffe (Energie, Brenn- und Treibstoffe) sowie ohne Betriebsstoffe (Verpackungsmaterial, Schmiermittel und Wasser) - 6) Ohne Packpapier. - 7) Einschl. Brennstoffe für die Energieerzeugung.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1985 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektrizität, Fernwärme, Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1988 D	96,3	98,8	98,8	87,9	105,5	103,8	98,0	107,0	95,5	105,2
1989 D	99,3	102,1	102,2	93,4	107,8	106,5	100,4	109,7	100,1	108,2
1990 D	101,0	103,6	103,7	93,1	110,7	109,1	100,7	112,9	102,9	105,0
1989 Dez.	100,0	102,5	102,6	93,3	108,4	107,4	100,8	110,5	101,1	106,3
1990 Jan.	100,1	102,7	102,7	92,6	109,1	107,8	100,8	111,2	101,4	105,9
Febr.	100,1	102,6	102,7	92,0	109,5	108,1	100,4	111,6	101,1	105,9
März	100,2	102,7	102,8	91,9	109,7	108,2	100,4	111,8	101,1	106,0
April	100,7	102,9	103,0	91,9	110,3	108,4	100,6	112,4	101,3	106,0
Mai	100,8	103,1	103,2	91,7	110,5	108,8	100,7	112,7	101,3	106,0
Juni	100,8	103,1	103,2	91,3	110,7	108,9	100,7	112,9	101,3	106,0
Juli	100,7	103,2	103,3	91,4	110,9	109,2	100,7	113,2	101,6	104,0
Aug.	101,3	103,9	104,0	93,4	111,1	109,4	100,8	113,5	104,0	104,0
Sept.	101,7	104,4	104,5	94,9	111,3	109,6	100,7	113,6	105,6	104,0
Okt.	102,1	105,1	105,2	96,8	111,5	110,0	100,6	113,9	106,8	104,1
Nov.	101,8	104,8	104,9	95,4	111,6	110,1	100,6	114,0	105,5	104,1
Dez.	101,5	104,4	104,5	94,1	111,6	110,2	100,8	114,0	104,1	104,1
1991 Jan.	102,4	105,2	105,4	95,6	112,2	110,9	101,1	114,7	106,2	104,2

Jahr Monat	Elektrizität, Fernwärme, Wasser	Bergbauliche Erzeugnisse		Mineralölzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug (einschl. Edelmetallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter Elektrizität	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hoch- ofen-, Stahl-, Warmwalz- werke ⁴⁾		
1988 D	105,8	62,3	102,4	58,4	37,2	103,1	94,3	94,0	102,7	105,6
1989 D	106,7	64,5	103,8	68,8	51,0	104,3	99,5	98,9	115,5	110,6
1990 D	104,7	71,6	105,1	72,9	55,3	106,9	98,2	97,1	97,0	113,2
1989 Dez.	106,7	69,2	105,1	72,7	62,1	105,0	99,8	99,4	101,7	111,1
1990 Jan.	105,9	69,5	105,1	71,9	57,2	105,3	99,7	99,1	96,7	111,8
Febr.	105,9	69,5	105,1	68,6	50,1	105,6	99,3	98,4	95,9	111,8
März	105,9	69,9	105,1	67,4	47,8	106,1	98,6	97,6	101,6	111,8
April	105,8	72,6	105,0	67,1	47,0	106,4	98,5	97,5	100,8	112,3
Mai	105,8	73,2	105,0	66,1	45,2	106,9	98,4	97,3	100,1	113,4
Juni	105,8	73,1	105,0	65,2	43,3	107,1	98,5	97,5	97,9	113,4
Juli	103,5	73,0	105,0	65,7	44,9	107,3	98,2	97,2	98,4	113,4
Aug.	103,5	73,0	105,0	75,1	58,3	107,4	98,1	97,0	98,4	113,9
Sept.	103,5	73,2	105,0	80,9	62,5	107,5	98,1	97,0	99,3	113,8
Okt.	103,6	70,8	105,2	87,7	76,0	107,9	97,4	96,3	94,5	114,4
Nov.	103,6	70,5	105,2	82,2	67,7	107,8	97,1	95,8	90,7	114,4
Dez.	103,6	70,4	105,2	77,4	63,5	107,9	95,9	94,4	89,3	114,5
1991 Jan.	103,4	72,5	105,2	84,7	79,6	109,4	95,0	93,4	88,2	115,1

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)				
		zusammen	darunter Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerbli. Arbeitsmaschinen	Kraft- ⁵⁾	Land- maschinen	
1988 D	106,7	100,8	98,9	107,5	106,0	109,0	110,0	107,6	112,5	107,3
1989 D	111,2	103,2	102,6	110,9	109,3	112,4	113,3	110,7	115,8	110,0
1990 D	116,5	104,8	103,9	115,3	114,1	116,9	117,6	114,3	121,4	114,2
1989 Dez.	112,5	103,4	102,5	112,8	111,8	113,6	114,5	111,7	116,5	112,4
1990 Jan.	114,5	103,8	103,4	113,1	112,0	114,6	115,3	112,1	119,4	112,7
Febr.	115,3	104,0	103,7	113,3	112,1	115,1	115,8	112,4	119,6	112,8
März	115,4	104,2	103,8	113,6	112,3	115,4	116,1	112,8	119,6	113,1
April	115,9	104,5	104,1	114,3	113,4	116,3	117,0	113,4	120,6	113,3
Mai	116,6	104,6	104,2	114,9	113,7	116,8	117,5	114,2	121,7	113,3
Juni	116,7	105,2	104,3	115,6	114,3	117,1	117,8	114,4	121,7	113,4
Juli	116,5	105,4	104,2	116,0	114,9	117,4	118,2	114,7	121,9	113,6
Aug.	117,0	105,4	104,2	116,3	115,1	117,5	118,3	114,8	121,9	113,7
Sept.	117,4	105,4	104,3	116,4	115,2	117,7	118,5	115,0	121,9	113,9
Okt.	117,4	105,5	104,2	116,8	115,4	118,2	118,9	115,7	122,8	116,6
Nov.	117,6	105,1	103,7	116,6	115,4	118,3	119,0	115,8	122,8	116,6
Dez.	117,7	104,9	103,2	116,7	115,5	118,4	119,1	115,9	122,8	116,9
1991 Jan.	118,5	105,1	103,1	117,1	115,6	119,6	120,2	116,7	125,6	117,3

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1985 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen; Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter fein- mecha- nische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Straßenzug- maschinen; Kraft- räder ⁶⁾	Zubehör, Einzel- und Ersatz- teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1988 D	108,5	109,8	104,5	107,2	102,3	105,5	107,0	103,4	103,6	92,5	89,3
1989 D	111,0	112,6	105,6	109,8	103,5	107,4	110,1	106,8	102,6	95,2	88,8
1990 D	114,0	116,2	107,1	115,3	105,1	110,1	114,2	109,4	106,2	93,8	86,3
1989 Dez.	111,3	113,0	105,9	110,2	103,5	108,2	111,6	107,4	103,2	93,9	87,6
1990 Jan.	112,8	114,9	106,3	113,3	103,9	108,8	112,9	107,7	103,9	93,1	86,6
Febr.	113,2	115,3	106,7	113,5	104,2	109,0	113,6	108,0	105,4	93,7	86,6
März	113,4	115,5	106,8	113,5	104,5	109,1	113,7	108,4	105,7	93,1	86,8
April	113,6	115,6	107,0	114,8	105,0	109,4	113,8	109,0	106,5	93,3	87,1
Mai	113,7	115,7	107,0	114,8	105,0	109,8	114,0	109,3	106,4	93,4	87,1
Juni	113,7	115,7	107,1	116,3	105,2	110,1	114,3	109,6	106,4	93,3	87,1
Juli	113,7	115,7	107,2	116,3	105,3	110,3	114,4	109,9	106,4	93,0	86,9
Aug.	114,4	116,8	107,2	116,3	105,5	110,4	114,3	110,0	106,9	92,8	86,2
Sept.	114,5	116,8	107,3	116,3	105,6	110,7	114,7	110,0	106,7	92,9	85,8
Okt.	114,9	117,2	107,4	116,3	105,5	111,2	114,7	110,1	106,7	95,2	85,6
Nov.	115,3	117,8	107,5	116,3	105,5	111,2	114,7	110,2	106,7	95,8	84,9
Dez.	115,3	117,8	107,4	116,3	105,5	111,3	114,7	110,3	106,8	95,8	84,6
1991 Jan.	115,7	117,9	108,3	119,2	106,0	111,8	116,0	110,7	107,3	95,3	84,7

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff ⁷⁾ , Zellstoff, Papier und Pappe	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1988 D	106,1	100,5	100,0	108,5	94,7	101,2	106,3	103,6	100,6	99,2
1989 D	108,7	102,3	105,4	112,5	100,4	105,3	109,6	106,2	102,5	99,4
1990 D	112,6	105,8	112,0	117,4	99,9	108,0	112,4	107,6	103,0	101,3
1989 Dez.	109,5	104,2	111,4	114,1	101,3	106,8	110,3	106,1	102,9	100,8
1990 Jan.	109,6	104,4	112,3	115,2	101,2	107,1	110,6	106,5	102,3	100,9
Febr.	109,9	104,8	113,3	115,8	100,9	107,6	110,8	106,5	102,3	101,4
März	110,0	105,1	113,3	116,2	100,8	107,6	110,8	106,4	102,5	101,3
April	111,2	105,0	113,3	116,9	100,7	107,6	111,1	106,5	102,5	101,4
Mai	112,8	105,2	113,5	117,3	100,8	107,8	112,4	106,7	102,8	102,0
Juni	112,8	105,6	112,9	117,4	100,4	107,8	112,8	106,6	102,3	102,3
Juli	113,6	106,0	112,3	117,9	100,2	107,9	113,1	107,2	102,4	101,8
Aug.	113,7	106,2	112,0	118,0	99,5	108,1	113,2	107,5	102,3	101,7
Sept.	113,9	106,6	111,5	118,2	99,1	108,3	113,3	108,1	103,9	101,9
Okt.	114,5	106,8	110,4	118,4	98,8	108,4	113,3	109,3	104,1	100,3
Nov.	114,5	106,8	110,1	118,4	98,4	108,6	113,5	110,1	104,3	100,2
Dez.	114,5	106,8	108,8	118,5	97,9	108,7	113,5	110,2	104,6	100,1
1991 Jan.	114,9	107,6	107,6	119,8	97,7	109,6	113,7	111,3	105,5	99,8

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes			Tabak- waren	Fertigtei- beuten im Hochbau	
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schälmlühen- erzeugnisse	Milch, Butter, Käse			Fleisch und Fleisch- erzeugnisse
1988 D	104,8	104,6	99,6	104,7	96,9	94,1	101,3	94,4	104,8	106,9
1989 D	107,0	106,8	101,6	106,6	99,0	90,8	105,3	100,6	109,3	110,3
1990 D	109,4	109,0	102,8	109,0	98,7	86,4	103,1	104,9	113,8	117,4
1989 Dez.	107,9	107,8	102,4	107,4	99,4	88,6	105,8	106,0	109,9	113,3
1990 Jan.	108,6	108,2	102,6	107,8	98,9	88,2	104,9	105,1	113,4	113,9
Febr.	108,7	108,4	102,7	108,0	98,4	87,9	104,2	103,8	113,8	114,3
März	108,8	108,5	102,8	108,2	98,4	87,3	103,6	103,8	113,8	114,9
April	109,0	108,6	102,9	108,2	98,6	87,1	103,3	104,1	113,8	115,7
Mai	109,1	108,8	102,8	108,6	98,8	86,7	102,9	105,1	113,8	116,5
Juni	109,2	108,8	102,8	108,8	98,8	86,2	103,0	105,5	113,8	116,8
Juli	109,4	109,2	102,9	109,1	98,8	85,7	102,8	106,3	113,8	117,6
Aug.	109,6	109,3	102,8	109,5	98,9	85,2	102,7	106,3	113,8	118,6
Sept.	109,6	109,2	102,8	109,8	98,7	85,5	102,7	105,0	113,9	119,1
Okt.	110,1	109,7	102,9	110,0	98,7	85,7	102,4	104,8	113,8	120,2
Nov.	110,0	109,6	102,6	110,2	98,7	85,8	102,3	104,4	113,8	120,7
Dez.	110,2	109,8	102,7	110,2	98,9	86,0	102,3	104,3	113,8	121,0
1991 Jan.	110,8	110,1	103,0	110,3	99,2	86,2	102,3	104,3	113,8	121,4

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2.

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoerzeugung für Investitions- und Verbrauchsgüter. - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. - 4) Ohne Ferrolegierungswerke. - 5) Verbrennungsmotoren, Gas- und Dampfturbinen. - 6) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotor sowie deren Verbrennungsmotoren. - 7) Ohne Preisrepräsentanten für Holzschliff.

Preisindex für die Lebenshaltung

1985 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen⁴⁾

1988 D	101,0	101,1	99,2	104,6	99,3	106,5	81,6	104,0	104,9	99,4	104,6	111,2
1989 D	104,0	104,1	101,5	106,2	102,6	110,3	83,7	105,8	113,4	103,1	105,7	114,9
1990 D	107,0	106,9	104,6	107,8	106,1	113,9	87,2	108,3	115,3	105,2	109,2	117,6
1989 Dez.	105,2	105,3	102,6	106,8	104,3	111,6	86,4	106,8	114,1	103,3	106,8	115,7
1990 Jan.	105,9	105,7	103,6	106,9	104,8	112,1	86,8	107,0	114,3	103,9	109,4	115,9
Febr.	106,3	105,9	104,4	107,1	104,8	112,5	86,1	107,3	114,5	104,0	110,2	116,6
März	106,4	106,1	104,3	107,3	105,1	112,8	86,1	107,4	114,6	104,2	110,0	117,0
April	106,7	106,2	105,1	107,4	105,3	113,2	86,2	107,7	114,7	104,1	108,8	117,0
Mai	107,0	106,4	105,8	107,5	105,5	113,4	86,1	108,0	114,9	104,3	109,3	117,0
Juni	107,1	106,6	105,6	107,6	105,7	113,7	86,0	108,2	115,1	104,5	109,0	117,9
Juli	107,0	106,7	105,0	107,7	105,9	114,0	85,8	108,4	115,3	104,5	108,5	118,0
Aug.	107,2	107,1	104,5	107,8	106,5	114,4	87,2	108,6	115,4	105,7	108,2	118,0
Sept.	107,3	107,5	104,0	108,2	106,9	114,7	87,8	108,8	115,5	106,9	108,4	118,0
Okt.	107,7	107,9	104,1	108,5	107,6	114,9	89,5	109,1	115,7	107,8	109,0	118,4
Nov.	107,8	108,0	104,2	108,8	107,6	115,2	89,1	109,5	116,4	106,8	109,5	118,5
Dez.	108,0	108,1	104,7	108,9	107,8	115,4	89,1	109,6	116,6	106,1	110,0	119,2
1991 Jan.	108,7	108,5	105,6	109,1	108,5	115,7	90,7	109,8	117,0	106,5	111,5	119,9

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1988 D	101,8	.	100,2	104,7	99,5	106,9	78,3	103,3	104,2	106,6	105,6	104,5
1989 D	104,6	.	103,2	106,3	103,8	110,8	83,8	104,4	106,1	111,5	108,0	106,0
1990 D	107,7	.	107,2	108,1	107,3	114,6	86,8	106,1	108,5	114,9	110,1	108,1
1989 Dez.	105,8	.	104,5	107,0	106,1	112,2	88,5	105,0	107,1	113,0	108,7	107,0
1990 Jan.	106,4	.	105,5	107,1	106,3	112,8	88,0	105,1	107,4	114,3	108,9	107,1
Febr.	106,8	.	106,5	107,3	105,6	113,1	84,2	105,4	107,6	114,4	109,2	107,2
März	107,0	.	106,5	107,6	105,9	113,5	84,1	105,6	107,8	114,5	109,4	107,4
April	107,8	.	108,2	107,6	108,0	113,9	83,7	105,7	108,0	114,8	109,5	107,6
Mai	108,7	.	110,1	107,8	106,1	114,2	83,0	105,9	108,2	114,8	109,8	107,9
Juni	108,5	.	109,6	107,9	106,1	114,5	82,2	106,0	108,3	115,0	109,9	108,2
Juli	107,8	.	107,9	108,0	106,3	114,7	82,1	106,1	108,5	115,1	110,0	108,2
Aug.	107,7	.	108,9	108,1	107,9	115,1	87,3	106,2	108,8	115,1	110,4	108,3
Sept.	107,6	.	106,1	108,5	108,5	115,4	89,0	106,4	109,1	115,3	110,7	108,6
Okt.	108,1	.	106,3	108,9	110,3	115,6	94,9	106,7	109,2	115,3	110,9	108,7
Nov.	108,0	.	106,1	109,3	109,6	115,8	91,7	106,9	109,4	115,3	111,1	108,7
Dez.	108,3	.	106,7	109,4	109,5	116,1	91,0	106,9	109,6	115,4	111,3	108,8
1991 Jan.	109,1	.	107,9	109,5	110,5	116,4	93,9	107,2	110,0	115,7	111,5	108,9

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7.

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 3 105 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985. - 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 984 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985. - 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 3 044 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985. - 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 526 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985. - 5) Bedarfsstruktur 1978, nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr; Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke. - 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. - 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck) - 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Süßfrüchte, Frischfleisch, und Blumen - 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaus, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt.

Statistische Monatszahlen

für das Gebiet der ehemaligen DDR

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1989	1990	1990						1991
				Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand am Jahres-/ Monatsende	1 000	16 434	...	16 216	16 184	16 157	X	X	X	X
Eheschließungen	Anzahl	130 989	...	9 788	12 428	9 857	X	X	X	X
Lebendgeborene	Anzahl	198 922	...	15 526	15 149	13 892	X	X	X	X
Gestorbene	Anzahl	205 711	...	15 614	15 780	13 995	X	X	X	X
Erwerbstätigkeit										
Arbeiter und Angestellte										
Industrie ¹⁾	1 000	3 193	...	2 765 _r	2 710	2 584	2 452	2 388
Bauwirtschaft ¹⁾²⁾	1 000	460	...	361	367	350	343	X	X	...
Arbeitslose am Monatsende	1 000	...	642,2 ³⁾	272,0	361,3	444,9	536,8	589,2	642,2	757,2
Männer	1 000	...	290,4 ³⁾	131,5	169,0	200,0	245,7	267,6	290,4	342,2
Frauen	1 000	...	351,8 ³⁾	140,5	192,2	244,8	291,1	321,6	351,8	415,0
Offene Stellen	1 000	...	22,6 ^{r3)}	27,7	20,4	24,3	24,7	23,8	22,6 _r	23,0
Kurzarbeiter ⁴⁾	1 000	...	1 794 _{r3)}	656	1 500 _r	1 729	1 704	1 710	1 794 _r	1 858
Produzierendes Gewerbe										
Index der industriellen Warenproduktion⁵⁾										
Industrie insgesamt	1985 = 100	111,8	...	62,6	53,5	54,7	55,3	56,9	50,9	...
darunter:										
Energie- und Brennstoff-Industrie	1985 = 100	103,9	...	55,0	47,9	55,9	61,2	69,6	74,7	...
Chemische Industrie	1985 = 100	109,3	...	67,5	53,2	52,6	51,7	55,3	50,8	...
Metallurgie	1985 = 100	105,7	...	42,1	35,5	35,8	31,8	34,2	25,1	...
Baumaterialienindustrie	1985 = 100	109,0	...	67,4	44,8	39,1	37,0	35,8	24,6	...
Maschinen- und Fahrzeugbau	1985 = 100	115,8	...	81,9	73,1	73,9	71,6	71,2	69,5	...
Elektrotechnik/Elektronik/ Gerätebau	1985 = 100	138,6	...	95,1	73,5	77,2	77,6	73,6	57,3	...
Leichtindustrie	1985 = 100	113,4	...	55,5	49,8	53,3	54,1	55,7	44,7	...
Textilindustrie	1985 = 100	111,7	...	53,4	49,0	51,5	49,4	47,7	32,5	...
Lebensmittelindustrie	1985 = 100	104,7	...	42,7	38,8	39,1	47,2	48,4	45,4	...
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Elektroenergie	GWh	118 977	98 600 _p	7 767	6 378	6 395 _r	6 985 _r	7 629 _r	8 345 _p	...
Städtgas	Mill. m ³	7 270	6 296 _p	453	345	358	449	534	667	...
Rohbraunkohle	1 000 t	301 058	246 400 _p	17 331	15 263	16 290	19 135	19 877	20 723	...
Zement	1 000 t	12 229	7 228 _p	697	368	320	254	233	120	...
Walzstahl	1 000 t	9 383	...	511	469	433
Synthetische Faserstoffe	1 000 t	192	132 _p	8	7	7	7	7	6	...
Papier	Mill. m ²	13 696
Personenkraftwagen	Anzahl	216 969	143 100 _p	7 901	9 376	8 637	8 351	5 698	5 167	...
Lastkraftwagen	Anzahl	38 786	29 089 _p	2 611 _r	1 798 _r	1 367 _r	2 300 _r	2 784	1 490	...
Farbfernsehempfänger	1 000 St.	615	...	57	57	44
Oberbekleidung für Herren	1 000 St.	14 530	12 320 _p	969	990	949	994	962	524	...
Oberbekleidung für Damen	1 000 St.	16 365	12 618 _p	990	904	950	1 001	1 042	593	...
Bautätigkeit										
Gebaute Wohnungen	Anzahl	92 347	62 468	4 702	4 542	6 758	5 132	4 649	6 865	...
dar.: Neubauwohnungen	Anzahl	83 361	60 055	4 476	4 423	6 644	4 961	4 555	6 571	...
Einzelhandel⁶⁾										
Einzelhandelsumsatz insgesamt	Mill. DM	5 855	6 195	5 815
Nahrungs- und Genußmittel	Mill. DM	3 300	3 536	3 233
Industriewaren	Mill. DM	2 585	2 659	2 582
Schuhe und Lederwaren	Mill. DM	142	139	143
Stoffe, Konfektion, Wirk- und Strickwaren	Mill. DM	556	581	581
Möbel, Kulturwaren, Sportartikel	Mill. DM	360	376	351
Haushalt- und Wirtschaftswaren	Mill. DM	272	288	283
Technik und Fahrzeuge	Mill. DM	325	323	320
Haushaltchemie	Mill. DM	271	290	284
Brenn- und Baustoffe, flüssige Kraftstoffe	Mill. DM	659	662	620

1) Als Arbeiter und Angestellte werden alle abhängigen Erwerbstätigen nachgewiesen, ohne Lehrlinge. Monatsdurchschnitte; ohne die Beschäftigten in genossenschaftlichen und privaten Betrieben, in denen es im September 1989 in der Industrie 168 000, in der Bauindustrie 84 000 abhängig Beschäftigte gab. - 2) Umfaßt die Bauindustrie und das Bauhandwerk. - 3) Jahresende. - 4) Stand Mitte des Monats. Bei der Arbeitsverwaltung angemeldete Kurzarbeit. Kurzarbeitergeld wird bei vorübergehendem Arbeitsausfall bezahlt, wenn zu erwarten ist, daß den Arbeitnehmern die Arbeitsplätze erhalten bleiben (übereinstimmend mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) der Bundesrepublik Deutschland; die Zahlung von Kurzarbeitergeld ist für das Gebiet der ehemaligen DDR etwas erweitert (§ 63, Abs. 4 und 5 des AFG), und zwar auf schwerwiegende strukturelle Verschlechterungen der Lage von Wirtschaftszweigen bzw im Zusammenhang mit betrieblichen Strukturveränderungen, die durch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion hervorgerufen wurden). - 5) Index der Bruttoproduktion; Monatsangaben arbeitstäglich bereinigt; nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR, die z.T. erheblich von der Systematik der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes abweicht (z.B. Chemische Industrie u.a. einschl. Kunststoffindustrie, Kali- und Phosphatbergbau; Metallurgie = Herstellung von Eisen und Stahl, NE-Metallen und Erzeugnissen daraus, u.a. einschl. Erzbergbau, ohne Gießereien; Maschinen- und Fahrzeugbau, einschl. Gießereien, Stahlbau und EBM-Waren; Gerätebau = u.a. Feinmechanik und Optik; Leichtindustrie = u.a. Holzbe- und -verarbeitung, Zellstoffindustrie, Papier- und Papierverarbeitung, Musik- und Sportgeräte, Spielwaren, Kulturwaren (Schallplatten, Tonbänder u.a.), Schuh- und Bekleidungsindustrie, Lederwaren, Glas- und Feinkeramik; Lebensmittelindustrie einschl. Hochsee- und Küstenfischerei). - 6) Gliederung nach der Binnenhandelschlüsselliste der ehemaligen DDR für Warenumsatz und Warenfonds.

Statistische Monatszahlen

für das Gebiet der ehemaligen DDR

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1989	1990	1990						1991
				Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Außenhandel¹⁾										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM			757	792	1 481	890	1 003	1 113	...
Warengruppen²⁾										
Nahrungsmittel und lebende Tiere	Mill. DM			15	28	22	19	37	14	...
Getränke und Tabak	Mill. DM			10	7	7	5	6	5	...
Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	Mill. DM			46	38	58	46	43	20	...
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw.	Mill. DM			337	293	501	306	299	542	...
Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	Mill. DM			-	0	0	0	1	0	...
Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	Mill. DM			65	17	39	43	67	36	...
Bearbeitete Waren vorwiegend nach Beschaffenheit	Mill. DM			52	102	208	116	107	135	...
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Mill. DM			195	222	489	258	344	304	...
Verschiedene Fertigwaren	Mill. DM			27	45	121	78	87	48	...
Andere Waren u. -verkehrsvorgänge	Mill. DM			11	40	38	20	14	8	...
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM			146	247	441	273	392	253	...
dar. EG-Länder	Mill. DM			92	137	233	152	240	158	...
Entwicklungsländer	Mill. DM			24	40	83	82	93	70	...
Staatshandelsländer	Mill. DM			587	502	957	555	519	790	...
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM			2 522	2 556	4 206	2 812	3 534	3 631	...
Warengruppen²⁾										
Nahrungsmittel und lebende Tiere	Mill. DM			12	44	81	178	189	148	...
Getränke und Tabak	Mill. DM			5	5	6	9	3	5	...
Rohstoffe (ausgen. Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	Mill. DM			33	23	42	39	52	56	...
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw.	Mill. DM			31	43	70	44	65	71	...
Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	Mill. DM			0	1	1	2	1	1	...
Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	Mill. DM			321	259	399	267	356	293	...
Bearbeitete Waren vorwiegend nach Beschaffenheit	Mill. DM			244	280	618	329	446	454	...
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Mill. DM			1 601	1 408	2 140	1 466	1 832	1 990	...
Verschiedene Fertigwaren	Mill. DM			257	465	765	427	579	602	...
Andere Waren u. -verkehrsvorgänge	Mill. DM			18	29	85	53	12	11	...
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM			166	274	652	379	461	307	...
dar. EG-Länder	Mill. DM			102	181	352	248	318	193	...
Entwicklungsländer	Mill. DM			104	95	181	176	169	162	...
Staatshandelsländer	Mill. DM			2 251	2 185	3 360	2 258	2 904	3 161	...
Einfuhr (-) bzw. Ausfuhr-überschuß (+)	Mill. DM			+ 1 765	+ 1 765	+ 2 725	+ 1 922	+ 2 531	+ 2 518	...
Verkehr										
Gütertransportmenge (öffentl. Verkehr)										
Eisenbahn	1 000 t	339 280	234 800p	15 640	12 787	13 045	15 793	15 299r	14 363	...
Binnenschifffahrt	1 000 t	19 259	13 300p	898	512	643	810	860	700	...
Straßenverkehr	1 000 t	140 746	92 400p	7 400	5 138	4 236	4 578	4 148	3 131	...
Straßenverkehrsunfälle³⁾										
Unfälle insgesamt ⁴⁾	Anzahl	43 497	...	6 273	6 869	6 716	7 484	7 755
Getötete ⁵⁾	Anzahl	1 553	...	293	280	298	351	316
Verletzte	Anzahl	38 612	...	5 580	6 041	5 440	5 827	5 561
beschädigte Fahrzeuge	Anzahl	63 531	...	10 067	11 358	11 038	12 263	12 417
Löhne und Gehälter										
Monatlicher Bruttoverdienst je Arbeiter und Angestellter										
Industrie (ohne Bauindustrie)	DM			1 350			1 544			...
Hoch- und Tiefbau	DM			1 702			1 942			...
Preise⁶⁾										
Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte	1989 = 100			94,5	94,9	96,6	98,2	98,1	99,1	106,4
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1989 = 100			115,4	111,9	111,4	112,2	112,4	113,8	114,9
Bekleidung, Schuhe	1989 = 100			57,5	59,9	64,4	66,9	68,1	69,5	69,3
Wohnungsmieten, Energie ⁷⁾	1989 = 100			100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	157,8
Wohnungsmieten	1989 = 100			100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Energie ⁷⁾	1989 = 100			100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1989 = 100			74,5	74,9	76,3	76,6	76,6	77,5	78,8
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1989 = 100			119,4	121,4	122,6	123,4	123,7	126,6	127,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1989 = 100			85,2	89,2	89,8	92,5	90,3	89,1	96,2
Bildung, Unterhaltung, Freizeit ⁸⁾	1989 = 100			88,5	90,9	95,2	99,6	99,2	100,2	102,6
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1989 = 100			99,0	102,0	105,1	105,3	104,6	105,3	154,9

1) Ohne innerdeutsches Handel. - 2) Nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC 3), Ausgabe 1988. - 3) Ohne früheres Berlin (Ost). - 4) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. mit einem Sachschaden von über 800 DM. - 5) Einschl. Getöteter, die innerhalb von 3 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind (in der Bundesstatistik werden Getötete nachgewiesen, die bis zum 30. Tag nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind). - 6) Als Wagungsschema werden die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben aller privaten Haushalte im Gebiet der ehemaligen DDR herangezogen - Preisbasis ist der Jahresdurchschnitt 1989. - 7) Ohne Kraftstoffe. - 8) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes.